

In diesem Heft

EDITORIAL	3
WOLFGANG GEHRCKE Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit – Marxismus und Stalinismus	6
WLADISLAW HEDELER Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938	14
CHRISTIANE REYMANN Intellektuelle und die Moskauer Prozesse	32
REINHARD MÜLLER Der Antikomintern-Block – Prozeßstruktur und Opferperspektive	38
ALEXANDER WATLIN Die Technologie stalinistischen Terrors. Neue Aspekte	52
SORJA SEREBRJAKOWA Die Heldentat von Martemjan Nikitisch Rjutin	59
MANFRED BEHREND Stalins Konterrevolution in Spanien und der gescheiterte Schauprozeß von Barcelona	66
GERHARD ZWERENZ Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel	70
THOMAS KLEIN Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946-1951	79
HERBERT MAYER Parteisüberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westdeutsches Fallbeispiel	90

JÖRN SCHÜTRUMPF	
Der geplante »deutsche Industrieprozeß«. Eine Fußnote	99
VOLKMAR SCHÖNEBURG	
Gesetzlichkeit und Parteilichkeit: Herrschende Rechtsauffassung und Herrschaftssicherung in der DDR	104
JÜRGEN HOFMANN	
Zur Auseinandersetzung mit der Hohenschönhausener Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus	114
MICHAEL SCHUMANN	
Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe	120
WOLFGANG HARTMANN	
»Das Erbe Dzierzynskis« – oder weshalb seine Nachdenklichkeit abhanden kam. Persönliche Reflexionen und Fragen an Meinesgleichen	125
MEINHARD STARK	
Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR	140
MARIO KESSLER	
Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende	152

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN, MARION KUNZE,

ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende: GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH, Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,12414 Berlin (Tel.: 030 – 53 33 43 62)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand): DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120

Editorial

Obwohl das Anti-Stalinismus-Referat auf dem Sonderparteitag der SED Anfang Dezember 1989 ein zentrales Stück Gründungskonsens der PDS konstituierte, bestehen in der PDS erhebliche Zweifel fort, ob es überhaupt angehe, den Begriff des Stalinismus im Zusammenhang mit der Beschreibung des realen Sozialismus zu verwenden; hält sich hartnäckig die Auffassung, Stalinismus sei ein »Kampfbegriff« des »Gegners«; und wird mit Bezug darauf kaum weniger hartnäckig gefordert, man solle doch, ehe man die Diskussion vertiefe, erst einmal definieren, was unter Stalinismus eigentlich zu verstehen sei.

Bundesvorstand und Geschichtskommission der PDS haben lange gebraucht, sich dieser Zweifel und Hartnäckigkeiten, denen auch die Fülle neuer Veröffentlichungen zum Thema in den letzten Jahren offensichtlich nur wenig anhaben konnte, in einem erneuten Anlauf anzunehmen. Nun haben sie es mit einer Konferenz am 21. Juni 1997 getan – und sich glücklicherweise darauf besonnen, daß die Definition eines gesellschaftlichen Zusammenhangs schwerlich am Anfang des entsprechenden Klärungsprozesses stehen, sondern vielmehr – wenn überhaupt – erst in dessen Resultat gefunden werden kann. Also wurde am 21. Juni nur sehr selten definiert und »eingeordnet«, dafür aber um so mehr die berühmte »Kärnerarbeit« geleistet. (Und es hat selbstverständlich sehr viel mit Stalinismus zu tun, daß diese Kärnerarbeit erst jetzt, nach dem Untergang der sozialistischen Sowjetunion und der sozialistischen DDR, wirklich geleistet werden kann; denn alle – ihrer Selbsteinschätzung zufolge – von allem Stalinismus »gereinigten« Parteien und Parteiführungen dieser beiden Länder haben es zugelassen [die Parteien] und gewollt [nur ihre Führungen?], daß alles die stalinistischen Verbrechen konkret Dokumentierende unter unheiligem Verschluß blieb und die überlebenden Augenzeugen, wenn sie im Lande blieben, »um der Sache willen« schwiegen.)

Kärnerarbeit also zu einem zentralen Kapitel stalinistischen Alltags: der Verfolgung von Kommunisten durch Kommunisten. »Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« war die Konferenz thematisiert – hieß das wirklich, wie mancher argwöhnte, Nichtgleichsetzbares gleichsetzen zu wollen? Gewiß: Die Zahlen der Toten, sie sind von unterschiedlicher »Größenordnung«. Aber die Methoden und Ziele der Verfolgung, die ihr zugrunde gelegten Politiken und Ideologien: Sie glichen sich – wie wir seit dem 21. Juni noch genauer wissen. Und waren – wie auf der Konferenz mit

vielen neuen Details vor allem aus den Archiven des Politbüros des ZK der KPdSU in bisher wohl seltener Stringenz dargestellt wurde – nicht zeitweilige »Verirrung«, sondern Konstituante des Realsozialismus.

Die so lange geheimgehaltenen Dokumente bringen es an den Tag: Auch die letzten Bastionen eines »Ja, aber«, mit dem sich Millionen von Kommunisten und Sozialisten einen Schutzschild aufzurichten versuchten gegen das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten der Kommunistenverfolgungen in der Sowjetunion, müssen fallen. Die eine dieser Bastionen: die äußere Bedrohung der Sowjetunion. Daß es sie gab: kein Zweifel. Aber sie spielte keine Rolle im Politbüro bei der Begründung der dort beschlossenen Verhaftungswellen, war vielmehr von Beginn an nur Propagandainstrument, gerichtet einzig auf die Rechtfertigung des Terrors. Und die andere: die Auffassung, es könne beim Terror in der Sowjetunion weniger plan- und industriemäßig als im faschistischen Deutschland zugegangen sein. Das Politbüro hat geplant – und den Terror zum Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung gemacht.

Und in der DDR? Immer deutlicher wird, warum die kommunistischen und andere linke Westemigranten und »Abweichler« als Hauptfeinde behandelt und kritische und unangepaßte Sozialdemokraten aus der jungen SED »hinausgesäubert« wurden: Sie zuerst hatten gewarnt – oder hätten später warnen können – vor den Gefahren einer schematischen Übertragung sowjetischer Staats- und Gesellschaftsaufbaumethoden auf die DDR. Und damit wäre der Führungsgruppe um Ulbricht, die von vornherein so unerhört belastet war durch ihr Eingezwängtsein in das unerträgliche Wissen um den Terror in der Sowjetunion und ihre eigene Rolle während der Vernichtung tausender deutscher Emigranten, der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Also reagierte diese Führungsgruppe logisch: Von Beginn an konzentrierte sie einen erheblichen Teil all ihrer Kraft darauf, die grausamen Geheimnisse zu wahren – und produzierte neue, der Lage geschuldet zunehmend subtilere Formen der Ausschaltung und Unterdrückung Andersdenkender.

Die Konferenz vom 21. Juni bietet die Chance zu weiterem Augenöffnen. Sie hat dem trauernden Nachdenken neuen Raum gegeben, und sie kann der PDS ein weiteres Stück Zukunftsfähigkeit verschaffen. Denn es sind keine neuen sozialistischen Visionen zu entwickeln, wenn dem stalinistischen Realsozialismus nicht immer tiefer auf den Grund gegangen wird. Es braucht – man spürt's doch so sehr an sich selbst – einen noch immer längst nicht zu Ende gegangenen Weg zu begreifen, wie sehr die sozialistische Alternative durch den Stalinismus diskreditiert ist. Wie schnell trifft mancher heute die Feststellung, es sei überraschend, daß sich gegen Neoliberalismus und Anschlußgerechtigkeiten keine Massenbewegung entwickelt. Und dabei ist der Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen doch so offensichtlich.

Stalinismus – das war auch die Vernichtung vieler Ansätze und Ideen zu einem wirklich emanzipatorischen Sozialismus. Diese wiederzuentdecken, ihre Trägerinnen und Träger dem Vergessen zu

entreißen, bleibt ein anderes wichtiges Feld der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Zum vorliegenden Sonderdruck sieht sich die Redaktion von »UTOPIE kreativ« durch den Erfolg des Heftes 81/82 (Juli/August 1997) veranlaßt. Dieses Heft, in dem der größere Teil der Redebeiträge auf der Konferenz vom 21. Juni 1997 dokumentiert ist, war sofort vergriffen. Hinzugefügt haben wir die zur Konferenz schriftlich eingereichten Beiträge von Wolfgang Hartmann (»Das Erbe Dzierzynskis« – oder weshalb seine Nachdenklichkeit abhandeln kam. Persönliche Reflexionen und Fragen an Meinesgleichen), Meinhard Stark (Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR) und Mario Keßler (Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende), die in den Heften 83 und 84 von »UTOPIE kreativ« veröffentlicht wurden.

WOLFRAM ADOLPHI

WOLFGANG GEHRCKE

Über Kenntlichkeit und Unkenntlichkeit – Marxismus und Stalinismus

Wolfgang Gehrcke –
Jg. 1943, von Beruf Journalist; Mitbegründer von SDAJ und DKP, einige Jahre Vorsitzender der SDAJ und Bezirksvorsitzender der DKP in Hamburg, im Januar 1990 (nach dem Scheitern des Versuchs einer Erneuerung der DKP) Austritt und Beteiligung an dem Versuch, ein Sozialistisches Forum aufzubauen, einer der Initiatoren für eine Linke Liste/PDS; z.Z. stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Der Marxismus als Theorie der Befreiung

»Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projizierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!« (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung).

Mit diesem kategorischen Imperativ beschrieb Marx 1843 in dieser Frühschrift Gegenstand, Ziel und Richtung seiner Bestrebungen. Ihm ging es nicht um die Verkündung einer abstrakten Norm oder eines weltverbessernden Ideals, sondern um die – im doppelten Wortsinn – Aufhebung von Zuständen. Diese Aufhebung sollte sich am Menschen (»ad hominem«) demonstrieren und in diesem Sinne an die Wurzel gehend radikal sein. »Die Wurzel für den Menschen«, so Marx, »ist aber der Mensch selbst.« Die zentrale Kategorie des Werkes von Marx war der Mensch und seine Befreiung.

Ich stelle diese Marxschen Überlegungen an den Beginn meiner Ausführungen, nicht nur um den eigenen Standort zu beschreiben, sondern vielmehr um deutlich zu machen, daß Analyse von Geschichte und deren individuelle Bewertung nicht voraussetzungs-frei sind, sondern einen ideengeschichtlichen Hintergrund haben.

Die Analyse, die wir zu leisten haben, wenn wir den 60. Jahrestag der Moskauer Schauprozesse zum Anlaß und nicht zum alleinigen Gegenstand unserer Veranstaltung nehmen, muß über das Faktische hinaus diesen Hintergrund einbeziehen. Das setzt aber voraus, Fakten zu kennen und Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Beides ist nicht identisch und beides ist offensichtlich ein Problem. Die Forschung über den Stalinismus ist heute umfangreich und fundiert. Daran haben u.a. Referentinnen und Referenten der heutigen Veranstaltung ihren Anteil. Der Zugang zu Quellen hat sich entschieden verbessert. Dies ist wichtig. Trotzdem bleibt die Sicherung, Aufbereitung und Öffentlichkeit historischer Bestände eine gemeinsame Sorge aller an der Forschung Interessierten. Ich wünsche mir allerdings, daß Publizistinnen und Publizisten die gleiche Sorgfalt und geschichtliche Sensibilität an den Tag legen wie die Archivarinnen und Archivare, die ihnen die Quellen für ihre Veröffentlichung erschlossen haben.

An Grundlagenforschung über den Stalinismus mangelt es heute

nicht mehr, und auf die Einrede des Unbekannten kann man sich nicht mehr zurückziehen. Zumindest kann man heute im Grundsatz kennenlernen, was man wissen will. Etwas anderes sind die vielfachen mentalen Sperren, Vorliegendes auch zur Kenntnis zu nehmen. Diese Sperren sind weit schwieriger zu durchbrechen und verhindern immer wieder einen vorurteilsfreien Blick auf die Vergangenheit.

Eine Ursache mentaler Verweigerung – sicher nicht die alleinige und wohl auch nicht die wichtigste –, geschichtliche Fakten zur Kenntnis zu nehmen, ist das begründete Gefühl, daß Geschichte und ihre Ausdeutung genutzt werden, um gesellschaftliche Hegemonie herzustellen bzw. aufzubrechen. Der Zusammenhang von Geschichte, dem Interpretationsmonopol der Geschichte und von Macht und Machtsicherung und damit von Herrschaftssicherung ist nicht neu.

Stefan Heym beschreibt diesen Mechanismus in seinem 1972 erschienenen »König David Bericht« anschaulich. Dieser Zustand wird zu Recht von Historikerinnen und Historikern kritisiert, aber auch er ist gesellschaftliche Realität. Parteien streben ob ihrer Funktion nicht immer nach Wahrheit, sondern oftmals nach Mehrheit und einem günstigen Urteil der Geschichte. Die Geschichte jedoch selbst muß man erforschen. Man darf sie nicht eigenwillig umschreiben. Geschichte ist, wie sie war. Ein Geschichtsbild kann sich ändern.

Für die Ausprägung eines Geschichtsbildes ist die Kenntnis historischer Verläufe ebenso unverzichtbar, wie es unverzichtbar ist, Maßstäbe für das eigene Urteil zu gewinnen. Wer darauf verzichtet, wird zum Spielball des jeweiligen Zeitgeistes.

Geschichte läßt sich nicht – zumindest nicht auf Dauer – nach der Methode »Die guten ins Töpfchen – die schlechten ins Kröpfchen« teilen oder gar durch Entschuldigungen nach allen Seiten aufarbeiten. Es kann nicht überzeugen – um ein immer wieder aktuelles Problem aufzugreifen –, dazu zu schweigen, daß einzelne Machtzentren der DDR-Gesellschaft – zum Beispiel das Ministerium für Staatssicherheit oder das SED-Politbüro – zum Reich des Bösen erklärt werden, wenn man gleichzeitig weiß, daß auch verfassungsmäßig der Führungsanspruch bei der SED lag. Abgesehen davon, daß eine solcherart begründete Hoffnung auf kollektiven Freispruch einschließlich der Annahme in der heutigen Gesellschaft auf Sand gebaut ist, wäre sie moralisch – weil sie den individuellen Schuldspruch akzeptiert – höchst verwerflich und politisch kurzsichtig. Wer aber Interessantes, Aufnahme- und Ausbaufähiges in der DDR-Gesellschaft für sich reklamiert, kann die verbleibenden problematischen Seiten nicht anderen überlassen. Eine juristische Bearbeitung der Geschichte muß scheitern und richtet Schaden auch für den Rechtsstaat an. Keine Strafe ohne Gesetz und volle Wirksamkeit des Rückwirkungsverbots des Grundgesetzes in Ost und West – das sind elementare Regeln von Rechtsstaatlichkeit. Es ist auch eine Erfahrung des Realsozialismus, daß Demokratie in Gefahr ist, wo das Recht politischer Opportunität folgt. Eine andere Frage, deren Beantwortung aber gerade nicht Angeklagten in politisch motivierten Strafprozessen abzufordern

ist, ist der Vergleich von sozialistischen Ansprüchen an die Gesellschaft und ihre Widerspiegelung im geschriebenen Recht.

Die PDS ist ohne Bezug zu ihrer Geschichte, ohne den skizzierten ideengeschichtlichen Hintergrund, weder gegenwarts- noch zukunfts-fähig. Diese Geschichte beginnt nicht erst 1989. Das nehmen wir für unsere individuellen Biographien selbstbewußt in Anspruch und verdrängen es nur allzugern für unsere kollektive Biographie.

Die PDS ist einen bemerkenswerten Weg vom ideologiesteuerten Reagieren zur politischen Gestaltungsfähigkeit gegangen. Es bleibt aber der Zweifel, ob Ideologie nicht alltagssprachlich mit Theorie gleichgesetzt wird. Es ist nicht auszuschließen, daß der neoliberale Zeitgeist mit seiner Feindschaft gegenüber Theorie auch auf Linke abgefärbt hat. Der Hund des Zweifels, daß Sozialismus »Mega-Out« sei, schläft auch bei Sozialistinnen und Sozialisten leicht. Eine sozialistische Partei ohne theoretische Vorstellungen über die Gesellschaft, ihre Entwicklungs- und Zerstörungspotentiale, ohne Normen und Werte, ist gesellschaftlich ohne Bedeutung, auch dann, wenn diese Partei zeitweilig Stimmen und Stimmungen sammelt. Es geht also um den steinigten Weg vom Abstrakten zum Konkreten, der an geschichtlichen Erfahrungen und nicht an postulierten Grundwerten abzumessen ist. Um nicht mehr und nicht weniger.

Das Ziel ist eine geschichtlich begründete Vorstellung der heutigen Gesellschaft, einschließlich ihrer Veränderungspotentiale. Entgegen vielen landläufigen Meinungen schreibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keine wirtschaftliche Ordnung zwingend vor. Zwingend festgeschrieben – und dies ist zu verteidigen – sind jedoch Grund- und Menschenrechte. Eine geschichtlich begründete Vorstellung der Gesellschaft ist geschichtsoffen. Geschichte als den offenen Prozeß von Alternativen zu begreifen, ist unter anderem ein wichtiger Unterschied zu konservativen Denkvorstellungen. In der Begründung ihres noch gültigen Grundsatzzprogramms spricht die CDU davon, daß es ihr Ziel sei, sich ein »... geschichtsrichtiges Programm zu geben, das als Regel das politische Handeln bestimmen und steuern soll« (Prof. Hermann Krings, CDU-Grundsatzkommission, Bonn 1977).

Dieser Determinismus des »Geschichtsrichtigen«, d.h. der Übereinstimmung des eigenen Handelns mit dem Verlauf der Geschichte, ist uns vertraut. Aber er widerspricht grundsätzlich dem, was wir mit unseren Fragen an die Geschichte suchen: Kenntnis und Erkenntnis; Denken in Alternativen; Nichtwiederholbarkeit statt Vorbestimmung.

Wir müssen uns dem Problem stellen, daß im Sinne von Marx und Engels die Praxis – nicht die Absicht – ein zulässiges Kriterium der Beweisführung ist: »The proof of the Pudding is in the eating«, wie es Engels im Anti-Dühring beiläufig formulierte oder, wie es Christen ausdrücken: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Es ist nicht entscheidend, ob eine Auffassung sich selbst als »links« bezeichnet, sondern es ist nach ihren Inhalten und politischen Methoden zu fragen. Ein verlässlicher Maßstab für linke Politik, zumindest der von Marx und Engels, wäre es, ob eine solche Politik – theoretisch wie praktisch – auf die zunehmende Emanzi-

pation des Individuums gerichtet ist. Darin vergegenständlicht sich der Befreiungsanspruch der Marx'schen Lehre.

Ein neuer unverstellter Blick auf die Grundgedanken von Marx ist hilfreich, er hilft aber der sozialistischen Theorie noch nicht aus ihrer Krise. Wer die anhaltende Krise sozialistischer Theorien in eine Krise falscher Marxinterpretationen ummünzen will oder die Ursache des Scheiterns des Realsozialismus nur in einer schlechten Ausführung einer »an sich« richtigen Lehre sucht, verliert die Ansprüche aus dem Auge, die Marx und Engels an sich selbst gestellt haben.

In der Sprache der Frühschriften: Die Kritik aller Religionen läßt sich nicht wie irgendeine Religion verteidigen, indem man eine »reine Lehre« aus dem Hut zieht, die von den praktischen Sünden ihrer Anhänger nicht befleckt werden konnte. Einiges in der PDS erinnert mich daran. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn zwischen den Grundgedanken von Marx und der kommunistischen Praxis tiefe Widersprüche auftreten, ist die angemessene Antwort nicht nur eine theoretische Kritik dieser Praxis, sondern ebenso sehr eine praktische Kritik der Theorie. Dies ist aus meiner Sicht auch eine mögliche Antwort auf Ernst Blochs fragende Herausforderung, ob sich der Marxismus im Stalinismus zur Unkenntlichkeit oder zur Kenntlichkeit verändert hat: theoretische Kritik der Praxis und praktische Kritik der Theorie.

Wer solcherart dialektische Kritik gegen sich selbst nicht geltend macht, erhält sich Marx, Engels, Lenin und andere als unbefleckte Säulenheilige, zahlt dafür aber einen hohen Preis geistiger Unverbindlich- und politischer Einflußlosigkeit. Nur wer die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit sucht, kann sich mit Aussicht auf Erfolg in die heutigen Auseinandersetzungen begeben.

Grundsätzliche Differenzen zwischen Marxismus und Stalinismus

Am Beginn des Weges, nicht an seinem Anfang, von dem wir Aspekte und nicht den ganzen Weg ausleuchten wollen, stand die Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Unsere heutige Diskussion hat nicht das Ziel, dieses weltgeschichtliche Ereignis, dessen achtzigste Wiederkehr sich dieses Jahr vollzieht, umfassend zu würdigen oder gar die Geschichte der Oktoberrevolution und der Sowjetunion in eine Geschichte des Stalinismus umzuinterpretieren. Mit der Oktoberrevolution schien die sozialistische Zielvorstellung zum ersten Male Realität anzunehmen. Dieser erste Versuch, eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten und das kapitalistische Profitsystem zu überwinden, ist unter fortschrittlichen Kräften bis auf den heutigen Tag idealisiert worden, ebenso wie er in anderen Teilen der Gesellschaft dämonisiert wurde und wird. In dem Maße, in dem die Wahrheit über die Verbrechen des Stalinismus bekannt und anerkannt wurde, brachen Idealisierungen und Illusionen über die sozialistischen Länder zusammen. Heute kommt es darauf an, aus der Idealisierung nicht in den umgekehrten Fehler zu verfallen und den Sozialismus als bloßen Irrtum der Geschichte abzuhaken und ad acta zu legen.

Die Früchte vom Baum theoretischer Erkenntnisse waren in der Praxis des Realsozialismus sehr unterschiedlicher Natur: unter-

schiedlich in den Zeiten; unterschiedlich in den Ländern; unterschiedlich in der Akzeptanz der Bevölkerung. Jede Entwicklung ging mit ihrem Gegenteil schwanger: Emanzipation und Antiemanzipation, Weltoffenheit und Kleinbürgertum, Aufklärung und Despotismus.

Selbstverständlich ist die Zeit des »Hochstalinismus« nicht identisch oder etwa gleichzusetzen mit späteren Abschnitten. Unterschiede in einzelnen Ländern sind unverkennbar. Keiner sollte den Unterschied zwischen der Lubjanka und Hohenschönhausen verwischen. Auch der Realsozialismus durchlief nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine »zivilisierende« Entwicklung. Ein Abbau terroristischer Seiten, ein Mehr an sozialer Sicherheit, eine größere Rolle des Individuums, eine größere Offenheit, friedenspolitische Initiativen und gesellschaftliche Differenzierung sind als Tendenzen zu benennen. Gerade aus dieser Entwicklung entstanden neue Widersprüche, in deren Nichtbewältigung aktuelle Gründe des Scheiterns liegen. Daraus allerdings zu schlußfolgern, daß der XX. Parteitag die Abkehr von Stalin und damit der Anfang vom Ende war, ist tückisch für diejenigen, die dieses Argument benutzen. Es beinhaltet doch das Eingeständnis, daß Sozialismus nur in Verbindung mit Repression überlebensfähig war. Ein »Sozialismus der Repression« unterscheidet sich prinzipiell nicht oder nur wenig von einem »repressiven Kapitalismus«. Im Gegenteil: Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß in vielen Ländern einem repressiven Kapitalismus zivile Zugeständnisse abgerungen und rechtlich verankert wurden. Für einen repressiven Sozialismus zu kämpfen macht für Menschen, die einen repressiven Kapitalismus ablehnen und bekämpfen, keinen Sinn. Die organische Einheit von Demokratie und Sozialismus als Ziel, Weg und Methode ist wohl der bedeutsamste Fortschritt in der Programmatik und der Politik der PDS.

Gerade wenn man sich um eine differenzierte Beurteilung sorgt, ist die Frage nach gleichen strukturellen Defiziten schärfer zu stellen. Anstatt die Oktoberrevolution und die ihr folgende Zeit als Anfangsetappe eines langen historischen Prozesses aufzufassen, wurde sie als ein universelles Modell, das mit gewissen Modifikationen für alle Länder geeignet ist, übernommen. Durch den immer stärker werdenden Zentralismus der Kommunistischen Internationale verbreiteten sich Utopismus und Voluntarismus. Die kritiklose Identifikation mit dem russischen Weg machte blind für die tatsächliche Entwicklung, für mögliche Alternativen und führte zur Übernahme stalinistischer Praktiken und zu utopischen Programmen.

Durch alle Widersprüche hindurch wird es heute immer deutlicher, daß der Stalinismus in der Entwicklung des Realsozialismus eine relativ selbständige Formation darstellte. Er konnte an dogmatisierte Vorstellungen sozialistischer Theorien anknüpfen und erhielt seine Ausprägung durch den Akt der gewaltsamen Machtergreifung, dem die gewaltsame Machtverteidigung auf dem Fuße folgte. Seine Ausprägung wurde befördert durch das Ausbleiben revolutionärer Entwicklungen im Westen. Die Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land schnitt die Entwicklung von den sozialistischen Diskursen im Westen ab. Die stalinistischen Normen wurden weltweit in der kommunistischen Bewegung zur herr-

schenden Idee, die keinen Widerspruch duldete. Daran haben undogmatische Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten und bürgerliche Demokraten immer wieder Kritik geübt. Ihre Kritik wurde als Antikommunismus verleumdet und entstellt. Auch ich habe mich in diesem Sinne mit meinem Verhalten auseinandersetzen. Selbstverständlich hat auch der Umstand der ständigen äußeren Bedrohungen – angefangen von den Interventionen am Beginn der Sowjetmacht über die Isolierungspolitik und den faschistischen Weltkrieg bis zum Kalten Krieg nach 1945 – der Entwicklung des Sozialismus seinen Stempel aufgedrückt.

Aus diesen Gründen steht Kritik jenen nicht zu, die mit einer Politik der Isolierung und Kriminalisierung, des »roll back« des Kommunismus, des Wettrüstens und eigener Kommunistenverfolgung eben jene Abschottung betrieben haben, die sie in Sonntagsgesprächen bedauerten und bedauern.

Das politische System des Stalinismus war der in Macht gegossene Avantgardeanspruch, den namens einer von ihrer Macht entfremdeten Klasse eine zentralistische Partei und letztlich nur noch deren Führung und/oder einzelne ihrer Führer realisierten. Partei- und Staatsmacht verschmolzen zu einem einheitlichen System ohne Gewaltenteilung. Terror und die Abwesenheit von Demokratie und Rechtssicherheit waren für diese Zeit konstituierend. Um nur einiges zu nennen: Auf Beschluß des Politbüros der KPdSU wurde die Folter offizielle Vernehmungsmethode. Für Verhaftungen wurden Planziele vorgegeben. Für »Volksfeinde« galt »Sippenhaft«. Ihre Kinder waren ab dem 12. Lebensjahr strafmündig. Unter Stalin wurde der Terror zum System, wurde der Staat zum kollektiven Terroristen.

Aber auch hier reichen die Wurzeln tiefer. Während die Oktoberrevolution und ihre Machtorgane – einschließlich der Regierung und des Rates der Volkskommissare – sich politisch noch auf mehrere linke Parteien stützen konnten, sich Diskussionen frei entwickelten, verengte sich die politische und soziale Basis systematisch nach der siegreichen Revolution. Kronstadt und das »Fraktionsverbot« des X. Parteitagess stehen für diese Entwicklung. Das Verbot anderer konkurrierender Parteien – einschließlich konkurrierender Linksparteien –, ihre Ausschaltung aus den Parlamenten, beförderten eine Tendenz, gesellschaftliche Probleme durch Gewalt zu lösen. Stalin hat in späteren Jahren in der ihm eigenen Vereinfachung auf die Leninsche Feststellung »Große Fragen werden im Leben der Völker mit Gewalt entschieden« (Lenin, Werke Bd. 31, S. 141) zurückgreifen können. Revolutionen – feudale und bürgerliche wie sozialistische – entfalten aus ihrem gewaltsamen Ursprung heraus vielfach eine zerstörerische und selbstzerstörerische Seite, wenn diese nicht durch nachfolgende demokratische Entwicklungen gebändigt wird.

Lenin war in dieser Frage widersprüchlich. Seine »Neue ökonomische Politik« zielte auf eine solche demokratische Bändigung. Aber es war auch Lenin, der mit dazu beigetragen hat, den Terror in der Sowjetunion gesetzlich zu verankern, d.h., dem Terror seine willkürliche Seite zu nehmen – um den Preis, die Willkür zur Möglichkeit der Regel zu machen. Lenin schrieb am 17.5.1922 an den

Volkskommissar für Justiz Kurski: »Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen – das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug –, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern. Die Formulierung muß so weitgefaßt wie möglich sein, denn nur das revolutionäre Rechtsbewußtsein und das revolutionäre Gewissen legen die Bedingungen fest für die mehr oder minder breite Anwendung in der Praxis« (Lenin, Werke Bd. 33, S. 344).

Wir wissen heute, daß revolutionäres Rechtsbewußtsein und revolutionäres Gewissen ebenso unsichere Kantonisten sind wie der angeblich gesunde Menschenverstand und, daß der Weg, die spontane Willkür der Revolution zu bändigen, indem sie zum Recht gemacht wurden, gründlich gescheitert ist. Auch und gerade das Recht der Revolution muß sich an den Normen der Revolution, an ihren Zielen messen.

Die stalinistische Herrschaft funktionierte auf der Grundlage einer umfassenden Verstaatlichung der Gesellschaft und nicht auf einer Vergesellschaftung des Staates. Auf das Verhältnis Staat und zivile Gesellschaft hat die Produktivkraftentwicklung einen prägenden Einfluß. In einer falschen Marx-Rezeption wurde die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als eine vorwiegend quantitative erfaßt. Dem Staat kam die entscheidende Funktion zu, in historisch kürzester Frist die Produktivkraftentwicklung voranzutreiben. Die gewaltsame Entwicklung der Produktivkräfte führte einerseits zur Dominanz des Staates in dieser Sphäre, andererseits zu einer Militarisierung (Arbeiterarmeen) der Produzenten und zu außerordentlich störanfälligen Beziehungen zwischen Produktion, Konsumtion und Verteilung. Die soziale Hauptstütze eines solchermaßen »staatsmonopolistischen Systems« war eine breite bürokratische Schicht, unter der zugleich Dynamik und Erneuerungsfähigkeit abstarben. Macht rangierte vor Hegemonie.

Nun hat Marx die Frage nach der quantitativen Seite der Produktivkräfte nicht besonders gewichtet. Seine zentrale Frage war die Frage der Beherrschbarkeit der Produktivkraft als Bedingung ihrer weiteren Entwicklung. Die Produktivkraftentwicklung der sozialistischen Länder war in vielfacher Hinsicht eine nachholende des Kapitalismus mit ähnlichen Deformationen und geringerer Effizienz. Der Stalinismus war auch in dieser Frage der Bruch und nicht die Kontinuität mit Marx.

Der Bruch mit stalinistisch geprägten Strukturen und mit stalinistisch verfaßter Gesellschaft war aus sozialistischer Sicht notwendig und legitim. Ebenso legitim wie der Versuch, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges in Rußland mit der Oktoberrevolution eine neue gesellschaftliche Entwicklung einzuleiten. Und ebenso legitim war es, nach dem Faschismus und seinem Zweiten Weltkrieg mit der DDR einen anderen, einen antifaschistischen-demokratischen Weg in Deutschland zu gehen.

Die Welt ist anders – aber ist sie auch besser geworden? Innerhalb weniger Jahre hat der Kapitalismus – nun mehr uneingeschränkt auf seiner eigenen Basis – seine zerstörerischen Potenzen in einer derartigen Geschwindigkeit entwickelt, daß er global umfassend und kaum reparabel Gesellschaftlichkeit vernichtet. Seine

neoliberale Variante, sein Wachstum ohne Grenzen und ohne demokratische Steuerung, ohne soziale Bindung sowie sein Raubbau an der Natur sind zum Scheitern verurteilt.

Was aber werden die Alternativen sein?

Es ist heute hohe Zeit, wieder über den Sozialismus zu reden.

Geschichte als »Bringschuld«

Am 1. Juni 1987 – also vor knapp 10 Jahren – wandten sich europäische Intellektuelle, Sozialistinnen und Sozialisten, darunter Jacob Moneta, Peter von Oertzen, Oskar Negt u.a., an den Botschafter der UdSSR in Bonn und forderten die vollständige Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Schauprozesse. »Sie müssen umgehend rehabilitiert, ihre Ehre muß wiederhergestellt werden. Ihre Familien müssen entschädigt und ihre Gräber gekennzeichnet werden,« schrieben sie damals. Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten forderten sie auf, sich nicht weiter gleichgültig gegenüber den Schicksalen von Opfern der Säuberungen zu verhalten. Tausende sind ihres Lebens und ihrer Freiheit im Namen jener Revolution, der sie ihr Leben widmeten, beraubt worden und sie wurden totgeschwiegen.

In seinem »König David Bericht« läßt Stefan Heym König Salomo den Autor des David Berichtes Ethan, Sohn des Hoshaja, der bei der Abfassung des Berichtes zu wenig an der Wahrheit vorbeigehen konnte, zum Totschweigen verurteilen: »Darum nun soll er zu Tode geschwiegen werden; keines seiner Worte soll das Ohr des Volkes erreichen, ... auf daß sein Name vergessen sei, so als wäre er nie geboren worden und hätte nie eine Zeile geschrieben.«

Zehn Jahre sind seit dem Appell europäischer Intellektueller vergangen. Es bleibt trotz vieler Arbeit eine Bringschuld, die Archive zu befragen, weiter zu forschen und zu analysieren, die Dinge öffentlich beim Namen zu nennen. Leben und Freiheit zurückgeben, das kann niemand. Namen und Würde zurückgeben, gegen das Vergessen aufstehen, Wahrheit wiederherstellen, dazu sind wir in der Lage. Wenn ich von »Bringschuld« in bezug auf die PDS spreche, dann nicht deshalb, weil andere uns etwas abfordern und wir es erbringen. Bringschuld heißt, daß wir selbst um unser selbst willen dazu bereit sein müssen. Wahrheit in Scheiben geteilt wird zur Unwahrheit. Wahrheit aus Mangel an Auswegen zugestanden wird zur Heuchelei. Es ist ein Irrglaube, daß Zeit Wunden heilt. Aus diesem Grund – und aus keinem anderen – haben wir uns zu dieser Veranstaltung an diesem Termin entschlossen.

Ich darf zum Abschluß noch einmal Stefan Heym aus dem »König David Bericht« zitieren, der meine Gefühle ausdrückt, wenn ich über den Sozialismus – auch den gewesenen – nachdenke. Nach der Ausweisung des Autors des König David Berichtes aus Jerusalem läßt er diesen sagen: »Als wir aber den Bach Kidron überquert und die Höhe am anderen Ufer erklommen hatten, hielt ich an, um einen letzten Blick auf die Stadt Davids zu werfen. Und ich sah sie liegen auf ihren Hügeln, und ich wollte sie verfluchen; doch ich konnte es nicht, denn ein großer Glanz des HERRN lag über Jerusholayim im Lichte des Morgens.«

Nachsatz:

Der Presse entnehme ich, daß sich die Französische Kommunistische Partei am 23. Juni 1997 zu gleicher Problematik geäußert hat. Der Nationalsekretär (Vorsitzende) der FKP, Robert Hue, erklärte dort, daß die Kommunistische Partei »ihre gesamte Geschichte« auf sich nehmen müsse. Hue: »Es war ein ungeheurer Verlust für alle Kommunisten, unterschiedliche Auffassungen durch bedingungsloses Insistieren auf der Parteilinie regeln zu wollen ... «.

WLADISLAW HEDELER

Die Szenarien der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938

Wladislaw Hedeler – Jg. 1953,
Historiker, Dr. phil., Berlin.

1 Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19.-24. August 1936, Moskau 1936.

2 Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.-30. Januar 1937, Moskau 1937.

3 Prozeßbericht über die Strafsache des antisowjetischen »Blocks der Rechten und Trotzkisten«. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.-13. März 1938, Moskau 1938.

4 Hilde Benjamin: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Einheit, 1952, H. 7, S. 699-703.

Das Gesicht der bauenden und der strafenden Union

Die vor sechzig Jahren inszenierten öffentlichen Schauprozesse gegen das »Trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum«¹, das »Sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum«² und den »Antisowjetischen ›Block der Rechten und Trotzkisten‹«³ übten eine nachhaltige Wirkung auf das politische Leben der sozialistischen Staaten aus. Die in den fünfziger Jahren propagierten und nachgeahmten, in den sechziger Jahren vehement verdrängten und in den achtziger Jahren »wiederentdeckten« Moskauer Prozesse gehörten für die aus dem Exil zurückgekehrten deutschen Kommunisten und ihre sowjetischen Berater ebenso zum Alltag wie die regelmäßigen Parteisäuberungen und Überprüfungen der Parteidokumente in der SED.

Hier wurden sowjetische Erfahrungen aufgegriffen, den Verhältnissen angepaßt und – wie andere Herrschaftstechniken auch – weiterentwickelt. »Die zehn Anklagereden«, stellte H. Benjamin in ihrer Besprechung von Wyschinskis »Gerichtsreden« in der theoretischen Zeitschrift der SED »Einheit« fest, »vermitteln nicht nur grundlegende Erkenntnisse der Theorie des Staates und des Rechtes, sondern auch der Staats- und Rechtspraxis; dabei wird eine Fülle von Problemen im Rahmen der Entwicklung des Sowjetstaates geklärt. [...] Neben den eigentlichen juristischen Themen wird eine Fülle bedeutungsvoller Fragen in den vorliegenden Gerichtsreden angeschnitten, Fragen der Kader, der Kritik, der Sorge um den Menschen, der sozialistischen Moral. [...] Die ›Gerichtsreden‹ sind eine wertvolle Bereicherung beim Studium der Geschichte der KPdSU(B). Sie sollten andererseits nicht ohne den ›Kurzen Lehrgang‹ gelesen werden. [...] das Gerichtsverfahren als Form der Kritik und Selbstkritik anzusehen, ist eine für uns neue Vorstellung.«⁴ An diese Ausführungen schlossen sich Hinweise für die Arbeit der Richter und Schöffen, die 1952 bei der Ausarbeitung der Strafprozeßordnung Berücksichtigung fanden, an. H. Kröger wies im Funktionsorgan »Neuer Weg« auf die Aktualität der »Gerichtsreden« für den sozialistischen Aufbau in der DDR hin: »Weiter gibt uns Wyschinski Hinweise für unseren jetzt so brennenden Kampf um die Durchsetzung einer neuen Einstellung zur Arbeit, um die Entwicklung eines hohen persönlichen Verantwortungsbewußtseins jedes Bürgers und vor allem jedes Staats- und Parteifunktionärs in unserer schweren Aufbauarbeit. Er lehrt uns, wie die Sowjetgerichte diesen Kampf zugleich strafend und erziehend führten, wie

die Bestrafung einzelner verantwortungslos Handelnder zugleich ein Mittel der Aufklärung, der Bewußtseinshebung aller sein muß.«⁵

Als diese Rezensionen in der DDR veröffentlicht wurden, ging in Moskau der Prozeß gegen Mitglieder des Antifaschistischen Jüdischen Komitees zu Ende,⁶ liefen in Prag die Vorbereitungen für den im November 1952 vor dem Staatsgericht verhandelten Slansky-Prozeß,⁷ und in Moskau bereitete man den Schauprozeß gegen die Kremlärzte⁸ vor. H. Benjamin aber sah sich auch in der Folge immer wieder veranlaßt, ihre Nähe zu Wyschinski hervorzuheben. »Als Stalin starb«, führte sie in ihrer Rede während der Gedenkfeier der Vereinigung Demokratischer Juristen zum Tode Wyschinskis am 27. November 1954 im Ministerium der Justiz aus, »war den Völkern ein Vater gestorben. Mit Andrej Januarjewitsch verloren sie einen ihrer klügsten, leidenschaftlichsten, erfahrensten Kämpfer für den Frieden. [...] Ich habe lange nachgedacht, wann ich die erste bewußte Begegnung mit Wyschinski hatte. Ich meine jene erste aufrüttelnde Begegnung mit seinem Werk, die zugleich ja immer eine Begegnung mit seiner Persönlichkeit war und die wie ein Blitz einschlug und jene Flamme der Begeisterung entzündete: das ist es, was wir suchen. Es war nicht seine 1949 bei uns erschienene Schrift über die Lehren Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat⁹ [...] Es waren erst die im Jahre 1951 erschienenen ›Gerichtsreden‹. Vielleicht waren wir, suchend und tastend, damals gerade an den Punkt unserer Entwicklung gekommen, wo wir zu verstehen begannen, um was es ging: Wir hatten die erste Bekanntschaft mit der sowjetischen Rechtswissenschaft, insbesondere mit dem sowjetischen Strafrecht gemacht – nach Gesetzestexten, nach Lehrbüchern. [...] Und nun wurde dieses alles uns lebendig [...] an Beispielen, die denen unserer eigenen Periode ähnlich waren; hier erlebten wir Gesetz und Recht in Aktion. Und so wurde Wyschinski unser Lehrer in der Anwendung des Rechts beim Aufbau des Sozialismus.«¹⁰

Die Moskauer Schauprozesse, von denen im folgenden die Rede ist, spielten sich in den für den Aufbau der Volkswirtschaft der UdSSR entscheidenden Jahren 1934 bis 1939 ab. Ihre keineswegs irrationale, sondern mit der Herrschaftslogik korrespondierende Dimension und Funktion des von der Parteiführung verordneten Terrors ist bislang nur in Ansätzen untersucht, die darauf aufbauende Erziehungs-, Umerziehungs- und Vernichtungspolitik, die eine permanente war und sich gegen alle Schichten der Bevölkerung – und nicht nur gegen Parteimitglieder – richtete, vorerst nur skizziert.¹¹ Die Herrschaftstechniken fanden im Terror, der nicht zuletzt eine Komponente und Triebkraft der Wirtschaftspolitik war, ihre Entsprechung. Zuständig für seine Ausführung waren die im Juli 1934 zum Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten vereinigten Apparate der Staatssicherheit und des Innenministeriums

Mit Blick auf die heute zugänglichen Archivadokumente und Erinnerungsberichte tritt die »Logik« des Terrors deutlicher hervor. L. Troztkis im Exil und N. Bucharins im »Letzten Wort« getroffene Feststellung, alle Prozesse richteten sich letzten Endes gegen Stalins Hauptfeind,¹² hält die Erscheinung fest, erklärt jedoch nicht

5 Herbert Kröger: A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, in: Neuer Weg, 1952, H. 9, S. 43.

6 Das Protokoll der geschlossenen Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 8. Mai bis 18. Juli 1952 ist veröffentlicht: Nepavednyj sud. Poslednij Stalinskij rasstrel, Moskau 1994.

7 Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze. Prag 1953; Arthur London: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, Berlin 1991, S. 281-329.

8 Ja. L. Rapoport: Na rubeshe dvuch epoch. Delo vraej 1953 goda, Moskau 1988.

9 A. J. Wyschinski: Die Lehre Lenins-Stalins von der proletarischen Revolution und vom Staat, Berlin 1949.

10 Hilde Benjamin: Andrej Januarjewitsch Wyschinski. Aus dem Nachruf des Ministers der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, anläßlich der von der Vereinigung Demokratischer Juristen am 27. November im Ministerium der Justiz durchgeführten Gedenkfeier, in: Staat und Recht, 1954, 6, S. 691-994. Die Verfasser (Gg. Kr.) des im »Neuen Deutschland« veröffentlichten Nachrufes »Zum Ableben des großen sowjetischen Staatsmannes« (ND, 24. November 1954, S. 3) würdigen Wyschinskis Auftreten als staatlicher Ankläger in den großen Prozessen: »Durch seine leidenschaftlichen Anklagereden hat er in diesen Prozessen die Bande der troztkistischen Agenten,

Spione, Mörder und Hochverräter entlarvt, sie ihrer Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit überführt und so wesentlich dazu beigetragen, diese Agenturen der imperialistischen Mächte zu vernichten und damit eine wichtige Voraussetzung des Sieges der Sowjetunion über die faschistische Bestie im 2. Weltkrieg zu schaffen«.

11 Markus Wehner: Stalinstischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37-38/96, 6. September 1996, S. 15-28.

12 Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, Berlin 1990, S. 54. N. Bucharin sprach von Leo Trotzki als dem Hauptbewegungsmotor im konterrevolutionären Parallelogramm der Kräfte. (Prozeßbericht, Moskau 1938, S. 848.)

13 Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B) Januar/Februar 1934, Moskau, Leningrad 1934.

14 Als die Verfassung im Dezember 1936 angenommen wurde, waren viele Mitglieder der Verfassungskommission verhaftet. Der Wortlaut und Stalins Reden über die Verfassung sind dokumentiert in: Die Stalinische Verfassung, Berlin 1950.

15 Ein Stenogramm dieser Plenartagung, die vom 4. bis 7. Dezember 1936 stattfand, ist nicht veröffentlicht.

16 Hinweise auf diese Rede in: Izvestija CK KPSS, 1989, Nr. 1, S. 129, 5, S. 75 und 8, S. 82f.

das Wesen des Terrors, der zunehmend zu einem Bestandteil der Wirtschaftsplanung wurde und vor Ort eine wichtige macht- und systemstabilisierende Ventilfunktion erfüllte. Es ging um mehr als nur um die Begleichung persönlicher Rechnungen, um mehr als die Befriedigung von Rachegeleuten des neuen Tschingis Khan.

Für die Komplikationen, die zwangsläufig aus der Politik der Parteiführung folgten, wie auch zur Gewöhnung des Apparats an die ständig wechselnden »richtungweisenden Lösungen« mußten in regelmäßigen Abständen Sündenböcke gefunden werden. Der Repressionsbedarf resultierte aus dem Formierungsbedarf der Macht. Zwischen dem 17. und dem 18. Parteitag der KPdSU(B) hielten die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Schaffung sozialistischer Großbetriebe das Land in Atem. Das auf den 17. Parteitag¹³ folgende Juni-Plenum des ZK der KPdSU(B) 1936 stimmte dem Entwurf der Verfassung der UdSSR zu, in dem vom Sieg des Sozialismus die Rede war.¹⁴ Zwei Monate später, im August 1936, fand der erste Schauprozess statt, zu dessen prominentesten Angeklagten G. Sinowjew und L. Kamenew gehörten. Ihnen wurde Sabotage, Verrat und Spionage vorgeworfen. Auf dem Dezemberplenum¹⁵ 1936 wurden die Weichen für den im Januar 1937 folgenden Schauprozess gegen G. Pjatakow, G. Sokolnikow, L. Serebrjakow, K. Radek u.a. gestellt. In den Tagungspausen fanden Gegenüberstellungen der Verhafteten mit Politbüromitgliedern statt. Der Leiter der Kaderabteilung und Vorsitzende der Parteikontrollkommission N. Jeshow hielt auf diesem Plenum ein Referat »Über die antisowjetischen, trotzkistischen und rechten Organisationen«.¹⁶ Dem Vortrag lag ein 1935 unmittelbar im Anschluß an die Ermordung des Leningrader Parteichefs S. Kirow entstandenes und von Stalin redigiertes Manuskript unter dem Titel »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« zugrunde. Diese Ausarbeitung enthielt das Szenario der bevorstehenden Schauprozesse.

Da die »Beweise« jedoch nicht ausreichten, um die von den Verhafteten beschuldigten »Rechtsabweichler« zu einem Geständnis zu zwingen, wurde die Klärung einem Antrag Stalins folgend auf das nächste Plenum vertagt. Als sich die ZK-Mitglieder zum Februar-März-Plenum 1937 versammelten, standen sie noch unter dem Eindruck des gerade beendeten zweiten Schauprozesses. Stalin und Jeshow setzten auf diesem Plenum nach zähem Ringen die Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozess, N. Bucharin und A. Rykow durch. Über diesen Teil der Plenartagung wurde in der Presse nicht berichtet. Die »hinter den Kulissen« geführte Auseinandersetzung dauerte auch auf dem Juni-Plenum 1937 an. Während ein internes Rundschreiben des ZK die wichtigsten »Geständnisse« auflistete, war in der offiziellen Berichterstattung nur von der Präzisierung der Agrarpolitik die Rede. Im Sommer folgte das Schnellverfahren gegen die »trotzkistische Verschwörung in der Armeeführung«.¹⁷

Als auf dem Januar-Plenum 1938 die Korrektur der Fehler der Parteiorganisationen bei Ausschlüssen angekündigt wurde, schöpfen viele neue Hoffnung. Aber schon zwei Monate später begann der dritte Moskauer Schauprozess. Das November-Plenum 1938

verabschiedete den »Kurzen Lehrgang« und schrieb damit die während der Schauprozesse erfolgte Geschichtsrevision fest. Ein Jahr nach dem dritten Schauprozess – ein vorbereiteter vierter fand nicht mehr statt – nahm der 18. Parteitag Kurs auf den 3. Fünfjahresplan.

Die hier nur angedeuteten damals anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen lassen sich nicht ausschließlich auf den positiven oder negativen Willen einer einzigen Führerpersönlichkeit bzw. auf deren Unterstützung durch die Führungsschicht zurückführen. Jede Wende im Leben einer Gesellschaft widerspiegelt objektive Interessenlagen, die in der Sozialpsychologie auf vielfältige Weise gebrochen werden. Mit Blick auf die 30er Jahre in der UdSSR ist von revolutionärer Ungeduld, Aufbruchstimmung, rotgardistischen Attacken und den Großbauten des Kommunismus die Rede. In diesen Jahren traten die von Lion Feuchtwanger beschriebenen zwei Gesichter, das der bauenden und das der strafenden Union, immer wieder sich abwechselnd in den Vordergrund. Stalins Ausspruch, wonach das Leben besser und schöner geworden sei, war in aller Munde.¹⁸ Volksfeste¹⁹ und Totenfeiern²⁰ gehörten zum Alltag, rahmten die Verurteilung der »Volksfeinde« ein, waren ein fester Bestandteil der Vorbereitung und Auswertung der Prozesse.

Nach dem Scheitern des »realen Sozialismus« vermochte die Geschichtsschreibung, die – auch auf Einschüchterung und Demütigung zurückzuführenden – »weißen Flecken« im ersten Zugriff nur provisorisch auszufüllen. Die Palette der neuen Chiffren für politisch motivierte Gewalt reichte von »In den Fängen des NKWD«²¹ bis hin zu »Kommunisten verfolgen Kommunisten«.²² Gulag galt lange Zeit als Synonym für Ausschluß aus der Gesellschaft und Vernichtung; in den letzten zwei Jahren rückte jedoch auch seine Funktion als Wirtschaftsfaktor stärker ins Blickfeld.²³

Seit Gründung der in der sowjetischen Geschichte dritten, im September 1987²⁴ eingesetzten Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU zur zusätzlichen Untersuchung der Materialien, die mit den Repressionen in der Periode von 1930-1940 und Anfang der fünfziger Jahre zusammenhängen (unter Jelzin umbenannt in Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen), sind in der Sowjetunion bzw. in Rußland eine Reihe neuer Dokumente publiziert worden, die nicht nur über den Aussagewert der in den o.g. Publikationen verarbeiteten Quellen hinausgehen, sondern auch die tradierten Suchraster im Hinblick auf den »Großen Terror«, die in erster Linie auf die den Terror ausübende Geheimpolizei gerichtet waren, sprengen.

Es geht nicht mehr um »Säuberungen en miniature«²⁵ oder um das Protokoll einer Säuberung²⁶, sondern um staatlichen Terror, um die Wechselwirkung von Partei- und NKWD-Führung. Stalin nutzte seine Amtszeit, um ein System von Rechtlosigkeit und Willkür durchzusetzen. Die »Stalinsche Verfassung« sah keine rechtsstaatlichen Barrieren gegen den Staatsterror vor.

17 Der Fall der »Antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation« in der Roten Armee, in: Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S. 253-304.

18 Siehe hierzu: Geschichte der sowjetischen Presse. Lehrbrief 8, Thema XII Die sowjetische Presse im Kampf um die Vollendung des sozialistischen Aufbaus und um die Durchführung der neuen Verfassung (1935-1937). Karl-Marx-Universität Leipzig. Fernstudium der Journalistik. 1957.

19 Die Flugschau in Tuschino nach Ende des ersten Schauprozesses, Volksfeste anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet im Juni 1938.

20 Gorkis Beisetzung im Juni 1936, Ordshonikidses Beisetzung im Februar 1937.

21 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991.

22 Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

23 Stettner »Archipel Gulag«.

24 Vo imja zakonnosti, spravedlivosti i pravdy, in: Izvestija CK KPSS, 1, 1989, S. 107-110.

25 Arthur Koestler: Autobiographische Schriften. Erster Band. Frühe Empörung, Frankfurt am Main, Berlin 1993, S. 458.

26 Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf: Die Säuberung, Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung. Reinhard Müller (Hg.) Hamburg 1991.

27 Über Rakowskis Ausarbeitungen, die Trotzki 1936 in sein Buch »Die verratene Revolution« übernahm, siehe Wladislaw Hedeler: Stalin-Trotzki-Bucharin. Alternativen zum Stalinismus und Alternativen im historischen Prozeß, Mainz 1994, S. 69-71; über Rjutins Plattform siehe: Annette Vogt: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber... – die Tragik des Martemjan Nikitisch Rjutin, in: Ketzler im Sozialismus. Alternativen zum Stalinismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Keßler, Mainz 1993, S. 140-161.

28 Nikolai Bucharin: 1929 – Das Jahr des großen Umschwungs, Berlin 1991.

29 V predustvii pereloma. Poslednie pis'ma i zapiski F. Dzierzhinskogo, in: Kommunist, 1989, 8, S. 79-88.

30 J. W. Stalin: Die trotzkistische Opposition früher und jetzt, in: J. Stalin: Werke, Berlin 1953, Bd. 10, S. 154.

»Grobheit ist kein Fehler« – Stalins Kurs auf staatlich gelenkten Terror

Ch. Rakowski und M. Rjutin gehören zu den ersten Mitgliedern der KPdSU(B), die Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre die Entartung der sowjetischen Führungsschicht gründlich analysiert und die Notwendigkeit der Änderung der Wirtschaftspolitik überzeugend begründet hatten.²⁷ Darin waren der als Trotzki verbannte Diplomat Rakowski, der aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgeschlossene Wirtschaftsfunktionär Rjutin, der Ökonom Bucharin²⁸ sowie der zeitweilig mit der Erfüllung von Wirtschaftsaufgaben betraute Mitbegründer der Tschecha F. Dzierzynski²⁹ einer Meinung. Sie alle hatten ihre Analysen vorgelegt, als sich abzuzeichnen begann, daß aus dem Terror als Antwort auf Ausnahmesituationen eine permanente Herrschaftsmethode wurde. Trotzki's Beschreibung, wie aus der von der Bürokratie ausgeübten Gewalt staatlich gelenkter Terror hervorgehen kann, geht auf Rakowski zurück.

Egal, ob es sich bei den hier erwähnten Ausarbeitungen um Beiträge im Rahmen der innerparteilichen Auseinandersetzungen für oder wider Stalin handelte, ob sie in Briefform, als Artikel, Plattform oder Diskussionsgrundlage für einen kleinen Kreis von Vertrauten konzipiert waren – allen gemeinsam ist, daß sie die Parteibasis nicht erreichten und in der KPdSU(B) nicht gewirkt haben. Wer an der Seite Stalins gegen die Opposition schrieb, konnte schnell als Kritiker der über Nacht geänderten Generallinie in Ungnade fallen. Die in der Verbannung entstandenen Ausarbeitungen waren den Politbüromitgliedern bekannt, hatten aber keine Breitenwirkung; später wurde sogar diese Korrespondenz völlig unterbunden. Die Autoren der Rjutin-Plattform hatten kaum Gelegenheit, ihre Ausarbeitungen zu diskutieren, denn alle Mitglieder der Gruppe waren zwei Monate nach ihrer ersten Zusammenkunft verhaftet.

Bucharin brachte seine Kritik an Stalins Kurs bis zum letzten Augenblick als Kritik am Trotzkiismus vor und riet seinen Schülern, es ihm gleichzutun. Angriffe gegen Stalin wurden in der Partei nicht toleriert. Nach der Zerschlagung der trotzkistischen Opposition und der »Rechtsabweichung« gab es keine Träger für alternatives Denken mehr. Anfang der dreißiger Jahre waren alle potentiellen Kritiker ausgeschaltet oder unter Kontrolle, die Gesellschaften (z.B. die Gesellschaft der Alten Bolschewiki) und Bildungseinrichtungen (z.B. das Institut der Roten Professur), die als Kristallisationspunkte der Oppositionellen dienen konnten, geschlossen und die Intellektuellen Stalin treu ergeben.

Der Generalsekretär setzte immer häufiger auf Abschreckung. »Es ist bezeichnend«, hob Stalin in der Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition 1927 hervor, »daß über Fehler Stalins in dem ›Testament‹ kein einziges Wort, keine einzige Andeutung enthalten ist. Dort ist nur von der Grobheit Stalins die Rede. Aber Grobheit ist kein Fehler in der politischen Linie beziehungsweise Position Stalins und kann es nicht sein.«³⁰

Auf die Ausschaltung der trotzkistischen Opposition aus dem politischen Leben der Sowjetunion Mitte der zwanziger Jahre folgte

Anfang der dreißiger der Kampf gegen die Gruppe um den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR und potentiellen Nachfolger Rykows, S. Syrzow. Syrzow und sein Vertrauter B. Lominadse hatten zunächst Stalin in der Auseinandersetzung gegen Bucharin unterstützt. Als sie sich über die Auswirkungen der Stalinschen Agrarpolitik klar wurden und auf Argumente des aus dem politischen Leben verdrängten Bucharin zurückgriffen, ging Stalin massiv gegen diese Kritiker vor. Nach ihrem Sturz, dem die Absetzung Rykows und die Zerschlagung der sogenannten »Bucharin-Schule« vorhing, agierte das Politbüro nur noch in Gestalt unterschiedlicher Kommissionen, des Orgbüros und des Sekretariats, und das kollektive Führungsorgan bestand nur noch auf dem Papier.³¹ Stalin beriet sich immer häufiger nur noch mit einem kleinen Kreis von Gefolgsleuten. In diesem wurde beschlossen, was offiziell als Entscheidung staatlicher Organe (Zentralexekutivkomitee, Rat der Volkskommissare, Rat für Arbeit und Verteidigung) ausgegeben wurde.

Die Reglementierung – strikte Zentralisierung und Kommandomethoden – trug vor allem dazu bei, Stalins Rolle zu stärken. Einzig und allein im Parteiapparat, der die staatlichen Institutionen doppelte, fielen die Entscheidungen. Gleichzeitig gewannen die Eingriffe in die Rechtsprechung an Bedeutung. Über die Durchführung der Kampagnen zur Entlarvung von »Volksfeinden« und »Schädlingen« wachte eine Ständige Kommission des Politbüros für Strafsachen.³² Dies hat G. Malenkov in seinem Schlußwort auf dem Juli-Plenum 1953 des ZK der KPdSU eindrucksvoll beschrieben.

Mit der neuen Machtkonzentration ging eine Revision der bisherigen Rechtsprechung einher. Die von Rakowski und Rjutin vom Schachty-Prozeß 1928 bis hin zur Verhandlung der »Strafsache der Schädlingsarbeit in den Elektrizitätswerken der UdSSR« 1933 beschriebenen Repressalien zielten nicht auf die physische Vernichtung der Angeklagten. In den bis Mitte der dreißiger Jahre durchgeführten – immer auf lokale Ereignisse bezogenen – Prozessen ging es in erster Linie darum, bestimmte in einer Region oder in einem Tätigkeitsbereich wirkende Funktionäre der mittleren Entscheidungsebene wie Betriebs- und Kombinatsdirektoren oder Mitarbeiter der Finanzministerien und der Staatlichen Plankommission – dieser Personenkreis saß in der Regel auf der Anklagebank – gefügig zu machen und zu disziplinieren. Jede von oben verkündete Losung – auch dann, wenn sie der vorhergehenden widersprach – war unten bedingungslos zu befolgen. Wyschinski hat dieses Erziehungsziel in der Verhandlung der Strafsache »Verladung unvollständiger Mähdrescher« im August 1933 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, als er von diesem Prozeß als einem Mobilisierungsfaktor sprach.³³

Die Stalinzeit war dadurch geprägt, daß Wirtschaftsfragen mit Hilfe des Strafgesetzbuches entschieden wurden. Was zu Lebzeiten Lenins noch Diskussionsgegenstand war – z.B. die »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« oder die »Neutralisierung der Mittelbauernschaft« – wurde während der Amtszeit Stalins mit Hilfe des Strafgesetzbuches unter Anwendung der Artikel 107 und 58 gelöst.³⁴

31 Die Führungsorgane setzten sich 1934 wie folgt zusammen: Politbüro 15, Orgbüro 12, Sekretariat 4 Mitglieder; 1939 waren es 11; 9; 4.

32 Jeshow war vom 23. Januar 1937 an Mitglied der Kommission. Die Protokolle, die die Kommission einmal monatlich dem Politbüro zur Bestätigung vorlegte, sind der Forschung nicht zugänglich.

33 A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951, S. 202.

34 Artikel 107 sah Haftstrafen von ein bis drei Jahren für böswillige Preissteigerungen durch Nichtauslieferung von Waren und Wucher vor. Artikel 58 ahndete Staatsverbrechen und konterrevolutionäre Tätigkeit.

Die von 1926 bis September 1928 vorgenommenen Änderungen des Strafgesetzbuches wirkten sich auch auf die hier zitierten Artikel aus. Ende der zwanziger Jahre rief die als »Tribut-Prinzip« bezeichnete Agrarpolitik sowie die in die »Beseitigung der Kulaken als Klasse« mündende Kampagne noch Widerspruch und Widerstand in Partei und Gesellschaft hervor. Ungeachtet dessen, daß zehn Jahre nach der Oktoberrevolution die meisten Parteisekretäre von oben eingesetzt und Stalin treu ergeben waren, konnte ihr Widerstand gegen den neuen Kurs der Parteiführung in den Getreideanbaugebieten nur durch die Entsendung von Politbüromitgliedern, die mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet waren, gebrochen werden. Dabei waren »Täter«³⁵ und »Opfer« austauschbar, denn sie wuchsen in der gleichen Tradition auf und hatten die gleichen Anschauungen.

35 Zur »Täterforschung« siehe den Beitrag von A. Watlin.

Hinweise auf die Ursachen für Probleme in Industrie und Landwirtschaft waren nun höchstens noch in der Korrespondenz der Politbüromitglieder zu finden; die offizielle, im Anschluß an die Plenartagungen verbreitete Version lautete, alle Schwierigkeiten seien auf Diversion und Sabotage zurückzuführen. Da die eigentlichen Ursachen ignoriert und Scheinkämpfe geführt wurden, blieb das Haushaltsdefizit bestehen, und die Rückstände bei den Lohnzahlungen nahmen von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan zu.³⁶ Unter diesen Bedingungen kann die Entscheidung, immer wieder die Preise für Lebensmittel zu senken, nur als Propagandakampagne im Rahmen der Wahlen zum Obersten Sowjet gewertet werden.

36 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

Die Wirtschaftsfunktionäre, die sich über die Ursachen der Probleme im klaren waren, diese aber nicht beim Namen nennen durften, waren einer doppelten Belastung ausgesetzt. Denn sie wurden ja zur Rechenschaft gezogen, wenn die Zulieferindustrie nicht funktionierte, während der Plan immer angespannter wurde. 1933 waren die Gefängnisse dermaßen überfüllt, daß das Zentralkomitee der KPdSU(B) und der Rat der Volkskommissare entschied, 400.000 Häftlinge zu entlassen. Nicht mit der Zentrale abgestimmte und von ihr nicht genehmigte Verhaftungen und Verbannungen wurden untersagt. Dennoch wurden 1933 über 1 Million Sowjetbürger verurteilt.³⁷ 1934 hatte die Verhaftungswelle solche Ausmaße angenommen, daß die Einstellung oder Entlassung von ZK-Mitarbeitern in den Unionsrepubliken nur nach Bestätigung durch Stalin oder Kaganowitsch erfolgen durfte. Die ständigen Repressionen machten eine kontinuierliche Kaderpolitik unmöglich.

37 Stalinskoe Politbjuro v 30e gody, Moskau 1995, S. 132.

38 Stalin legte an diesem Tag einen Beschluß des ZK der UdSSR (das Gesetz vom 1. Dezember 1934) vor, der bestimmte, die Untersuchung von Fällen terroristischer Aktivität innerhalb von 10 Tagen abzuschließen, die Anklageschrift erst 24 Stunden vor dem Gerichtsverfahren auszuhändigen, keine Zeugen zu vernehmen und Gnadengesuche abzulehnen. Das Urteil sei sofort zu vollstrecken.

Unter den Bedingungen der Doppelung der staatlichen Einrichtungen durch den Parteiapparat, der fehlenden innerparteilichen Demokratie (um den Apparat in Gang zu halten, wurde in der Regel kooptiert; 80 Prozent aller Parteileitungen auf Kreisebene waren nicht gewählt), des auf die ständigen Verhaftungswellen zurückzuführenden Kadermangels sowie der Tatsache, daß in Großbetrieben die Zahl der ausgeschlossenen Parteimitglieder höher war als die der Mitglieder, orientierte die Parteiführung darauf, eine Atmosphäre des Mißtrauens zu schaffen.

Stalin und seine Opponenten hatten in einem Punkt keine Meinungsverschiedenheiten: Das Jahr 1937 begann ihrer festen Überzeugung nach am 1. Dezember 1934³⁸. Die Ermordung des Sekre-

tärs der Leningrader Parteiorganisation Kirow³⁹ war Teil des Vorgehens gegen die auf dem 17. Parteitag im Februar 1934 gewählten Mitglieder des ZK der KPdSU(B). Unter den 1.966 Delegierten, von denen 1.108 den Terror nicht überlebten,⁴⁰ waren viele Gegner der Agrar- und Wirtschaftspolitik Stalins. 98 der 139 Mitglieder und Kandidaten des ZK wurden verhaftet, verbannt oder zum Tode verurteilt. Von den 1.225 Delegierten mit beschließender Stimme, die an den Abstimmungen teilnahmen, hatten nach (damals nicht veröffentlichten) Angaben der Wahlkommission 3 gegen Stalin gestimmt. Spätere Überprüfungen der im Zentralen Parteiarchiv der KPdSU in Moskau aufbewahrten Dokumente ergaben, daß über 160 Stimmzettel – mögliche Stimmen gegen Stalin – fehlten.⁴¹

1928, als die Debatten über die Gestaltung des ersten 5-Jahrplanes⁴² abgewürgt wurden, erging Stalins Weisung, Gewalt gegen die vermögenden Bauern im Rahmen der Getreidebeschaffungskampagne anzuwenden.⁴³ Die ländlich geprägte sowjetische Gesellschaft wurde in atemberaubendem Tempo (»Den Fünfjahrplan in vier [Molotow] bzw. in drei Jahren erfüllen!« [Stalin]) umgestaltet.⁴⁴ 1932 wurde der erste Fünfjahrplan – was nicht den Tatsachen entsprach – für erfüllt erklärt. Da dieses Tempo auch während des 2. Fünfjahrplanes⁴⁵ beibehalten werden sollte, mußte Stalin alle potentiellen Kritiker ausschalten. Als die Kampagne begann, durften die Zeitungen nicht darüber berichten, daß von den Anfang 1933 ca. 55.000 Verhafteten 2.000 zum Tode verurteilt und 1.000 hingerichtet wurden. Nur wenn diese Statistiken geheim blieben, konnten die bald darauf einsetzenden Schauprozesse propagandistisch als Ausnahme, als vom Feind erzwungene Störung der Normalität, in der das Leben besser, in der das Leben schöner geworden ist, interpretiert werden. Der Geheimhaltung diene auch die Verschlüsselung der ausgewählten Informationen – zu entschlüsseln nur durch einen kleinen Kreis der Funktionäre. Diese Informationspolitik, die einer gesonderten Darstellung bedarf, war Teil der repressiven Logik. Die daraus resultierende Lähmung und Angst ist im Hinblick auf die KP und KI-Funktionäre, Wissenschaftler und Milizangehörigen in der Memoirenliteratur beschrieben.⁴⁶

Der Terror war nicht zufällig oder spontan, denn das Politbüro schrieb die Quoten der zu repressierenden Bevölkerungs- und Berufsgruppen immer vor. Die Vorbereitung und Erfüllung des Befehls des NKWD 00447 vom 30. Juli 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und antisowjetischer Elemente« ist ein Beispiel für das abgestimmte Vorgehen von Politbüro und NKWD.⁴⁷ Folgebefehle regelten die Zeitdauer, die aus dem Etat abzuzweigenden Gelder sowie die Maßnahmen gegen die Ehemänner bzw. Ehefrauen und Kinder der Repressierten.

Die Parteiführung begründete die bis zum Äußersten zentralisierte Macht immer wieder mit der »Insellage im kapitalistischen Meer«. Auf Stalins Weisung wurde häufiger über Beispiele von Sabotage und die Hinrichtung der »Saboteure« in der Regionalpresse berichtet. Dabei verdeckte und kompensierte die Machtkonzentration in einer Partei und in den Händen einer Person auf

39 Die nach Abschluß der Untersuchung angekündigte Veröffentlichung der Ergebnisse im Mordfall Kirow (Izvestija CK KPSS, 1989, 9, S. 50) ist nicht erfolgt.

40 Nikita Chruschtschow nannte diese Zahl in seiner Rede »Über den Personenkult und seine Folgen« auf dem XX. Parteitag. Zitiert nach der Ausgabe Berlin 1990, S. 26.

41 Skol'ko delegatov XVII s"ezda partii golosovalo protiv Stalina? in: Izvestija CK KPSS, 7, 1989, S. 114-121 und O sud'be clenov i kandidatov v cleny CK VKP(b), izbrannogo XVII s"ezdom partii, in: ebenda, Nr. 12, 1989, S. 82-113.

42 Otto Lacis: Zum Problem der Tempi beim sozialistischen Aufbau. Betrachtungen eines Ökonomen, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 4, 1988, S. 364-377.

43 Die in Vorbereitung und im Gefolge der Reise Stalins nach Sibirien am 15. Januar 1928 im Zentralkomitee erarbeiteten Dokumente und Materialien sind dokumentiert in: Izvestija CK KPSS, 5, 1991, S. 193-204 und 6, 1991, S. 202-216. Drei Wochen lang übte das ZK erfolglos Druck auf die untergeordneten Parteileitungen aus. Nachdem die örtlichen Parteiorganisationen, staatlichen Einrichtungen und Genossenschaften darauf überhaupt nicht reagierten, schickte das ZK eine von Stalin unterschriebene Direktive an die örtlichen Parteiorganisationen. Darin wurden die Parteifunktionäre zur Plandisziplin, die Staatsbeamten zur Deckung der fehlenden Ressourcen

durch Konfiskation und die Sicherheitsorgane zur Einleitung von Strafverfahren gemäß §§ 105 (Störung des Handels – Geld- oder Haftstrafe) und 107 (Spekulation und Wucher – Haft und Konfiskation des Eigentums) des Strafgesetzbuches der RSFSR gegen die Saboteure aufgefördert. Zwischenhändler und Kulaken seien zu verhaften. Nur wenn die Partei Stärke demonstriert, wird sie den schwankenden Mittelbauern (Stalin sprach von 25 Millionen Einzelbauern) auf ihre Seite ziehen. Spekulanten und Kulaken müssen wie Feinde der Sowjetmacht behandelt werden. Die in Schnellverfahren gefällten Urteile sollten in der Presse propagiert und kommentiert werden. Schon nach zwei Wochen vermeldete Stalin die Erfolge der »Strafexpedition« und wies an, die Abgaben weiter zu erhöhen.

44 M. Iljin hat in der Erzählung vom großen Plan die »Fünf Jahre, die die Welt verändern«, festgehalten. Berlin 1932.

45 M. Iljin: Berge und Menschen. Erzählungen von der Umgestaltung der Natur, Wien 1946. Die russische Ausgabe erschien 1935.

46 Siehe hierzu den Dokumentenanhang im Band »In den Fängen des NKWD«, Eugen Vargas Erinnerungen, die Tagebuchaufzeichnungen von Wladimir Wernadski, Maria Anisimowna Swanidse und die Memoiren von Michail Srejder »NKWD von innen« (Moskau 1995, russ.).

47 W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, Nr. 25, 1996, S. 34-35.

eigentümliche Weise die Schwächen des Gesellschaftssystems, die sich später als wesentlich für seinen Zusammenbruch erwiesen. Solange die Entwicklung in Form der extensiv erweiterten Reproduktion verlief, konnte sich die sowjetische Gesellschaft entfalten und ihre Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus herausstellen. Das zentralisierte, von oben nach unten reibungslos funktionierende kommunistische Regime erwies sich bis in die Zeit des »Kalten Krieges« als effektiv. Unter den Bedingungen der intensiv erweiterten Reproduktion jedoch versagte dieses System, denn es setzte nicht mehr die erforderlichen Triebkräfte frei. Initiative und Schöpferium waren weitgehend verschüttet.

Stalin drängte auf schrittweise Säuberung der Führungsorgane, vom Politbüro und den Gebietskomitees in den Unionsrepubliken bis zu den Grundorganisationen. Als die Entwicklung, vor der die in den ländlichen Gebieten tätigen Funktionäre Stalin und die Parteiführung gewarnt hatten, einsetzte: als also der Ausbau der Kolchosen im Frühjahr 1930 stagnierte, die gegen die Kulaken gerichtete Kampagne immer häufiger die Mittelbauern traf und diese 1931 begannen, sich von der Sowjetmacht abzuwenden – mußte Stalin ein letztes Mal einlenken. Nicht der Generalsekretär und seine Gefolgsleute, sondern die Genossen an der Basis hätten »das Gefühl für das richtige Maß verloren«, »den Leninschen Weg im Galopp verlassen«, schrieb Stalin im April 1930.⁴⁸ Diese Stimmungen seien so stark, daß sie zum Scheitern der Bewegung als Ganzes führen können, gab er zu bedenken. Stalins Artikel »Vor Erfolgen von Schwindel befallen«⁴⁹ und »Antwort an die Genossen Kollektivbauern«⁵⁰ sowie das kurzzeitige Wiederbeleben der NÖP 1932 sind Anzeichen für eine Minderung des Tempos. Aber von einem generellen Kurswechsel, von einer grundlegenden Änderung der Politik konnte keine Rede sein.⁵¹ Die Unruhen im Süden des Landes und im Fernen Osten dauerten an. Es kam vor, daß reguläre Einheiten der Roten Armee gegen die aufständischen Bauern eingesetzt wurden. Die Unzufriedenen griffen Argumente der »Rechten« um Bucharin und Rykow auf.

Hinweise auf das entscheidende Jahr 1932 gibt es in allen Moskauer Schauprozessen. Die Vorgänge dieses Jahres lieferten die für die Manipulation der öffentlichen Meinung erforderlichen »Beweise«. Während Stalin der Neo-NÖP keine Chance einräumte und darauf drängte, den zweiten Fünfjahrplan in zweieinhalb Jahren zu erfüllen, hofften die »Rechtsabweichler« in der KPdSU(B) auf die Abkehr von dieser Politik und auf das Festhalten am »Neuen Kurs«. Deshalb gaben sie immer wieder Loyalitätserklärungen ab und warnten ihre Schüler vor offener Opposition. Als Stalin einige übereifrige Funktionäre den erbosten Bauern opferte, war das Szenario gegen die gemäßigten Parteimitglieder längst in Auftrag gegeben und in Arbeit. »Leute, die von der Notwendigkeit einer Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie schwatzen«, erklärte Stalin unter dem Beifall der Delegierten auf dem 16. Parteitag 1930, »sind Feinde des Sozialismus, Agenten unserer Klassenfeinde.«⁵²

Die Wunder der Folterkammer und das Geheimnis der Inneren Partei

Der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, Ja. Agranow, berichtete in Auswertung des Februar-März-Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) 1937 vor dem Aktiv der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD, daß Jeshow ihn schon Mitte 1935 auf die Existenz eines trotzkistischen Zentrums in Moskau hingewiesen hatte. Jeshow war seit Februar 1935 Sekretär des ZK der KPdSU(B) und Vorsitzender der ZKK.⁵³ In Stalins Auftrag kontrollierte er die Tätigkeit des damals noch von Jagoda geleiteten NKWD. Stalin setzte sich über die Einwände aus dem NKWD hinweg und verlangte, Sinowjew in den Mordfall Kirow zu verwickeln. Die Beweise sollte der Prozeß gegen das »Leningrader Zentrum« bringen⁵⁴. Jeshow oblag damals nicht nur die Kontrolle des NKWD, er griff seit Dezember 1934 aktiv in die Vorbereitung der nichtöffentlichen Verhandlung gegen das »Moskauer Zentrum«⁵⁵ ein.

Während dieses Prozesses wurden Sinowjew und Kamenew auf ihre Rolle in den späteren Verfahren festgelegt.⁵⁶ Kamenews Schicksal teilten nicht nur die Ehefrau und die Söhne, sondern auch seine Angehörigen und deren Familien.⁵⁷ Gegen alle liefen gesonderte Verfahren. Kamenews Ehefrau wurde verhaftet; seine geschiedene Frau, eine Schwester Trotzki, zunächst verbannt und später erschossen. Im Verfahren gegen die »Terroristische Gruppe in der Regierungsbibliothek« wurde gegen die ehemalige Ehefrau des Bruders von L. B. Kamenew, N. A. Rosenfeld, ermittelt; ihre Kinder wurden als Mitglieder der »Terroristischen Gruppe der trotzkistischen Jugend« verhaftet. Ihnen wurde Zusammenarbeit mit der »Terroristischen trotzkistischen Gruppe in der Kremlikommandantur« und der »Terroristischen Gruppe der Militärs« vorgeworfen. Angeblich hätten sie über Trotzki Kontakt zur »Konterrevolutionären terroristischen Gruppe ehemaliger Teilnehmer der weißgardistischen Bewegung« gehalten.

Jeshow war bei den Verhören anwesend und erteilte den verantwortlichen Mitarbeitern des NKWD Weisungen, wie sie die Untersuchung zu führen hätten.⁵⁸ Jagodas Untersuchungsführer konnten eine Beteiligung der Angeklagten im Mordfall Kirow nicht beweisen. Das Geständnis der Mitwisserschaft reichte für die Verurteilung.

In den Folgemonaten wurden – begleitet von entsprechenden Propagandakampagnen – landesweit Trotzlisten, Sinowjewanhänger und Mitglieder der Arbeiteropposition erneut vor Gericht gestellt und verurteilt. Darauf folgte der von Januar bis April 1935 vorbereitete Prozeß »Kreml-Bibliothek und Kreml-Kommandantur«. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Akulow die Funktion des gestürzten Jenukidse im ZEK und Wyschinski wurde Generalstaatsanwalt der UdSSR.

Aber erst ein Jahr später, im Februar 1936, nach der Explosion im Kemerower⁵⁹ Elektrizitätswerk, erhielt das NKWD den Befehl, den »trotzkistisch-sinowjewistischen Untergrund« restlos zu liquidieren. Die Säuberung sei nicht zu Ende, in der Partei gäbe es noch genügend juristisch zur Verantwortung zu ziehende Mitglieder. Jeshow forderte die Sekretäre der Kreisleitungen in einem vom ZK

48 Über die tatsächliche Agrarpolitik des Stalinschen ZK und des Gesamtrossischen Zentralexekutivkomitees von 1927 bis 1932 existiert inzwischen eine umfangreiche Literatur. Siehe z.B.: Dokumenty svidetel'stvujut. Iz istorii derevni nakanune i v chode kollektivizacii. 1927-1932 gg. Pod red. V. P. Danilova i N. A. Ivnickogo, Moskau 1989.; Sud'by rossijskogo krest'janstva. Pod obscej red. Ju. N. Afanas'eva, Moskau 1996. Zu Beginn des 2. Fünfjahrplanes war die Kollektivierung vollzogen, aber die Produktivität der Landwirtschaft unter das Niveau von 1928 gesunken.

49 J. Stalin: Vor Erfolgen von Schwindel befallen. Zu den Fragen der kollektivwirtschaftlichen Bewegung, in: J. Stalin, Werke, Berlin 1954, Bd. 13, [2. März 1930] S. 168-175.

50 Ebenda, S. 177-200. Die »Fehlerkorrektur«, d.h. die Einstellung der Übergriffe auf die Mittelbauern, ist jedoch keineswegs mit einem Zugeständnis an die rechte Abweichung zu verwechseln.

51 Günter Reimann gehört zu den Zeitzeugen, die diese Auffassung »vom Prager Frühling in Moskau« vertreten. Siehe seine Erinnerungen »Berlin-Moskau 1932. Das Jahr der Entscheidung«, Hamburg 1993. – Stalin gelang es immer wieder – das belegt die Auswahl von Stalins Briefen an Molotow –, Kritiken am Vorgehen Wyschinskis im Politbüro und diesbezügliche Entscheidungen, die in Abwesenheit Stalins getroffen wurden, aufzuheben. Ein Beispiel ist das Veto Ordshonikidses gegen Wyschinskis Fest-

stellung im Strafprozeß
»Verladung von unvollständigen Mähdreschern« (August 1933). Als Stalin von der Notiz im Protokoll der Sitzung erfuhr, setzte er die Streichung dieser Stelle durch.

52 J. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, in: J. Stalin, Werke, Bd. 12, S. 240.

53 Jeshow hatte Kaganowitsch abgelöst, der weiterhin als ZK-Sekretär und Volkskommissar für Verkehrswesen tätig war.

54 Der Prozeß folgte auf das Verfahren und die Hinrichtung von 14 Hauptschuldigen an der Ermordung Kirows am 28. und 29. Dezember 1934 in Leningrad. Am 9. Januar 1935 wurden 77 Mitglieder des sogenannten Leningrader Zentrums durch die Sonderberatung des NKWD verurteilt. Eine Woche später folgte der Prozeß gegen das Moskauer Zentrum.

55 Der Prozeß fand im Januar 1935 statt. Der Fall des Moskauer Zentrums, in: Schauprozesse unter Stalin. a.a.O., S. 45-86.

56 Es existiert ein erster Entwurf der Anklageschrift, aus dem hervorgeht, daß Kamenew und Sinowjew die ihnen zur Last gelegten Verbrechen nicht gestanden haben. Dieses Dokument wurde gesondert abgelegt und nicht den Untersuchungsakten angefügt. Tage später gaben sie sogar Straftaten zu, von denen in der neuen Anklageschrift nicht die Rede war. (Angaben aus Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 120.)

versandten Rundschreiben auf, dem NKWD Namenslisten der Auszuweisenden zu übergeben. Jagoda sandte Stalin umgehend einen Bericht, in dem davon die Rede war, daß alle trotzkistischen Gruppen aufgespürt und liquidiert worden seien. Gleichzeitig schlug er vor, alle bereits verhafteten Trotzkisten in noch entferntere Lager zu verbannen. Im März 1936 stimmte Generalstaatsanwalt Wyschinski diesem Vorschlag zu. Aber Stalin genügte das Vorgehen gegen die Trotzkisten nicht mehr. Jagoda wurde Nachgiebigkeit gegenüber den Rechten vorgeworfen.

Jeshow hingegen hatte in dem bereits erwähnten Manuskript »Von der Fraktionsmacherei zur offenen Konterrevolution« hervorgehoben, daß auch die Rechten die Waffen nicht niedergelegt, sondern eine Untergrundorganisation geschaffen hätten. Das von Jeshow entworfene, von Stalin redigierte und von Wyschinski umgesetzte Manuskript ist ein Beispiel für die theoretische Legitimation des Repressionsapparates.

Im Mai 1936 veranlaßte Stalin im Politbüro des ZK der KPdSU(B) eine namentliche Abstimmung über das weitere Vorgehen gegen die sogenannten Parteifeinde und stimmte im Juni Jagodas und Wyschinskis Vorschlag, den Prozeß gegen Kamenew und Sinowjew erneut aufzurollen, zu. Alle im Moskauer Schauprozess 1936 verurteilten Angeklagten wurden im Zuge der daraufhin einsetzenden Säuberungswelle verhaftet bzw. aus den Lagern und Verbannungsorten in die Moskauer Gefängnisse überstellt. Das »Belastungsmaterial« gegen sie lieferten u.a. die bereits seit Mitte der zwanziger oder Anfang der dreißiger Jahre verbannten oder inhaftierten Trotzkisten, Sozialrevolutionäre, Menschewiki⁶⁰ oder Bolschewiki, darunter Kamenew und Sinowjew.

Anhand der heute zugänglichen Archivdokumente über die Moskauer Prozesse von 1936 bis 1938 läßt sich die schrittweise Arbeit am Szenario des jeweiligen »Parallel- oder Reservezentrums«⁶¹ rekonstruieren. Wyschinski und Jeshow sowie die mit der Führung der Verhöre beauftragten NKWD-Mitarbeiter waren während der Voruntersuchung und während des Prozesses regelmäßig bei Stalin im Kreml zum Rapport.⁶² Die Berichterstattung in der Tagespresse war genau mit dem Verhandlungsverlauf abgestimmt. Am 3. März 1938, als Bucharin über die geplante Ermordung Lenins vernommen wurde, erschien der Artikel von P. Pospelow »Der Kampf Bucharins und Rykows gegen Lenin und die Partei. Ein historischer Rückblick«. Stalin verbesserte nicht nur die Anklageschrift, sondern redigierte die Pressemitteilungen über die Prozesse, bestimmte, wer und wie zu verurteilen sei und legte den Zeitpunkt der Prozeßeröffnung fest.

Aufgabe der Untersuchungsführer war es, die Angeklagten zu einem vorbereiteten Geständnis zu bewegen. Stalin persönlich hatte im Juni 1937 die Genehmigung zur Folter erteilt. Bis zur Vorlage der Anklageschrift wenige Tage vor Prozeßbeginn im August 1936 wurde das Szenario häufig geändert, und die Angeklagten wurden nach Belieben ausgewechselt oder (wie die verhafteten Militärs und Bucharinschüler) in Reserve gehalten.⁶³ Wyschinski schickte Stalin regelmäßig die Protokolle der Gegenüberstellungen und fragte an, ob Stalin eine Weiterverwendung wünscht oder

nicht. Die Anklagevertretung unternahm alles, um die Angeklagten zu kriminalisieren. Als »Beweise« für die von ihnen begangene oder von ihnen befohlene Diversions- und Schädlingarbeit dienten Unfälle und Havarien, Seuchen und Mißernten. Alle diese »Beweise« waren in einem vor Prozeßbeginn vom ZK den Parteiorganisationen übermittelten internen Schreiben enthalten. Damit war die Vorverurteilung ausgesprochen. Von allen diesen Vorkommnissen im Transportwesen, in Industrie und Landwirtschaft war auf den Plenartagungen des ZK die Rede. Hier wurde auch vorab entschieden, welche Funktionäre zur Verantwortung gezogen werden mußten.

Stalin war mit der schleppenden Aufklärung der »Sabotage« und der geringen Auswirkung der Disziplinierung in der Kommunistischen Partei nicht zufrieden. Denn Wyschinskis Versuch, unter Hinweis auf Aussagen der im ersten Schauprozess Angeklagten ein Verfahren gegen Tomski, Bucharin, Rykow, Uglanow, Radek und Pjatakow einzuleiten, war gescheitert. Im Telegramm vom 25. September 1936, das Stalin und Shdanow aus Sotschi an Kaganowitsch und Molotow schickten, wurde die Absetzung des Chefs des NKWD Jagoda und die Ernennung Jeshows zum Chef der Sicherheitsorgane mit dem Hinweis auf die vierjährige Verspätung der OGPU bei der Zerschlagung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks begründet. Diese Formel fand Eingang in die Entschließung des Februar-März-Plenums 1937.⁶⁴ Viele Parteimitglieder standen unter dem Eindruck des im Januar 1937 zu Ende gegangenen zweiten Schauprozesses. L. Feuchtwanger hat mit einigen von ihnen über den Prozeß gesprochen und ihre Antworten im Reisebericht für seine Freunde verarbeitet. Aber es bedurfte zweier Anläufe während des Plenums, um die Mehrheit der Teilnehmer von der Notwendigkeit der Verhaftung der Hauptangeklagten im dritten Moskauer Schauprozess zu überzeugen.

Auch die im kleinen Kreis durchgeführten Vorarbeiten waren enorm. Der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Ulrich schickte Jeshow den Entwurf der Anklageschrift zur Abstimmung zu. Stalin akzeptierte erst die dritte der ihm von Wyschinski und Jeshow vorgelegten Varianten der Anklageschrift des Schauprozesses vom Januar 1937. Er ergänzte Verhörprotokolle um den Vorwurf der Spionage- und Diversionstätigkeit und verlangte immer wieder, die Biographien der Angeklagten umzuschreiben und ihren »Verrat« so weit wie möglich zurück zu datieren. In keiner der Voruntersuchungen zu den drei Schauprozessen lag eine für alle Angeklagten geltende Anklageerhebung vor; die einzelnen »Fälle« wurden erst unmittelbar vor Prozeßbeginn zusammengefügt.

Den entscheidenden Durchbruch brachte erst der dritte Schauprozess, als die Angeklagten »gestanden«, schon seit 1921 im Auftrag ausländischer Geheimdienste gearbeitet und die Ermordung Lenins geplant zu haben. Das konnte nicht ohne Auswirkung auf die Darstellung der Geschichte der KPdSU bleiben. Der Widerstand im Politbüro und an der Parteibasis erlosch erst in den Monaten zwischen dem zweiten und dritten Schauprozess. Der im Juni 1937 durchgeführte Geheimprozess gegen die »vom NKWD aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung in der Armee« war

57 Weitere, in der Literatur dokumentierte Beispiele für »Sippenhaft« sind das Vorgehen gegen die Familie und die Angehörigen Nikolai Bucharins und Julius Martows.

58 Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte, Berlin 1992, Bd. 2, S. 42.

59 Die Gerichtsverhandlung über die Vorfälle in Kemerowo fand erst im November 1936 statt.

60 Eine 1941 erstellte Statistik der politischen Gefangenen aus 66 Lagern ordnet sie 15 politischen Parteien und Gruppierungen zu. Siehe: Soprotivlenie v Gulage, Moskau 1992, S. 201-203.

61 Die Namen aller in den darauffolgenden Prozessen Hauptangeklagten wurden im ersten Schauprozess genannt.

62 Siehe Stalins Besucherbuch im Kreml. In Fortsetzungen veröffentlicht in der Zeitschrift Istoriceskij archiv.

63 Alexander Weißberg-Cybulski hat »Im Verhör« [Wien 1993, Erstausgabe 1951] beschrieben, wie man ihn im Inneren Gefängnis des NKWD auf seine Rolle im Schauprozess gegen Bucharin vorbereitete. Da er sich für diese Rolle als ungeeignet erwies, ließen ihn die Regisseure stillschweigend aus dem Ensemble verschwinden.

64 Abendsitzung vom 2. März 1937, Redner: Jeshow, in: Voprosy Istorii, 1994, 10, S. 13-27.

65 Siehe den Beitrag von Reinhard Müller.

für den Stimmungsumschwung im ZK und Politbüro entscheidend. In den Monaten Mai bis Juni wurde eine Reihe von Diplomaten zur Berichterstattung nach Moskau bestellt und verhaftet. Nach ihrer Weigerung, gegen Bucharin auszusagen, wurden Newski und Preobraschenski erschossen und Pjatnitski, Krestinski und Knorin verhaftet. Sie sollten nicht nur den Platz ihrer erschossenen Genossen einnehmen, sondern den Bezug zu den geplanten Folgeprozessen – u.a. zum Kominternprozeß⁶⁵ – herstellen. Im Juni begann die zwischen Politbüro und NKWD abgestimmte Aktion gegen die »antisowjetischen Elemente« und die deutschen Politemigranten, seit August 1937 gab es an der Parteibasis keinen nennenswerten Widerstand mehr. Manifestationen und Betriebsversammlungen, in denen die Höchststrafe gefordert wurde, ließen sich von nun an auf Zuruf organisieren.

Erst dieser Umschwung in der öffentlichen Meinung bedeutete den Sieg der Stalinisten. Denn die tatsächliche Reaktion der Parteimitglieder und der Öffentlichkeit auf die Schauprozesse betrachtete die Parteiführung immer als einen Unsicherheitsfaktor. Auf dem Februar-März-Plenum 1937 war nicht zufällig häufig von der Situation an der Parteibasis die Rede. Zeitzeugen weisen auf das gestörte Verhältnis zwischen Justiz- und Sicherheitsorganen hin. 1936 stießen die Aktivitäten des NKWD auf Ablehnung, wurden von der Parteimitgliedschaft – oft bis hinauf auf die Ebene der Kreis- und Bezirkssekretäre – nicht mitgetragen. Vor allem in der Provinz beklagten sich Mitarbeiter des NKWD über die fehlende Unterstützung. Moltschanow, Leiter der Geheimen politischen Abteilung der HV Staatssicherheit des NKWD, berichtete im Juni 1936 in einem Brief an Jeshow, daß Staatsanwälte aus dem Asow-Tschernomorsker Gebiet dem NKWD die Ausstellung von Haftbefehlen verweigern.

Der Schauprozeß von 1936 brachte auch hier den Durchbruch. Unmittelbar im Anschluß an die Veröffentlichung des Urteils trafen die ersten »selbstkritischen« Briefe von Parteimitgliedern im ZK ein, in denen viele auf ihre »Fehler«, die ihnen erst im Verlauf des Moskauer Prozesses klargeworden seien, hinwiesen.⁶⁶ Das Signal, daß im Tausch für ein Geständnis nicht mehr auf Milde zu hoffen war, wurde verstanden. Jeshow kritisierte in seiner zweiten Rede auf dem Februar-März-Plenum 1937, daß sich viele Institutionen oft darauf beschränkten, Vorfälle einfach an das NKWD weiterzumelden. Er sei jetzt viereinhalb Monate im Amt und könne kein Beispiel nennen, daß das NKWD von Anfang an einbezogen oder ihm vorab mitgeteilt worden sei, wer verdächtig sei. »Und wenn wir jemanden verhaften wollen«, beklagte sich Jeshow, »dann stellt man sich schützend vor ihn. Aber was wollen die Betriebsleiter mit Spezialisten, von denen man doch weiß, daß es sich um Schädlinge handelt?« Als Beweis für das Vorhandensein von »Schädlingen« diente Jeshow die Qualität der Produktion. Wenn der Ausschuß in einem Betrieb 45-50 Prozent der Produktion ausmache, müßten Schädlinge am Werk sein.

Vom März bis Juli 1937 spielte der Artikel 58 des Strafgesetzbuches so gut wie keine Rolle, wurde nicht in Anwendung gebracht. Das änderte sich, als Jeshow im März 1937 begann, gegen

66 RZChIDNI, F. 81, op. 3, d. 254, Bl. 85-89. K. Nikolaewa an Jeshow vom 3. 9. 1936. Im Bestand Kaganowitsch.

Jagodas Leute im Apparat des NKWD vorzugehen und sie durch Parteikader zu ersetzen.⁶⁷ Von Juni 1937 an berichtete die »Pravda« regelmäßig über die zahlreichen Hinweise aus der Bevölkerung auf »Schädlinge« und »Diversanten«. Um operativer vorgehen zu können, wurden einem Beschluß des Politbüros folgend im NKWD die sogenannten Troikas⁶⁸ gebildet. Die Troikas ließen sich von dem vom Politbüro vorgegebenen Zahlen leiten. Die Kommission des Politbüros für Gerichtsverfahren lenkte die Tätigkeit der Sonderberatung des NKWD und des Militärtribunals. Die Welle der Denunziationen war so stark, daß sogar Kaganowitsch, ein Vertrauter Stalins, von ihr erfaßt wurde. Im Juni 1937 wurde eine Direktive der KPdSU(B) verschickt, die den Umgang mit den Angehörigen von »Volksfeinden« regelte. Jeshow bedankte sich während einer Parteiversammlung im Exekutivkomitee der Komintern für die Mithilfe beim Auffinden und dem Ausrotten der Todfeinde, der Trotzlisten und Spione. Eugen Varga hat die Folgen des Terrors in der Komintern, die vor Angst wahnsinnigen Funktionäre beschrieben. Viele waren demoralisiert und unfähig zu arbeiten⁶⁹.

Es gab nie Unklarheiten über die Größenordnung der jeweiligen Säuberungskampagne. So nannte Stalin auf dem Februar-März-Plenum 1937 die Zahl der noch nicht enttarnten »Parteifeinde«: Er sprach von 30.000 Rechten und Trotzlisten, von denen erst 18.000 verhaftet seien. Von 102 Mitgliedern des Ukrainischen ZK blieben nach der vor Ort von einer ZK-Kommission veranlaßten Verhaftungswelle im August 1937 nur 3 am Leben.⁷⁰ Im Oktober 1937 hielt Mikojan auf der Festveranstaltung aus Anlaß des 20. Jahrestages des NKWD ein Referat unter dem Titel »Jeder Sowjetbürger – ein Mitarbeiter des NKWD«. Das Jahr, in dem Jeshow die Spitze seiner Karriere erreichte, ging zu Ende. Der Generalkommissar für Staatssicherheit war für die Aufdeckung der »trotzkistischen Verschwörung in der Armee« mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet und als Kandidat des Politbüros bestätigt worden.

Partei, Justiz und NKWD arbeiteten auch bei der Vorbereitung des Prozesses gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten«, der im März 1938 begann, Hand in Hand. Die die Angeklagten belastenden Dossiers lagen rechtzeitig vor, bei »Beweismangel« könne das NKWD selbstverständlich auf das Parteiarchiv zurückgreifen, war aus dem ZK zu vernehmen. Die Zentrale Parteikontrollkommission der KPdSU(B) und die Internationale Kontrollkommission der Komintern stellten im Vorfeld jeder Säuberung und jedes Prozesses rechtzeitig das die betreffenden Parteimitglieder belastende Material zusammen.

Die Analyse der Vorbereitung und des noch während der Gerichtsverhandlung – nach Krestinskis Widerruf – geänderten Szenarios des dritten Schauprozesses erschöpft sich nicht in der Aufdeckung der während der Untersuchungshaft angewandten Folterpraktiken. Nachdem im Dezember 1937 die Entscheidung gefallen war, die Beziehung der Rechten zu den Trotzlisten in der Armeeführung aus der Anklageformel zu streichen, wurden einige Ärzte verhaftet. Neben die Wunder der Folterkammer tritt – mit den Bildern von George Orwell und Arthur Koestler – das Geheimnis der Inneren

67 Von dieser Säuberung waren auch in die Komintern kommandierte NKWD-Mitarbeiter betroffen. So arbeitete z.B. der Leiter der Auslandsabteilung der OGPU M. A. Trillisser (1883-1940) unter dem Pseudonym Moskwin bis zu seiner Verhaftung 1937 als Sekretär der Komintern.

68 Troikas (bestehend aus dem Leiter der Gebietsverwaltung des NKWD als ihrem Vorsitzenden, dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung der KPdSU(B) und dem Vorsitzenden des Gebietsexekutivkomitees) hat es bereits in der Amtszeit von Jagoda, seit Mai 1935 gegeben. Die Troikas durften Todesurteile und Haftstrafen verhängen. Im August 1937 befahl Jeshow zur Beschleunigung der Verfahren Dwoikas (bestehend aus dem Leiter des örtlichen NKWD und dem Leiter der örtlichen Staatsanwaltschaft) zu bilden.

69 Varga, Eugen. In: *Problemy mira i socialisma*, 1989, 7, S. 90.

70 Vergleichbare Aktionen gab es in Weißrußland und Tatarstan. Siehe: Valentin Kovalev: *Dva Stalinskich Narkoma*, M. 1995, S. 187-189. In Iwanowo bei Moskau wurden alle ehemaligen Sozialrevolutionäre, Anarchisten, Menschewiki und Angestellte der Ostchinesischen Eisenbahn verhaftet und hingerichtet. Siehe Michail Srejder: *NKVD iznutri*, M. 1995, S. 71.

71 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1994, S. 18f.

Partei. Hier trifft zu, was Michel Foucault über den Wandel in der Strafpraxis schreibt: »Das physische Leiden, der Schmerz des Körpers selbst bilden nicht mehr die wesentlichen Elemente der Strafe.«⁷¹ Letzten Endes geht es bei dem Ritual der Gerichtsverhandlung nicht um die Gerechtigkeit, sondern um die Manifestation der Macht, um die Wiederherstellung der Macht des Souveräns.

Als Anfang 1938 die Untersuchung gegen den »Block der Rechten und Trotzlisten« abgeschlossen und die Anklageschrift in Vorbereitung war, begann die Plenartagung des ZK. Malenkov räumte Fehler der Parteiorganisationen beim Ausschluß von Mitgliedern ein und sprach von bürokratischem Verhalten im Hinblick auf berechtigte Eingaben. Mit Blick auf Jagodas Verurteilung im dritten Moskauer Schauprozeß war eigentlich klar, was kommen würde. Am 9. April 1938 wurde mitgeteilt, daß Jeshow von Lawrenti Berija als Chef des NKWD abgelöst ist und das Volkskommissariat für Schifffahrt übernimmt.

Der Beschluß des Rates der Volkskommissare der UdSSR und des ZK der KPdSU(B) »Über die Verhaftungen, Voruntersuchungen und Verfahren« vom 17. November 1938 enthielt die Feststellung, daß der Kampf gegen Spione und Diversanten noch lange nicht beendet sei. Die Geheimpolizei blieb eines der wichtigsten Instrumente der Herrschaftssicherung. Sie führte den Kampf gegen Oppositionelle, beschaffte Informationen und kontrollierte die Wirtschaft.

Im erwähnten Beschluß war davon die Rede, die Arbeit mit den Informanten zu verbessern. Nicht die Quantität, die ihren Ausdruck in Massenverhaftungen und vorgegebenen Limiten fand, sondern die Qualität sei entscheidend. Die Praxis, daß Protokolle gar nicht oder im Nachhinein erstellt wurden, dürfe nicht mehr geduldet werden, die Troikas seien aufzulösen.⁷²

Der Terror hatte neue Dimensionen angenommen und bedurfte neuer Steuerungsmechanismen. Davon war auch das seit 1934 existierende GULagsystem betroffen. Unter Berija mußte regelmäßig eine erforderliche Zahl von Arbeitskräften zur Verwirklichung des dritten 5-Jahrplanes zur Verfügung stehen.

Diese Dimension von Zwangsarbeit kann nicht ohne Auswirkung auf die Definition des Opferbegriffes und die Frage nach den Opferzahlen bleiben. Es gab ein sowjetisches Äquivalent für Sippenhaft und Genozid. »Der Weg in die Arbeitslager konnte damit für diese Angeklagten an vier Stellen vorfristig mit dem Tod enden: bei der Verhaftung, während der Folter, durch die Verurteilung zur Höchststrafe und schließlich auf dem beschwerlichen Transport in die Lager. Diese Toten tauchen in der Lagerstatistik, die nur die im Lager⁷³ tatsächlich Eingetroffenen einbezog, nicht auf.«⁷⁴

Die Schauprozesse waren nur die Spitze des Eisberges. Zwischen dem 17. und 18. Parteitag, d.h. von Januar 1934 bis März 1939, ging die Zahl der ZK-Mitglieder auf 108 zurück. Von den 139 auf dem 17. Parteitag gewählten Mitgliedern waren 31 übriggeblieben. Während der Plenartagungen im Juni und Oktober 1937 sowie im Januar 1938 wurden weitere 75 ausgeschlossen.⁷⁵ Der »Parteitag der Sieger« – fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem dritten Schauprozeß im März 1939 eröffnet – steht für das Ende der Hoff-

72 Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 17. November 1938, in: Istoriceskij archiv, 1992, 1, S. 125-128.

73 A. Antonov-Ovseenko stellt im Buch »Vragi naroda« (Moskau 1996) die von Memorial für einige Lager ermittelten Opferzahlen der offiziellen, auch von Chruschtschow genutzten Statistik gegenüber.

74 Stephan Merl: Das System der Zwangsarbeit, a.a.O., S. 280.

75 Izvestija CK KPSS, 12, 1989, S. 87; Cernev, A. D.: 229 Kremlevskich vozdej. Politburo, Orgburo, Sekretariat CK Kommunisticeskoj partii v licah i cifrach, M. 1996, S. 14-15.

nung auf die Durchsetzung einer alternativen Gesellschaftskonzeption. Bis Oktober 1952 fand kein Parteitag mehr statt.

Terror als Wirtschaftsfaktor und »Triebkraft« gesellschaftlicher Entwicklung

Auf die Verurteilung der Angeklagten folgten lokale Kampagnen gegen Parteifunktionäre und ihre Angehörigen,⁷⁶ gegen ehemalige Gendarmen, Kulaken, Sozialrevolutionäre, Offiziere und Trotzkiisten sowie Vertreter nationaler Minderheiten, darunter Koreaner, Deutsche und Polen. Alle Betroffenen wurden im Anschluß an die Prozesse durch das Militärkollegium bzw. von Militärtribunalen gemäß Kategorie 1 (Tod durch Erschießen) oder 2 (25 Jahre Arbeitslager) verurteilt. Hier blieb nichts dem Zufall überlassen, die »Opfergruppen« wurden im voraus festgelegt. Einige, das Vorgehen gegen sie regelnde Befehle und Rundschreiben des NKWD und die Beschlüsse der Partei- und Staatsführung über die Organisation der Exekutionen bzw. die Einrichtung von Arbeitslagern sind heute in Auszügen veröffentlicht.⁷⁷

Unter Rückgriff auf heute zugängliche russische Archivaldokumente ist es möglich, verharmlosende und überzogene Interpretationen zu korrigieren.⁷⁸

Der Volkskommissar für Schwerindustrie Ordshonikidse, der am Vorabend des Februar-März-Plenums 1937 Selbstmord beging, gehörte zu den Wirtschaftsführern, die sich hartnäckig weigerten, Stalins Methoden in den ihrem Ministerium unterstehenden Wirtschaftszweigen aufzugreifen und durchzusetzen. Wenn die ihrem Zuständigkeitsbereich zugeordneten strafversetzten Funktionäre – im Falle von Ordshonikidse waren es Pjatakow und Bucharin – nicht kontinuierlich arbeiten konnten, weil sie immer wieder zur Zielscheibe in Disziplinierungskampagnen wurden, protestierte der Volkskommissar an höchster Stelle. Der Vorsitzende des Komsomol Kosarew wies während eines Gesprächs mit Stalin im Juli 1937 Jeshows Vorwürfe an die Adresse der Jugendorganisation zurück. Im November 1938 wurde er verhaftet. Nachdem er sich auch in der Haft weigerte, zu gestehen, kam der geplante Prozeß gegen die Jugendorganisation nicht zustande. Kosarew wurde im Februar 1939 erschossen. Kosarews und Ordshonikidses Platz nahmen Funktionäre wie Alexander Leontjewitsch Onissimow ein – ein Menschenschlag, den Alexander Bek im Roman »Die Ernennung«⁷⁹ beschrieben hat. Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit bedeutete für sie, sich den Entscheidungen des Generalsekretärs absolut unterzuordnen.

Der Führungszirkel wurde permanent an die Gewaltanwendung als Mittel zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse und zur Lösung von Widersprüchen gewöhnt. Schauprozesse setzten Triebkräfte frei, ermöglichten schnelle und drastische Eingriffe in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Auf dem Höhepunkt des Terrors schlug der Chef des NKWD vor, von vorzeitigen Entlassungen der zu Arbeits- und Umerziehungslager verurteilten Häftlinge abzusehen. Wenn ihr Strafmaß abgelaufen war, sollten sie nach Möglichkeit am Verbannungsort bleiben. Dies ließe sich über die Aufenthaltserlaubnis regeln. Auf diese Weise ließe sich Fluktua-

76 Am 15. 8 1937 ergeht der Befehl, mit den Repressalien der Angehörigen der Volksfeinde und Trotzkiisten zu beginnen, deren Männer vom Militärkollegium bzw. Militärtribunalen vom 1. 8. 1936 nach der 1. oder 2. Kategorie verurteilt wurden.

77 Vgl. die von der Rehabilitationskommission vorbereitete Dokumentation mit den Befehlen, Rundschreiben und Dienstsanweisungen des NKWD. Über das Zusammenwirken von Politbüro und Führung des NKWD bei der Umsetzung des Befehls 00447 vom 30. 7. 1937 »Über die Operation zur Repressierung ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente« siehe: W. Hedeler: Wahlkampfthema GULAG, in: Sklaven, 25, 1996, S. 34.

78 Auf die russische Literatur, in der die Debatte um die Zahl der Opfer des Großen Terrors geführt wird, ist an anderer Stelle eingegangen worden. Vgl. die Literaturberichte in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Hefte 2,5,8,11, 1994; 9, 1995; 4, 1996.

79 Alexander Bek: Die Ernennung. Aus dem Russischen von Helga Gutsche, Berlin 1988.

80 Valentin Kovalev: Dva Stalinskich Narkoma, M. 1995, S. 99.

tion von Arbeitskräften verhindern. Die Einbindung von GULag-häftlingen in den Arbeitsprozeß ging längst über die Erarbeitung der für ihren Unterhalt jährlich erforderlichen 500 Rubel hinaus.⁸⁰

Die Schauprozesse von 1936 bis 1938 zogen Veränderungen in Funktion und Aufbau des NKWD als Terrorapparat nach sich. Die Verbindung zum Parteiapparat wurde immer enger. Der Terror hatte solche Ausmaße angenommen, daß zu seiner Umsetzung Politbürobeschlüsse erforderlich waren. Das betraf z.B. den für die Umsiedlung der Kulaken oder nationaler Minderheiten erforderlichen Wagenpark oder die finanziellen Aufwendungen für die Wachmannschaften und den Aufbau der Lager in den unerschlossenen Ansiedlungsgebieten. Ein spontanes Vorgehen des NKWD war von Anfang an ausgeschlossen. Um schneller und flexibler handeln zu können, übernahm die Zentrale immer mehr Funktionen der regionalen Gliederungen des NKWD oder der Staatsanwaltschaft.

Begleitet wurde der Terror auch durch einen gezielten und gesteuerten Umgang mit Informationen und Deutungen der Vorgänge. Die »Umerziehung fremder Elemente durch Arbeit« bot Stoff für Literatur, Malerei und Film. Der Film über den Pionier Pawlik Morosow, der den eigenen Vater denunzierte, das Gemälde »Jeshow bei der Inspektionsreise auf dem Weißmeerkanal« oder der den Bau des Kanals verherrlichende Prunkband sind nur einige Beispiele, wie mit der Thematik GULag in Kunst und Literatur umgegangen wurde.

Da der Vorhang immer nur ein wenig gelüftet wurde, blieb die Vorarbeit, die hinter den Gefängnis- und Kremldauern geleistet wurde, der Öffentlichkeit jedoch weitgehend verborgen. Das Zentralkomitee verschickte geheime, nur für den Dienstgebrauch gedachte Rundschreiben, um die Funktionäre rechtzeitig auf die von ihnen erwarteten Aktivitäten in der Kampagne zur Entlarvung und Verurteilung der »Schädlinge und Spione« einzustimmen.⁸¹ Die »öffentlichen« Schauprozesse, die kurzzeitig den Blick auf die Verurteilten freigaben, waren stets von Propagandakampagnen eingerahmt und erschienen wie eine aufgezwungene, unliebsame Störung der Normalität. »Die Vollendung der Rekonstruktion der Industrie und der Landwirtschaft hatte zur Folge, daß die Volkswirtschaft nunmehr technisch erstklassig und in reichem Maße ausgerüstet war.«⁸² Stalins Ausspruch »Das Leben ist schöner, das Leben ist fröhlicher geworden« war 1937 außerordentlich populär.

Der politischen Praxis – den zwei Gesichtern der Sowjetunion, wie Feuchtwanger sagte, dem der bauenden und dem der strafenden Union – entsprach eine vorgegebene Sprachregelung. Wer sich nicht an die Vorgaben hielt, nicht von Konterrevolutionären, Schädlingen oder Spionen sprach, wer sich weigerte, die in Ungnade gefallenen Funktionäre als Wirrköpfe, Schwätzer oder Feinde zu titulieren oder die Havarien auf die mangelnde Qualifikation der Werktätigen und die schlechte Ersatzteilversorgung zurückzuführen, wurde vom Zentralkomitee zur Rechenschaft gezogen.

Rechtspolitik und Ökonomie gingen ineinander über. Juristische Formen konstituierten ökonomisch funktionierende Handlungszusammenhänge. Die Politbürokratie kontrollierte mit Hilfe der

81 IZKKPSS, 1989, 8, 90.

82 Geschichte der KPd-SU(B). Kurzer Lehrgang, Berlin : SWA-Verlag (o. J.), S. 454.

Staatsmacht und des Strafrechts die gesamte Wirtschaft. Das Zwangsarbeitssystem, stellten Nikolajewski und Dallin fest, müsse als organisches Element, als normale Komponente der sozialen Struktur der Sowjetunion angesehen werden. Zwangsarbeit gehört zur Geschichte der UdSSR wie die Sklaven zur Geschichte Roms.⁸³ Die diese Entwicklung einleitenden Schauprozesse waren mehr als nur ein Unterwerfungsritual. Das Interesse des Staates an Straflagern nahm zu. Anfang 1940 gab es 53 Lager, 425 Arbeitsbesserungskolonien (davon 170 Industriebetriebe) und 50 Kolonien für Minderjährige, die unmittelbarer Bestandteil des Wirtschaftsmechanismus waren. Die Zahl der auf diese Weise in den Produktionsprozeß eingebundenen Häftlinge betrug 1.659.992. Der Gulag stellte Arbeitskräfte für 17 Wirtschaftszweige.⁸⁴ Das NKWD realisierte 1940 13 Prozent aller volkswirtschaftlichen Investitionsvorhaben der Sowjetunion.

83 David J. Dallin; Boris Nikolaevsky: Arbeiter oder Ausgebeutete? Das System der Arbeitslager in Sowjet-Rußland, München 1948.

84 S. G. Ebeans: Proisvodstvennyj fenomen GULAGA, in: Voprossy Istorii, Heft 6, 1994, S. 188-190.

CHRISTIANE REYMANN

Intellektuelle und die Moskauer Prozesse

Christiane Reymann –
Journalistin, Berlin.

Indem wir über unsere Vergangenheit als sozialistisch-kommunistische Bewegung zu sprechen beginnen – nicht erst seit heute, aber wir stehen noch relativ am Anfang –, haben wir den ersten Tabu-Bruch hinter uns: Wir gehen in die Öffentlichkeit. Endlich kann dieses gespaltene Wissen, geteilt in das Wissen am Küchentisch und unter Freunden auf der einen und in das in der und für die Öffentlichkeit auf der anderen, zusammengebracht werden.

Einige Tabu-Brüche stehen uns noch bevor. Etwa der, Erscheinungen und Erkenntnisse nicht weiter von uns zu schieben, die uns völlig gegen den Strich gehen, sei es, weil sie unangenehm oder sei es, weil sie unerträglich sind. Ein Beispiel: Wir alle kennen Hymnen auf Stalin oder wenigstens devote, im besten Fall schlitzzohrige Schreiben zu Stalin aus der Feder von Leuten, die wir ansonsten als Schriftsteller/in, als Künstler/in, als kluge Menschen schätzen. Diese Lobhudeleien sind peinlich, haben aber die vertrackte Eigenschaft, am Namen des Betreffenden klebenzubleiben. Und aufgrund dieser Eigenschaft neigen wir dazu, sie ganz aus dem Blickfeld zu nehmen und sie, so unauffällig wie unauffindbar, im Museum der Arbeiterbewegung in der hintersten Ecke des Magazins abzustellen. Wir trennen sie von dem »eigentlichen« Brecht, Becher etc. Damit müssen wir aufhören. Auch unsere Geschichte können wir ja nicht bepicken nach dem Motto: Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Ebenso wenig können wir das mit Intellektuellen und Künstlern und ihren Werken tun. Die Verquickung von Abgründen unserer Zeit hat Wolfgang Mattheuer in seiner Plastik »Jahrhundertschritt« dargestellt: schärfer, sinnfälliger, provozierender als es Worte können.

Natürlich gab es auch unter linken Intellektuellen unterschiedliche, gegensätzliche, einander ausschließende Meinungen und Haltungen zu den Moskauer Prozessen. Diejenigen, die in irgendeiner Form – von der offenen Verteidigung bis zum Schweigen – die Moskauer Schauprozesse geduldet haben, haben sich damit der konkreten kommunistischen Bewegung gegenüber auch als Geführte und/oder als Verehrende, als Demütige erwiesen – statt als Denkende, Prüfende, Autonome. Sie haben ihre Intellektualität preisgegeben. Bevor und indem sie physisch vernichtet bzw. gesellschaftlich weitgehend als störend bis zerstörend stigmatisiert wurde, hat sich Intellektualität im Umfeld der kommunistischen Bewegung auch selbst negiert.

Für dieses erbärmliche Versagen gibt es keine verstehende

Rechtfertigung etwa in dem Sinn von: In der Konfrontation zwischen Hitler und Stalin sind Intellektuelle zwar nicht immer ihrer Rolle gerecht geworden, sie standen aber wenigstens auf der richtigen Seite ... Sie mußten sich ja entscheiden ... Diese Argumentation wiederholte doch nur den unlösbaren Zusammenhang zwischen Antifaschismus und Prosowjetismus, den die kommunistischen Parteien als Denkmuster verankern konnten mit der fatalen Folge, über deren Ursache wir ja gerade nachdenken wollen.

Wie konnte es also geschehen, daß sich die kommunistische Bewegung ihrer Intellektuellen als Intellektuelle entledigt hat – die Moskauer Prozesse waren der Einschnitt –, und daß Intellektuelle ihren Anspruch auf Intellektualität preisgegeben haben? Dazu einige – notwendig fragmentarische und zugespitzte – Überlegungen.

Terror der Vernunft

Der Erste Weltkrieg war für die Generation von Intellektuellen, über die wir hier sprechen, das einschneidende Ereignis. Dieses sinnlose Schlachten und Morden. Danach in Deutschland die gescheiterte Revolution und die gescheiterte Weimarer Republik. In entscheidenden Jahren der Weltpolitik hatten Intellektuelle die Nutzlosigkeit ihres Standes erfahren, und zwar gründlich. Sie konnten vielleicht noch nützlich sein, aber nicht mehr als Intellektuelle. Das erklärt übrigens auch die Bereitschaft so vieler, im spanischen Bürgerkrieg zu kämpfen, und es erklärt die bis in die jüngste Zeit zu beobachtende Attraktivität von bewaffneten Befreiungsbewegungen.

Ihre Nützlichkeit fanden Intellektuelle in der Bewegung, die etwas Vernünftiges wollte. Das Eintrittsbillet hatte nur den Preis, den nicht wenige zu zahlen bereit waren: die Aufgabe ihrer Intellektualität.

In seinen »Erinnerungen und Reflexionen« beschreibt Ernst Fischer seinen Weg von der Sozialdemokratie zur Kommunistischen Partei. Der ist ganz typisch.

»Das Jahrhundert der Gewalt ist angebrochen. Gewalt war mir widerwärtig von Kindheit an ... Wenn ich also Gewalt für unabweisbar hielt, von ihr die Entscheidung erwartete, war es eine Entscheidung gegen mich, gegen meine Natur, gegen die Konstitution eines sensiblen Intellektuellen ... Damals war es wie ein Blitz der Erkenntnis: Du mußt gegen dich entscheiden. So wie du bist, kann dich niemand brauchen, am wenigsten das Proletariat.« Daraus zieht er im Jahr 1934 die Konsequenz: »Im vollen Bewußtsein für die Sache und gegen mich selbst, gegen meine Fähigkeiten und Neigungen zu entscheiden, bin ich im April der Kommunistischen Partei beigetreten.«

Ernst Fischer und andere Intellektuelle aber wußten noch um ihre Fähigkeiten und Neigungen als Ästheteten, heikle Bürger, Bohemiens, als Kritiker anstatt als Gläubige, als Prüfende anstatt Verehrende. Sich selbst konnten sie also nicht unbedingt trauen, den Regeln der kommunistischen Bewegung zu genügen – und die traute ihnen nicht. Zur Katharsis haben sie sich den eisernen Besen in die Hand drücken lassen.

Indem sie sich so unerbittlich gegen die angeblichen Attribute von Intellektuellen gewehrt haben – Selbstsucht und Individualismus –, haben sie zur Stigmatisierung bis Ausmerzung von Individualität beigetragen. In einem Aufsatz von 1985 kennzeichnet der sowjetische Sozialpsychologe Igor S. Kon die sowjetische Gesellschaft mit den Worten »Entpersönlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse« mit der Folge »kollektiver Verantwortungslosigkeit«. Das ist dabei herausgekommen.

Wieder 60 Jahre zurück: Weil sie ihre Erfahrung in diesem Jahrhundert der Gewalt so reflektiert haben, daß sie als Intellektuelle der Vernunft nicht zum Durchbruch verhelfen konnten, waren sie offen gegenüber einer Erziehungsdiktatur (eine Tendenz bis heute; das Jahrhundert dauert ja auch noch an) bis zu einer Offenheit gegenüber einem »Terror der Vernunft«. Man erinnere sich an die Faszination, mit der Lion Feuchtwanger 1937 den Bauplan für Moskau beschreibt. Der städtebauliche Plan wird ihm zum Plan der vernünftigen Gesellschaft.

Die – ich sage es in Anführungsstrichen – »Nutzlosigkeit« von Intellektuellen in diesem Jahrhundert der Gewalt zu ertragen, war nicht leicht. Viele haben es trotzdem getan, überall, in jedem Land, viele haben es versucht, und sehr viele sind daran zerbrochen. Auch sie sind nicht in den Elfenbeinturm zurückgekehrt und beantworten insofern auch die Frage: Gab es im Bedürfnis, als Intellektuelle nützlich zu sein, eine Alternative zur mehr oder minder engen Eingliederung in die kommunistische Bewegung?

Den eigenen Zweifeln nicht nachgehen

Der Sommer 1936 hatte es in sich: Nachdem sich die kommunistische Internationale offiziell von ihrem ultralinken Kurs verabschiedet hatte, waren Wahlbündnisse möglich geworden, und am 4. Juni konnte in Frankreich die Volksfrontregierung unter Leon Blum gebildet werden. Im Juli brach der spanische Bürgerkrieg aus, im August begann in Moskau der erste der hier behandelten Schauprozesse.

Im Ergebnis dieses ereignisreichen Sommers wandten sich zahlreiche Intellektuelle und Schriftsteller, die sich bis dahin nahezu vorbehaltlos vor die Sowjetunion gestellt hatten, von ihr ab. Die sozialistisch-kommunistischen Intellektuellen konnten keine kulturpolitische Orientierung für den antifaschistischen Kampf entwickeln. Das hat die Auseinandersetzung mit dem Hitlerismus enorm geschwächt.

Dabei hat ausgerechnet die Chance und die vitale Hoffnung zur Verteidigung der Republik in Spanien, zur Verteidigung der Demokratie in Frankreich und zur Verteidigung der Kultur (der entsprechende Kongreß hatte 1935 in Paris stattgefunden) bei einigen Intellektuellen ihr Schweigen zu den Moskauer Prozessen bzw. deren Rechtfertigung begünstigt. Diese Prozesse paßten einfach nicht. Sie kamen zur Unzeit. Indem die Intellektuellen aber die Augen vor dem Terror verschlossen haben, haben sie die fragilen Ansätze zu eben jener Verteidigung der Republik, der Demokratie, der Kultur mit kaputtgemacht.

Die Politik des Appeasements tat das Ihre, um eigenen Zweifeln

nicht nachzugehen. Ein relativ harmloses Beispiel dafür – es ist schlimm genug – bietet noch einmal Ernst Fischer, und es ist, als ob er auch von mir selber spricht.

Mit dem Radek/Pjatakow-Verfahren war ein Verfahren gegen angebliche Saboteure im Bergwerksgebiet von Kemerowo verbunden. Fischer rechtfertigt es in seiner Broschüre »Arbeitermord in Kemerowo«. In seinen Erinnerungen ist ihm besonders unangenehm, daß er sich »hatte überreden lassen, von Kemerowo zu berichten, ohne dort gewesen zu sein«. In seiner vorkommunistischen Zeit war Ernst Fischer so etwas wie ein Prozeßberichterstatte für sozialdemokratische Zeitungen Österreichs gewesen. Damals hatte er es sich nicht nehmen lassen, die Zustände, die vor Gericht verhandelt wurden, selbst vor Ort zu recherchieren.

Ein weiteres Beispiel aus Großbritannien – gleiches hat es in nahezu jedem der kapitalistischen Hauptländer gegeben. In Großbritannien jedenfalls hatte der bekannte sozialistische Publizist Brailsford geschrieben, in der UdSSR herrsche »eine durch Terror und Lügen geleitete Tyrannei«. Darauf antwortete der Parteitheoretiker der KPG, Palme Dutt, im Juli 1937: »Wenn dem so wäre, würden alle Linksdenkenden von der Sowjetunion entfremdet und der Weg zum faschistischen Angriff geöffnet werden.« Eine wichtige Frage also. Normalerweise würde ein Intellektueller der Wenn-Dann-Konstruktion nachgehen. Wenn der Weg zum faschistischen Angriff geöffnet werde, sofern in der UdSSR Tyrannei herrsche, muß man sich dort doch einmal umschaun. Viele kommunistisch-sozialistische Intellektuelle aber machen das Gegenteil: Sie schalten ihren Verstand ab und stellen sich auf den Flugsand blinden Vertrauens zur Partei. Und oft genug noch greifen sie diejenigen an, die doch nur genau hingucken wollen. Erinnert sei an die Kampagne gegen André Gide.

Die Prozesse als Anklage und als Selbstverständigung

Die Schauprozesse laufen völlig anders ab als Prozesse in bürgerlichen Gesellschaften. Hier nur ein Aspekt: Die Anklage und der Prozeß, beides wird zur Selbstverständigung – in zweierlei Hinsicht:

Die Partei will diese Prozesse, um eine entsprechende Selbstversicherung der Partei als Linie herzustellen. Erich Mielke wird das später, im Jahr 1956, in dankenswerter Offenheit zu Kurt Müller sagen: »Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, daß wir in Deutschland einen großen Prozeß der Erziehung der Massen brauchen. In diesem Prozeß werden Sie der Hauptangeklagte sein.«

Daneben verständigen sich in den Gerichtsverfahren Angeklagte über ihr Verhältnis zur Partei. Das verwebt einmalig Kläger und Angeklagte, Opfer und Täter. Sie sind nicht mehr auseinanderzuhalten. In »Ein Zeitalter wird besichtigt« schreibt Heinrich Mann zu den Moskauer Prozessen:

»Da ist der große Dialog zwischen dem Staatsanwalt und dem Journalisten Radek: wörtlich könnte er bei Dostojewski stehen. Derselbe Kampf um die unterirdische Wahrheit – nicht um die Bestrafung oder Straflosigkeit, das scheint beiderseits vergessen:

nur um die Wahrheit. Der Angreifer, der Verteidiger haben zusammen den einen, zwingenden Ehrgeiz, zu wissen, was in dieser Seele war ...«.

Der Zustand einer Seele aber ist ebensowenig strafbar wie die »unterirdische Wahrheit«.

Heute wissen wir, was damals keiner fassen konnte und deshalb nicht annehmen wollte: Die Geständnisse, der Verlauf der Prozesse, sind das Ergebnis von Folter. Das wollen wir so bloß, so nackt bis heute nicht akzeptieren bzw. wir lehnen es ab, daß Folter ein wesentlicher Teil dieser monströsen Veranstaltung gewesen sein soll. Einsamkeit der Angeklagten käme hinzu, Isolierung oder was auch immer. Das sind aber schlicht Methoden der Folter.

Unter Folter haben die Menschen schon immer die unglaublichsten Dinge gestanden, sie seien mit dem Besen auf den Blocksberg geritten; unter Folter wuchert Denunziation. Folter allein reicht. Sie reicht wirklich. Und trotzdem ein Zusatz. Noch wirkungsvoller als die Folter von Gegnern an Kommunisten ist die von Kommunisten an ihresgleichen. Denn noch waren die Kommunisten auf der Anklagebank und die Richter-Kommunisten denselben Denkstrukturen und Mechanismen verhaftet. Die Anklagen prallten nicht an den Angeklagten ab, sie konnten sie vielmehr treffen; sei es, weil sie in der einen oder anderen Frage tatsächlich oppositionell gedacht oder gehandelt haben, sei es, weil die Anklagen den nagenden Zweifel zuließen, daß sie gegen die Linie der Partei verstoßen und ihr damit Schaden zugefügt haben könnten – das eine wie das andere ein Verstoß gegen die von Angeklagten wie Anklägern gleichermaßen akzeptierte »kommunistische Moral«.

An dieser Stelle noch einmal ein Ausflug in die jüngere Vergangenheit: Solange wir als Erneuerungsbewegung in der DKP Demokratisierung und Reformkonzepte wagten, nicht aber mit der Partei alten Typs gebrochen hatten, haben wir das Ritual der Selbstkritiken mitgemacht; es wurde uns ständig und erbittert abverlangt. Wir taten ihm Genüge besonders schlaue, wie wir meinten, mit einem Augenzwinkern und so, daß vor das Parteigericht gezerzte Genossinnen und Genossen und unsere reformerische Praxis möglichst wenigen Schaden nahm. Wir kannten die Spielregeln; klar war uns, wir haben gegen das gültige Verständnis von der Linie der Partei verstoßen, das wird abgestraft. Indem wir aber nicht aus dem Sandkasten ausgestiegen sind und gesagt haben: Spielt doch alleine ..., indem wir also die Regeln auch noch für uns, die wir sie doch brechen wollten, akzeptiert haben, waren wir verletzlich, durch die »Zentrale« zu beeinflussen resp. zu deformieren. So haben wir die Hoffnungen auf demokratische Normalität, Selbstbewußtsein und Zivilcourage innerhalb der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands enttäuscht. Aussteigen aus dem Ritual der Selbstkritiken konnten wir erst, als die Kritiken in uns keinen Widerhall mehr fanden, als sie an uns abprallten. Das war dann der Bruch. Er hat nur lange gedauert.

Für uns waren Leib und Leben nicht in Gefahr, wir trugen als Minderheit innerhalb einer 0,3Prozent-Partei keine Mitverantwortung für eine Alternative zum Kapitalismus. In dieser Beziehung sind wir den Angeklagten der Moskauer Prozesse in keiner Weise gleich.

Aus der einzigartigen Verquickung von Klägern und Angeklagten in den Schauprozessen aber als rechtfertigender Beobachter Literatur zu machen und Dostojewski in den Gerichtssaal zu bemühen, ist schamlos. Konfrontiert mit der Monstrosität der Prozesse flüchten Intellektuelle in die Literatur, in Bilder, in untergründige Wahrheiten und in die, wie Heinrich Mann schreibt, »Windungen der Seele« – anstatt ihr Handwerkszeug der Analyse und Kritik zu gebrauchen.

In den Hexenprozessen der angehenden Neuzeit entschied endlich, nach Verhör und Tortur, die Hexenprobe. Die Frau wurde in das Wasser geworfen. Schwamm sie oben, war sie eine Hexe und wurde verbrannt, ging sie unter, war sie keine und wurde postum in die Gemeinschaft der Gläubigen aufgenommen. Dieses Muster, über Jahrhunderte in die Seele der Völker im Wortsinn eingebrannt, haben auch Intellektuelle in der Rechtfertigung der Moskauer Prozesse übernommen und belebt. Sie sind in die Zeit vor der Aufklärung zurückgefallen.

Um auf diesem Weg zurück noch einmal Heinrich Mann zu folgen: Er fragt, warum nach einer großen Szene Dostojewskis der Eindruck bliebe, »als wäre der Schuldige schon durch sein tiefes, abgründig tiefes Verhör gereinigt und müßte nicht erst in das Gefängnis gehen? Die Gestalten aus den Moskauer Prozessen sind getötet oder eingekerkert. Entsündigt – auf psychologischem Wege wie bei Dostojewski – waren schon in der Verhandlung vielleicht nicht sie, aber die Revolution war es.«

Die Selbstvernichtung von Intellektualität und Zivilität endet in Schuld, Sühne, Entsündigung – nicht des einzelnen, sondern »der Sache«, der der einzelne geopfert wird.

Gab es zu diesem Versagen von Intellektuellen Alternativen angesichts der Hitler-Stalin-Konfrontation? Abgesehen davon, daß diese Konfrontation so rein nicht war, sondern einen Pakt zuließ, gab es Alternativen. Auf jeder Stufe der Auseinandersetzung um die Moskauer Prozesse und danach haben Männer und Frauen sie couragiert, links, sozialistisch gelebt und gedacht. Nur: Die kommunistisch-sozialistische Bewegung hat sie nur weggestoßen, sobald sie ihr zu nahe kamen.

Uns hängt die Trennung von sozialistischer Bewegung und Intellektuellen als Intellektuellen an. Und insofern sind wir nicht ganz unschuldig daran, daß es zwar zu jeder Zeit unterschiedliche Stimmen von Intellektuellen gab – und nur einmal ihr kollektives Schweigen. Das war zur Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung. Im »Jahrhundertschritt« – um auf die Plastik von Wolfgang Mattheuer zurückzukommen –, ist der Kopf wirklich etwas klein geraten.

REINHARD MÜLLER

Der Antikomintern-Block – Prozeßstruktur und Opferperspektive

Reinhard Müller – Jg. 1944, Studium der Germanistik, Geschichte und Soziologie, hat zahlreiche Beiträge zur Geschichte der KPD und des Exils veröffentlicht, u.a. 1991 »Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer Parteiversammlung« und 1993 »Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941«.

1 Zum bisherigen allenfalls auf ausgewählten Beständen des Moskauer Komintern-Archivs beruhenden Forschungsstand vgl. Kevin McDermott: *Stalinist Terror in the Comintern: New Perspectives*, in: *Journal of Contemporary History*, Vol. 30, 1995, S.111-130. Vgl. auch Leonid Babichenko: *Die Moskwins-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase*, in: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism*, Vol.II, 1994/95, No 5/6, S.35-39.

2 Vgl. als jüngste Forschungsberichte Johannes Baur: »Großer Terror« und »Säuberungen« im Stalinismus. Ein Forschungsbericht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, H.4., 1997, S.331-348; Jörg Baberowski: *Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928-1941*. Ein Literaturbe-

erst durch die in jüngster Zeit mögliche Erschließung von »Kaderakten« im Moskauer Komintern-Archiv, von NKWD-»Strafakten«, von »Aufsichtsakten« der Opfer und von Verhörprotokollen der NKWD-Täter werden neue Facetten der Selektions- und Disziplinierungsmechanismen innerhalb der Komintern¹ und bisher verteilte Segmente des stalinistischen Terrors² sichtbar.

Die permanente Amtshilfe zwischen Komintern-Instanzen (Kaderabteilung, Internationale Kontrollkommission, Moskwins-Kommission), KPD-Führungsgremien und dem NKWD-Terrorapparat tritt bei der Durchsicht von »Kaderakten« und von NKWD-Strafakten der deutschen Politemigranten³ in vielfältigen Dokumenten deutlich hervor. Die von der Kaderabteilung an das NKWD vor und nach der Verhaftung gelieferten Materialien und Auskünfte (*sprawki*) waren in der jahrelangen Überwachungs-, Kontroll- und Selektionspraxis einer panoptisch organisierten Partei-Maschine, die jede Abweichung von der Generallinie verfolgte, als individuelle und parteiamtliche Feme entstanden. Mit den Dossiers der Kaderabteilung des EKKI, die als Inquisitionsarchiv der Komintern fungierte, wurden viele KPD-Mitglieder nicht nur zum »Geständnistier« (M.Foucault) erniedrigt, sondern im ausgeweglosen Moskauer Exil vor und auch nach ihrer Verhaftung zu Opfern präpariert. Ihre eigenen Sündenbekenntnisse in Form von immer neu zu verfassenden Autobiographien, die Denunziationen anderer Mitglieder, politische Abrechnungen und die Rituale der »Parteisäuberung«, Beurteilungen von Überführungskommissionen und Urteile der Internationalen Kontrollkommission erschienen wieder in den durch den Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuchs vorgeprägten NKWD-Konstrukten.

Inmitten der seit 1936 grassierenden Wachsamkeitsparanoia wurde das NKWD aber auch mit den Meldungen zahlreicher »geheimer Mitarbeiter« (*seksot*) aus den Reihen der deutschen Politemigranten, die unter Decknamen wie »Doina«, »Verräter«, »Doppelgänger« oder »Hans« in der Regel unentgeltlich »gesellschaftlich arbeiteten«, umfassend beliefert. Aus Angst vor Verhaftung, aber auch aus blinder Überzeugungstreue und durch die immer wieder angemahnte Mitteilungspflicht als Bolschewik wurden beim NKWD und bei den Komintern- und Parteiinstanzen nicht nur frühere Freunde und Kampfgefährten denunziert, sondern nach dem Vorbild Pawel Morosows auch die eigenen Familienmitglieder.

Mit der folgenden Skizze können weder die Chronologie noch die Verfolgungslogik einer Serie von Einzelprozessen und Sammelverfahren, die das NKWD seit 1937 gegen einen fiktiven »Antikomintern-Block« in der Kommunistischen Internationale, in der KPD und unter den Mitgliedern und Führungen anderer KPs führte, umfassend⁴ nachgezeichnet werden.

Das beständig expandierende NKWD-Konstrukt eines »Antikomintern-Blockes« in der Komintern wie auch die Auswahl der Opfer liefern weitere Indizien für die auch von Friedrich Firsov und Boris Starkow formulierte Hypothese, daß neben den drei großen Schauprozessen in zahllosen Folterverhören ein weiterer Schauprozeß gegen ehemalige führende Funktionäre der Komintern, den »Apparat« der Komintern und Funktionäre von einzelnen KPs vorbereitet wurde. In den Einzelverfahren gegen die 1935 abgelösten Sekretäre des EKKI Jossip Pjatnizki, Wilhelm Knorin und Bela Kun wie in den zahlreichen Einzelanklageschriften gegen Funktionäre der KPD, der KP Polens⁵, der KP Ungarns und sogar der KP Dänemarks⁶ wird seit 1937 die Existenz einer »Antikomintern-Organisation in der Komintern« stereotyp wiederholt.

Die Vorwürfe der vom Staatsanwalt Wyschinski bestätigten Anklageschrift (27.7.1938) gegen Pjatnizki⁷ machen dabei deutlich, daß mit den fiktiven Beschuldigungen gegen die »faschistische und Spionageorganisation in der Komintern« fehlende oder noch zu nutzende »Verbindungen« zu den Angeklagten der drei großen Schauprozesse hergestellt wurden. Pjatnizki wird in der offensichtlich schnell nur für den internen Gebrauch fabrizierten Anklageschrift beschuldigt, sowohl im Auftrag der Angeklagten des »Zentrums des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks« (1. Schauprozeß) gehandelt wie auch zu Radek (2. Schauprozeß) und zu Bucharin (3. Schauprozeß) »verbrecherische Verbindung« unterhalten zu haben. Jeshow und seinen NKWD-Untersuchungsführern Lanfang und Poljatschek erschien der jahrelang für die politische Anleitung der westeuropäischen KPs und für deren Finanzierung zuständige Komintern-Funktionär Pjatnizki als »missing link« für bisherige Prozesse wie als Hauptangeklagter für einen weiteren Prozeß geeignet. Der häufig auch als »graue Eminenz« der Komintern apostrophierte Pjatnizki wie auch die beiden anderen Hauptangeklagten EKKI-Sekretäre Knorin und Kun sollten in diesem Verschwörungskonstrukt den bereits verurteilten Karl Radek angeleitet und die »Verbindung« zu Trotzki und dessen »Finanzierung« durch den Leiter der »Abteilung für internationale Verbindung« in der Komintern Abramow-Mirow durchgeführt haben.

Wie in den drei Moskauer Schauprozessen (1936, 1937, 1938) und in zahllosen anderen Geheimverfahren wurde die »Verbindung« zu Trotzki und der behauptete Erhalt von »Weisungen« Trotzkis zum fiktionalen »Kern« der »Anklageschrift« gegen Pjatnizki.⁸ Durch den »Verräter« Trotzki wurde in den NKWD-Verschwörungsphantasien die »Verbindung« zu den Regierungen Japans, Deutschlands und Englands hergestellt, der »trotzkistische Gestapo-Agent« und der »deutsch-japanische terroristische Spion« konnten als Amalgam des inneren und äußeren Feindes⁹ präsentiert werden. Neben dem üblichen Spionage- und Terrorkonstrukt be-

richt, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, Bd.43, 1995, H.1, S.97-129; Markus Wehner: Stalinistischer Terror. Genesis und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1996, H.38, S.15-37; John L. H. Keep: Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: Neue politische Literatur, Jg.40, 1995, S.421-440.

3 In unterschiedlicher Dichte und Relevanz wurden in jüngeren Arbeiten NKWD-Materialien verwendet. Vgl. Meinhard Stark: Deutsche Frauen des GULag. Eine lebens- und zeitgeschichtliche Befragung, Diss. Berlin 1994; Holger Dehl: Deutsche Emigranten in der UdSSR in den 30-er Jahren, Diss. Moskau 1995 (russ.); Holger Dehl/ Natalija Mussijenko: Hitlerjugend in der UdSSR? in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1996, Nr.1, S.76-84; Ulla Plener: Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhof und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902-1946) Berlin 1996; Dies.: Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenschicksale unter Stalin, Frankfurt/Oder 1997; Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933-1945, Münster 1996; Reinhard Müller: Zenzl Mühsam und die stalinistische Inquisition, in: Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, H.11, 1996, S. 32-88; Ders.: Der Fall des »Antikomintern-Blockes« – ein vierter Moskauer Schauprozeß? in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S.187-214; Irina Scherbakowa: Die Denunziation im Gedächtnis und in

den Archivadokumenten, in: Günter Jerouschek, Inge MarBolek, Hedwig Röcklein: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte. Tübingen 1997, S.168-182.

4 Weitergehende Verweise in Reinhard Müller: Der Fall des »Antikomintern-Blocks« – ein vierter Moskauer Schauprozeß? In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S.187-214. – Im Rahmen eines Forschungsprojekts des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist eine erweiterte Buchpublikation in Vorbereitung.

5 Die Verhaftungen von polnischen Kommunisten in Moskau setzten schon 1933 (J. Czeszejko-Cohacki, W. Wrublewski, T. Zarski, L.Purmann) ein. Der Vorwurf der »Verbindung« zur »Polnischen Militärorganisation« (POW) wird auch in mehreren Artikeln der »Kommunistischen Internationale« wiederholt und richtet sich in zahlreichen NKWD-Verfahren gegen Vertreter der »Mehrheit« und der »Minderheit«. Die ZK-Mitglieder und Theoretiker (A.Warski, M.Horwitz, M.Koszutska, E. Prochniak) bis hin zum Generalsekretär J. Leszynski (Lenski) wurden wie nahezu alle der in die UdSSR emigrierten Mitglieder der KP Polens (über 5000 Personen) verhaftet und als »polnische Spione« und als fiktive Mitglieder der »POW« zum Tode verurteilt. Zu den Voraussetzungen dieser Verfolgung gehört auch der NKWD-Befehl Nr. 00485 vom 8.8.1937 »Über die Operation zur Repressierung polnischer Bürger«. Vgl. dazu auch die Berichte der Zeitzeugen: Herbert Wehner: Notizen. Hrsg. von

gegnet uns in der »Anklageschrift« aber auch der ideologisch-politische Vorwurf der »Desorganisation« von Komintern und kommunistischen Parteien und der Vereitelung der öffentlich inszenierten, aber auch durch den »Großen Terror« längst dementierten »Einheits- und Volksfront«. Wie auch in der vorausseilenden Parteifeme einzelner und in den Dossiers der Kaderabteilung¹⁰ werden »rechte« und »linke« Häretiker zu einer angeblich 1932 in der Komintern von »Trotzkisten und Rechten« gegründeten »faschistischen und Spionageorganisation« zusammengebracht:

»1937 wurde vom 3. Referat der 1. Hauptverwaltung des NKWD eine faschistische und Spionageorganisation der Trotzkisten und Rechten in der Komintern entdeckt und liquidiert. Im Verlauf der Untersuchung wurde festgestellt, daß einer der Leiter dieser antisowjetischen Organisation PJATNITZKI Jossif Aronowitsch war.«

Auch in zahlreichen NKWD-Anklageschriften gegen deutsche Politemigranten – wie z.B. in der gegen Hermann Remmele (15.2.1939) – findet sich die immer wiederkehrende Formel, die von der NKWD-Hauptverwaltung, der Moskauer Gebietsverwaltung des NKWD, vom Militärkollegium wie von NKWD-Troikas als feststehende »Matrix« in den Verhören, Anklageschriften und Urteilen benutzt wurde: »Durch die Hauptverwaltung für Staatssicherheit wurde eine im System der Komintern existierende, von PJATNITZKI, KNORIN und Bela KUN geleitete antisowjetische Spionage- und trotzkistische Organisation liquidiert, die sich den Kampf gegen die Führung der Komintern und des ZK der KPdSU(B) zur Aufgabe gestellt hatte. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß einer der aktiven Mitglieder der Spionage- und trotzkistischen Organisation REMMELE Hermann Petrowitsch ist.«

Zur Inszenierung eines weiteren Schauprozesses, für die Fabrikation eines »international« agierenden »Netzes« von fiktiven »trotzkistischen Konterrevolutionären«, »faschistischen Spionen«, von »Terroristen«, »Diversanten« und »Schädlingen« mußten den NKWD-Untersuchungsführern die ehemaligen Komintern- und KPD-Funktionäre als nahezu ideale »Feindobjekte« erscheinen. Eine vom NKWD 1940 angefertigte Übersicht¹¹ zu den bereits verurteilten Personen, die allein in den zwölf Bänden der Strafsache Nr. 9871 erwähnt werden, verzeichnete nahezu 100 Personen; insgesamt wurden 1937/38 mehrere hundert Komintern-Mitarbeiter verhaftet. Der Komintern-Apparat – darunter ganze Abteilungen wie OMS (Abt. für Internationale Verbindungen) – wurde schon 1937/38, also noch vor der allenfalls formellen »Auflösung« der Komintern, die 1943 den Schein der Selbständigkeit aufgab und in Form verschiedener Apparate und Institute dem ZK der KPdSU zugeordnet wurde, nahezu völlig paralysiert.

Von der unter den Sammelbezeichnungen »Antikomintern-Block« oder »rechtstrotzkistische Antikomintern-Organisation« figurierenden und ständig expandierenden Serie von Verhaftungen und Urteilen der NKWD-Troikas und des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR waren betroffen:

– ehemalige Sekretäre des Exekutivkomitees der Komintern (Jossif Pjatinzki,¹² Wilhelm Knorin¹³ und Bela Kun¹⁴), die nach

dem VII. Weltkongreß der Komintern als »Sündenböcke« für die gescheiterte »sektiererische Linie« abgeschoben wurden;

- die Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen (OMS) des EKKI (Jakow Abramow-Mirow bis 1935 und sein Nachfolger Boris N. Müller);

- Leiter und Mitarbeiter der Kaderabteilung des EKKI (Anton Krajewski, Moissej Tschernomordik, Georg Brückmann, Grete Wilde);

- Mitarbeiter des Komintern-Apparates und Gehilfen von Sekretären des EKKI (Lajos Magyar, Boris Wassiljew, Grigori Smoljanski, Heinrich Meyer)

- ehemalige rechts- und linksoppositionelle, degradierte KPD-Funktionäre (z.B. die als »linke Sektierer« stigmatisierten Heinz Neumann, Hermann Remmele, Leo Flieg und die rechtsoppositionellen »Versöhnler« Hugo Eberlein, Heinrich Süßkind, Hans Bloch, Heinrich Kurella, Hans Knodt und Erich Birkenhauer);

- Schauspieler der »Kolonne Links« (z.B. Erich Ahrendt, Helmuth Damerius, Karl Oefelein);

- Leiter und ehemalige Mitarbeiter des M-Apparates der KPD (z.B. Hans Kippenberger und Albert Zwicker);

- KPD-Funktionäre im Donbass und in Leningrad (z.B. Michael Sommer und Paul Dietrich);

- Redakteure der Deutschen Zentral-Zeitung (Julia Annekowa, Oskar Deutschländer und Alois Ketzlik);

- Mitarbeiter des Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter (Otto Rittdorf, Franz Stamm und Nikolai Stark);

- Kinder von deutschen Emigranten (z.B. Johann Beimler, Horst und Fridolin Seydewitz) und Jugendliche, von denen über 70 vom NKWD zu einer fiktiven Gruppe der »Hitler-Jugend« in Moskau vereint wurden;

- Mitarbeiter und Bewohner des Heims der Politemigranten (z. B. der Invalide Joseph Selbiger, August Müller und Helmut König);

- zahlreiche Arbeiter und Ingenieure in Moskauer Betrieben (z.B. Hans Altmann, Anton Erkelenz, Bernhard Hut, Karl Schröder und Fritz Palenschat), die zur »Hitler-Jugend« gerechnet wurden oder als spezielle »Sabotagegruppe« figurierten;

- Lehrer und Schüler der Lenin-Schule, der KUNMS und des Instituts der Roten Professur (z.B. Theodor Beutling, Heinz Altmann und Friedrich Stucke);

- Funktionäre im Moskauer Thälmann-Club (z.B. Nikolai Stark und Ernst Steinbring).

Die Verhaftungswellen im Apparat der Komintern wurden von Dimitroff und Manuilski am 10.10.1937 in einem Brief an den Sekretär des ZK der KPdSU A. Andrejew bilanziert:

»In der letzten Zeit haben die Organe des NKWD eine Reihe von Volksfeinden aufgespürt und eine weitverzweigte Spionageorganisation im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders »ungesäubert« erwies sich die wichtigste Abteilung der Komintern: der Nachrichtendienst, der jetzt völlig aufgelöst werden muß. Die Neubildung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgewählte und überprüfte Mitarbeiter muß in Angriff genommen werden.

Gerhard Jahn, Bergisch-Gladbach 1984, S.218-222.; Alfred Burmester (d.i. Wanda Bronska-Pampuch): Die Tragödie der polnischen Kommunisten, in: Aktion. 1951, H.10, S.27-32.

6 Ole Sohn: Fra Folketinget til celle 290. Arne Munch-Petersens skaebne, Kopenhagen 1992.

7 Am nächsten Tag (28. 7. 1938) wird Pjatzitzki vom Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR nach einer zwanzigminütigen Sitzung um 18 Uhr zum Tode verurteilt. Am gleichen Tag legte Jeshow Stalin eine Erschießungsliste vor, auf der u.a. Pjatzitzki und Knorin vermerkt sind.

8 Vgl. auch: Ioulia Piatnitskaja: Chronique d' une déraison. Moscou 1937-1938, Paris 1992.

9 Diese Verknüpfung des »inneren« und des »äußeren« Feindes zu einem Amalgam gehörte seit Robespierre zum ideologischen Instrumentarium des Terrors, der als »Emanation der Tugend« gerechtfertigt wird.

10 Sowohl in den »sprawkas« der Kaderabteilung wie auch in »Mitteilungen« einzelner erscheint dieses Konstrukt eines »partei-feindlichen« Rechts-Links-Blocks. Als Matrix für diese Konstrukte, die aus persönlichen Freundschaften von ehemaligen »Abweichlern« Verschwörungen machten, dienten auch die von den Kadern internalisierten Reden Stalins. Vgl. z.B. Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, in: J.W. Stalin: Werke, Berlin 1954, Bd.12, S.312-316.

11 Diese Zahl umfaßt aber noch nicht alle Personen, die außerhalb des Verfahrens 9871 in Einzel- oder Gruppenprozessen als »Mittäler« benannt oder die in Folterverhören aufgelistet wurden. Allein der zehnte Aktenband des Falles 9871 (Juli 1940) umfaßt 316 Seiten und stellt durch weitere Auszüge aus zahlreichen anderen Anklageschriften wie auch durch Dossiers weitere »Verbindungen« zu anderen Verhafteten und Verurteilten her. Die bürokratische Operationalisierung der »Kontaktschuld« zeitigt in den NKWD-Verfahren synergetische Effekte, die sich »aktenintern« gegen immer neue, selbstreferentiell produzierte »Feinde« und »Spione« richten.

12 Der legendäre Altbolshewik Pjatnitski, Mitglied des EKKI-Präsidiums, in den zwanziger Jahren in der Komintern als »graue Eminenz« u.a. verantwortlich für die Finanzierung der Kommunistischen Parteien, war bis zu seiner Verhaftung ZK-Mitglied und Leiter der administrativen Abteilung des ZK der KPdSU.

13 Der in Lettland geborene Wilhelm Knorin war nach dem VII. Weltkongreß nurmehr stellvertretender Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung des ZK der KPdSU. Er wurde in der Anklageschrift zusätzlich als »Leiter der lettischen nationalistischen Organisation«, als »Agent des polnischen Nachrichtendienstes« und Teilnehmer der »belorussischen nationalen Opposition« beschuldigt.

14 Bela Kun, Kommissar in der ungarischen Räterepublik, seit 1921 und dann erneut seit 1931 Mitglied

Zwar weniger, aber auch ungesäubert erwiesen sich andere Teile des Komintern-Apparates: Kaderabteilung, politische Berater der Sekretäre des EKKI, Sachbearbeiter, Dolmetscher, usw.«¹⁵

In den Verschwörungskonstrukten der NKWD-Untersuchungsführer konnten die Komintern- und KPD-Funktionäre wie auch die »einfachen« Politemigranten schon allein durch ihre Einreise aus dem Ausland oder durch ihre »Verbindungen« mit dem Ausland, durch ihre Reisen als Komintern-Emissäre, durch ihre KZ-Haft und wegen ihrer Verhaftungen im westeuropäischen Ausland zu »Spionen« der deutschen Gestapo, des französischen, englischen, holländischen Geheimdienstes oder von nicht näher spezifizierten »ausländischen« Geheimdiensten deklariert werden. Präformiert wurde dieses Feindbild bereits in zahlreichen Kontroll- und Überprüfungsritualen¹⁶, denen sich die Emigranten in den Instanzen der MOPR, der Komintern, der KPD und der KPdSU zu unterziehen hatten. Über deren politische Biographien, Haftzeiten und Entlassungen aus KZ's und Zuchthäusern, über ihre »Verbindungen« in der Sowjetunion und mit dem Ausland wurden zudem mehrere NKWD-Abteilungen durch den ständigen Materialaustausch mit der Kaderabteilung des EKKI und dem ZK der MOPR informiert. Die Materialien dieser Abteilungen¹⁷ standen den NKWD-Untersuchungsführern auch in der Form von kurzen »Dossiers« zur Verfügung, die kurze Informationen zu den politischen »Abweichungen« enthielten.

Von zentraler Bedeutung für die Auslösung von großen Verhaftungswellen, aber auch für die Verhaftung einzelner prominenter »Gegner« sind jedoch persönliche Direktiven Stalins und jene politischen Feindbilder, die in »Maßnahmen« des ZK der KPdSU und in Beschlüssen der Plenen des ZK der KPdSU vorformuliert wurden. In seinem Schlußwort auf dem ZK-Plenum im März 1937 hatte Stalin zur »Zerschmetterung und Ausrottung der japanisch-deutschen Agenten des Trotzismus« aufgerufen. Während öffentlicher »tschistkas« und in klandestinen »Säuberungen« wurde Stalins Rede in die Verfolgungspraxis umgesetzt:

»Ich glaube, jetzt ist es für alle klar, daß die heutigen Schädlinge und Diversanten, unter welcher Flagge, ob unter trotzkistischer oder bucharinscher, sie sich auch maskieren mögen, schon lange aufgehört haben, eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein, daß sie sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande berufsmäßiger Schädlinge, Diversanten, Spione, Mörder verwandelt haben. Es ist klar, daß diese Herrschaften schonungslos zerschmettert und ausgerottet werden müssen, als Feinde der Arbeiterklasse, als Verräter an unserer Heimat.«¹⁸

Pjatnitski wurde am 7.7. 1937 verhaftet, nachdem er sich auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU entschieden gegen Jeshows Massenterror und gegen neue Vollmachten für das NKWD gewandt hatte. Am 29. Juni 1937 hatte Stalin das ZK-Plenum mit den Worten beschlossen: »Was Pjatnitski betrifft, so ist eine Untersuchung im Gange. Sie soll in einigen Tagen abgeschlossen sein.«¹⁹ In einem Gespräch mit Dimitroff hatte Stalin am 11.2.1937 das vom großrussischen Nationalismus und paranoiden Verschwörungsden-

ken geprägte Feindbild skizziert: »Ihr alle in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände.« Noch dezidierter und drohender äußerte sich NKWD-Chef Jeshow gegenüber Dimitroff: »In der Kommunistischen Internationale bauten sich die größten Spione ein Nest.«²⁰

Am 7. November 1937 äußerte Stalin gegenüber Dimitroff, mit dem er zusammen auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums stand: »Man muß mit der Aufdeckung der entdeckten Tatsachen über die konterrevolutionäre Tätigkeit (Verhaftungen etc.) in der KPdSU (B) und in der Komintern noch abwarten, bis all die notwendigen Dokumente ausgearbeitet sind. Es lohnt sich nicht, darüber bruchstückhaft zu informieren. Knorin ist polnischer und deutscher Spion (schon lange und bis in die letzte Zeit), Pjatnitski ist Trotzist. Alle sagen über ihn aus (Knorin u.a.). Kun handelte zusammen mit den Trotzisten gegen die Partei. Höchstwahrscheinlich ist er auch in Spionage verwickelt.«²¹

Die hier von Stalin vorgeschlagene »Ausarbeitung«²² der »notwendigen Dokumente« meinte, daß das NKWD mit neuen erforderten »Geständnissen« das Konstrukt des »Antikomintern-Blocks« noch verbessern müsse. Die »Säuberungen« und Verhaftungen im Apparat der Komintern²³ wurden sowohl von der Kaderabteilung als auch durch das Parteikomitee im EKKI-Apparat durch enge Kooperation mit dem NKWD – z.B. durch das Aufstellen von Listen von »Personen, die früher anderen Parteien angehörten, trotzkistische und rechte Abweichungen und Parteiverweise hatten« befördert.

Neben Stalins häufig praktizierten Eingriffen in die Vorbereitung und Durchführung von Schauprozessen sind es Beschlüsse des ZK der KPdSU, die auf Initiative Stalins oder mit seiner Zustimmung gefaßt wurden, die neue Verhaftungswellen auslösten.

Der 1937 vom Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU gefaßte Beschluß »Die Lehren der Schädlingstätigkeit, Diversion und Spionage der japanisch-deutsch-trotzkistischen Agenten«²⁴ wurde in Parteiversammlungen des NKWD und durch operative Befehle in die bürokratisch organisierte Irrationalität des auf einzelne Opfergruppen gezielten wie auch des breit definierten Massenterrors verwandelt. Von mehreren operativen NKWD-Befehlen²⁵ waren auch die deutschen Emigranten »betroffen«, die seit Sommer 1937 ebenso wie Polen und Letten als Angehörige von »nationalen Minderheiten« zu »antisowjetischen Elementen« und »Spionen« deklariert, nach vorgegebenem Plansoll verhaftet und in Schnellverfahren (Albumverfahren) zum Tode verurteilt wurden. Zu dieser vor allem in Betrieben und in Clubs der Politemigranten verhafteten Opfergruppe der »deutschen Spione, Saboteure und Diversanten« gehörten zahlreiche deutsche Arbeiter und Ingenieure, die in den Konstrukten des »Antikomintern-Blocks« als vom »Zentrum« angeleitete »Täter« in der Peripherie von Moskauer Betrieben »Spionage« und »Sabotage« betrieben. Unter diesen Verhafteten wurden vom NKWD auch die jugendlichen »Terroristen« ausgemacht, die nach dem Muster der großen Schauprozesse »Anschläge« gegen Stalin, Molotow etc. planten und zu einer fiktiven Organisation der »Hitler-Jugend«²⁶ zusammengefaßt wurden.

des Präsidiums des EKKI und Sekretär, seit Sommer 1936 Direktor eines Moskauer Verlages.

15 RCCHIDNI, F.17, op.120, d.259, S.33.

16 Vgl. dazu Reinhard Müller: Unentwegte Disziplin und permanenter Verdacht. Zu Genesis der Säuberungen in der KPD, in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismusanalysen, Wien 1994, S.71-95; Ders.: Die Akte Wehner, Moskau 1937-1941, Berlin 1993.

17 Vgl. z.B. die Liste der von der Komintern an das NKWD zu Erich Birkenhauer übersandten Materialien im Gesamtumfang von 93 Seiten, abgedruckt in: Reinhard Müller: Die Akte Wehner. Moskau 1937-1941, Berlin 1993, S. 318f.

18 J.W.Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, Moskau 1937, S.34.

19 Zit. nach Boris Starkow, a.a.O., S. 1300. Die angekündigte Publikation der Protokolle der ZK-Plenen auf Mikrofilm wird nicht nur die Hintergründe der Verhaftung Pjatnitskis näher erhellen.

20 Tagebuch Dimitroffs, zit. nach Friedrich Firsow: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren. Hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz in Verbindung mit Siegfried Bahne und Richard Lorenz, Berlin 1993, S.47.

21 Eintragung in Dimitroffs Tagbüchern. Zit. nach einem unveröff. Manuskript von Friedrich Firsov.

22 Bereits im Prozeß gegen die »Industriepartei« und gegen die »Menschewiki« griff Stalin in die Vorbereitung der Prozesse persönlich ein, in einem Brief (Oktober 1930) an den OGPU-Chef Menshinskij legte er die »Vorwürfe« fest und ordnete die Folter an. Vgl. dazu: Jakow Rokitjanskij/Reinhard Müller: Krasny dissident. Akademik Rjasanov: opponent Lenina – shertva Stalina, Moskau 1996.

23 Vgl. dazu Friedrich Firsov: Die »Säuberungen« im Apparat der Komintern, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten, a.a.O., S. 37-51.

24 Veröffentlicht in: Voprosy istorii, 1995, H.2, S. 22-26.

25 Diese operativen Befehle des NKWD (z.B. der operative Befehl 00447 vom 30. Juli 1937) werden in der geplanten Publikation zum »Antikomintern-Block« veröffentlicht. Auszüge in: Ne predat' zabveniju. Knig pamjati repressirvannyh v 30-40e i nacale 50-ych godov, svjazannyh sud'bami s Jaroslavskoj oblast'ju. Jaroslavl' 1993, S.18-21. – Allein dieser operative »Befehl« des NKWD umfaßt 19 Seiten.

26 Vgl. dazu: Holger Dehl/Natalia Mussienko: »Hitlerjugend« in der UdSSR? Zur Geschichte einer Fälschung, in: Neues Leben, Moskau 1994, Nr.29, 30, 31.

In zahlreichen Verhören und in einzelnen Anklageschriften des »Antikomintern-Blockes« zielte das NKWD nicht zuletzt darauf, jene in den ersten beiden Schauprozessen hervorgetretenen Pannen in der »Beweisführung«, die in der ausländischen Berichterstattung zu kritischen Demontagen der Schauprozesse geführt hatten, durch die erforderten »Aussagen« neuverhafteter »Täter« zu beheben. So wurde in mehreren »Protokollen« von Verhören durch die NKWD-Untersuchungsführer den Opfern (z.B. Hugo Eberlein) immer wieder die »Verbindung« zu Trotzki in Norwegen und dessen Sohn Leo Sedow in Berlin und Kopenhagen zugeschrieben oder die Finanzierung von »trotzkistischen Gruppen«.

Auch die Vorbereitung eines möglichen Prozesses gegen Willi Münzenberg, der sich in Paris weitsichtig weigerte, nach Moskau zu fahren, gehörte zu den Intentionen der NKWD-Untersuchungsführer, die das international verzweigte Netz des »Antikomintern-Blockes« entwarfen. So wird im fabrizierten »Protokoll« eines von Leo Flieg erforderten »Geständnisses« der »Münzenberg-Konzern« zur Machination des »deutschen Nachrichtendienstes«:

»... Ich bin deutscher Spion. Viele Jahre hindurch führte ich einen Kampf gegen die KPD, gegen die Komintern und die Sowjetunion, ich arbeitete laut den Anweisungen des deutschen Nachrichtendienstes. In der letzten Zeit trieb ich meine auf die Zerstörung der KPD gerichtete verräterische Arbeit und meine Spionagetätigkeit gegen die Komintern und die UdSSR zugunsten des faschistischen Deutschlands, mit dessen Nachrichtendienst ich durch ein Mitglied des ZK der KPD, Wilhelm Münzenberg, verbunden war. In meinen Aussagen will ich der Untersuchung nicht nur über meine verräterische Spionagetätigkeit erzählen, sondern ich will auch alle mir bekannten Informationen über die Tätigkeit des ganzen Systems des deutschen Nachrichtendienstes mitteilen, das sich hinter dem Deckmantel vieler Unternehmen, die unter dem Namen »Münzenberg-Konzern« bekannt sind, verbirgt.«

Wie alle anderen Verhafteten, die den systematischen Folterungen ausgeliefert waren, wurde Leo Flieg auch noch gezwungen, seine Bekannten und seine »Mittäter« in Moskau und Paris aufzulisten. Solche Listen von »Verbindungen« gehörten zum Standardrepertoire der Verhöre des NKWD, führten jedoch nicht in allen Fällen zur automatischen Verhaftung²⁷ der genannten Personen.

Durch ihre Kooperation mit der Kaderabteilung des EKKI verfügte das NKWD auch über Sammel Listen von »schlechten Elementen unter den Deutschen« sowie über Dossiers und Spitzelberichte zu früheren »Abweichungen« von KPdSU- und KPD-Mitgliedern. Zahlreiche »seksots«, die als verpflichtete NKWD-Mitarbeiter unter Decknamen »Agentur-Material« beitrugen, wie auch beflissene Denunziationen an Kaderabteilung und NKWD präformierten bei ehemaligen »Abwechlern« die spätere Verhaftung. Neben der heimlichen Denunziation wurde in öffentlichen Strafritualen, in Partei-Betriebsversammlungen, in formalisierten »tschistkas« wie in geschlossenen Parteiversammlungen der »Parteifeind«, der »Doppelzüngler« ausfindig gemacht. Ein bereits im Januar 1935 verschickter geheimer Rundbrief des ZK der KPdSU zielte auf die

Entlarvung des »maskierten Doppelzünglers«, der als »Spion uns feindlicher Kräfte« nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern »verhaftet und isoliert«²⁸ werden muß.

In einem Artikel verweist Wilhelm Pieck im Februar 1935 prompt auf jenen Rundbrief der KPdSU: »Das ZK der KPdSU(B) hat in seinem außerordentlich bedeutsamen Brief an die Parteimitgliedschaft über die Sinowjew-Trotzki-Gruppe das Hauptgewicht auf die bolschewistische Wachsamkeit gegenüber jeder oppositionellen Betätigung und Gruppierung, gegenüber Doppelzüngigkeit und Heuchelei gelegt, die hier im Lande des sozialistischen Aufbaus und der proletarischen Diktatur ganz offen zum Angriff auf die Führung, auf die Regierung des Landes und zur Verbindung mit den Klassenfeinden in den kapitalistischen Ländern geführt haben.«²⁹ Wilhelm Pieck hatte in diesem für die KPD-Mitglieder programmatischen Artikel bereits das parteiamtliche Verschwörungskonstrukt der KPdSU auf die KPD übertragen und darauf verwiesen, daß die »bolschewistische Wachsamkeit auf das schärfste gegen alle Rechten und Versöhnler gerichtet sein« müsse, da – so Pieck – von den »Versöhnlern auch Verbindungen mit solchen konterrevolutionären Strömungen, insbesondere mit Mitgliedern der Sinowjew-Trotzki-Gruppe, die an dem scheußlichen Verbrechen des Mordes an Genossen Kirow schuldig sind«, bestanden hätten.

Ins Visier der Kaderabteilung und des NKWD gerieten besonders jene KPD-Mitglieder, die aus KZ-Haft und Gestapo-Gefängnissen entlassen worden waren. Sie wurden nach der erlittenen Gestapo-Folter in Moskau erneut »Untersuchungen«³⁰ durch die Kaderabteilung unterworfen, deren abstruse Schuldvorwürfe und Verdächtigungen an das NKWD weitergegeben wurden. So wurden z.B. Werner Hirsch, Willy Budich, Walter Dittbender und Heinrich Meyer von den Untersuchungsführern des NKWD mit dem Vorwurf des in der Haft angeworbenen »Gestapo-Agenten«³¹ überzogen. Während der NKWD-Verhöre wurde Georg Brückmann, der 1930 kurzzeitig in Berlin inhaftiert war, zu dem »Geständnis« gezwungen, daß ihn die Berliner Politische Polizei angeworben habe. Bis zu seiner Verhaftung 1937 hatte Brückmann als Referent in der Kaderabteilung selbst zahlreiche solche Beschuldigungen an das NKWD gerichtet. Georg Brückmann wie auch Walter Dittbender, der Leiter der Politemigrantenabteilung des ZK der MOPR, entsprachen durch ihre Tätigkeit in Moskau den expansiven Verfolgungsintentionen der NKWD-Untersuchungsführer, da sie mit allen »Politemigranten« bei der Einreise oder bei »Überprüfungen« in »Verbindung« getreten waren. Durch die Einbeziehung dieser Schleusen- und Kontrollfunktionäre als Angeklagte des »Antikomintern-Blocks« konnten alle Emigranten, die aus Deutschland nach Moskau kamen, zu »faschistischen Spionen« gemacht werden, die von den »Gestapoagenten« Brückmann³² und Dittbender angeworben und in die UdSSR eingeschleust wurden. Der frühere Thälmann-Sekretär Heinrich Meyer, in Moskau »Gehilfe« von Wilhelm Florin, dem Vorsitzenden der Internationalen Kontrollkommission der Komintern, wurde vom NKWD innerhalb des »Antikomintern-Blocks« zum »Gestapo-Residenten« erklärt.

27 Außer Leo Flieg wurde keines der in vielen Verhörprotokollen und »Meldungen« genannten ZK-Mitglieder, die 1935 auf der »Brüsseler Konferenz« gewählt worden waren, verhaftet. Anders als in der KP Polens verließ die Funktion innerhalb der nun »herrschenden« KPD-Führung zumindest den Schutz vor Verhaftung.

28 Zit. in : Schauprozesse unter Stalin 1932-1952, Berlin 1990, S.210-222. –Noch vor Beginn des ersten Moskauer Schauprozesses wurde in einem weiteren Rundschreiben des ZK der KPdSU die »terroristische Tätigkeit« des »trotzkistisch-sinowjewischen konterrevolutionären Blocks« beschrieben. Das streng geheime Schreiben schließt mit dem Aufruf zur Denunziation: »Eine unverzichtbare Eigenschaft jedes Bolschewiken muß die Fähigkeit sein, den Feind der Partei aufzuspüren, wie gut er sich auch tarnen mag.« Ebd., S.251.

29 Wilhelm Pieck: Die Wendung zur revolutionären Massenpolitik, in: Die Kommunistische Internationale (Tarnschrift-Ausgabe), XVI. Jg., 1935, S.316. – Gegen eine Schrift des »Versöhnlers« Heinrich Süßkind (Pseud. Kurt Heinrich) hatte sich Wilhelm Pieck bereits im Januar 1935 gewandt. Vgl. Wilhelm Pieck: Gegen die »versöhnlerischen« Schmuggler, in: Die kommunistische Internationale, XVI. Jg. 1935, S.154-161. Hier wird auch der später in NKWD-Dokumenten häufig auftauchende Topos von der »Verständigung« der Versöhnler mit den sog. »linkssektierischen Elementen« in der KPD benutzt.

Pieck schließt seinen Artikel, der den öffentlichen Auftakt zur erneuten Jagd auf die »Versöhnler« gab, mit dem drohenden Hinweis: »Wie es auch sei, die Partei wird mit aller Rücksichtslosigkeit die Versöhnler und ihre Machenschaften schlagen.« Heinrich Süßkind wurde bereits 1934 wegen »internationaler Verbindung mit Versöhnlern« aus der KPD ausgeschlossen. Im August 1936 wurde er vom NKWD verhaftet und am 3.10.1937 zum Tode verurteilt. In der NKWD-Anklageschrift werden die politischen Vorwürfe gegen den »Versöhnler« und ehemaligen Chefredakteur der »Roten Fahne« wiederholt. Er wurde angeklagt, daß er »a) auf dem Weddingener Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem ZK der KPD entfernt wurde und der Politik der Partei zustimmte, danach seine subversive Tätigkeit fortsetzte, indem er sich bis zum Machtantritt der Faschisten an den illegalen Zusammenkünften der Versöhnler in Deutschland beteiligte; b) nach der Ausreise /Emigration/ in Prag 1933 sich dort mit dem ehem. Versöhnler/Trotzkisten K. VOLK, dem Organisator der Konferenz der Rechten und Trotzkisten in Zürich, auf der das Ziel gestellt wurde, alle illegalen Gruppen zum Kampf gegen die UdSSR und die Partei zu vereinen, verbunden hat; c) sich zusammen mit den Trotzkisten K. VOLK und BLÜCHER/LARSEN an der Abfassung des antisowjetischen Appells der Rechten und Trotzkisten beteiligt hat; d) nach der Ankunft in Moskau eine antisowjetische Gruppe der ehem. Versöhnler gebildet hat;

Durch den Vorlauf von »Säuberungen« im Komintern-Apparat und in der KPD, durch die inquisitorischen Prozeduren von »Überführungen« und »Untersuchungen«³³ waren besonders alle jene Funktionäre gefährdet, die als »Abweichler« vor und nach dem VII. Weltkongreß degradiert worden waren. Walter Dittbender schilderte während eines NKWD-Verhörs die Zusammenarbeit mit dem NKWD: »Die Mehrheit der deutschen Kommunisten waren Funktionäre der Komintern, der MOPR und anderer Parteiorgane in der UdSSR. In diesem oder jenem Grade waren sie alle mit den NKWD-Organen verbunden, mit denen sie die wichtigsten Fragen abstimmten, insbesondere die mit der Auslandsarbeit unserer Kommunisten zu tun hatten. Seit März 1936 und während des ganzen Jahres 1937 beteiligte ich mich als Sekretär an der Überprüfung der Parteidokumente der Mitglieder der deutschen Sektion der Komintern. Durch die Kommission wurden etwa dreitausend Kommunisten untersucht. Es gab über viele von ihnen ziemlich ernsthafte negative Materialien entweder über die frühere oppositionelle Tätigkeit oder über die Zugehörigkeit zu Geheimdiensten.«³⁴

Ihre Häresien waren für die Untersuchungsführer des NKWD in kurzen Dossiers (sprawka) aufbereitet und gerieten in den erfolgten »Geständnissen« zu einer Chronik der kriminalisierten Abweichungen, in der sich wie in einer »camera obscura« die Realgeschichte der Fraktionskämpfe und die vorgegebenen Amalgame des NKWD vermischten. Sowohl NKWD-Untersuchungsführer wie auch KPD-Funktionäre benutzten in den erfolgten und vorfabrizierten »Verhörprotokollen« und in »Geständnissen« die Sprachregelungen und Zuschreibungen des Parteidiskurses (Sektierer, Versöhnler, Trotzkist). Diese geronnenen Feindbilder konnten als feststehendes »script« durch die Verknüpfung mit dem Artikel 58 des sowjetischen Strafrechts noch weiter von der konstruierten »Wirklichkeit« entkoppelt werden.

Die Irrealität der stalinistischen Justizphantasien, die Fiktionalität ihrer Feindbilder und Verschwörungssyndrome spiegeln sich auch in Hannah Arendts Feststellung: »Die russische Geheimpolizei hat es verstanden, alle Faktoren der Wirklichkeit aus der Anklage zu eliminieren, so daß dem Angeklagten in seiner kompletten Isolierung von der Realität schließlich nichts mehr wirklich erscheint als die innere Logik, die Stimmigkeit der Fabel selbst.«³⁵ Wie aber jetzt in zahlreichen NKWD-Dokumenten, in verzweifelten Briefen an den »Werten Genossen Stalin« aus demGULag, aus der Lubjanka und aus der Butyrka deutlich wird, wurde diese »Stimmigkeit der Fabel« durch brutalste Foltermethoden hergestellt.

In vielen Briefen an Stalin, Berija, Molotow oder Wyschinski berichten die im Land ihrer Träume inhaftierten deutschen Polit- emigranten über die erlittenen Folterqualen in der jahrelangen Untersuchungshaft und fordern – wie z.B. Joseph Selbiger – die Ausweisung nach Deutschland:

Brief von Joseph Selbiger³⁶ an den Staatsanwalt der UdSSR³⁷
[Wyschinski]
29.1.1941
An den Hauptstaatsanwalt der CCCP

von Selbiger, Joseph Benjaminowitsch
im Butyrskaja Gefängnis Zelle 106

Eingabe!

Bürger Staatsanwalt!

Ungeachtet dessen, daß Sie mir auf meine bisherigen Schreiben keine Antwort gaben, sehe ich mich gezwungen, wieder einmal zu schreiben. Wie Ihnen bekannt ist, sitze ich 35 (fünfunddreißig) Monate in »Untersuchungshaft«. Ich hielt es bisher für unnötig, Ihnen über meine persönliche Lage zu schreiben. Heute sehe ich mich gezwungen zu diesem Schritt. Die psychologische Verfassung eines Menschen in meiner Situation wird Ihnen aus der Literatur bekannt sein. Es genügt, wenn ich Ihnen sage, daß meine Nerven, die niemals besonders stark waren, vollkommen aus dem Leim gegangen und ich manchmal nicht weiß, wann der Wahnsinn anfängt. Meine physische Lage: Als ich verhaftet wurde, wog ich höchstens 55 Kilo. Heute höchstens 35. Ich sitze beinahe drei Jahre ohne Gelegenheit mir zusätzliche Verpflegung aus dem Larjok kaufen zu können. Schwarzes Brot kann ich nicht essen und bekomme deshalb am Tage 300 Gramm weißes. Von 5 verschiedenen Sorten Suppe bin ich gezwungen, 3 nicht zu essen und von 4 Sorten Kascha eine, ohne etwas anderes zu bekommen. Mein Körper ist deshalb im Zustande höchster Schwäche. Es ist mir unmöglich den Spaziergang auszunützen, die Beine sind schwer wie Blei. Ewiger Kopfschmerz, Herzschmerzen. Häufig wird es mir dunkel vor den Augen. Wie Sie sehen, befinde ich mich in einer äußerst schweren Lage.

Zu den physischen Qualen der Gefangenschaft gesellen sich die psychischen. Ich habe weder die Kraft noch Lust, noch lange eine derartige Quälerei, die ich selbst einem Vieh nicht wünsche, zu ertragen. Wenn nicht in kürzester Frist eine Änderung meiner Lage eintritt, mache ich selbst Schluß. Darauf gebe ich mein Ehrenwort! Sie wissen, welche Rolle das Ehrenwort bei einem Deutschen spielt und können sich selbst ausrechnen, daß ich Ihnen keine Phrasen schreibe. Zum Henker noch mal! Was fürchten Sie denn eigentlich? Das Tribunal tagt bei verschlossenen Türen und ein Todesurteil ist doch verdammt leicht zu fällen. Worauf warten Sie noch? Daß ich verrückt werde und Sie damit von jeder Verantwortung enthebe? Haben Sie keine Angst, sowieso kommt die Zeit, in welcher die deutschen Arbeiter an Sie die Frage richten werden: Was habt Ihr mit unseren Genossen gemacht? Und bis zum Wahnsinn lasse ich es nicht kommen. Glauben Sie nicht, daß es mir am Mute fehlt, Selbstmord zu verüben. Lieber³⁸ ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Ich wiederhole noch einmal: Entweder meine Lage ändert sich in kürzester Frist oder Fini! Ich fordere von den Behörden der UdSSR meine schnellste Ausweisung aus dem Gebiete der Union! Als deutscher Staatsbürger stelle ich in aller Schärfe die Forderung, mir die Gelegenheit zu geben, mit einem Vertreter der Deutschen Botschaft in Moskau zu sprechen! Es ist Ihnen bekannt, daß Sie nach internationalem Rechte diese Forderung erfüllen müssen. Weiter verlange ich, daß meine materielle Lage endlich der Lage

e) mit namhaften Mitgliedern der illegalen trotzkistischen Organisation MAGYAR E., LURJE, Alice ABRAMOWITSCH und ANNENKOWA persönlich verbunden war;

f) Verbindung zur illegalen trotzkistischen NEUMANN-REMMELE-Gruppe hergestellt hat, um einen Block für den gemeinsamen Kampf gegen die KPdSU(B) und die Komintern zu bilden.« Anklageschrift Süßkind (5.9.1937), AFSB, Nr.3937.

30 Vgl. z.B. die Untersuchung gegen Werner Hirsch, die ab Juli 1935 von einer Troika (Grete Wilde, Heinrich Meyer, Herbert Wehner) durchgeführt wurde. Nach diesen mehrmonatigen parteiamtlichen »Untersuchungen«, die zu einer »strengen Parteirüge« führen, wird Werner Hirsch am 4.11.1936 verhaftet. Vgl. dazu Reinhard Müller: Zenzi Mühsam und die stalinistische Inquisition, in: Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft, 1996, Heft 11, S.32-88.

31 Von Manuilski wird dieser generelle Spionagevorwurf gegen »Trotzkisten« und »Emigranten« auf dem KPdSU-Parteitag 1939 zusammengefaßt: »Die Trotzkisten sind überall als faschistische Provokateure in der Arbeiterbewegung tätig, als Spione und Zersetzungsagenten, gegen die UdSSR. Die bürgerlichen Spionagedienste nutzten ausgiebig die Trotzkisten und allerlei sonstigen faschistischen Unrat aus, um sie als angebliche Emigranten zur Spionagearbeit in die UdSSR zu schicken.« D. Manuilski: Bericht der Delegation der KPdSU (B) im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an den XVIII. Parteitag der

KPdSU (B), Moskau 1939, S. 37.

32 Georg Brückmann hatte als »Albert Müller« in mehreren Artikeln in der »Kommunistischen Internationale« unter dem Vorzeichen der »Wachsamkeit« diese Argumentation des »Gestapospitzels« entwickelt. Vgl. auch Josef Koch: Der Kampf gegen Spitzel und Provokation: Die Methoden der Politischen Polizei im faschistischen Staat, Moskau/Leningrad 1935.

33 Vgl. dazu Reinhard Müller: Permanenter Verdacht und »Zivilhinrichtung«. Die Genesis der »Säuberungen« in der KPD, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 243-264.

34 Diese »Zugehörigkeit zu Geheimdiensten« wurde sowohl in der »Untersuchungskommission« wie im NKWD aus der früheren Verhaftung oder aus der KZ-Haft konstruiert. Auch in der Anklageschrift gegen Dittbender wird dieser »Vorwurf« erhoben: »Dittbender wurde während der Haftzeit im Konzentrationslager durch einen ausländischen Geheimdienst angeworben und in das Territorium der Sowjetunion geschickt, um die trotzkistische und Spionagearbeit zugunsten eines der UdSSR feindlichen Staates zu organisieren.«

35 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. München 1986

36 Joseph Selbiger, geb. am 13. Mai 1910 in Duisburg, Jude, Schriftsetzer. Mitglied der SAJ seit 1924, der SPD seit 1928, seit März 1932 der KPD. Gewerkschafts- und KPD-

eines europäischen Gefangenen in einem zivilisierten Land gleichgestellt wird. Sie erheben Anspruch auf Zivilisation, bitte erfüllen Sie auch die Pflichten der Zivilisation. In der Erwartung eines schnellen Resultates meines Schreibens

Josef Selbiger
Moskau 29.1.1941

In einem Brief aus dem »Inneren Gefängnis« in der Lubjanka, den Georg Brückmann im November 1939 an Dimitroff richtete, werden nicht nur die Foltermethoden des NKWD deutlich, sondern der ehemalige Referent der Kaderabteilung rühmt sich nun als »Opfer« seiner vorbildlichen Kooperation mit dem NKWD. Zudem kann oder will sich der linientreue Georg Brückmann seine Verhaftung wiederum nur mit den offiziellen Feindbildern, nämlich durch die Tätigkeit von »antisowjetischen Elementen« im NKWD-Apparat erklären:

»Meine Arbeit in der Sowjetunion, in der Komintern zeigte, daß ich mich nicht nur stets für die Generallinie der Partei einsetzte, sondern ihr half, die sich in die Partei eingeschlichenen Elemente unschädlich zu machen. Die Mitarbeiter der Kaderabteilung, die mit meiner Arbeit vertraut sind, müssen bestätigen, daß das NKWD von keiner anderen Sektion so viele Materialien erhielt wie von der deutschen. Meine Verhaftung wurde durch antisowjetische Elemente im Apparat des NKWD organisiert. Durch die Ihnen wahrscheinlich bekannten Methoden, die eines proletarischen Staates unwürdig sind und dem Willen der Partei nicht entsprechen, wurden die Protokolle fabriziert, in denen geschrieben stand, daß ich Terrorist und Spion bin. Nach meiner Verhaftung wurde ich während der ganzen Nacht in Anwesenheit von vier Untersuchungsführern so verprügelt, daß ich sieben Male bewußtlos wurde. Letzten Endes habe ich das unterschrieben, woran ich in meinem Leben nie gedacht und was ich nie getan habe ...«

Wenn man nach dem »Sinn« oder der Rationalität der scheinbaren Willkür des stalinistischen Terrors fragt, dann intendiert die Verfolgungslogik des ubiquitären Verdachts mit ihrer Erzeugung von eskalierender Angst die absolute Zurichtung der atomisierten Individuen. Seine bedingungslose Treue zum Parteifetisch und Stalinmythos hatte dieser »Neue Mensch« sich und den »Instanzen« dadurch zu beweisen, daß er sich selbst und seine »Beziehungen« ständig überprüfte und in den öffentlichen Unterwerfungsritualen der panoptischen »Selbstkritik« überprüft wurde. Den Opfern, die aus dem nationalsozialistischen Deutschland in das sichere Vaterland ihrer ideologie- und utopiegesättigten Träume geflohen waren, erschien dabei die über sie hereinbrechende Realität des Terrors (Haft, Folter) wie die Irrealität der fiktiven Beschuldigungen und »Geständnisse« unbegreiflich, und allenfalls die eigene Verhaftung war als »Irrtum der Organe« gegenüber einem Unschuldigen erklärbar.

Die öffentliche Aufführung eines weiteren Schauprozesses mit den Hauptangeklagten Pjatnitzki, Kun und Knorin, für den das NKWD

noch weitere Komintern-Funktionäre und jugendliche »Täter« wie Gustav Sobottka jr. präparieren wollte, scheiterte jedoch wahrscheinlich an der Standhaftigkeit von Pjatnitzki, der sich weigerte, die ihm vorgeschriebenen »Geständnisse« zu unterzeichnen. Ebenso wie Abramow-Mirow, der bereits im Mai 1937 verhaftet worden war, konnte Bela Kun durch Folter zu ausführlichen »Geständnissen« gezwungen werden.

In dem 29 Seiten umfassenden »Geständnis« Kuns vom 31.12.1937, das ihm der auf Komintern-Funktionäre spezialisierte NKWD-Leutnant Osmolowski vorgegeben hatte, wird die fiktive Gesamtgeschichte³⁹ des Antikomintern-Blocks geliefert. Nach neun Monaten Haft und Folter machte Pjatnitzki am 14. 4.1938 – also nach Beendigung des dritten Schauprozesses – ein für die NKWD-Zwecke kaum verwertbares erstes »Geständnis«. Vom 14. April 1938 bis zum 27. Juli 1938 wurde daraufhin Pjatnitzki 73 Mal verhört. Auch während dieser schwersten Foltern – über die der Mitgefangene A.Tjemkin berichtete – weigerte sich Pjatnitzki, der vom NKWD auf höchste Weisung als Hauptangeklagter für einen evtl. Schauprozess gegen den »Antikomintern-Block in der Komintern« vorgesehen war, die »Geständnisse« zu unterzeichnen. Da die Hauptangeklagten für einen evtl. Schauprozess – entweder weil sie sich weigerten, »Geständnisse« zu unterschreiben, oder infolge der Foltern – nicht mehr präsentabel waren, wurden im Schnellverfahren Pjatnitzki, Bela Kun und Knorin angeklagt (28.7.1938) und nach der von Jeshow bei Stalin eingeholten Zustimmung erschossen. Die in Reserve gehaltenen »Mittäter« wurden nun vom NKWD – wie in anderen Fällen auch – in Einzelverfahren (z.B. Eberlein) und in Sammelverfahren wie in dem im folgenden dargestellten Fall Nr. 9871 weiter verhört und abgeurteilt.

So wurden am 31.8.1938 die einzelnen Untersuchungsfälle gegen elf KPD-Funktionäre und Mitglieder von der 2. Abteilung der Verwaltung für Staatssicherheit der Moskauer Gebietsverwaltung des NKWD zu einem Fall Nr. 9871 vereinigt und an die 3. Abteilung, die parallel ermittelte, übergeben. Nach der Verhaftung Jeshows und der vorübergehenden »Lockerung« des Terrors widerriefen mehrere der in der Strafsache Nr. 9871 Beschuldigten ihre erforderten »Geständnisse«. Während eines NKWD-Verhörs (28.12.1938) beschrieb der 1915 geborene Gustav Sobottka jr. Details der Verhörmethoden und der Folterpraxis, die zu seinen »Geständnissen« geführt hatten:

»Alle meine Aussagen sind erlogen und stellen ein Ergebnis der physischen und moralischen Einwirkung der Untersuchungsführer KUSINS und anderer dar, mit denen zusammen er arbeitete. Ich habe mich nie konterrevolutionär betätigt, wurde am 4. Februar in der Straße verhaftet und direkt zum Verhör gebracht, das mehr als 15 Stunden dauerte und nur darin bestand, daß mich verschiedene Untersuchungsführer schreiend zwangen, über mich zu schreiben, sie nannten mich »Faschist«, »Resident« und beschimpften mich unflätig. Als ich während des zweiten Verhörs konterrevolutionäre Tätigkeit verneinte, die ich nie betrieb, hat man begonnen, mich zu

Funktionär in Dudweiler/Saar. Mitglied des Aufbruch-Kreises, akute Lungentuberkulose, verläßt 1935 das Saargebiet, inhaftiert in Frankreich bis September 1935, über Paris Emigration in die UdSSR, hier Sanatoriums-Aufenthalt, dann als Invalide im Haus der Politemigranten, lebt von monatl. 50 Rubel Unterstützung bis zu seiner Verhaftung am 12.3.1938. Am 7.4.1941 zu fünf Jahren Arbeitslager durch Sonderberatung verurteilt. Verstarb wahrscheinlich im Moskauer Gefängnis oder im GULag.

37 Adressat und »Eingabe« in Russisch, vierseitige Handschrift mitTinte.

38 Hier gestrichen: nicht.

39 Er berichtete darin z.B. über die Bildung eines »deutsch-polnischen Blocks« durch J. Lenski und H. Neumann.

prügeln und forderte immer von mir, zu schreiben. Derartige Verhöre dauerten einige Tage. Während einer der Verhöre hat der Untersuchungsführer KUSIN einen Revolver an meine Brust mit der Forderung gesetzt, zu schreiben. Ein anderer Untersuchungsführer, der im Arbeitszimmer KUSINS arbeitete und rothaarig war (seinen Namen kenne ich nicht), hat auf meine Worte nach der Verprügelung geantwortet, daß ich über die konterrevolutionäre Tätigkeit nichts zu schreiben habe: »Du wirst dir doch etwas ausdenken«.

Diese Verhöre endeten damit, daß ich im Arbeitszimmer des Untersuchungsführers KUSIN in einem äußerst furchtbaren Zustand, verprügelt, zerquält mir das Leben zu nehmen versuchte. Ich habe mir die Vene der linken Hand mit einem Glassplitter des zerbrochenen Lampenschirms zerschnitten, als der Untersuchungsführer in ein anderes Zimmer gegangen war. Ich habe deshalb versucht, Selbstmord zu begehen, weil ich fühlte, daß ich die Methoden der physischen Einwirkung nicht mehr aushalten könnte und dadurch gezwungen würde, etwas Verbrecherisches auszudenken, die Untersuchung auf einen falschen Weg zu lenken und dadurch dem Feind helfen würde. Danach wurde ich in die Krankenzelle des Taganskaja Gefängnisses eingeliefert.

Am 9. März wurde ich wieder zum Verhör vorgeladen. Ich war in der Krankenzelle zur Schlußfolgerung gekommen, daß es notwendig sei, alles zu schreiben, was der Untersuchungsführer von mir verlangt. Es waren die Mitgefangenen mit gebrochenen Rippen und gebrochenem Rückgrat, die sich in der Krankenzelle befanden und mir dabei halfen, zu dieser Schlußfolgerung zu kommen.

Am 9. März habe ich sofort begonnen, entsprechend dem Fragebogen des Untersuchungsführers KUSIN zu schreiben und schrieb alle jene Aussagen, auf die sich das Protokoll vom 21. April stützt. Die von mir in der Krankenzelle gemachte Schlußfolgerung zwang mich dazu, bis jetzt eine falsche Haltung einzunehmen.

Jetzt will ich nur die Wahrheit aussagen und bitte, mich zur Verantwortlichkeit heranzuziehen, weil ich mich und andere verleumdet habe. Ich schrieb, von BEUTLING einen Auftrag bekommen zu haben, im August 1937 einen Terroranschlag gegen Gen. MOLOTOW zu verüben, als er nach dem Empfang der aus Amerika zurückgekehrten TSCHKALOWS, BAIDUKOWS und BELJAKOWS zurückkehren wird.

Ich habe weder diesen Auftrag noch den Revolver erhalten und konnte mich auf dem Triumphalnaja Platz nicht befinden, weil ich mich um diese Zeit im Urlaub im Kaukasus befand. Es läßt sich dadurch bestätigen, daß ich im August 1937 in verschiedenen Touristenheimen der Gesellschaft für proletarische Touristik und Exkursionen angemeldet wurde und mich in den Städten Naltschik, Such, Messias befand, auch andere Tatsachen in meinen Aussagen entsprechen nicht der Wirklichkeit.«

Am 25.1.1939 beschloß der NKWD Untersuchungsführer Treibmann, die Einzelverfahren gegen siebzehn Angeklagte in der Untersuchungssache Nr. 9871 zusammenzufassen. In der ersten Sammelanklageschrift vom 2.3.1939 wurden aber nur mehr dreizehn Angeklagte benannt. Franz Stamm war am 2.3.1939 zum

Tode verurteilt worden. Einige der siebzehn Häftlinge waren nach einem Brief Wilhelm Piecks (8.4.1939) an Manuilski⁴⁰ aus der Haft entlassen worden. Der Brief Piecks⁴¹, in dem er sich für die Freilassung von 16 Inhaftierten bei Manuilski bemühte, gelangte auch auf dem Instanzenwege an Berija und dann in die Akten des Falles Nr. 9871. Er wurde in Auszügen auf einzelne Häftlinge verteilt und mit Auskünften des NKWD und der Komintern ergänzt. Willy Kerff wurde am 21.4.1939 aus der Haft entlassen, Paul Schwenk am 13.1.1941. Heinz Altmann wurde wie Walter Dittbender am 2.3.1939 zum Tode verurteilt. Valentin Hahne, der auf Piecks Liste fehlte, wurde 1940 aus der UdSSR ausgewiesen.

Nach der Haftentlassung von Bernhard Koenen, Georg Kassler und Paul Schwenk, nach der Ausweisung von Valentin Hahne und Hans Bloch nach Deutschland und nach dem Tod von Gustav Sobottka jr. im Butyrka-Gefängnis wurde im Dezember 1940 gegen sieben Angeklagte im Fall Nr. 9871 eine letzte Anklageschrift verfaßt. Hier werden vom NKWD-Hauptmann Bresgin Fritz Schulte, Georg Brückmann, Hans Knodt, Walter Rosenke, Theodor Beutling, Max Strötzel und Joseph Selbiger angeklagt. Die Eingangsformel in dieser Anklageschrift wiederholt erneut, daß »1937-38 vom NKWD der UdSSR im Apparat der Komintern sowie in den führenden Apparaten ihrer Sektionen eine konterrevolutionäre Spionage- und Terrororganisation der Rechten und Troztkisten aufgedeckt« wurde:

Die vom NKWD verhafteten »Leiter KNORIN, KUN, MAGYAR, ABRAMOW-MIROW, KRAJEWSKI u.a. haben ausgesagt, daß sich das von ihnen geleitete kominternfeindliche Zentrum der Rechten und Troztkisten in seiner feindlichen Arbeit auf ein verzweigtes Netz ausländischer und innerer sowjetfeindlicher Formationen stützte. Sie haben u.a. ausgesagt, daß eine solche Formation in der deutschen Kominternsektion und unter den deutschen Politemigranten existierte.«

In einer Sonderberatung einer NKWD-Troika wurden am 21.4.1941 sechs Angeklagte: Fritz Schulte, Georg Brückmann, Hans Knodt, Walter Rosenke, Theodor Beutling und Max Strötzel zu acht und Joseph Selbiger zu fünf Jahren Haft im GULag verurteilt. Als einziger überlebte Walter Rosenke den GULag. Er konnte erst 1956 in die DDR ausreisen.

40 Vgl. dazu Heinz Voßke: Briefe Wilhelm Piecks an Georgi Dimitroff und D.S. Manuilski aus den Jahren 1937 bis 1942, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 31. Jg., 1989, H. 4, S.492-493.

41 Pieck hatte sich für Gustav Sobottka jr. bei Manuilski für die Freilassung eingesetzt. Der Brief gelangte am 29. Mai 1940 zu den Akten im Fall Nr. 9871. Am 22.9.1940 verstarb Sobottka in der Haft.

ALEXANDER WATLIN

Die Technologie stalinistischen Terrors. Neue Aspekte

Alexander Watlin – Jg.
1953, Historiker, Moskau.

Der Jahrestag der »großen Säuberung« 1937 bis 1938 rief in der russischen Presse ein unerwartetes Echo hervor, denn viele Fachhistoriker waren der Meinung, daß dieses Thema für immer seine an die Perestrojka gebundene Konjunktur verloren hat. Die Regierung Rußlands faßte den Beschluß, der von A. N. Jakowlew geleiteten Stiftung »Demokratie« eine solide Summe für die Veröffentlichung von Archivdokumenten zur Verfügung zu stellen, die die Verbrechen des Bolschewismus dokumentieren. Man kann nur hoffen, daß die bevorstehende Sequestration die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht gefährdet. Abgesehen vom offensichtlichen politischen Hintergrund kann diese Hinwendung zu unserer nicht-überwundenen Vergangenheit ein wichtiger Bestandteil der Herausbildung der Zivilgesellschaft in unserem Land werden.

1 A. Verda: Strana pogolovnoj smertnosti. In: Nezasvisimaja gazeta, 30. 5. 1997.

2 Siehe den Bericht von A. Mil'cakov in: Vecernjaja Moskva, 9. August 1993.

3 Zakon Rossijskoj Sovetskij Federativnoj Socialističeskoj Respubliki „O reabilitacii zertv političeskich repressij“. 18 oktjabrja 1991 g. in: Sbornik akonodatel'nych i normativnych aktov o repressijach i reabilitacii zertv političeskich repressij. Moskau, 1993, S. 194-204.

4 Siehe A. Antonov-Ovseenko: Vragi naroda, Moskau 1996, S. 16.

5 Aleksandr Kokurin, Nikolai. Petrov: Ot Jagody do Berii. NKVD: struktura, funkcii, kadry (1934-1938), in: Pravda-5, Nr. 17, 5.-16. Mai 1997, S. 10-11; Nr. 18, 16.-23. Mai 1997, S. 10.

Die Tatsache, daß der Zeitraum, der uns vom stalinistischen Terror trennt, größer ist als die durchschnittliche Lebenserwartung der Russen¹, gestattet uns, die Aufmerksamkeit auf einen nicht unwesentlichen Aspekt des Terrors zu lenken, der bisher nicht aufgearbeitet worden ist. Die Akteure der »großen Säuberung« aus den Organen des NKWD, die nach Jeshows Absetzung und Ersetzung durch Berija auf ihrem Kampfposten verblieben, gingen mit allen Ehren und Privilegien in Rente. Die Zeit forderte ihren Tribut, bis auf wenige Ausnahmen² sind alle verstorben.

Die Art und Weise des Abschieds vom kommunistischen System in Rußland trug nicht zu einer, wenn auch verspäteten, historischen und juristischen Bewertung ihrer Handlungen bei. Auf das Fehlen von Forschungsarbeiten über die Subjekte des Terrors (also die Täterforschung) in unserem Land haben Historiker aus dem Westen hingewiesen. 1991 änderte sich die Situation von Grund auf. Das von Jelzin zwei Monate nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 unterschriebene Gesetz »Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressalien«³ sah vor, daß Angaben zu Personen, denen Falsifizierung von Strafsachen, Anwendung ungesetzlicher Mittel im Verlauf der Untersuchung und Verstöße gegen geltendes Recht nachgewiesen werden, in der Presse zu veröffentlichen sind. Die seitdem vergangenen Jahre zeigen, daß der Artikel ein frommer Wunsch geblieben ist.⁴

Die vor kurzem veröffentlichten Materialien⁵ über die Struktur, die Funktion und die Mitarbeiter des NKWD in den Jahren 1934 bis 1938 sind ihrer Bedeutung nach kaum zu unterschätzen, aber sie widerspiegeln keineswegs die Tätigkeit dieser Kader auf dem

Höhepunkt der Repressalien. In den publizierten Dokumenten ist von der Leitung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten die Rede, anhand dieses Materials ist es nur bedingt möglich, die vertikale Struktur des staatlichen Terrors, vom zentralen Apparat mit Sitz in der Lubjanka bis hin zu einer beliebigen Kreisdienststelle des NKWD vor Ort zu rekonstruieren.

Die wissenschaftliche Analyse der Technologie der Stalinschen Repressalien stütze sich bisher in der Regel auf die umfangreiche Memoirenliteratur und die wesentlich selteneren Archivmaterialien, darunter die Strafakten, die von den Opfern und ihren Angehörigen eingesehen werden können. Heute sind die Verfahren und Methoden, mit denen »Geständnisse« erpreßt wurden, der formale Charakter der Tätigkeit der »Troikas« und anderer nicht gerichtlicher Organe, die willkürliche und ohne Vorlage von Beweisen erfolgte Verurteilung kein Geheimnis mehr. Aber solche Fragen wie die nach der Zusammenarbeit der Organe des NKWD sowie der Situation in diesen Organen während der Massenrepressalien, der Führung der operativen Arbeit und der Auswahl der mit der Verhaftung betrauten Mitarbeiter, der Ausfertigung der Verhörprotokolle und der Urteile verweisen auf die verbleibenden »weißen Flecken«. Da diese im Archiv des FSB aufbewahrten Dokumente des NKWD nicht zugänglich sind, können die Historiker kein vollständiges Bild des stalinistischen Terrors zeichnen und müssen sich oft auf sekundäre Angaben und Quellen stützen.

Eine von der Moskauer Regierung ins Leben gerufene Gruppe zur Wahrung des Andenkens der Opfer politischer Repressalien, der der Verfasser angehört, bereitet die Veröffentlichung einer Reihe von »Erschießungslisten« vor.⁶ Es geht um die Ermittlung von Angaben über die in Butowo beerdigten Bürger, die zum höchsten Strafmaß verurteilt wurden. Nach vorläufigen Angaben sind in Butowo 22.000 Sowjetbürger aller Nationalität und Emigranten⁷ beigesetzt.

Unter den Dokumenten, die in den Untersuchungsakten enthalten sind, finden sich später eingefügte Aussagen von Mitarbeitern des NKWD, die an der Durchführung der »großen Säuberung« beteiligt waren. Auf diese Dokumente griff die Militärstaatsanwaltschaft bei der Rehabilitierung der Opfer Stalinscher Repressalien in den fünfziger Jahren zurück.

Bei den genannten Dokumenten handelt es sich nicht nur um die Aussagen jener Untersuchungsführer, die im Prozeß der Säuberung des Apparates des NKWD selbst zu Untersuchungsgefangenen wurden, sondern auch um Berichte und Aktennotizen derjenigen, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre niedergeschrieben wurden. Die noch nicht erfolgte Bearbeitung und Erschließung der Untersuchungsakten, die aus dem Archiv der Moskauer Verwaltung des NKWD dem Staatlichen Archiv der Russischen Föderation (GARF) übergeben worden sind, erklärt die fehlenden Verweise auf die jeweilige Quelle im vorliegenden Beitrag. Die bisher erfolgte Analyse der Täterzeugnisse gestattet einige Schlußfolgerungen. Sie können dazu beitragen, das Problem zu benennen, für endgültige Antworten ist es noch zu früh.

Die Aussagen der Untersuchungsführer aus dem NKWD werfen

6 Rasstrel'nye spiski. Vypusk 1, Donskoe kladbisce 1934-1940, Moskau 1993. Die Namen der erschossenen deutschen Emigranten in: Auf dem Donskoe-Friedhof beerdigt, in: Neues Deutschland, 2. November 1993, S. 14. Rasstrel'nye spiski. Vypusk 2, Vagan'kovskoe kladbisce 1926-1936. Moskau 1995. Siehe auch das vergleichbare Projekt in Petersburg: Leningradskij martirolog. T. 1, August bis September 1937. St. Petersburg 1995 und Leningradskij martirolog. T. 2, Oktober 1937, St. Petersburg 1996.

7 Die Toten von Butowo, in: Neues Deutschland 17. Juni 1993, S. 7 und 10. Mai 1994.

ein Schlaglicht auf die Technologie der Auswahl der Opfer. In der Publizistik und in der Geschichtswissenschaft mangelt es nicht an Erklärungen, angefangen von der auf Massenpsychose zurückgeführten Spionomanie und Flut von Denunziationen freiwilliger Helfer, die sich von ideellen oder materiellen Erwägungen leiten ließen, bis hin zur Verabsolutierung des blinden Willens und der These, das NKWD sei nur an der Erfüllung der vorgegebenen Verhaftungszahlen interessiert gewesen.

Zweifellos hat es auch 1937 und 1938 Risikogruppen in der sowjetischen Gesellschaft gegeben, gegen die sich der Hauptstoß der Stalinschen Repressalien richtete. Ihre Zusammensetzung entsprach der Struktur des NKWD, sowohl des zentralen Apparates als auch der Gebietsleitungen. Die personell größte Abteilung war die Dritte Verwaltung, die mit der operativen Arbeit auf dem Gebiet der Spionageabwehr beschäftigt war, ihr oblag die Beobachtung aller Ausländer in der UdSSR. Die Vierte, die politische Verwaltung, ging jedem Hinweis auf antisowjetische Tätigkeit nach, beobachtete solche Risikogruppen wie die »Ehemaligen«, die »Überläufer« und die Angehörigen anderer Nationalitäten. Für die Rüstungsindustrie, die Armee und das Transportwesen waren besondere Unterabteilungen des Volkskommissariats des Innern zuständig, was diesen Bereichen eine Art Nischenfunktion sicherte.

Wer in das Kreuzfeuer mehrerer Angreifer geriet, hatte kaum eine Überlebenschance. Es genügt, in diesem Zusammenhang an die erfundene Organisation und den gleichnamigen Prozeß gegen die »Hitlerjugend«⁸ zu erinnern, den die Siebente Abteilung der Vierten Verwaltung der Hauptverwaltung Staatssicherheit des NKWD des Moskauer Gebiets in Szene setzte. Dieser Teil des gewaltigen Apparates beschäftigte sich mit der Überwachung der Hochschuleinrichtungen in der Hauptstadt, und die ausländischen Studenten aus Ländern, in denen feindliche Regimes herrschten, gehörten zu den besonders gefährdeten Risikogruppen.

Viele Autoren neigen zu den in der Publizistik häufigen Übertreibungen wie z.B. der, daß die Menschen auf dem Höhepunkt des Terrors spurlos verschwanden, ohne Haftbefehl, ohne Untersuchung und ohne Urteilsverkündung. Die Analyse der Akten der in Butowo Erschossenen, die überwiegend »einfache Menschen« waren⁹, zeigt, daß die Untersuchungsführer den Papierkrieg – und sei es auf ein Minimum reduziert – zu jeder Zeit erledigten. Eine andere Sache ist, daß das Ergebnis ihrer Arbeit der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.

Das betrifft in erster Linie den Schriftverkehr innerhalb der Behörde, der für die Aufdeckung der Methoden der operativen Arbeit aufschlußreich ist. Es ist bekannt, daß für jeden Ausländer, der in die UdSSR kam, eine Akte angelegt wurde. Wenn in der Akte kompromittierende Angaben auftauchten, wurde der Vorgang, zunächst im Rahmen einer Untersuchung, die sich auf mehrere Personen erstreckte, bearbeitet. So wurde z.B. im Fall »Verbündete« die angeblich in der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin bestehende Agentur der Gestapo aufgedeckt. Während der Untersuchung wurden fast alle bis 1933 in der Handelsvertretung angestellten Deutschen, die sich als Emigranten in der UdSSR aufhielten, verhaftet.

8 Vorwurf: Mitglied einer Hitlerjugend, in: Neues Deutschland, 28. August 1995, S. 12.

9 Siehe Palaci Stalinskoj epochi, in: Mir novostej. 14. April 1997, S. 10-11.

Nachdem das Politbüro des ZK der KPdSU(B) Ende Juli 1937 Jeshows Vorschlag, Massenverhaftungen nach »Kontingenten«¹⁰ vorzunehmen, zustimmte, hörten die Agenturmeldungen auf, jene für die Auswahl der Opfer entscheidende Quelle zu sein. Es gibt nur einige wenige Beispiele, daß solche Fälle rückwirkend konstruiert wurden, um die Verhaftungen in dieser oder jener Organisation zu rechtfertigen. Nach Aussagen des im Jahre 1938 verhafteten Leiters der Siebenten Abteilung W. A. Smirnow, wurde der seit 1934 untersuchte Fall »Museum«, es ging um die polnischen Studenten der Arbeiterfakultät »W. I. Lenin«, völlig umgeschrieben. Nach dieser Überarbeitung waren alle Mitglieder der Untergrundorganisation »Bund der polnischen Patrioten«. Auch den Namen des Bundes hatte sich ein Untersuchungsführer ausgedacht.

Die dem Massenterror adäquate Form der Auswahl der Opfer bestand in der Arbeit mit Dokumenten, wobei nicht nur Materialien aus dem operativen Archiv des NKWD, sondern auch aus Kaderabteilungen in Betrieben und Einrichtungen, Adressverwaltungen und sogar Auskunftsbüros herangezogen wurden. Die Namenslisten der zu Verhaftenden wurden nach biographischen Angaben zusammengestellt. Von entscheidender Bedeutung waren Nationalität, Geburtsort, soziale Herkunft, Vorstrafen, Disziplinarverfahren oder im Ausland lebende Verwandte.

Der Leiter der für Spionageabwehr zuständigen Abteilung der Moskauer Verwaltung des NKWD G. P. Sorokin berichtete nach seiner Verhaftung, wohin diese Praxis führte. Viele Verhaftete, gab Sorokin zu Protokoll, wurden wegen ihrer Arbeit oder ihrem Wohnsitz in Charbin verhaftet. Unter den Verhafteten waren ganze Familien, unter denen, die geständig waren, von den Japanern angeworben worden zu sein, waren mehrere Frauen, die weder schreiben noch lesen konnten. Die Verhaftungen erfolgten unter Berücksichtigung der fremdländischen Herkunft. Die Angaben hierüber entnahm man den Kaderunterlagen aus Betrieben, sowjetischen und Parteiorganisationen.

Darüber, wie vor Ort die Vorgabe von Normen für die Verhaftung vor sich ging, berichtete der verhaftete Leiter der Kreisdienststelle Kunzewo der Moskauer NKWD-Verwaltung, A. W. Kusnezow: Während des Vorgehens gegen die »Kulaken und die nationalen Minderheiten angehörenden Konterrevolutionäre« bearbeitete die Kreisdienststelle annähernd eintausend Fälle, darunter solcher Personen, die aufgrund von erpreßten oder erfolgten Geständnissen verhaftet worden waren. Die im Kreis lebenden Nichtrussen hatte Kusnezow nach Listen verhaften lassen, die in den Betrieben und Einrichtungen des Kreises erstellt worden waren.

Die Verhafteten, die in einem Betrieb oder in ein und derselben Einrichtung arbeiteten, wurden von Kusnezow in »konterrevolutionären Gruppen« zusammengefaßt, ihnen wurden Verbrechen zur Last gelegt, die in Abhängigkeit vom Profil der jeweiligen Einrichtung bestimmt wurden. Wenn eine Gruppe von Verhafteten in einem Rüstungsbetrieb tätig gewesen war, so wurde sie als Spionage- oder Diversantengruppe angeklagt.¹¹

Die operativen Mitarbeiter erhielten genaue Planvorgaben. Deren Übererfüllung wurde honoriert, wer den Plan nicht erfüllte,

10 Siehe: O. V. Chlevnjuk: Politbüro. Mechanizmy politiceskoj vlasti v 30-e gody, Moskau 1996, S. 189-190.

11 Siehe Holger Dehl: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: UTOPIE kreativ, Januar 1997, Nr. 75, S. 48-63.

wurde der Sabotage angeklagt oder es wurde ihm mangelnde revolutionäre Wachsamkeit vorgeworfen. In diesem Vorort wurde eine Gruppe gebildet, der Personen angehörten, die überhaupt nichts mit der operativen Arbeit zu tun hatten. Ihre Aufgabe war, jeweils innerhalb von 5 Tagen 45 bis 50 Fälle aufzurollen, um den Planvorgaben gerecht zu werden. Dieser Gruppe gehörten der Leiter des Standesamtes von Kunzewo, der Chef der Städtischen Feuerwehr Shiwow und der Abschnittsbevollmächtigte an. Zur Abschrift der Verhörprotokolle und Anklageschriften wurden fast alle Schreibkräfte aus den regionalen Betrieben eingesetzt.

Unter diesen Bedingungen konnte von inhaltlicher Arbeit keine Rede sein. In der Zeit der »großen Säuberung« konnten sich ausländische Spione in der UdSSR sicher fühlen. Die Organe des NKWD hatten keine Zeit für analytische Arbeit und die Biographien der echten Spione waren ganz sicher lupenrein.

Bis auf den heutigen Tag konzentrieren sich die Forscher auf die Strukturen des Volkskommissariats des Innern in Moskau, aber die Masse der Repressionen erfolgte vor Ort in den Regionen. Ohne einen verzweigten Apparat, ein Netz von freiwilligen »Helfern«, Spitzeln und einer entsprechenden propagandistischen Vorbereitung hätte der Terror nicht zu einer solch einzigartigen Erscheinung in der Weltgeschichte werden können. Der totalitäre Charakter des Staates gestattete es, völlig unterschiedliche Organisationen vor einen Karren zu spannen, und sie dem obersten Willen des Führers unterzuordnen.

In der Memoirenliteratur taucht von Fall zu Fall die Behauptung auf, daß sich die Organe der Arbeiter- und Bauernmiliz nicht aktiv an den Repressalien beteiligt hatten.¹² In den Butowo-Akten gibt es etliche Haftbefehle, die von den Leitern der örtlichen Arbeiter- und Bauernmilizen unterschrieben waren, die Untersuchung, sofern es sich um Artikel 58 des Strafgesetzbuches handelte, führten die zuständigen Kriminalisten.

Aber auch andere Organe leisteten ihren Beitrag. Der Haftbefehl für den in Litauen geborenen Deutschen A. Schickedanz wurde von der Sonderabteilung der Moskauer proletarischen Schützendivision vorbereitet. Gegen Schickedanz sagte einer seiner Mitkämpfer aus, der Anfang der zwanziger Jahre aus Polen in die UdSSR gekommen war und 1927 einen Schnellkurs in dieser Division absolviert hatte. Schickedanz' Mitstreiter galt im NKWD-Jargon als »Überläufer« und »Nationalist«, diese Verhaftung zog eine Kette von erpreßten Geständnissen und neuen Opfern nach sich.

Unter den Bedingungen des völligen Fehlens von Tatsachen, die die Diversion, den Terror, Vergiftungen usw. bestätigten, wurde das Verhör zum Herzstück im Untersuchungsmechanismus. Die Geständnisse waren nicht nur Ergebnis von Folter, oft dachten sich die Untersuchungsführer die Beispiele selber aus, die NKWD-Mitarbeiter gaben oft zu Protokoll, daß sie die Verhörprotokolle vor den Verhören ausgearbeitet hatten. In einer Reihe von Kreisdienststellen wurden »fliegende Arbeitsberatungen« durchgeführt, um die während der täglichen Vernehmungen erhaltenen Geständnisse der Mitglieder einer »konterrevolutionären Organisation« aufeinander abzustimmen.

12 M. I. Srejder: NKVD iznutri. Zapiski cekista, Moskau 1994.

Ungeachtet des nicht abreienden Stroms der Verhafteten ging man im NKWD auch in den Jahren 1937 und 1938 nicht von der Praxis ab, die Untersuchungsgefangenen zu »freimütigen Geständnissen« zu bewegen. Sogar unter den drückenden und ungewohnten Bedingungen der Gefängnishaft weigerten sich viele Häftlinge, die Anschuldigungen zu unterschreiben. Darauf mußten sie vorbereitet werden. Oft wurde die Führung des ersten Verhörs, in dessen Verlauf nur Fragebogen ausgefllt wurden, Neulingen übertragen. Dabei wurden genau und detailliert unter Berücksichtigung der Herkunft, Nationalität und des ausgeübten Berufes die Angehörigen und die Bekannten des Häftlings erfaßt. Unter Rückgriff auf dieses Material war es den Untersuchungsführern möglich, Zusammenhänge herzustellen und diese als »konterrevolutionär« zu interpretieren.

Darauf folgte die Etappe des zunehmenden Druckes auf den Gefangenen, die von einigen Tagen bis zu einem Monat dauern konnte, das berüchtigte Fließband, Beleidigungen, Folter, Gegenüberstellungen mit bereits gebrochenen Bekannten, alles das sollte den Widerstandswillen des Gefangenen brechen. Eine aufschlußreiche Episode ereignete sich während einer Gegenüberstellung der deutschen Politemigranten W. Dittbender und W. Hahne am 16. November 1938. Hahne, der alle Anschuldigungen zurückwies, fragte Dittbender, warum er die Unwahrheit sage. Im Protokoll der Gegenüberstellung ist die Antwort Dittbenders festgehalten: Als ich keine Aussagen machte, fühlte ich mich sehr schlecht, jetzt, da ich begonnen habe, der Wahrheit entsprechende Aussagen zu machen, geht es mir besser, und ich fordere auch Hahne dazu auf.

Die NKWD-Mitarbeiter, die mit den Beschuldigten zu arbeiten hatten, waren für ihre Taten im Gefängnis verantwortlich. Aus vielen Dokumenten geht hervor, daß sich die neuen Untersuchungsführer oft weigerten, den Befehlen ihrer Chefs, massenhaft Anklagen zu fabrizieren, Glauben zu schenken. Sie wollten den entsprechenden, vom Chef des NKWD unterschriebenen Befehl sehen. Wenn ein Auenmitarbeiter erklärte, daß in dem ihm unterstehenden Bereich kein Spion mehr am Werke sei, forderte man vom ihm eine entsprechende schriftliche Erklärung. Jeder neu entlarvte Spion brachte den Mitarbeiter automatisch vor das Tribunal. Der Gerechtigkeit halber muß man sagen, daß 1937 kein NKWD-Offizier wegen Nachgiebigkeit und Unfähigkeit zur operativen Arbeit verurteilt worden ist. Man beschränkte sich darauf, Disziplinarstrafen zu verhängen oder die betreffenden aus den Organen zu entlassen.

Für die Erziehung im Apparat des NKWD war das persönliche Beispiel der Führung von außerordentlicher Bedeutung. Smirnow, von dem bereits die Rede war, erwähnt in seinen Aussagen die folgende Episode: Während eines Verhörs kam Jakobowitsch (1937 Stellvertretender Leiter der HV Staatssicherheit der Moskauer Verwaltung des NKWD – A. W.) herein. Jakobowitsch fragte den Beschuldigten: »Bist du ein Deutscher?« »Ja, ein Deutscher« lautete die Antwort. »Ein reinrassiger Deutscher?« lautete die nächste Frage. »Ja, ein reinrassiger.« Daraufhin schlug ihm Jakobowitsch ins Gesicht und fragte »und eine Organisation habt ihr auch ge-

habt?« Der Beschuldigte bejahte. Daraufhin sagte Jakobowitsch zu Smirnow: »Es muß sich um die Organisation ›Eisernes Kreuz‹ handeln, mit mindestens 50 Mitgliedern.

13 Siehe die Erinnerungen von P. I. Schabalkin in: Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte.

Die dritte Etappe der Untersuchung, von der diejenigen berichten, die die »große Säuberung« durchgemacht haben¹³, bestand in der Fundierung der Geständnisse. Das Zuckerbrot ersetzte von nun an die Peitsche, es gab zu essen und Schreiberlaubnis wurde erteilt. Sofern eine Gerichtsverhandlung vorgesehen war, wurde dem Häftling mitgeteilt, was ein Widerruf bedeutete: Repressalien gegen Familienmitglieder, Weitergabe des Falles an die Troika, was den sicheren Tod nach sich zog. Es ist nicht erwiesen, ob im NKWD eine Statistik über solche Weigerungen und Widerrufe geführt wurde, aber jeder einzelne dieser Fälle wurde wie ein unerledigter Fall behandelt.

14 A. Weissberg-Cybulski: Im Verhör. Ein Überlebender der stalinschen Säuberungen berichtet, Wien; Zürich 1993.

Inhaltlich gesehen, ließ die Formulierung der Strafsache der Phantasie genügend Raum. Eine Reihe von Fragen mußte vom Beschuldigten positiv beantwortet werden. Zu diesen entscheidenden Fragen gehörte »Wer hat Sie angeworben?«¹⁴ Die positive Antwort auf diese Frage führte die Beschuldigten gewissermaßen in die virtuelle Welt des NKWD ein. Die Anerkennung der daran gebundenen Ungereimtheiten signalisierte ihre Bereitschaft zur Kooperation.

Das nächste »Signal« war das gestandene Verbrechen. Da es in dieser Frage, ebenso wie im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage nach der Anwerbung, keinerlei Erfordernis gab, der Wirklichkeit zu entsprechen, waren der Phantasie der Untersuchungsführer keine Grenzen gesetzt. Eine typische Äußerung soll an dieser Stelle zitiert werden. Sie richtet sich eigentlich nicht gegen das Opfer, sondern gegen das System, das den ungesetzlichen staatlichen Terror hervorbrachte. Helmut Remmele, der Sohn eines führenden KPD-Funktionärs, der damals in Magnitogorsk als Schlosser arbeitete, wurde zum Tode verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, im Betrieb einen bakteriologischen Angriff auf die Belegschaft und die Bevölkerung der Region vorbereitet zu haben. Remmele hätte vorgehabt, den Fluß, die Trinkwasserleitungen und die Betriebsküche bakteriell zu verseuchen, um Typhus und andere Infektionskrankheiten zu verbreiten.

Zum Schluß sei ein letztes Problem aufgeworfen. War die Welle der Verhaftungen führender NKWD-Mitarbeiter von Mitte bis Ende 1938 Bestandteil der »großen Säuberung« oder eher ein Schlußakkord? Wohl eher das zweite. Jeshows Apparat erwies sich als unfähig, die von Stalin geplante Aktion in langfristige – darunter auch industriell-planmäßige – Bahnen zu lenken, die mit nazistischen Aktionen vergleichbar wären. Damals, Ende der dreißiger Jahre, wurde alles auf halbem Wege abgebrochen, niemand warf die Frage nach den wirklichen Ursachen der Repressalien oder der Rehabilitierung der Opfer auf. Die Säuberung des NKWD erwies sich als Teil des Kaderkarussells nach der Ernennung von Berija. Berija und sein Vorgänger dienten ein und demselben Herren. Anzeichen für ein Tauwetter sind in den Akten zu finden. Die bis auf den heutigen Tag zugänglichen Personalakten der »Stoßarbeiter« aus dem NKWD ermöglichen eine Annäherung an die in ihrer Schrecklichkeit einmalige Technologie des Stalinschen Terrors.

SORJA SEREBRJKOWA

Die Heldentat von Martemjan Nikititsch Rjutin

Martemjan Nikititsch Rjutin wurde am 13. Februar 1890 in einer Bauernfamilie in Sibirien geboren. 1903 kam der Junge nach Irkutsk und fand Arbeit in einer Fabrik. Hier mußte er zehn bis elf Stunden täglich arbeiten, fand aber Zeit, um sich weiterzubilden und die Aufnahmeprüfung an das Irkutsker Lehrerseminar abzugeben. Während der Revolution 1905 nahm Rjutin an Meetings und revolutionären Aktionen teil.

Nach Abschluß des Seminars arbeitete er als Lehrer, interessierte sich für marxistische Literatur, stand mit verbannten Bolschewiki in Verbindung und organisierte gemeinsam mit ihnen revolutionäre Zirkel.

Als Rjutin 1915 zum Wehrdienst einberufen wurde, setzte er die revolutionäre Agitation unter den Soldaten fort. Die Überzeugung von der Richtigkeit seiner Auffassungen, sein unbeugsamer Charakter kamen besonders in der Revolution 1917 zum Ausdruck. In Charbin wurde er in den Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten gewählt, stand dem Charbiner Komitee der SDAPR(B) vor und war Chefredakteur der Wochenzeitschrift der Partei »Borba« (»Der Kampf«).¹

Rjutin begrüßte die Oktoberrevolution von ganzem Herzen. Nach Rußland zurückgekehrt, befahligte er den Irkutsker Militärbezirk. Als sich im Sommer 1918 die Situation im Land zuspitzte, Irkutsk dem Ansturm der Interventen und Weißgardisten nicht mehr standhalten konnte, gingen die bolschewistischen Organisationen in die Illegalität. Rjutin übernahm die Leitung einer Partisanenabteilung im Hinterland des Feindes.

Nach Wiedererrichtung der Sowjetmacht wurde er als Vorsitzender des Irkutsker Gouvernementskomitees der Partei der Bolschewiki gewählt. 1921 nahm er als Delegierter am X. Parteitag der KPR(B) teil und stürmte zusammen mit anderen Delegierten das meuternde Kronstadt.²

Bis zu seiner Delegierung nach Dagestan, wo Rjutin 1923 als Sekretär der Gebietsleitung der KPR(B) und Chefredakteur der Zeitung »Sovetskij jug« (»Der Sowjetische Süden«) tätig war, arbeitete er in Sibirien. In Dagestan lernte er Sergej Mironowitsch Kirow, den Sekretär des Aserbajdshanischen Zentralkomitees kennen. Rjutins Tochter erinnert sich, daß Kirow und Rjutin miteinander befreundet waren.³

Ende 1923 wurde Rjutin nach Moskau gerufen, wo er die Leitung der Abteilung Agitation und Propaganda des Moskauer Partei-

Sorja L. Serebrjakowa – Jg. 1923, Dr. habil., Historikerin, Spezialgebiet sowjetische Geschichte.

Tochter von L.P. Serebrjakow, enger Mitkämpfer von Lenin und 1937 hingerichtet.

Sorja Serebrjakowa wurde nach der Verhaftung des Vaters mehrmals selbst verhaftet und anschließend nach Semipalatinsk in Kasachstan verbannt.

Von 1947-49 durfte sie in Moskau studieren.

1955 Rückkehr aus der Verbannung nach Moskau, 1956 wurde Sorja Serebrjakowa rehabilitiert.

Sie arbeitete bis 1992 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, von 1992-94 in der Gorbatschow-Stiftung.

1 Boris Starkov: Tjashkij put' prozrenija. (Der mühsame Weg der Erkenntnis) In: Martemjan Rjutin: Na koleni ne vstanu. Zsgst. von B. Starkow, Moskau 1992, S. 6.

2 L. Sapovalova: Rjutin, Martemjan Nikitic, in: Politiceskie partii v Rossii. Konec XIX-pervaja tret' XX veka. Enciklopedija, Moskau 1966, S. 538.

3 Information der Tochter Ljubow Rjutina (geb. 1911) an die Autorin, 16. März 1997. Ljubow Rjutina hat als einzige der Familie Stalins Terror überlebt.

komitees übernahm. Damals vertrat Rjutin die Position der Gruppe um Stalin, sah die Hauptgefahr für die Partei in der Spaltung ihrer Reihen. 1927 trat er energisch gegen die Opposition auf. Die tragische Ironie der Geschichte wollte es, daß gerade dieses Jahr, der zehnte Jahrestag der Oktoberrevolution, der Anfang der Repressalien, der Verhaftung und der Verbannung vieler Kampfgefährten Wladimir Iljitsch Lenins wurde. Leo Trotzki beschrieb im Buch »Porträts der Revolutionäre« Rjutin als einen der führenden Funktionäre der Partei im Kampf gegen die linke Opposition in der Hauptstadt.⁴

Dieses Auftreten zog den Aufstieg in der Moskauer Parteiorganisation nach sich. Rjutin gehörte von nun an zum Führungszirkel. Doch Rjutin ging es nicht um seine Karriere. Als er verstand, was eigentlich vor sich ging, revidierte er seine Auffassungen.

Er fuhr fort, Trotzki's Plattform, vor allem dessen Auffassungen über die Wirtschaftsentwicklung, zu kritisieren, gab aber zu, daß Trotzki und die Trotzkisten die Situation in der Partei richtig einschätzten und Stalin zu Recht kritisierten. Trotzki hatte früher als andere jene Entwicklungsprozesse in der Partei erkannt, die bereits 1923 begonnen hatten, schrieb er.⁵

1928 ließ Stalin die Maske fallen. Er änderte jäh den Kurs der Wirtschafts- und Innenpolitik, schaffte die Neue Ökonomische Politik ab und führte die außerordentlichen Maßnahmen ein, trat gegen seine ehemaligen Verbündeten um N. I. Bucharin auf, die von nun an als Rechte bezeichnet wurden. Dabei versucht er erneut, sich auf die Moskauer Parteiorganisation zu stützen. Nach der Begegnung mit Stalin, erinnert sich Rjutins Tochter Ljubow Martenjanowna, kam er nach Hause und sagte: »Wo kommt er nur her? Wahrlich, dieser Koch wird scharfe Speisen zubereiten.«⁶

Am 8. Oktober 1928 wurde im Orgbüro des Zentralkomitees »die versöhnlerische Haltung gegenüber den Abweichenden« in der Kreisleitung Krasnaja Presnja, die damals von Rjutin geleitet wurde, diskutiert. Zwischen Stalin und Rjutin kam es zu einem Wortwechsel, den der Generalsekretär mit der Feststellung beendete: »Es fällt mir sehr schwer, zu glauben, daß Ihr politischer Fehler nur ein Zufall war.«⁷

Einige Tage später wurde Rjutin abgesetzt. Die Begründung lautete, er lege gegenüber den Rechten eine versöhnlerische Haltung an den Tag.

1929 wurde Rjutin zum Stellvertretenden Chefredakteur der »Krasnaja Swesda« (»Roter Stern«) ernannt und als Beauftragter des Zentralkomitees für Kollektivierung nach Sibirien kommandiert.⁸

Nach Moskau zurückgekehrt, schrieb Rjutin einen ausführlichen Brief an das Politbüro. Darin schilderte er seine Eindrücke, beschrieb die Zerstörung der Landwirtschaft, schilderte die Situation in den an den Rand des Bürgerkrieges gedrückten Dörfern. Die unverhüllte und drastische Schilderung der Tatsachen rief einen Wutausbruch des Generalsekretärs hervor.

Nachdem die Drohungen gegenüber Rjutin nichts bewirkt hatten, wollte Stalin nun die Methode des »Zuckerbrotes« in Anwendung bringen und lud Rjutin nach Sotschi ein. Als sie während der Spaziergänge am Strand diskutierten, sah Rjutin keinen Grund, zu

4 Trockij, L.: Stalincy prini-majut mery (Die Stalinisten ergreifen Maßnahmen) [Prinkipo, 19. Oktober 1932], in: Trockij, L. D.: Portrety revoljucionerov. Herausgegeben von Ju. Fel'stinskij, m. e. Vorw. von M. Kun, Moskau 1991, S. 209.

5 V. Vinogradov, I. Kurilov, Ju. Sigacev: M. N. Rjutin. K politiceskomu portretu. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 3, S. 154.

6 Boris Starkov, a.a.O., S. 15.

7 Anlaß für die Beratung war ein von Rjutin vor dem Parteiaktiv gehaltenes Referat. Stalin nahm an der Sitzung des Orgbüros teil. Im Artikel wird das Fragment aus dem Stenogramm, das den Wortwechsel zwischen Stalin und Rjutin enthält, wiedergegeben. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 3, S. 154.

8 Ivan Anfert'ev: Rjutin protiv Stalina. (Rjutin gegen Stalin) In: Vozvrascennye imena. Sbornik publicisticeskich statej v 2-ch knigach. Kniga II, Moskau 1989, S. 179.

heucheln. Stalin konnte ihm die Offenheit und den Mut nicht verzeihen. Rjutins Zukunft war damit vorherbestimmt.

Im September 1930 denunzierte A. S. Nemow Rjutin, der daraufhin »wegen Propagierung rechtsopportunistischer Auffassungen« aus der KPdSU(B) ausgeschlossen wurde.⁹ Stalin war mit dieser Entscheidung nicht zufrieden. Am 13. September 1930 schrieb Stalin an Molotow, daß man sich nicht mit einem Parteiausschluß zufrieden geben dürfe. Man sollte ihn weit weg von Moskau verbannen. Diesen konterrevolutionären Abschaum müsse man endgültig entwapfen, unterstrich Stalin.¹⁰

Stalins Weisung löste eine neue Welle von Verfolgungen aus. Im November 1930 wurde Rjutin verhaftet. Aber schon im Januar 1931 entschied das Kollegium der OGPU, Rjutin aus Mangel an Beweisen freizulassen.¹¹

Diese schweren Prüfungen haben Rjutin im Glauben an die Richtigkeit seiner Auffassungen bestärkt. Die Zwangskollektivierung, das maßlose Tempo der Industrialisierung, die politische Linie und die Methoden der totalitären Führung riefen Unzufriedenheit unter Parteilosen und unter Kommunisten hervor. Ungeachtet der drohenden Repressalien haben viele von ihnen nicht geschwiegen.

Am 21. August 1932 fand im in der Nähe von Moskau gelegenen Dorf Golowino eine Versammlung statt, auf der die von Rjutin verfaßte Plattform »Stalin und die Krise der proletarischen Diktatur«¹² diskutiert und angenommen wurde. Die Teilnehmer der Beratung beschlossen, ihre Organisation »Bund der Marxisten-Leninisten« zu nennen. Außerdem wurde ein Manifest »An alle Mitglieder der KPdSU(B)« angenommen.¹³ Darin wurde die schwierige Situation im Staat skizziert: »Dem Staat ist der Maulkorb angelegt worden, überall herrscht Unrecht, Willkür und Gewalt, jeder Arbeiter und Bauer ist bedroht. Die revolutionäre Gerechtigkeit wird mit Füßen getreten!«¹⁴ Ferner war von der Notwendigkeit der Demokratisierung in Partei und Staat, von der Wiederherstellung der Leninschen Normen und Prinzipien in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Sowjetunion die Rede.

Die Formulierungen in der »Plattform der Marxisten-Leninisten« sprechen für sich. Hier zwei Beispiele: »Die Krise der Sowjetmacht im engeren Sinne des Wortes kommt in erster Linie in der Krise der sowjetischen Demokratie zum Ausdruck. Die Sowjetdemokratie ist durch die persönliche Diktatur Stalins verdrängt und ersetzt worden.« »Der ärgste Feind der Partei und der proletarischen Diktatur, der ärgste Konterrevolutionär und Provokateur könnte die Zerstörung der Partei und des sozialistischen Aufbaus nicht besser erfüllen, als es Stalin schon tut.« Es gibt auch paradoxe Formulierungen, die jedoch das Wesen der Sache zum Ausdruck bringen: »Die innere Konterrevolution und die internationale Bourgeoisie finden in Stalin, seiner objektiven Rolle nach, ihren besten Verbündeten.«

Die Dokumente des Bundes wurden unter den Hochschullehrern am Institut der Roten Professur verbreitet. A. N. Slepchow, D. P. Marezki, Ja. E. Sten, P. G. Petrowski und die einstigen Führer der Opposition G. E. Sinowjew und L. B. Kamenew sowie Mitarbeiter der Komintern haben die »Plattform« und das »Manifest« gelesen.

9 V. Vinogradov, I. Kurilov, Ju. Sigacev: M. N. Rjutin, a.a.O., S. 157.

10 Briefe J. W. Stalins an W. M. Molotow.

11 O dele tak nazywaemo-go »Sojuza Marksistov-Lenincev«. (Über die Strafsache des sogenannten »Bundes der Marxisten-Leninisten«) In: Izvestija CK KPSS, 1989, 6, S. 111.

12 Plattform »Sojuza marksistov-lenincev« (»Gruppen Rjutina«). Siehe Ende des Beitrages.

13 Im Wortlaut in: Martemjan Rjutin: Na koleni ne vstanu, a.a.O., S. 252-259. Deutsche Übersetzung in: Ketzer im Sozialismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 155-161.

14 Ebenda, S. 254.

Sie kamen der Aufforderung nach, mit der »Manifest« endete: »Lesen und weitergeben«.

Die OGPU erfuhr sehr schnell von der Existenz dieser Dokumente. Es begannen Verhaftungen, von denen nicht nur die Organisatoren des Bundes betroffen waren, sondern auch jene, die die Ausarbeitungen gelesen und deren Existenz nicht den »entsprechenden Organen« gemeldet hatten.¹⁵

Am 22. September 1932 wurde Rjutin verhaftet. Bereits während der ersten Verhöre gab er zu, seit Mai 1928 gegen die Diktatur Stalins zu kämpfen. Auch die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU(B) beschäftigte sich mit dem »Bund der Marxisten-Leninisten«, vierzehn Parteimitglieder wurden sofort ausgeschlossen, die Gruppe als »konterrevolutionär« bezeichnet und ihre Mitglieder als »weißgardistische Verbrecher« verleumdet. Die These von der »konterrevolutionären Verschwörung« wurde mit Nachdruck verbreitet.

Stalin drängte auf die Erschießung Rjutins. Aber seine Macht war noch nicht so allumfassend, daß es ihm möglich war, gegen ein von Lenin verkündetes Prinzip zu verstoßen, nämlich Kommunisten hinzurichten. Die Revolution war noch nicht soweit, ihre eigenen Kinder zu fressen. Nach Meinung von B. Nikolajewski weigerte sich 1932 sogar der Vorsitzende der OGPU, Jagoda, Kommunisten zu erschießen. Hätte er eingewilligt, wäre Rjutin hingerichtet und die Mitglieder des ZK vor vollendete Tatsachen gestellt worden. So aber war Stalin gezwungen, das Urteil gegen Rjutin im Politbüro zu diskutieren. Die Mitglieder des Politbüros, insbesondere S. M. Kirow, G. K. Ordshonikidse und W. W. Kujbyschew widersprachen Stalins Forderung.¹⁶

1932 wurde Rjutin zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er saß in den Sondergefängnissen für politische Gefangene in Werchnje-Uralsk und in Susdal. Noch im Gefängnis setzte er seinen Kampf für die Ideale des Leninismus fort. Er bildete sich weiter und stand im Briefwechsel mit seiner Frau Jewdokija und den Kindern.¹⁷ Nach dem Attentat auf Kirow ging Stalin dazu über, die »Alten Bolschewiki«, die Leninsche Garde, physisch zu vernichten. Von nun an wandte er den Terror gegen seine Mitbürger an.

Im Oktober 1936 wurde Jagoda durch Jeshow abgelöst, Rjutin nach Moskau überführt. Sein Schicksal war vorherbestimmt. Am 4. Oktober schrieb Rjutin im Inneren Gefängnis des NKWD einen Brief an das Präsidium des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, in dem er darauf hinwies, in der Zeit der fünfjährigen Haft keine Verbrechen begangen zu haben. Die neuen Beschuldigungen wies er als erfunden und von dem Wunsch nach blutiger Abrechnung geleitet zurück.¹⁸ Jeshow leitete den Brief sofort an Stalin weiter. Eine Antwort erfolgte nicht.

Am 10. Januar 1937 wurde Rjutin verurteilt. Das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR berief sich auf das am 1. Dezember 1934 angenommene Gesetz, Rjutin wurde zur Todesstrafe verurteilt und am selben Tag erschossen. Das genügte Stalin nicht. Bald darauf wurden auch Rjutins Söhne Wassili und Wissarion erschossen.¹⁹

Es schien, daß Rjutins Name aus der Geschichte der Sowjetunion

15 O dele tak nazyvaemogo »Sojuza Marksistov-Lenincev«, a.a.O., S. 107. Am 14. September 1932 informierten die Parteimitglieder N. K. Kuzmin und N. A. Storozenko (beide wurden 1937 erschossen) das ZK, von N. K. Kuzmin das Manifest erhalten zu haben. Am 15. September erfolgten die ersten Verhaftungen, am 27. September 1932 beschloß das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission, 14 Mitglieder des Bundes aus der KPdSU(B) auszuschließen. Am 11. Oktober erschien in der Prawda eine Mitteilung über das Vorgehen der OGPU gegen die entlarvte konterrevolutionäre Gruppe.

16 Oni ne molcali. (Sie haben nicht geschwiegen.), Moskau 1991, S. 170.

17 Eine Auswahl der Gefängnisbriefe ist in den Band »Na koleni ne vstanu« aufgenommen.

18 Der Brief ist unter der Überschrift »Ich werde nicht um Gnade bitten« in den Band »Na koleni ne vstanu« aufgenommen worden.

19 Wassili (1910-1939), Wissarion (1913-1937).

getilgt worden war. Selbst während des Tauwetters wurde das Verfahren nicht überprüft. Erst 1988, in der Amtszeit von M. S. Gorbatschow wurde Rjutin rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Seitdem sind viele Bücher und Artikel über ihn erschienen.²⁰ Sie sind eine Ehrenbezeugung gegenüber diesem hervorragenden Menschen, der furchtlos gegen die Stalinschtschina kämpfte und für die Ideale der Oktoberrevolution, des Leninismus und des wahren Sozialismus eintrat.

ÜBERSETZUNG UND BEARBEITUNG WLADISLAW HEDELER

WLADISLAW HEDELER

Das Beispiel Rjutin und die Polemik der Revisionisten gegen das Totalitarismusmodell. Anmerkungen zu einer Debatte

»Die konstitutive Rolle der Gewalt im Stalinismus hat jüngst wieder dazu geführt, diesen als »terroristische Diktatur« zu bezeichnen«, konstatiert Johannes Baur im Artikel über den »Großen Terror« und die »Säuberungen« im Stalinismus.²¹ Ohne persönliche Motive von Stalins Kampf um die Macht, referiert Baur die Argumentation Georg von Rauchs, ist das Gesamtphänomen des Terrors nicht zu erklären. Gegen eine vereinfachende Interpretation der Ursachen, Motivation und Auslösung des Terrors im Rahmen der Totalitarismustheorie regte sich schon früh Widerstand. Baur skizziert die in den letzten zehn Jahren vorgebrachten theoretischen, inhaltlichen und quellentechnisch-formalen Einwände jener Autoren, die in der wissenschaftlichen Literatur als Revisionisten bezeichnet werden. »Gegen die Betrachtung der »Revolution von oben« wird die Sicht sozialer Mobilität »von unten« gesetzt«, lautet ein Argument.²²

Der »Revisionist« Gabor T. Rittersporn gehört zu den vehementesten Kritikern am totalitaristischen Konzept von Robert Conquest. »Er sieht die Ursache des Terrors in Konflikten innerhalb der Parteibürokratie und der Parteiführung um die Frage, wie in der von scharfen sozialen Spannungen geprägten Sowjetgesellschaft der dreißiger Jahre die Dominanz des Parteistaates, d.h. des politischen Systems der Sowjetunion, garantiert bzw. ausgebaut werden konnte. ... Für Rittersporn befand sich die Sowjetunion nach Industrialisierung und Kollektivierung in einer tiefen Krise, de facto war das Riesengebilde durch die Konzentration politischer und wirtschaftlicher Befugnisse in der Hand der Krake Parteistaat unregierbar und wirtschaftlich erfolglos. In dieser Situation, so Rittersporn, entstanden in der Parteibürokratie zwei Richtungen, die sich schließlich erbittert bekämpften. Die eine Tendenz forderte eine Stärkung des Parteiapparates durch die Schaffung einer regulär funktionierenden Administration im gesamten Land. Widerstände gegen dieses zentralistische Modell sollten durch populistische Maßnahmen und massive Eingriffe von außen gebrochen werden. Die zweite Strömung erstrebte das gleiche Ziel – die Stärkung des Parteistaates – nicht durch politische Einmischung

20 Zu den Veröffentlichungen in deutscher Sprache gehört der Beitrag von Annette Vogt »Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber die Tragik des Martemjan Rjutin«, in: *Ketzer im Sozialismus*. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 140-154.

21 Johannes Baur: »Großer Terror« und »Säuberungen« im Stalinismus. Eine Forschungsübersicht, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1997, 4, S. 331-348.

22 Ebenda, S. 333.

23 Ebenda, S. 335.

24 Günter Reimann: Berlin-Moskau 1932, Hamburg 1993, S. 7. Siehe auch G. Reimanns Antwort auf die Frage von Claus Baumgart »Du erregst mit Deiner These von einem ›Prager Frühling‹ im Moskau des Jahres 1932 bei Historikern Widerspruch und Ablehnung. Gab es damals wirklich die Möglichkeit, Stalin und seine Gefolgsleute aus den Führungspositionen zu verdrängen? ... Die objektiven Umstände zwingen zur Einsicht, daß dies eine Führungskrise war. ... Ich habe diese Krise und deren stalinistische Überwindung ja selbst während zweier Aufenthalte in Moskau und während einer Rundreise 1932 erlebt.« In: Klaus Kinner; Manfred Neuhaus (Hrsg.) Günter Reimann: Zwischenbilanz. Ein Zeuge des Jahrhunderts gibt zu Protokoll, Frankfurt (Oder) 1994, S. 23.

25 Ein Teil dieser im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (Moskau) aufbewahrten Dokumente sind dem Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte übergeben worden.

26 Wladislaw Hedeler: Nikolai Bucharin: »Eine neue Opposition werden sie nicht erhalten!«, in: Ketzer im Sozialismus. Herausgegeben von Theodor Bergmann und Mario Kessler, Mainz 1993, S. 121-139.

und Terror von außen, sondern durch politische Erziehung und Führung. ... Im Februar/März 1937 setzten sich die Gegner des bisherigen Wirtschafts- und Politikmanagements durch und eröffneten einen ›Blitzkrieg‹ gegen Nepotismus und Mißstände in der Verwaltung über die Mobilisierung der Parteibasis, die zu Denunziation und Bekämpfung der Volksfeinde aufgerufen wurde.«²³

Für Rittersporn ist der Terror nachgeordnet, er legt den Schwerpunkt auf die Opposition weiter Gesellschaftsschichten, auf die Situation des virtuellen Bürgerkrieges. Stalin habe nur hysterisch auf die immer stärker werdende Bedrohung reagiert, bemerken einige den Revisionisten zuzuordnende Autoren, der Generalsekretär stand 1932 gewissermaßen mit dem Rücken an der Wand, spitzte Günter Reimann diese These in seinen Erinnerungen zu, in denen er vom »Prager Frühling« im Moskau des Jahres 1932 schrieb. »Das Jahr 1932, nicht das Jahr 1928, war das Entscheidungsjahr der verlorenen Alternative zum Stalinismus... Bucharin hatte die sich im ›Prager Frühling‹ von 1932 bietende Alternative nicht angenommen, weil er nicht wußte, daß erst dadurch die Bahn frei wurde für Stalins Machtkonsolidierung. Damit war das Schicksal der russischen Revolution besiegelt.«²⁴

Das Beispiel Rjutin, die Strafsache »Bund der Marxisten-Leninisten« eignet sich sehr gut, die hier skizzierten Argumente der streitenden Parteien auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Rjutin hatte Stalins auf Ausschaltung der Trotzlisten aus dem politischen Leben des Landes zielende Politik jahrelang mitgetragen. Die Parteiführung war über die Korrespondenz zwischen den verbannten Oppositionellen bestens informiert. Die Politbüromitglieder erhielten regelmäßig von der GPU die für ihren Tätigkeits- und Funktionsbereich relevanten Ausarbeitungen der verbannten Trotzlisten. Nicht nur Stalin, auch Bucharin und Ordshonikidse, Kaganowitsch und Molotow, alle waren bestens über die von den verbannten Trotzlisten vorgelegten Projekte und ausgearbeiteten Alternativprogramme informiert.²⁵ Die Rechten wußten aber auch, daß in Anbetracht der Veränderungen in der Kommunistischen Partei die Mitglieder Angriffe auf den Generalsekretär nicht tolerieren würden. Trotzkis Einschätzung über die Zahl der stalintreuen Funktionäre zehn Jahre nach der Oktoberrevolution ist bekannt. Schon zum Zeitpunkt der Debatten über den ersten Fünfjahrplan traten die Rechten nicht als Opposition sondern »nur« als Abweichung hervor.²⁶

Bucharin hatte seine Schüler, die später wegen ihrer Kontakte zu Rjutin angeklagt und verurteilt wurden, immer vor dieser Parteinarbeit gewarnt. Als er von ihren Kontakten zu Rjutin erfuhr, distanzierte er sich sofort von ihnen. Eine Veränderung im Land war nur möglich, wenn man die Mehrheit im Politbüro hinter sich hatte. Andere Aktivitäten würden die Parteimitglieder nicht mittragen. Es gab außerhalb der Kommunistischen Partei keine lokale Gruppe oder Schicht und schon gar nicht einzelne Personen, die so einflußreich waren, daß sie eine Gefahr für die Führungsspitze bilden konnten. Die Entwicklung nach 1928 hatte das mit aller Deutlichkeit gezeigt.

In den Schauprozessen, die auf den Schachtyprozeß folgten,

wurden alle potentiellen Widersacher diszipliniert: Partei- und Staatsfunktionäre der mittleren Ebene, Direktoren, Ingenieure, Mitglieder der Planungsbehörden, also alle jene, die mit der Umsetzung der sich ständig ändernden Generallinie vor Ort zu tun hatten. »Schöpfertum« und »Phantasie« dieser Kader waren einzig und allein auf die Durchsetzung der jeweiligen von oben vorgegebenen Lösung ausgerichtet. Darüber hinaus gehende Initiativen sah das stalinistische System nicht vor. Gerade weil die sowjetische Gesellschaft in den dreißiger Jahren kein monolithischer Block war, stellt sich die Frage nach potentiellen Führungskadern, die die Interessen der jeweiligen Gruppen zum Ausdruck bringen und durchsetzen konnten. Wenn es sie gab, hatten sie in der Regel keinen Kontakt zu den Oppositionellen bzw. zu den Abweichlern innerhalb der Partei. Welcher Handlungsspielraum blieb ihnen und wo waren die Freiräume außerhalb der Partei, in denen selbständiges konzeptionelles Denken überhaupt reifen konnte?

Stalin stand nicht mit dem Rücken zur Wand, er reagierte nicht hysterisch, sondern plante jeden Schritt sorgsam und mit Bedacht. Stalins Stärke bestand auch darin, daß er warten konnte. Das hatte er den Oppositionellen voraus, denn die KPdSU(B) – der Briefwechsel zwischen Stalin und Molotow spricht Bände – funktionierte nur von oben nach unten. Die Grundorganisationen waren nicht in der Lage, oder besser hatten es nicht gelernt, selbständig zu entscheiden. Die Lenkung der Getreidebeschaffungskampagne 1928 durch Stalin ist nur ein Beispiel. Daher die Forderung der Rechten nach Demokratisierung in der Partei, eine Forderung, die nichts mit der Aufweichung oder gar Abschaffung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei zu tun hatte. Eine Gleichbehandlung der Parteimitglieder und der Parteilosen gab es in der Sowjetunion nicht.

Rjutin hatte das selbstverständlich erkannt. Auch er sah nur die Möglichkeit einer Veränderung über den Apparat. Im Unterschied zu Bucharin, der an die Generation der künftigen führenden Parteifunktionäre appellierte, wandte sich Rjutin an alle Mitglieder. Er würde nicht »auf Knien bitten«, dieser Ausspruch Rjutins kann als indirekte Polemik gegen Bucharins »Meuterei auf den Knien« verstanden werden. Bucharin versuchte, über die Verfassung Freiräume zu schaffen und zu sichern, Rjutin setzte alles daran, die Partei von unten her neu aufzubauen. Zurück zu Lenin wollten beide, der eine mit, der andere gegen Stalin. Ihr Scheitern zeigt, daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr über organisatorisches und theoretisches Hinterland verfügten.

Platforma »Sojuza marksistov-lenincev« (»Gruppe Rjutina«)
Stalin i krizis proletarskoj diktatury. In: Izvestija CK KPSS, 1990, 8, S. 200-207; 1990, 9, S. 165-183; 1990, 10, S. 191-206; 1990, 11, S. 161-186; 1990, 12, S. 180-199.

Die Plattform weist folgende Gliederung auf:

1. Der »Zufall« und die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte.
2. Stalin als prinzipienloser Politikaster.
3. Stalin als Sophist.
4. Stalin als Führer und Theoretiker.
5. Der Leninismus und der Kampf gegen den Opportunismus.
6. Der Leninismus und die sozialistische Gesellschaft.
- [7.] Die Klassen und die Zuspitzung des Klassenkampfes.
7. Die einfache Reproduktion und der Marxismus.
8. Die Einschätzung des innerparteilichen Kampfes im Lichte der Lehren der vergangenen Jahre.
10. Die Einschätzung der Auffassungen der Feinde der proletarischen Diktatur.
11. Die Krise der Komintern.
12. Die Krise der proletarischen Diktatur.
- II. Die Krise der Partei.
- III. Die Krise der Sowjets und der Transmissionsriemen der proletarischen Diktatur.
- IV. Die Auswege aus der Krise und die Aufgaben der ehrlichen konsequenten Leninisten.
1. In der Partei.
2. In den Sowjets.
3. Auf dem Gebiet der Industrialisierung.
4. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft.
5. Auf dem Gebiet des Handels.
6. Auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern.
7. Auf dem Gebiet der materiellen und rechtlichen Lebensbedingungen der Arbeiter- und Bauernmassen.

MANFRED BEHREND

Stalins Konterrevolution in Spanien und der gescheiterte Schauprozeß von Barcelona

Manfred Behrend – Jg. 1930, Historiker und Journalist, Dr. phil., Studium in Berlin, Forschungen und Publikationen wesentlich zur BRD-Parteiengeschichte und zu den ostdeutschen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen, zum Konservatismus, zu Rechtsextremismus und Neofaschismus, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Die bedrückenden Tatsachen über Stalins Terror lassen es tröstlich erscheinen, daß damals wenigstens ein Schauprozeß, der in Barcelona, fehlgeschlug. Das republikanische Spanien stand in einem verzweifelten Abwehrkampf gegen den Faschismus. Gleichzeitig gab es Auseinandersetzungen darüber, ob dieser Kampf mit der sozialen Revolution verbunden werden sollte oder nicht. Die zur Revolution erforderlichen Maßnahmen reichten von der kostenlosen Aufteilung des Bodens an die Bauern über Arbeiterkontrolle und Leitung der Fabriken durch die Beschäftigten bis zur Dekolonialisierung Spanisch-Marokkos. Das Verlangen danach war zunächst allen Linken gemein. Auch die Kommunistische und die Sozialistische Partei hatten solche Forderungen erhoben, sie aber unter dem Druck bürgerlicher Bündnispartner beim Volksfrontabkommen vom 15.1.1936 fallengelassen. Große Teile der Arbeiter- und Bauernschaft, die im Juli selben Jahres die Republik vor rechten Putschisten retteten, behielten die Forderungen bei und suchten sie in ihrem Bereich zu verwirklichen. Erfolgreich waren sie vor allem in Katalonien und Aragon, einem Gebiet, in dem damals Anarchisten und die Arbeiterpartei der Vereinigten Marxisten (POUM) die Macht innehatten.

Bürgerlich-liberale und stalinistische Kräfte wandten sich zusammen mit rechten sozialistischen und anarchistischen Führern gegen die Revolutionstendenzen. Für sie und besonders für die Sowjetunion und KP charakteristisch war die Spekulation auf ein Bündnis mit England und Frankreich, weshalb diese beiden Länder nicht verschreckt werden durften. Zudem befürchtete Stalin von einer siegreichen Revolution in Spanien Rückwirkungen auf die konterrevolutionär gewordene UdSSR. Sein Mißtrauen erhöhte sich durch die Ablehnung, die linke Anarchisten und die POUM der Moskauer Prozeßfarce gegen die alten Bolschewiki entgegenbrachten.

Bald nach Niederschlagung des Franco-Putsches im größeren Teil Spaniens begann dort ein bürgerlich-stalinistisch-rechtssozialistischer Feldzug gegen Revolutionsanhänger. Hierzu gehörte, daß die Handlungsfreiheit kollektivierter Betriebe eingeschränkt, bürgerliche Geschäftemacher begünstigt, die Entwaffnung der Arbeiter versucht und eine Volksarmee bürgerlichen statt revolutionären Typs aufgebaut wurden. Im Spätherbst 1936 waren die POUM-Gruppe in Madrid illegalisiert und der wichtigste Führer der Partei, Andres Nin, aus der katalanischen Regionalregierung

Der Diskussionsbeitrag basiert auf dem Artikel »In Spanien stand's um unsre Sache schlecht...« 60 Jahre nach dem Barrikadenkampf in Barcelona in: Hintergrund, Osnabrück, Nr. 1/1997, S. 36-60.

entfernt worden. »Was Katalonien betrifft«, versicherte die Moskauer »Prawda« am 17.12.1936, »so hat die Säuberung von Trotzisten und Anarcho-Syndikalisten begonnen; sie wird mit derselben Energie gehandhabt werden, mit der sie in der UdSSR betrieben wurde.«

Notwendig hierzu war die Unterwerfung Kataloniens. Sie wurde durch einen von Regierungs- und KP-Seite inszenierten Putsch eingeleitet, den Stalintreue bis heute den Revolutionsanhängern in die Schuhe schieben. Am 3.5.1937 versuchte der Kommissar für Öffentliche Ordnung in Barcelona, Eusebio Rodriguez, ein Mann der KP-nahen PSUC, mit einem Kommando Sturmgardisten die Telefonzentrale der Stadt zu besetzen. Diese befand sich seit der Niederschlagung des Franco-Putsches unter anarchistischer Arbeiterkontrolle. Die Anarchisten setzten sich gegen Rodriguez zur Wehr; das städtische Proletariat kam ihnen zu Hilfe. Es folgte ein mehrtägiger Barrikadenkampf. Er endete wegen Unentschlossenheit vieler Revolutionäre mit deren Niederlage. Zu den Auswirkungen zählten die Beseitigung der katalanischen Autonomie, die Auflösung der Arbeitermilizen und die Beendigung der Arbeitermacht, ein »roll back« der bäuerlichen Landnahme und der – meist freiwilligen – Kollektivierung, der Sturz des sozialistischen Ministerpräsidenten Largo Caballero, der sich gegen sowjetische Einwirkungen auf die spanische Politik zur Wehr gesetzt hatte, das Verbot der POUM und der anarchistischen »Freunde Durrutis«.

Schon im Januar 1937 hatten Stalins Agenten die Jagd auf unliebsame ausländische Antifaschisten in Katalonien begonnen. Zur Zeit der Barrikadenkämpfe ermordeten sie den legendären italienischen Anarchisten und Antistalinisten Camillo Berneri und den Sekretär der spanischen Libertären Jugend, Alfredo Martinez. Nach den Kämpfen verschwanden Hunderte linke Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten in den Gefängnissen und Folterkellern des NKWD in Spanien. Gleichzeitig säuberte die neue Regierung Negrín Streitkräfte und Volkstribunale von Revolutionären, wurden Sondergerichte Stalinschen Musters installiert und jedwede Kritik an der UdSSR unter Strafe gestellt. Ein spezielles Terrorkommando aus NKWD- und KP-Vertretern entführte, folterte und ermordete Andres Nin, der als ehemals führender Kominternfunktionär, zeitweiliger Anhänger Trotzki und illusionsloser Kritiker der blutigen Moskauer Justizfarce den Herren im Kreml besonders verhaßt war.

Gleich Nin war die gesamte POUM-Exekutive verhaftet worden. Gegen sie wurde ein den Moskauer Prozessen ähnliches Gerichtsverfahren zu inszenieren versucht. »Beweise« lieferte die spanische Filiale des sowjetischen Geheimdienstes. Nach der Ermordung Nins hatte sie, um seine angebliche Flucht zu Franco oder Hitler zu belegen, eine Tasche mit deutschem Geld und mit Gestapo-Dokumenten präsentiert, die zuvor aus Archiven entwendet worden waren. Jetzt spürte sie wie von ungefähr einen Koffer mit Dokumenten über die angebliche Kollaboration der POUM mit den Faschisten auf; zur Bequemlichkeit der Fahnder waren diese Papiere teilweise mit dem Siegel der POUM-Militärkommission versehen. Außerdem legte der NKWD u. a. ein Schreiben vor, auf

dem mit unsichtbarer Tinte vermerkt war, »A. N.« sei ein verlässlicher Agent für die Fünfte Kolonne der Faschisten. Dieser »A. N.«, wurde behauptet, sei ganz bestimmt Andres Nin.

Die Gerichtsverhandlung gegen die POUM in Barcelona dauerte vom 11. bis 22.10.1938. Moskaus Ziele waren in der Anklageschrift enthalten, die eine Verurteilung wegen Urheberchaft für die Barrikadenkämpfe 1937, Spionage für die spanischen und deutschen Faschisten sowie wegen Zusammenarbeit mit diesen verlangte. Hierdurch sollte die von der POUM vertretene Richtung im Kommunismus, der auch die deutsche KPD-Opposition angehörte, dauerhaft diskreditiert, das terroristische Vorgehen der Stalinisten gegen sie gerechtfertigt werden. Als Staatsanwalt fungierte im Verfahren ein spanischer NKWD-Agent. Ihm standen Belastungszeugen mit wenig Skrupeln zur Verfügung, deren geistige Fähigkeiten z.T. allerdings gering waren. Das Tribunal wurde von Moskau und einheimischen Parteikommunisten bedrängt, die an der Front und in Betrieben eine Kampagne zur »konsequenten Abrechnung« mit den angeblichen »Trotzkisten der POUM« organisierten. Der rechtssozialistische Regierungschef Negrín forderte, sich hierauf berufend, die Köpfe der Angeklagten.

Trotz vielfältiger Rückschläge an der Front und im Hinterland war aber die spanische Republik – anders als die UdSSR – immer noch ein relativ freies Land. Ihre Bewohner konnten zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden und das auch artikulieren, wenngleich nicht mehr in der unterdes gleichgeschalteten Presse. Zudem übten französische Intellektuelle Solidarität.

Bereits im Vorfeld des Prozesses scheiterte der Versuch des Staatsanwalts, ein Amalgam zwischen diesem und einem gegen Franco-Anhänger gerichteten Verfahren herzustellen. Zugleich widersetzte sich Justizminister Pena dem Appell Negríns, die Angeklagten hinzurichten. Er wies den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes an, »alle Petitionen dieser Art in den Papierkorb zu werfen«.

In der Verhandlung bezogen die Angeklagten Offensivpositionen, woran das Gericht sie nicht hinderte. Sie widerlegten die Lügen über Spionage für und Kollaboration mit den Faschisten, verteidigten die eigenen Handlungen einschließlich des Abwehrkampfes von 1937 und beschuldigten das NKWD und Stalin, Provokationen verübt und Nin ermordet zu haben. Die Belastungszeugen erlitten eine Abfuhr. Zur Entlastung der POUM-Vertreter trugen u. a. der frühere Ministerpräsident Caballero, die ehemaligen Minister Federica Montseny, Manuel de Irujo und Julián Zugazagoitia sowie der Ex-Botschafter in Paris, Araquistain, bei. Sie rechtfertigten die Angeklagten als tadelsfreie Revolutionäre. Caballero konstatierte, er sei mehrfach zur Festsetzung der POUM-Führer und zum Verbot ihrer Partei aufgefordert worden, habe aber nicht fünfzig Jahre gekämpft, damit es möglich sei, Menschen ohne Beweise zu verhaften.

Obwohl es hinsichtlich der ausgesprochenen Haftstrafen bis 15 Jahre ungerecht war, krönte das Urteil den Prozeß. Das Tribunal begründete darin die mit Rücksicht auf Moskau verhängten Strafen in Schwejscher Manier. Es warf den POUM-Führern vor, sie hät-

ten »ihre Partei überall durchsetzen« wollen und fälschlich behauptet, »die Regierung der Republik empfangen von Moskau Befehle«, als ob nicht Ersteres bei sämtlichen Parteien Usus und das Zweite die reine Wahrheit war. Die Anklagevertretung und deren Hintermänner wurden vom Gericht hart attackiert. Die vorgelegten Beweise, erklärte es, hätten keine Aussagekraft; die geltend gemachte Notverordnung, die Urteile mit rückwirkender Kraft erlaubte, gelte hier nicht, da sie allein Spionagefälle betreffe. Die POUM habe weder zu Franco noch zu polizeilichen und militärischen Stellen eines fremden Staates – Deutschlands – Kontakt gehabt. Sie genieße ein hohes und bewährtes antifaschistisches Ansehen, habe sich politisch und militärisch verdient gemacht und sei nicht Urheber des Zusammenstoßes vom 3.5.1937 in Barcelona gewesen.

Der führende Kominternvertreter in Spanien, Palmiro Togliatti alias Ercoli, wertete das Ergebnis als skandalös. Tatsächlich hätte kein Verfahren im unmittelbaren Machtbereich Stalins so ablaufen und enden können. Wer in der aktuellen Diskussion bestreitet, daß es in Spanien einen »Moskauer Prozeß« gab, hat völlig Recht. Es gab nur den Versuch dazu, und hierbei haben sich die Stalinisten redlich Mühe gegeben. Daß der Versuch scheiterte, lag an der damaligen politischen Lage in Spanien und an jenen, die das Ränkespiel des NKWD durchkreuzten. Das Prozeßprotokoll ist bisher nur in Spanisch veröffentlicht worden. Eine deutsche Ausgabe wäre auch im Hinblick auf weitere Auseinandersetzungen mit Geschichtsfälschern verdienstvoll.

Stalin und seine Anhänger erlitten im Prozeß von Barcelona einen unerwarteten Mißerfolg. Die Verurteilten konnten in den Wirren des Zusammenbruchs der spanischen Republik den stalinistischen und faschistischen Häschern entkommen. Das traurige Ende der Republik aber war ein schwerwiegender Schlag, der gleichermaßen das spanische Volk, die internationale Arbeiterbewegung und den Weltfrieden traf. Es wurde durch den Krieg der stalinistischen Konterrevolutionäre im Hinterland mitverursacht.

GERHARD ZWERENZ

Verräter und Agenten – Denunziation als politisches Kampfmittel

Gerhard Zwerenz – Jg. 1925, Schriftsteller. 1952 Philosophiestudium in Leipzig bei Ernst Bloch; 1957 Übersiedlung in die BRD; Werke u.a.: Kopf und Bauch. Die Geschichte eines Arbeiters, der unter die Intellektuellen gefallen ist (1971); Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht (1974, 1991 bei Aufbau Taschenbuch Verlag); Die Rückkehr des toten Juden nach Deutschland (1986).

Der Säuberungswahn

Im November 1990 veranstaltete das österreichische Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein Symposium zum Thema der stalinistischen Schauprozesse in Mittel- und Osteuropa von 1945 bis 1956. Die Referate der Tagung liegen in einem Sammelband vor, dessen makabrer Titel »Ich habe den Tod verdient« als Wort eines Angeklagten den Ton aller dieser Prozesse angibt. Die meisten Angeklagten traten zugleich als eigene Ankläger auf, was die Öffentlichkeit beeindruckte und verwirrte.

In ihrer Einleitung zitierten die Herausgeber den österreichischen Sozialdemokraten Otto Bayer, der 1931 konstatierte, der Sozialismus verkomme durch Aufgabe bürgerlicher Freiheiten zum »Despotismus einer terroristischen Diktatur«. Das klingt wie Rosa Luxemburgs frühe Warnungen an die Adresse Lenins oder auch die viel weniger bekannten Anklagen Ernst Blochs gegen Lenin, geschrieben noch während des Ersten Weltkriegs aus dem Schweizer Exil heraus, und daß Bloch sich später als radikaler Bolschewist gebärdete, mag mit seinen früheren Zweifeln und Attacken zusammenhängen.

Die abgedruckten Referate des Wiener Symposiums beginnen mit George Hermann Hodos und enden mit Fritz Keller, einem früheren österreichischen Kommunisten, der die Rolle der KPÖ skizziert, die sie bis zu den osteuropäischen Prozessen spielte.

George Hermann Hodos, der selbst 1949 im ungarischen Rajk-Prozeß zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, von dem es das wohl kenntnisreichste Werk über die östlichen Schauprozesse gibt, das nur in Deutschland nicht die Beachtung fand, die es verdient, Hodos also skizziert in seinem Eingangsreferat die Zeitgeschichte der Prozesse und arbeitet den Unterschied der Prozesse nach dem Krieg von den Moskauer Schauprozessen vor dem Krieg heraus: »Damals«, sagt er, »ging es Stalin um die terroristische Ausschaltung der tatsächlichen innerparteilichen Opposition, um die Errichtung seiner totalen Alleinherrschaft über Partei und Staat.«

Dieses Zitat attestiert den Schauprozessen von 1938 objektive Gründe, worin nicht alle Fachleute übereinstimmen, weil manche von ihnen schon für diese Zeit Stalin mehr Willkürherrschaft als Machtkalkül zusprechen. Hodos spricht auch von einem »verlogenen Drehbuch«, nach dem die Prozesse abliefen, doch rechnet er Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Radek zu einer wirklichen »politischen Opposition« gegen Stalin. Das Drehbuch hatte

die Funktion, aus der politischen Opposition eine kriminelle Spionage und Sabotage zu machen.

Diese genaue Unterscheidung wird meist übersehen und legt die Wurzel aller jener schwerverständlichen Reaktionen etwa bei den Angeklagten bloß, wenn sie sich schuldig erklärten, oder bei den internationalen Beobachtern bis hin zu Sympathisanten wie Feuchtwanger und Bloch, die die Moskauer Prozesse für rechtens erklärten.

Ganz abgesehen von der internationalen Zuspitzung der Situation durch Hitlers aggressive Politik, was Linksintellektuelle, gar noch jüdische, an die Seite der Sowjets rückte, abgesehen also von dieser nazistischen Lebensbedrohung, schienen die Urteile in den Moskauer Prozessen insofern gerechtfertigt zu sein, als den Angeklagten zum Teil tatsächlich gegen Stalin gerichtete Aktivitäten nachzuweisen waren. Die Trennung legitimer politischer Opposition von krimineller Sabotage gelang den meisten Prozeßbeobachtern nicht, zumal das Gericht jeweils den Unterschied verwischte. Soweit aber bei den Beobachtern Bedenken aufkamen, wurden sie von der verständlichen Angst vor Nazideutschland dominiert, dem man eine starke, geeinte Sowjetunion gegenübersehen wollte.

Hodos arbeitet nach den Moskauer Vorkriegsprozessen die Strukturen der osteuropäischen Nachkriegsverfahren heraus, in denen eben nicht tatsächliche Oppositionelle vernichtet wurden, sondern der Partei und der Sowjetunion ergebene Genossen. Sahen die frühen Moskauer Drehbücher vor, die Oppositionellen zu Kriminellen abzustempeln, wurden nun nichtoppositionelle, parteitreue Kommunisten zu Kriminellen gemacht. Wobei zwei Stadien zu unterscheiden sind: Bis 1948 gab es Nachkriegsgefechte, mit dem Abfall Titos von Moskau im Jahre 1948 aber wurden die Opfer prophylaktisch ausgesucht. Nicht die Tat wurde verfolgt, nicht der Oppositionelle zum Kriminellen gestempelt, sondern gewisse Gruppen galten als unsichere Kantonisten – wer also früher mal oppositionell oder in westlicher Emigration gewesen ist, wer Verwandte oder Freunde im Westen hatte, wer Jude war oder jüdische Freunde hatte, galt als möglicher Feind, ehemalige Spanienkämpfer nicht weniger, genauso Kommunisten, die in Untergrundbewegungen gearbeitet hatten und gar von den Nazis verhaftet worden waren. Wer überlebte, wurde des Verrats verdächtigt.

Startschuß und Höhepunkt der Nachkriegsverfahren waren die Aktionen gegen Noel Field, der während des Krieges in der Schweiz ein Hilfswerk für Antinazis geleitet hatte und Hunderte von Verfolgten vor dem Tode rettete. Field wurde zum amerikanischen Meisterspion umgedeutet.

Hodos schreibt dazu:

»Es begann ein schmutziges Zusammenspiel zwischen den osteuropäischen Parteispitzen und Sicherheitsdiensten, von Stalin, Berija ... dirigiert. Noel Field und seine Frau wurden aus der Schweiz nach Prag gelockt und von dort nach Budapest überstellt, drei Monate später lockten die polnischen Sicherheitsorgane Noels Bruder Hermann Field nach Warschau, im Juni 1950 geriet mit einem ähnlichen Trick die Pflgetochter Fields, Erica Wallach, von Paris kommend, in Ost-Berlin in die Falle. In all diesen Ländern stellten die »Fieldisten« – also all jene Kommunisten, die jemals

Kontakt zu den Fields gehabt hatten – gleichsam den ›Vortrupp‹ der Verhafteten ... Die Verhaftungen ... zogen immer weitere Kreise in den Parteiparaten: die Field-Linie hatte ihren Dienst erfüllt und wurde zur Rajk-, Slánsky-, Gomulka-, Lucács- und Merker-Linie.«

Drei Autoren der Anthologie widmen sich den deutschen Verfolgungen. Ulrich Heyden berichtet von den Säuberungen in der westdeutschen KPD, Wilfriede Otto untersucht die stalinistische Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre, der Mannheimer Professor Hermann Weber endlich referiert die Säuberungen in der SED von 1948 bis 1956.

Was die Vorgänge in der westdeutschen KPD angeht, so rückt Ulrich Heyden eine Reihe beschämender Aktionen ins Bewußtsein, wie etwa führende Kommunisten aus dem Westen in die DDR gerufen und dort verhaftet worden sind. Diese Säuberungen gehörten in den Zusammenhang von Schauprozeß-Vorbereitungen und erlauben andererseits den Schluß, den Wilfriede Otto in ihrem Referat über die SED Anfang der fünfziger Jahre zieht, wonach es bei der SED im Jahre 1945 ein »demokratisches Gründungsverständnis« gegeben habe. In der Einleitung des Buches melden die Herausgeber gegen diese These Widerspruch an. Tatsache ist, daß die von Moskau ausgehende Stalinisierung von SED und KPD nicht so leicht durchsetzbar war. Die Parteiausschlüsse, Verschleppungen, Verhaftungen und Verurteilungen wurden von oben gegen die Parteibasen durchgesetzt. Am deutlichsten wird dies im Referat Hermann Webers: »Der Rückfall des Kommunismus in das ›Mittelalter‹ des Stalinismus hatte mannigfache Ursachen, beruhte teilweise auf objektiven Gegebenheiten (Rückständigkeit Rußlands, mangelnde demokratische Tradition, Isolierung). Dennoch war der Stalinismus keine geschichtliche Notwendigkeit. Obwohl das revolutionäre Sowjetsystem schon am Ende der Lenin-Ära zum Polizeistaat zu erstarren begann, war die Entwicklung zum Stalinismus keineswegs zwangsläufig oder gar unvermeidlich. Dann hätte es in den Jahren der großen Säuberung 1936 bis 1938 für Stalin ja kaum Anlaß gegeben, seine Gegner – die ganze alte Garde des Bolschewismus, fast alle Kampfgefährten Lenins – liquidieren zu lassen.«

Soweit Hermann Weber mit einer Schlußfolgerung, die keineswegs so schlüssig ist, wie sie scheint, wenn sie auch einiges für sich hat. Der Referent breitet nun seine Kenntnisse der Verfolgung aus. Wie die Säuberung in der DDR verspätet und zaghaft, jedenfalls anders als in den anderen Ländern anlief, wie die sowjetischen Behörden nachhelfen, weil es in der SED Unruhe, gar Widersetzlichkeit gab. Dann griffen die Maßnahmen. Den bürgerlichen Opfern, die noch unter dem Deckmantel der Verfolgung von Nazis inhaftiert wurden, folgten die Sozialdemokraten und endlich die Kommunisten, gegen die sich die von Stalin und Berija inszenierte Säuberung ja in der Hauptsache richtete.

Wie in den anderen sozialistischen Staaten ging es um die Ausschaltung potentiell unsicherer Genossen. Wer auch nur im geringsten Verdacht einer möglichen Abweichung stand, sollte aufgespürt und unschädlich gemacht werden im Sinne der Prophylaxe – nach Titos Abfall von Moskau durfte in keiner Partei mehr ein möglicher Titoist überleben.

Die Prozesse führten in allen sozialistischen Ländern zu Folterungen und Todesurteilen. In der DDR gedieh die Säuberung nicht soweit, was sich die SED später als Verdienst anrechnete. Tatsache ist, daß die besondere Lage der DDR als geteiltes Land und Schaufenster, auf das alle Welt blickte, gewisse Verzögerungen mit sich brachte. Es gab keine massenhaften Todesurteile wie in Budapest und Prag.

Es begann 1948 mit dem kalten Aussondern ehemaliger Oppositioneller wie Max Seydewitz und steigerte sich zu Todesurteilen wie im Falle des Kommunisten Alfred Schmidt. In der SED-Führungsspitze kam es 1950, 1952/53 und 1956/57 zu Höhepunkten der Säuberung. Waren 1936 bis 1938 in der Sowjetunion Tausende deutscher Emigranten, die vor Hitler geflüchtet waren und bei Stalin Zuflucht gefunden zu haben glaubten, verfolgt, bestraft, ausgeliefert, umgebracht worden, wobei Weber anmerkt, daß Stalin mehr Spitzenfunktionäre der KPD ermorden ließ als Hitler, gab es nun in den fünfziger Jahren erneut Verfolgungen an der Basis und in den obersten Führungszentren. Anfangs leisteten die Sowjets direkte Verfolgungshilfe. Nicht völlig aufgeklärt ist der Tod Kreikemeiers im Gefängnis. Der Tod von Lex Ende bleibt unklar, es gab bezweifelbare Selbstmorde, Leo Bauer wurde zum Tode verurteilt, dann begnadigt und nach Workuta verbannt, von wo er 1956 durch Adenauers Schachzug mitsamt den letzten deutschen Kriegsgefangenen zurückkehren durfte.

Indessen entledigte sich die Ulbrichtgruppe ihrer potentiellen Gegner auch nach Stalins Tod noch, Paul Merker, Franz Dahlem und andere wurden entmachtet. Merker gar erst 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl Stalin zu dieser Zeit schon zwei Jahre tot und die von ihm angeordneten Prozesse längst als kriminelle Lügendespinnste aufgedeckt worden waren. Wenn Stephan Hermlin noch 1989 behauptete, die DDR habe sich als einziges sozialistisches Land Berijas Säuberungen widersetzt, so ist das richtig, soweit die SED nicht Todesurteile im Dutzend verhängen ließ, wie es in Budapest und Prag geschah. Die befohlene Säuberung war in der DDR ein schleichender Vorgang, am Ende war die Partei von ihrer moskauhörigen Führungsgruppe in etwas verwandelt worden, das die Mehrzahl der Genossen nicht gewollt hatte.

Die Wiener Referenten rücken das Verhältnis von Tätern und Opfern innerhalb der kommunistischen Partei ins Licht und zeigen die ganze Bandbreite der Tragödie.

Dem falschen Diktum von der Diktatur des Proletariats folgend, verfolgten und vernichteten sie sich, immer einer gegen den anderen und die jeweils Oberen gegen die Unteren, und wer dann aufstieg, mußte wiederum mitmachen oder sich opfern. Die wahnwitzige Ausmorderei der Französischen Revolution wiederholte sich in 70 Jahren kommunistischer Diktatur, als habe keiner der Revolutionäre auch nur das Geringste aus der Geschichte dazugelernt. Der Satz von der ständigen Verschärfung der Klassengegensätze, den die stalinistische Paranoia diktierte, führte von der Angst vor den Feinden zum Zwang ständiger Selbst-Amputation.

Das Erstgeburtsrecht der Opposition

Die 1956/57 inhaftierten und verurteilten Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger – ich nenne hier nur meine Bekannten und Freunde – durften nach ihrer Haftentlassung nicht in ihre alten Berufe und Stellungen zurück und führten ein Leben im Abseits mit geringem Einkommen, abgesehen von Heinz Zöger, der in den Westen ging, schwer unter den Nachwirkungen der doppelten Verfolgung und Haft im Dritten Reich und in der DDR leidend. Walter Janka, unter dem Nazi-Regime ebenfalls schon inhaftiert, durfte erst Jahrzehnte später wieder an die Öffentlichkeit, ich sorgte dafür, daß er Ende 1988 bei einer Schriftstellerveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zu Wort kam. Die Presse kannte Janka nicht. Das änderte sich erst 1990 mit dem Erscheinen seines Haftberichts.

In den protzig hochfahrenden deutsch-deutschen Vereinigungsfeiern wird geflissentlich die Tatsache fortgeredet, daß die größten Opfer im Widerstand gegen die Stalindiktatur von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten gebracht wurden. Gejagt, geköpft, gehängt, erschossen wurden unter Hitler wie Stalin Tausende von Linken und Revolutionären, und noch in den fünfziger Jahren setzte es Todesurteile, Lebenslänglich, Verschwinden nach Workuta, etwa bei Kurt Müller und Leo Bauer. Noch 1957 gab es bis zu zehn Jahren Zuchthaus für die Oppositionellen der Harich-Janka-Prozesse.

So wurde mit drastischer Strenge der linke Widerstand gegen die Moskauer Diktatur und die Diktatur der Moskauer gebrochen. Dieses Erstgeburtsrecht linken Widerstands wird nur allzu bereitwillig vergessen gemacht, paßt es doch nicht in die schöne Glitzermär vom Heldenmut einer späten Dissidentenschaft, der ihr Idealismus nicht abgesprochen werden soll, die jedoch aufrichtig einzugestehen vermag, daß sie sich nicht rührte, als es den Kopf kosten konnte, sondern sich, durchaus vernünftigerweise, erst hervorwagte, als die Moskauer Perestrojka strafmildernde Liberalität verkündete.

Die Todeslisten der Nazi-KZ's und Gulags sprechen die Sprache der Fakten. In Brandenburg und Bautzen, in Dachau und Buchenwald saßen schon Genossen ein, als die deutschen Bürgerkameraden noch vom Endsieg träumten oder, nach 1945, im Zeichen der Gehlen und Globke dennoch siegen zu können vermeinten.

Die Enteignung der marxistischen Intelligenz

Die Frage, was ohne Stalin aus dem Sozialismus geworden wäre, hat die Qualität der Frage, was ohne Napoleon aus der Französischen Revolution und ohne Hitler aus dem Nationalsozialismus geworden wäre. Bei allen Differenzen gibt es drei Gemeinsamkeiten:

1. Viele Parteigänger wollten ursprünglich etwas anderes. Es waren die Revolutionäre.

2. Viele machten dennoch mit. Es waren die Opportunisten.

3. Die nicht mitmachten, verschwanden aus dem Leben, mindestens aus der Geschichte, mit Sicherheit aus den Machtzentren. Es waren die Opfer.

Der Stalinismus ist erneuertes Manichäertum, also prinzipielle Trennung in Freund und Feind. Lenin radikalisierte diese im Mar-

xismus enthaltene Tendenz aus psychologischen Gründen der Rache für seinen hingerichteten Bruder und hernach aus bürgerkriegsbedingten Gründen. Stalin extremisierte den Leninismus zum vollendeten Manichäertum. Wer Freund war, bestimmte Stalin. Alle anderen waren Feinde. Stalin erklärte 1939 auch Hitler zum Freund, bis der am 22. Juni 1941 die Freundschaft aufkündigte.

Indem der Marxismus sich aus einer revolutionären Theorie in eine Ein-Mann-Diktatur verwandelte, traten Gehorsam und Disziplin an die Stelle dialektischer Reflexion. Nicht nur wer anders dachte, sondern wer überhaupt dachte und es zeigte, wurde konterrevolutionär. Konterrevolutionär war alles, was die Beliebigkeit und Entscheidungsfreiheit des Mannes an der Spitze einschränkte. So hatte bald niemand mehr etwas zu sagen, es sei denn er sagte, was der Spitzenmann sagen lassen wollte. Valentin Falin nannte dies, als es nichts mehr kostete, »Anti-Sozialismus«.

Ein Vergleich von Hitler und Stalin zeigt, Hitler spielte einzelne Personen und Gruppen bonapartistisch gegeneinander aus, seine Machtbalance ließ etwa SS und Wehrmacht miteinander konkurrieren. Stalin suchte sich auch aus bonapartistischen Zwängen zu befreien. Statt ihre Interessen und Energien auszubalancieren oder gegeneinander zu richten, um das Zünglein an der Waage zu sein, liquidierte er Personen, Gruppen, Klassen, Völker. Stalin und Hitler waren die Rückkehr in vorzivilisatorische Zeiten. Mit den Mitteln der Moderne.

Damit enteignete Stalin die marxistische Intelligenz ihrer Köpfe. Nicht nur Kritik, auch Analyse und Definition konnten nur außerhalb des Machtbereichs geschehen. Stalin ist das logische Ergebnis einer Revolution, die sich russifizierte. Wer dagegen einwendet, es müßten auch andere Entwicklungsmöglichkeiten bestanden haben, hat insofern recht, als es Konjunktive gegeben hat, beginnend beim Kronstädter Aufstand. Sie wurden alle liquidiert. Diese Abtötungen sind das logische Ergebnis der Ausgangsbasis. Die Revolution siegte nicht in Deutschland, sondern per Mißverständnis und »bolschewikihafter Überheblichkeit« – Rosa Luxemburg in »Briefe an Leo Jogiches« – in Rußland, womit der Luxemburgismus selbst zum Feind erklärt wurde. Denn Luxemburgismus und permanente Diktatur statt Revolution vertragen sich nicht miteinander.

Ob eine Form von luxemburgischem Sozialismus irgendwo möglich gewesen wäre, wissen wir nicht. Das Nachdenken darüber ist rein spekulativ. Eine Erprobung wird es nicht geben. Die Völker verweigern weitere sozialistische Experimente. Wer dennoch weiter darüber reden will, produziert reine Literatur, Poesie pur mit schwarzem Humor.

Drei Einschränkungen

Erste Einschränkung:

Wer die Kritik an Stalin von Hitlers Positionen aus übt, besitzt keine Legitimation. Ohne Hitler-Deutschland und seinen Krieg wäre Stalin nicht der linke Gott geworden, den wir kennen.

Zweite Einschränkung:

Im Ersten Weltkrieg unterlag die zaristische Armee der kaiserlich-deutschen Armee.

Einer Dritten-Reich-Wehrmacht wäre eine zaristisch-russische Armee mit Sicherheit unterlegen gewesen. Stalins Sowjet-Armee zerschlug Hitler-Deutschland. Die Deutschen danken der Sowjetarmee die Befreiung vom Nazismus.

Indem der Sieger Stalin zur sozialistischen Idealfigur wurde, stellte die Moskauer Ein-Mann-Diktatur die Weichen für den Nachkrieg. Wer es wagte, Stalin auch nur im geringsten in Zweifel zu ziehen, war des Todes, womit der Stalinismus endgültig zur machthäuslichen Welt-Religion wurde, die nur ein Für und Wider kannte.

Das sozialistische Experiment scheiterte ebenso wie Versuche, das Christentum durch Gewalt zu verwirklichen. Was bleibt, sind sozialistische Träume, Wünsche, Entwürfe. Sie existieren weiter wie die Bergpredigt in der Bibel, als Glaube, Moral, Beunruhigungspotential.

Dritte Einschränkung:

Stalin schuf über die Formel Sozialismus in einem Land einen großrussischen National-Sozialismus. Er war im Kern nicht rational, aber national, imperial unterdrückend, nicht freiheitsrevolutionär. Die einzige Legitimation dieses russischen National-Sozialismus bestand im Sieg über den deutschen Nationalsozialismus. Mit der Entfernung von 1945 verlor sich diese Legitimität. Wer, im Sinne Heinrich Heines, danach ein »kleiner Soldat im großen Befreiungskampf der Menschheit« sein wollte, mußte die Stalin-Diktatur bekämpfen. Sie nicht bekämpft zu haben, ist die historische Schuld derjenigen Sozialisten, die weiterhin Stalin und dem Apparat gehorchten.

Damit wandelt sich die historische und kulturpolitische Wertung in eine Bewertung von Personen und ihrer Haltungen. Geschichte wird biographisch, womit unsere Schmerzgrenze erreicht ist. Die noch lebenden Generationen müssen ihr Gewissen befragen.

Die psychologisch-philosophische Disposition dazu findet sich in »Das verführte Denken« von Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, dem vielleicht weltweit wichtigsten ungelesenen Buch mit dem Begriff des »Ketman«, was heißt: Doppelwissen. Frage sich jeder nach dem unterdrückten Teil seines Wissens und Ge-Wissens.

Die Selbstverstümmelungsprozesse der kommunistischen Ostparteien sind inzwischen allgemein bekannte Teile der Weltgeschichte geworden wie die Inquisition und die Religionskriege, denen sie ähneln. Im Verlauf der Aufdeckung spielten Exkommunisten die Rolle der Pioniere. Allerdings bestreite ich den westdeutschen Antikommunisten jedes Anrecht auf die Positionen der Ankläger und Richter. Es ist wie im Falle der Toten von Katyn, deren Blut auf Geheiß des Politbüros der KPdSU vom 5.3.1941 vergossen wurde: 25.700 gefangene polnische Offiziere und Beamte erschossen und verscharrt. Die Schuld den Deutschen zugeschoben. Die allerdings ermordeten nach dem Sieg über Polen etwa ebenso viele polnische Bürger, meist Juden, Intellektuelle und Kommunisten, und im Fortgang des Krieges brachten sie Millionen Menschen außerhalb kriegerischer Aktionen um, im Kriege selbst aber noch einmal viele Millionen.

Wer das heute noch leugnet, aufrechnet, bagatellisiert und wer gar noch im Bundestag lauthals von »Stalins Vernichtungskrieg

gegen die Deutschen« spricht, verliert jedes Anrecht auf Anklage und moralische Wertung.

Linke Kunststoffköpfe

Zwischen dem westlichen Wertesystem und der Realität, nehmen wir sie in allen westlich dominierten Ländern zusammen, klafft eine nicht geringere Differenz als zwischen Theorie und Praxis der gewesenen sozialistischen Staaten.

Wäre ich ein vom sozialistischen Untergang überraschter Genosse, den ein Westler anklagend fragte, wie er bis zuletzt noch habe gläubiger Sozialist sein können, so fragte ich zurück, wie der Westler guten Gewissens mit seinen Werten leben könne angesichts der massenhaften Nöte, Krisen und Kriege, die in aller Welt zunehmend herrschen, den westlichen Werten hohnsprechend, wo nicht sie dementierend und zu bloßen Ideologien reduzierend.

Diese Fatalität enthebt den Sozialisten nicht der Mühen um die Entsorgung der eigenen Welt.

Der Marxismus taugt vorzüglich zur Revolution, doch was danach kommt, verschwieg klugerweise (ratloserweise) schon Dr. Marx. Dessen Diktatur des Proletariats verlängert sich in die halbe Ewigkeit, denn das Fehlen einer sozialistischen Ökonomie führt zu wirtschaftlichen Niedergängen. Also muß das Volk diktatorisch abgehalten werden vom Aufstand gegen die neue Parteiklasse.

Der Feind wird als Klassenfeind deklariert, den es auch gibt, der aber nichts ist ohne den wahren Feind im eigenen Herzen. Der Kommunist, der unter feindlicher Herrschaft die Revolution vorbereitet, handelt guten Gewissens im Namen der Unterdrückten. Hat er die Macht errungen, unterdrückt er seinerseits die anderen, sich selbst und die Wahrheit, die in der fatalen Erkenntnis bestünde, daß er, der siegreiche Revolutionär, nichts anfangen könne mit der errungenen Macht. Nichts anderes als vermehrte, verlängerte Unterdrückung. Denn die nichtexistente sozialistische Ökonomie führt zu der Lüge, es gebe sie doch, und diese Lüge als Wahrheit auszugeben, braucht der Sozialismus alle Staatsgewalt.

Der Konflikt zwischen Kommunisten und ihren heftigsten Feinden, den Exkommunisten, beruhte im Kern einzig auf diesem Umstand. Die Abgefallenen durchschauen den Irrtum, die Parteikommunisten durchschauen ihn nicht oder verschweigen ihre Einsicht aus verständlicher Angst vor dem Schisma, aber auch aus Opportunismus und Karrierismus. Hier liegt der Grund für den Verfall der kommunistischen Moral. Der Opportunismus zersetzt sie.

Die westdeutsche Linke, diesen Begriff in seiner Unbestimmtheit genommen, denn die Molluske entbehrte knochiger Konturen, hatte den sozialistischen Grundkonflikt nie wahrgenommen. Sie war eine hegelianische Kopfgeburt, der Revolutionen, sei es die vom Oktober 1917 oder die mißglückte von 1989, nur zum Absondern jener Konstrukte dienen, die die Politiker und Politikwissenschaftler wiederum zu lebenslangen Existenznachweisen benötigen.

Die westdeutsche Linke handelte nicht, sie redete und schrieb, kritisierte und analysierte. So inflationierten Fachtagungen, Akademietreffen, moderierte tv-Geschwätze und deutsch-deutsche Schriftstellerversammlungen, um die schlimme nackte Wirklichkeit mit

der schillernden Soße unmaßgeblicher und unzutreffender Gedankenurrogate zu übergießen.

Der westdeutschen Linken diente der östliche Realsozialismus als Vehikel der Rache gegen die eigenen Mächtigen im Staate. Daran war nicht alles falsch. Die deutschen Rechten ließen sich manche Zugeständnisse an die linke Vernunft nur abhandeln aus Angst vor der Revolution, die an die bürgerliche Tür klopfte.

Es war nur ein aufgeblasener Feind, wie sich herausstellte, nachdem die USA die UdSSR in den Notstand hineingertüschelt hatte.

Der marxistische Sozialismus kann eine Revolution siegreich bestehen. Danach ist er zum Untergang verurteilt. Die Gnadenfrist berechnet sich nach dem Maß an Gewalt, das er aufwendet. Stalin herrschte unbedenklich wie die Chinesen, Gorbatschow versuchte zu reformieren und setzte die Gewalt nur dann ein, wenn die Gefahr für den Staat existenzbedrohend wurde, und bald gar nicht mehr.

In der DDR wäre ein Massaker wie in Peking nicht machbar gewesen, ohne Gorbatschow in den Augen der ganzen Welt zu diskreditieren. So gab die alte SED-Garde nach, was den tatsächlichen Zustand der DDR offenbarte: Der Parteibankrott war zugleich Staatsbankrott.

Die westdeutsche Linke nahm auch dies nicht wahr. Ihre Psychologie ließ das nicht zu. Denn der typische Wessi-Linke weiß alles besser, ist akademisch gebildet und kann jederzeit frei und einschläfernd über Strukturen, Entfremdung, Ästhetik philosophieren.

Schließlich mußten Zeitungsseiten gefüllt, Fernsehstunden bebildet und deutsch-deutsche Geschwätze arrangiert werden.

Der typische Linke baut stets die Welt besser auf als sie ist. Komischerweise ist sie danach schlechter als vorher. Der Linke ist für den Fortschritt, obwohl der schlicht zurückführt. Der Linke hat es stets mit den anderen: den Feinden, Reaktionären, dem bössartigen Volk. Nur mit sich selbst hat es der Linke nicht. Er ist tabu. Jeder Zoll eine Wahrheit an sich.

Der Wessi-Linke verbessert unaufhörlich die ganze Welt, aufgenommen das eigene Ich. Die individuelle Revolte, die nötig wird, soll aus dem kollektiven Ich, diesem angelesenen Kunststoffkopf, ein Naturkopf mit erkennbar lebendigem, menschlichem Gesicht werden, diese individuelle Rebellion bleibt der Wessi-Linke schuldig. Denn sie gefährdete die Karriere und die wohltemperierte Kultur des eigenen Seelenheils.

THOMAS KLEIN

Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946-1951

Vorbemerkungen

In den letzten Jahren sind eine Vielzahl neuer Veröffentlichungen zur Verfolgung von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR vorgelegt worden, die dieses auch schon zuvor sehr aufmerksam verfolgte Kapitel der Repressionsgeschichte auf der Grundlage jetzt zugänglicher Quellen aus Archivbeständen der SED und aus russischen Quellen anreichern. Jene Quellen belegen jedoch auch die Härte und den Stellenwert der Verfolgung von oppositionellen Kommunisten innerhalb und außerhalb der SED. Der linke Widerstand gegen den Nachkriegskurs der KPD, gegen die Stalinisierung der SED, schließlich die Verfolgung von linken Kritikern und Oppositionellen innerhalb und außerhalb dieser Partei sowie der westdeutschen KPD und endlich die Säuberung beider Parteien von ihnen war aus mehreren Gründen immer eine besondere Dunkelzone der Parteigeschichte. Durchaus nachvollziehbar ist dabei natürlich auch das Desinteresse der Würdigung solcherart linker Dissidenz seitens des antikommunistischen Lagers. Doch unabhängig davon gibt es ebenso zeithistorische Interpretationsdefizite.

Zunächst fällt das enorme Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen formellen und informellen Aufwand zur Eliminierung solcherart Dissidenz und dem realen politischen Gewicht linken Widerstands innerhalb der SED auf. Während der operative und propagandistische Aufwand zur Niederhaltung sozialdemokratischer Tendenzen durchaus deren immerhin potentieller Gefährlichkeit allein schon wegen der numerischen Stärke des nominell sozialdemokratischen Mitgliederflügels entsprach, fehlt dieser Deutungszugang im Falle linker oder kommunistischer Dissidenz. Allerdings belegen die Quellen, daß die Themen und die Intensität der Widerstandspraxis jener Handvoll aktiver linker Oppositioneller tatsächlich die Transformation der SED in eine stalinistische »Partei neuen Typus« ernsthaft zu gefährden drohten, wenn es ihnen gelungen wäre, die Parteimitgliedschaft zu erreichen oder in ihr Fuß zu fassen. Der Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« trug angesichts der eher verhaltenen Widerstandsarbeit einer – gemessen an ihrer Gesamtzahl – kleinen Schar von Sozialdemokraten innerhalb der SED vor allem der erkannten Notwendigkeit Rechnung, jenen großen innerparteilichen Unsicherheitsfaktor durch Einschüchterung zu neutralisieren und das Infiltrationspotential des externen Faktors Ostbüro zu berücksichtigen. Anders als im Falle der Sozialdemokraten spiegelt dagegen die Verfolgung jener klei-

Thomas Klein – Jg. 1948, Studium der Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin, wissenschaftlicher Assistent am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1975 Promotion, 1979/80 Haftstrafe wegen Protestes gegen Berufsverbote für Linke in Ost und West, anschließend Berufsverbot und Tätigkeit im Berliner Möbelkombinat, politisch aktiv in der unabhängigen Friedensbewegung, Gründungsmitglied der »Vereinigten Linken« und bis Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Arbeitet zur Zeit am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam.

nen Zahl linker Dissidenten vor allem das Bewußtsein des befürchteten Wirkungsgrads konzeptioneller Widerstandsarbeit vielfach erfahrener und überwiegend konspirativ arbeitender Aktivistinnen wider, deren kommunistische politische Sozialisation sie über ähnliche Erfahrungshintergründe wie ihre Gegner und deshalb auch über eine genaue Kenntnis der stalinistischen Politikmuster und -ziele verfügen ließ.

Das besondere Kapitel der Verfolgung von Kommunisten läßt sich in den allgemeinen Kontext der frühen SED-Säuberungspraxis mittels folgender drei Thesen einbinden:

Erstens: Der eigentliche Zweck des Kontroll- und Repressionsaufwands war keineswegs reaktiv, war also nicht die Antwort auf tatsächliche Widerstandsbereitschaft in der SED. Tatsächlich ging es darum, den Stalinisierungsprozeß in der Massenpartei SED aktiv und präventiv abzusichern: Es ging um die Verwandlung der Mitgliederpartei in ein gegen Dissidenz immunisiertes Instrument der Parteiführung. Solcherart stalinistische Parteiformierung erforderte gemäß dem ambivalenten Zustand der SED in den vierziger Jahren auch die Anwendung terroristischer Methoden. Hier entschlüsselt sich zudem das offensichtliche Mißverhältnis von nur punktueller innerparteilicher Widerstandsbereitschaft und dem beträchtlichen Ausmaß repressiver Energie in den Parteisäuberungen. Der martialische Ton der Anklagen und die große Anzahl verfolgter Parteimitglieder darf keineswegs als Maßstab für die tatsächliche Stärke parteioppositioneller Handlungsbereitschaft in der SED geltend gemacht werden. Der Inhalt von Anschuldigungen und das tatsächliche Selbstverständnis bzw. die wirklichen Handlungen der Verfolgten oder Disziplinierten hatten selten etwas miteinander zu tun. Deshalb war die Verfolgung von sozialdemokratischen oder kommunistischen, vermeintlichen oder tatsächlichen Dissidenten aber weder irrational noch übertrieben. Die Parteisäuberungen waren jenseits ihrer bizarren Selbstlegitimation vielmehr rationaler Ausdruck der Einsicht und Entschlossenheit, Gewalt als Mittel der Zurichtung von Partei und Gesellschaft und im Sinne präventiver Abwendung von Gefährdungen des eigenen Herrschaftsmonopols einsetzen zu müssen. Jedoch wurde das Bewußtsein, Gewalt niemals als einziges Mittel sondern immer zusammen mit ideologischer Konditionierung und kaderpolitischer Weitsicht anzuwenden, fortlaufend mit den Erfahrungen geschärft. Daß man in der Parteiführung und im Apparat sehr wohl lernte, flexibel bei der Auswahl und Anwendung verschiedener Herrschaftstechniken vorzugehen, zeigte die weitere Entwicklung.

Zweitens: Es ist notwendig, eine differenzierte Begrifflichkeit gerade in der Analyse innerparteilicher Dissidenz zu entwickeln. Das Spektrum solcher Dissidenz reichte von spontaner Kritik, bewußter Widerspruchsbereitschaft in systemkonformem oder die Loyalität zur Partei bereits aufkündigendem Sinne über innerparteiliche Opposition bis hin zum organisierten Widerstand. In der Mehrzahl erlagen auch diejenigen Kommunisten, welche dem jeweiligen Kurs der Parteiführung reserviert gegenüberstanden, letztlich dem Druck und der Versuchung aktiver Anpassung an die jeweils herrschende Parteidoktrin. Dagegen blieb die große Zahl anpassungs-

unwilliger Sozialdemokraten überwiegend der passiven Distanz zu der sich ihnen immer mehr entfremdenden SED verhaftet. Anders als bei den zahlreichen anpassungsunwilligen Sozialdemokraten führten die politische Sozialisation und die praktische Erfahrung der wenigen widerstandsbereiten Kommunisten und Linksozialisten jedoch eher zu entschiedeneren Formen der Gegenwehr.

Drittens: Die SED unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD war aus der Sicht der tonangebenden »Moskauer« KPD-Führungsgruppe »zusammengewürfelt« und deshalb im Lichte ihrer Option, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit »Fremdkörpern«. Hinzu trat der Umstand, daß zuvor in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der neuen KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden. Dieses Defizit an stalinistischer politischer Sozialisierung in der SED kombinierte sich mit dem Dilemma, daß die Bevölkerung der SBZ natürlich in erster Linie die SED (wie zuvor die KPD) mit der sowjetischen Besatzungsmacht und ihren Maßnahmen identifizierte und dies häufig beider Ansehen beeinträchtigte. Damit sind die Begründungszusammenhänge für den »Repressionsbedarf« nach den Maßstäben der stalinistischen Führungsfraktion formulierbar: Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste (entscheidende) den Stalinisten zur Verfügung stehende Instrument der Partei- und Gesellschaftsformierung.

Linke Widerstandspraxis und die Verfolgung dissidenter Kommunisten

Die noch in den Anfängen steckende Erforschung linkssozialistischer und kommunistischer Dissidenz erbringt überraschende Einblicke in die beachtliche Widerstandsbereitschaft und Entschlossenheit einer kleinen Anzahl von Zirkeln und Gruppen gegen die Stalinisierung der SED. Daß und wie man sich sowohl auf sowjetischer Seite als auch in dem mit ihr verbündeten Parteiführungsflügel dieses Widerstandspotentials bewußt war, spiegelt etwa die schon im Mai 1946 ergangene Warnung Tjulpanows (Chef der Propagandaverwaltung) und Bokows (Mitglied des Militärarrats) an die Mitglieder des Zentralsekretariats (ZS) Pieck, Ulbricht, Grotewohl vor illegalen Organisationen aus »trotzkistischen Elementen« innerhalb der SED, verbunden mit der Forderung nach operativen Gegenmaßnahmen.¹

Im August 1946 informierte Generaloberst Serow (Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für Fragen der Zivilverwaltung und Geheimdienstchef in der SBZ) Pieck über die Aktivitäten aus der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAP)² in Berlin gegen die Politik der SED. Warnend hieß es, die illegal arbeitenden oppositionellen Gruppen sähen es als ihre Hauptaufgabe an, Leitungen der SED mit ihren Leuten zu besetzen, und sie planten, Flugblätter und Broschüren zu verbreiten. Ihre Aktivitäten sei-

1 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 73f.

2 Die KAP organisierte seit 1920 solche Teile der links-kommunistischen Opposi-

tion der KPD, die über die Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAU) hinaus eine politische Partei für notwendig hielten. Sie zerfiel rasch, und ihre Mitglieder wurden vornehmlich von der AAU und der SPD absorbiert. Ehemalige KAPler in der SPD beteiligten sich 1931 an der Gründung der »Roten Kämpfer«, die als Widerstandsgruppe bis 1937 agierte. – Die AAU wurde 1920 von linkskommunistischen Gruppen als revolutionäre Einheitsorganisation der Lohnarbeiterschaft gegründet. Nach raschem Aufschwung stagnierte die Union und verlor noch vor 1923 an Bedeutung. Wieder vereinigt mit der 1921 abgespaltenen AAU-Einheitsorganisation existierte sie als Kommunistische Arbeiterunion Deutschlands (KAUD) bis zur Zerschlagung durch die Faschisten.

3 Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 77ff.

4 Parteiarchiv RZCHIDNI Moskau, Bestand f17, op.128, d.151, l.120-136; Übersetzung von Elke Scherstjanoi.

5 Ullrich Mählert: »Im Interesse der Sache würde ich empfehlen ...«. Fritz Große über die Lage der SED in Sachsen, Sommer

en gegen die Moskauer Kader und ihre Versuche gerichtet, sowjetische Methoden auf die speziellen Verhältnisse anderer Länder zu übertragen, worin sie das Bestreben sähen, die imperialistischen Ziele der Sowjetunion zu unterstützen. Die in den Pieck-Notizen überlieferten fragwürdigen konkreten Informationen besagen unter anderem, daß gemäß den Aussagen eines verhafteten Mitglieds aus Berlin-Mitte die Berliner Gruppe 200 frühere KPD-Mitglieder zählte und im Juli 1946 die Schöneberger Gruppe auch mit Angehörigen der amerikanischen Armee in der Wohnung eines Mannes namens Weiland zusammenkam.³

Angesichts der naheliegenden Vermutung, diese Warnungen seien zweckvolle Übertreibungen gewesen, ist es sinnvoll, nach der Bewertung linker Opposition in der SED insbesondere in Berlin aus der Sicht der deutschen Parteiführung zu fragen. Solche Fragen hatte offenbar auch die SMAD, wie das Informationsgespräch einer Moskauer ZK-Delegation zur Prüfung der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung mit Hermann Matern (damals Vorsitzender des SED-Landesverbands Groß-Berlin) über die Situation in der Berliner SED am 25.9.46 (nach den SBZ-Septemberwahlen und vor den Oktoberwahlen in Berlin) zeigte: Matern erwiderte auf die Frage Burzews (Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte), ob die wirkliche Einheit der Partei ohne Säuberungen erreichbar ist, wörtlich: »Eine Säuberung ist notwendig ... die Schwierigkeiten mit dem sozialdemokratischen Teil der Partei [in Berlin sind] nicht so groß wie manche denken. Erheblich mehr Schwierigkeiten haben wir auf der Seite der Kommunisten. Fraktionsarbeit wird in Berlin meist von Kommunisten geführt. Außerhalb Berlins ist die Situation umgekehrt. Außerhalb Berlins sind in die SED fast alle Sozialdemokraten eingetreten ... Ein Teil der Sozialdemokraten dort muß entfernt werden, aber jetzt können wir sie nicht rausschmeißen. In Berlin dagegen müssen wir uns mehr mit den Kommunisten befassen. ... In Berlin befinden sich die Hauptopportunisten [gemeint sind sozialdemokratische SED-Kritiker – Th.K.] in der Sozialdemokratischen Partei.« Auf die direkte Frage Panjuschkins (1. Stellvertreter des Leiters der Abteilung Internationale Information des ZK), ob eher ehemalige rechte Sozialdemokraten oder ehemalige linke Kommunisten gefährlicher (insbesondere für die Parteieinheit) seien, antwortete Matern: »Die Ultralinken. ... Eine eigene Organisation [haben sie] nicht, aber sie machen fraktionelle Arbeit ... die größere Gefahr ist die »Linke«, sowohl im organisatorischen, als auch im ideologischen Sinne.«⁴

Dies sind allerdings Indizien dafür, daß unabhängig von der klaren Sicht die eigentlich gewichtige potentielle »sozialdemokratische Gefahr« in der SED das Bewußtsein der akuten Gefährdung durch oppositionelle Linke wach geblieben war. Dies verrät auch schon ein noch früher datierter Bericht Fritz Großes (1945 KPD-Stellvertreter von Hermann Matern für Sachsen) über die Lage in Sachsen vom August 1946,⁵ der Moskau die Bildung eines vom NKWD unabhängigen Parteiabwehrapparats in der SED zur Bekämpfung und zur Beobachtung der Blockparteien vorschlug. Ausgehend davon, daß dies seiner Meinung nach auch von den früheren Sozialdemokraten in der SED gebilligt würde, könne

dieser Apparat dann in eigener Regie auch zur Beobachtung von Trotzlisten, ehemaligen Oppositionsgruppen und Schumacherleuten eingesetzt werden.

Die Entstehung solcher innerparteilichen Abwehrorgane ist inzwischen beschrieben worden.⁶ Ihr Ertrag zur Bekämpfung der Sozialdemokraten ist weithin bekannt. Was nun die operative Arbeit solcher Organe in Richtung der linksoppositionellen Strömungen in der SED und an ihrem Rande erbracht und bewirkt hat, kann hier nur an wenigen Beispielen streiflichtartig skizziert werden.

Eine wichtige Rolle spielten jene Linken, die vor 1945 in eigenen Organisationen der KPD und SPD kritisch, ablehnend oder feindlich gegenüberstanden und den faschistischen Terror oder sowjetische Säuberungen überlebt hatten. Es ist nachweisbar, daß viele Mitglieder ehemals oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, KAP, SAP, Leninbund, AAU)⁷ sowohl in die KPD gingen als auch zu beträchtlichen Teilen (und aus ganz anderen Gründen als die KPD-Führung) die Vereinigung mit der SPD befürworteten. Andererseits sind nicht alle kommunistischen Gegner der Parteienfusion der SED ferngeblieben, sondern entfalteten innerhalb der SED klassisch-sektiererische antisozialdemokratische Aktivitäten ohne jedes Verständnis für die kluge Taktik der moskauorientierten Parteiführungsgruppe zur Neutralisierung der Sozialdemokraten. Für wirklich gefährlich wurde aber offenbar die erste Gruppe von linken Abweichlern gehalten. In der Personalpolitischen Abteilung (PPA) im Zentralsekretariat häufte sich akribisch gesammeltes Material über die Aktivitäten trotzkistischer und anderer »organisierter feindlicher Oppositionsgruppen« an, wie es etwa in einem Bericht vom 9. Januar 1947 heißt. Dort wird für Berlin konstatiert, »daß die Querverbindungen der einzelnen Oppositionsgruppen immer dichter werden.«⁸

Unabhängig von der Betonung der Gefährlichkeit linksoppositioneller Kräfte in der SED schien die SED-Führung allerdings früher von der KPD zur KPO gewechselte Kommunisten (die traditionellen »Rechtsabweichler«) besonders ernst zu nehmen. Bekannt war, daß die KPO früher vor allem in Sachsen und Thüringen starken Zulauf hatte. Tatsächlich haben ehemalige KPOler in beträchtlichem Umfang nach 1945 in allen Besatzungszonen wieder den Kontakt miteinander hergestellt und die politische Lage sowie die organisatorische Zukunft der oppositionellen Kommunisten diskutiert. Schon im Januar 1947, als »eine systematische Beobachtung der feindlichen Gruppen in der Partei ... noch nicht [existierte]«⁹, wurden laut einem »Bericht über Aktivitäten oppositioneller Elemente in Berlin, der Ostzone und den Westzonen« vom 28.1.1948 in fast allen Berliner Stadtbezirken reorganisierte Gruppen der KPO, aber auch Gründungen von Spartakus, der KAP und Zusammenschlüsse trotzkistischer Tendenz – zum Teil mit Beteiligung und unter der Führung von SED-Mitgliedern – ausgemacht. Spätere genauere Erhebungen der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) rekonstruierten zum Beispiel die Versuche der vom Naziterror nicht so stark dezimierten KPOler Berlins, 1946 ihre Verbindungen wiederherzustellen, ohne allerdings die KPO als solche zu reorganisieren.¹⁰ Die ZPKK behauptete im oben erwähnten

1946, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung 1996, S. 215 ff. Berlin 1996.

6 Michael Kubina: »In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...«. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem zweiten Weltkrieg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung September 1996, Heft 3, S. 340 ff.

7 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der »Rechtsopposition« gegründet und von August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) wurde als Abspaltung von der SPD nach deren Leipziger Parteitag im Oktober 1931 gegründet. Sie trat für die Aktions-einheit der Arbeiterklasse ein und war relativ gut auf die Illegalität während der Nazi-Zeit vorbereitet. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksopposition um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an.

8 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiar-chiv der SED (im folgenden: SAPMO-BArch, ZPA) IV 2/4 - 380.

9 Ergänzung zum Bericht über organisierte feindliche

Oppositionsgruppen, SAPMO-BArch ZPA IV 2/4 - 385.

10 Vorläufiger Bericht über die KPO Berlin vom 11.8.1951, verfaßt von Paul Laufer, ZPKK, in: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 385.

11 Ebenda.

12 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

13 Paul Elflein: Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein, Hamburg 1978, S. 110 ff.

Bericht, die Taktik der KPOler in der SED bestünde darin, kleine Gruppen zu bilden, die Unzufriedenen in der SED kennenzulernen und daraufhin mit ihnen direkte Verbindung aufzunehmen. So ist leicht nachvollziehbar, wie ängstlich die Parteiorgane von Anfang an nach Beispielen solcher in der Tat erfolgversprechenden und klugen Taktik Ausschau hielten. Im ZPKK-Bericht heißt es jedoch auch, daß aus Befragungen ehemaliger KPOler hervorging, sie lehnten in der Mehrzahl nach 1945 die Aufrechterhaltung ihrer Partei oder eine Fraktionsarbeit in der SED ab. Die Parteiakten dokumentieren trotzdem schon sehr früh Maßnahmen gegen solche Mitglieder, so gegen die 1947 aus der SED ausgeschlossene und aus der Volksbildung entfernte Käthe Draeger, KPO-Aktivistin in der illegalen Arbeit nach 1933, oder gegen den seinem Parteiausschluß durch Austritt zuvorkommenden Heinz Krause, aufgefallen als Verteiler von KPO-Material, durch seine kritische Haltung zur SED-Politik und gegenüber Stalin sowie als Verfechter der Aufrechterhaltung einer KPO-Fraktionstätigkeit in der SED.¹¹

Exemplarisch war die Abrechnung mit dem früheren KPD-Landtagsabgeordneten, dann KPO-Reichsleitungsmitglied und späterem SED-Mitglied Alfred Schmidt. Der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands, Hans Jendretzky, unterrichtete die PPA des ZS im Juli 1947 von seinem Vorhaben, mit Hilfe des SED-Landesvorstands Thüringen den dortigen Vorsitzenden der IG Nahrung/Genuß/Gaststätten auszubooten. Nach dessen Absetzung im August 47 wurde dieser linke Kritiker der sowjetischen Besatzungs- und Reparationspolitik im Juni 1948 wegen Reorganisation der KPO in Erfurt und Teilnahme am Aufbau der KPO in Thüringen aus der SED ausgeschlossen und einige Tage später mit anderen zusammen von der sowjetischen Besatzungsmacht in Erfurt verhaftet.¹² Tatsächlich hatte Schmidt seit 1945 die Kader in Erfurt gemäß dem aus dem antifaschistischen Widerstandskampf bewährten KPO-System in Fünfergruppen organisiert und sorgte so auch für die Verbreitung der von Theodor Bergmann eingeschleusten Diskussionsmaterialien. Neben Schmidts Gruppe hörte man auch von Saalfelder Parteimitgliedern, die des Troztkismus verdächtig wären und die illegale Zeitschrift »Neues Beginnen« (von der noch die Rede sein wird) bezögen. Schmidt wurde von einem sowjetischen Militärtribunal wegen antisowjetischer Propaganda zum Tode verurteilt und dann zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Schmidts KPO-Genosse Paul Elflein aus Saalfeld wurde im September 1948 aus der SED ausgeschlossen und entkam seiner drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Westdeutschland.¹³

In seiner Bautzener Strafhaft sollte Schmidt später auf Oskar Hippe treffen, den die SMAD im September 1948 in Halle festgenommen und wegen antisowjetischer Propaganda sowie illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren verurteilt hatte. Er wollte die linke Opposition durch Unterstützung von Gruppenbildungen in Weißenfels, Merseburg, Leuna und im Mansfeldischen organisieren. Auch er war zeitweilig mit der Gruppierung verbunden, die unter Leitung des bereits erwähnten Weiland das Blatt »Neues Beginnen« herausgab.

Zu Oskar Hippe hieß es schon in einem wahrscheinlich Anfang

1947 erstellten undatierten Bericht: » ... wahrscheinlich der gefährlichste. Hippe war bereits vor 1933 in trotzkistischen Gruppen organisiert. ... Große Erfahrung im Aufbau illegaler Gruppen.«¹⁴ Tatsächlich war Hippe nach seinem KPD-Ausschluß 1929 Mitglied des Leninbunds und ging 1930 in die trotzkistische »Vereinigte Linke Opposition«. Dort war er 1933 Mitglied der Reichsleitung in Berlin. Gemäß einer Vereinbarung der überlebenden Trotzlisten, vorerst in der KPD zu wirken, wurde er 1945 in zwei Westberliner KPD-Ortsgruppen nacheinander politischer Leiter und Instruktuer. Mit der Klarstellung seiner Unterbezirksleitung, ehemals aus der KPD ausgeschlossene Mitglieder könnten nicht aufgenommen werden, war dieses Kapitel für Hippe schnell erledigt. Auch die Mitarbeit Hippes in Weilands »Sozialistischer Arbeitsgemeinschaft« – einem Versuch der Zusammenführung und konzeptionellen Debatte von oppositionellen Linken verschiedener Tendenz – wurde 1946 bald wieder eingestellt. Die nach dem Krieg mühsam wiedererstehende trotzkistische Gruppe »Internationale Kommunisten Deutschlands« (IKD) gab ein eigenes hektographiertes Blatt »Der Marxist« als ihr Berliner Organ heraus. Die Arbeit der IKD in Mitteldeutschland und die Einschleusung von politischem Material organisierte Hippe mit Hilfe von Emil Bohn aus dem Weiland-Kreis und seinen alten Verbindungen. Oskar Hippes Verhaftung erfolgte wenige Tage nach seinem öffentlichen Auftritt auf der großen Funktionärsversammlung der ÖTV in Berlin-Friedrichshain, auf der er die Politik der Besatzungsmächte kritisierte.¹⁵

Auch die KAP regte sich insbesondere in Berlin. Der Kopf eines zentralen Kreises von Berliner KAP-Leuten mit internationalen Verbindungen namens Jahn aus Berlin Friedrichshain wurde im August 1947 mittels V-Mann-Arbeit eingeschätzt als »unbestechlich trotz schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse ... Bei eventueller Verhaftung würde mit Gewalt oder Drohungen nichts erreicht werden ... Teilnehmer an den Spartakus-Kämpfen, Hamburger Aufstand, ... KAP, gemeinsame Arbeit mit oppositionellen SPD-Genossen, ... zeitweise mit Trotzlisten, Korsch, Ruth Fischer, ... Münzenberg.« Arbeitsweise und Mitgliederstruktur der KAP-Organisation wurden beschrieben als »völlig konspirativ«, »in Vierergruppen organisiert«, »mit Decknamen und in SED, SPD, FDGB verankert, überwiegend OdF«.¹⁶

Auch die schon erwähnte Gruppe »Neues Beginnen« Alfred Weilands hat Wurzeln in der KAP, jedoch ging dieser Versuch weit über die Revitalisierung einer alten Struktur hinaus. Berichte über die Weiland-Gruppen in Ost- und Westberlin sind seit Juli 1946 (von der SED-Kreisleitung Kreuzberg an die PPA des LV Berlin)¹⁷, verstärkt ab September 46 nachweisbar.

Weilands politische Biographie führte seit den zwanziger Jahren über die KAP, AAU, KAU, schließlich 1945 in die KPD, wo er bereits 1945 an der illegalen KAU-Revitalisierung mitwirkte. 1946 in der SED arbeitete er für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung sowie 1947 beim Aufbau des Instituts für Publizistik in Ostberlin. Die schon erwähnte ab Sommer 1946 einsetzende Gruppenarbeit erfolgte ab Ende 47 infolge der zunehmenden Überwachung auch verstärkt konspirativ. Sie vereinte vor allem ehemalige

14 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

15 Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Operativ-Vorgang »Renegat«, Archivnummer 943/61.

16 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

17 Michael Kubina, a. a. O., S. 368.

18 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380. – Vgl. auch: Sylvia Kubina: Die Bibliothek des Berliner Rätekomunisten Alfred Weiland (1906-1978), Veröffentlichungen der Universitätsbibliothek der FU Berlin, Juni 1995.

19 Hierfür und für das Folgende siehe: SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

KAP-, ISK- und SAP-Mitglieder zur Verdichtung ihres Berliner Organisationsnetzes (Schöneberg, Steglitz, Lichtenberg, Prenzlauer Berg) und besaß Verbindungen nach Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Schwerin, Hamburg, Braunschweig und Stuttgart.¹⁸ Akribische, wenngleich unprofessionell erarbeitete Informationen über Weiland gingen an die Berliner PPA, die auch ausführliche Informationen über dessen Anstrengungen zur Integration linkssozialistischer Kräfte in den Westzonen von Informanten aus der Westarbeit erhielt. Spitzelberichte liefern ein sehr plastisches Bild über die Arbeitsinhalte, die politische Profilierung und die Verbindungen dieser Gruppe.

Trotz der zum Teil heftigen Debatten zwischen Alfred Weiland und Oskar Hippe zur Einschätzung der UdSSR, der sowjetischen Militäradministration in Deutschland sowie zur Konzeption der eigenen politischen Arbeit in der SED wurde man sich in diesem Kreis bezüglich einiger wichtiger Fragen durchaus einig. So wurde gemäß diesem Diskussionsstand die Auffassung vertreten, in der Sowjetunion habe sich die Partei zum Instrument einer inzwischen herrschenden Bürokratie verwandelt, welche die Interessen des eigenen Landes höher stelle als die Interessen des Weltproletariats. In der Gruppe setzte sich 1946/47 auch Weilands Auffassung durch, daß es »notwendig (sei), daß wir in den politischen Parteien immer revolutionär zu arbeiten haben, entweder in der SED oder in der SPD. ... Wem es aber nicht gegeben ist, in den Parteien zu arbeiten, der soll in die Gewerkschaften oder in andere Organisationen gehen ... «.¹⁹

Den Weiland-Gruppen gehörten Mitglieder der SED, der SPD und der KPD an. Diskutiert wurde insbesondere die Verlegung der Gruppenkader weg von den scharf kontrollierten Parteien hin zur Basisarbeit im FDGB. In einem im Juni 1950 in der ZPKK verfaßten resümierenden Bericht hieß es dann schon: »In der ersten Hälfte 1948 stellten wir durch eine vertrauliche Verbindung fest, daß über die gesamte damalige sowjetisch besetzte Zone ... eine trotzkistische Organisation existiert, der, soweit wir feststellen konnten, ausnahmslos Funktionäre unserer Partei bzw. der staatlichen Verwaltung angehörten.« Alfred Weiland bemühte sich auch um die Zusammenarbeit mit der trotzkistischen Gruppe »Neuer Spartakus« und anderen Berliner KAP-Leuten. Seinem drohenden Parteausschluß kam er im Mai 1948 durch Austritt zuvor.

Ein weiteres führendes Gruppenmitglied, der KAP-Mitbegründer Karl Schröder, war Leiter der Volkshochschule Neuköln, was der Gruppe die Verbreitung ihrer theoretischen Positionen durch Schulungsabende erleichterte. Der Hallenser Emil Bohn saß in der Abteilung Handel und Versorgung der Provinzialregierung, ein weiteres Gruppenmitglied in der Deutschen Verwaltung für Volksbildung. Zum politischen Profil des Zusammenhangs wurde eingeschätzt: »In der Gruppe Weiland wird versucht, eine Plattform auszuarbeiten. ... Ideologische Abgrenzung von der Sowjetunion. SED in Deutschland und kommunistische Parteien sind mehr denn je der verlängerte Arm der sowjetischen Außenpolitik.« Eine im Bericht zitierte Spitzelinformation vermeldete: »Hippe hat in der letzten Besprechung bei Weiland in Schöneberg darauf hingewiesen, daß die SED versuche, die Oppositionsbewegung in den westlichen

Sektoren Berlins genau zu beobachten und Anschluß an die Gruppen zu bekommen. Aus konspirativen Gründen soll ... nur noch in der jeweiligen Gruppe gearbeitet werden. Zu Sitzungen in Schöneberg sollen nur von Fall zu Fall Bezirksdelegierte entsendet werden.« Besonders provozierend war natürlich, daß der Kreis um Weiland eine eigene nicht lizenzierte hektographierte Zeitung »Neues Beginnen – Blätter Internationaler Sozialisten« herausgab, die in Weilands Wohnung in Schöneberg fabriziert und an vielen Orten in den Westzonen nachgedruckt wurde. Überdies gelang es ihm, das MWD durch gefälschte Spitzelberichte zu desorientieren.²⁰

Das von den Sicherheitsorganen dann zerschlagene Gruppennetz hatte weit über Berlin hinaus erheblichen Umfang, wie man vorsichtig aus den Untersuchungsprotokollen²¹ schließen kann.

Am 11. November 1950 fand die vom MWD in Auftrag gegebene Entführung Weilands aus Westberlin statt.²² Das MWD verhörte Weiland ein Jahr lang in Berlin-Lichtenberg und Karlshorst; weitere Verhaftungen in Berlin, Magdeburg, Halle und anderen Orten folgten. Der vom MWD verfolgte Spionageverdacht gegen Weiland wurde 1951 niedergeschlagen, Weiland dem MfS übergeben und im August 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus sowie 10 Jahren Sühnemaßnahmen wegen Boykotttätze und Spionage verurteilt.²³ Neun Mitangeklagte (unter anderem Emil Bohn) erhielten Strafen von 2-10 Jahren.

Eine recht bizarre Episode stellt die sich von 1947 bis 1952 hinziehende Bearbeitung von Anhängern der anarchistischen »Freien Arbeiterunion Deutschlands« (FAUD) dar.²⁴ Die Abteilung Untersuchung der PPA Sachsen meldete bereits 1948 an Bruno Haid in der Berliner Zentrale, daß namentlich bekannte ehemalige FAUD-Aktivisten aus Sachsen, Berlin und Thüringen seit 1947 ihre Verbindungen reaktivierten. Die SMAD übernahm den Fall Ende 1948, gab ihn aber wieder an die SED zurück. Nachdem 1949 der Dresdner V-Mann der PPA in der FAUD abgehängt wurde, informierte Anfang 1950 der sächsische Landesvorstand Paul Laufer von der ZPKK darüber, daß die Sache der Polizei übergeben worden war. Die Untersuchungsrichtung (Agententätigkeit) veranlaßte die Polizei zu der Empfehlung an die Parteigremien, mit der Entfernung der Delinquenten aus der SED noch zu warten, um die Ermittlungen nicht durch dann erfolgende Verdunklungshandlungen derart Vorgewarnter zu stören. Selbst als die LPKK Sachsen ab 1951 dann mit dem inzwischen installierten MfS korrespondierte, da sie die FAUDler immer noch nicht loswerden konnte, fruchtete dies nichts. Noch im Jahr 1952 finden sich vergebliche Anfragen der ZPKK an die BPKK Dresden, wie denn nun die Angelegenheit beendet wurde. Und dieses Ende ist in den ZPKK-Akten nicht dokumentiert.

Gegenüber den naiven Versuchen mutiger Sozialdemokraten und auch einiger Kommunisten, innerhalb der SED in den 40er Jahren innerparteilich offen zu opponieren, also »parteioppositionell« wirken zu wollen, wußten die Klardenkenden unter den wenigen handlungsbereiten dissidenten Kommunisten jener Zeit genau, daß nicht »Opposition« in, sondern Widerstand gegen die immer mehr stalinistisch dominierte SED geboten war. Und da sie aus eigener Er-

20 Ebenda. Siehe auch: Sylvia Kubina, Weiland, a.a.O.

21 Zu Weiland u. a. siehe BSTU, ZA AU 258/52 und ZA AS 102/77.

22 Für das folgende siehe auch Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979, S. 63 u. 580 und: Der Staatssicherheitsdienst, BM für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.), Bonn/Berlin 1962, S. 143-148 (Erlebnisbericht Weilands).

23 Weiland wurde nach Verminderung seiner Strafe auf 8 Jahre am 8. November 1958 nach Westberlin entlassen.

24 SAPMO-BArch, ZPA IV 2/4 - 380.

fahrung die in die SED überführte Thälmannsche KPD sehr genau kannten, wußten sie auch, daß dies unter den gegebenen Kräfteverhältnissen konspirativ und durch den Aufbau eigener Strukturen – also unter Berücksichtigung der wirklichen herrschenden Bedingungen in der SED – am effektivsten zu tun war. Im Bewußtsein des eigentlichen Zwecks solcher Techniken – nämlich: die Bevölkerung zu erreichen – standen sie neuerlich vor folgenden Fragen:

Erstens: Bis wann war die Bevorzugung entristischer Methoden gegenüber der Bildung eigener Organisationen vertretbar?

Zweitens: Wie weit wollte man in der Praxis antistalinistischer Bündnispolitik im Lichte der Erfahrungen der linken Splittergruppen am Ende der Weimarer Republik gehen?

Das frühe Scheitern einer »dritten Kraft« in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD wird immer wieder und durchaus nicht zu Unrecht mit stalinistischem Terror, russischer und amerikanischer Interessenlage sowie durchgängig präsentem Antikommunismus erklärt. Doch zeigt die Geschichte auch des linken antistalinistischen Widerstands in der SBZ/DDR, daß die sektiererischen Tendenzen um so größer wurden, je kleiner die Gruppen und auswegloser ihre Lage war. Das Einigende – nämlich der negative Bezug auf SED (oder SPD) – konnte die Defizite der Herausarbeitung einer kooperativen Praxis, Theorie und organisatorischen Konsistenz nicht aufwiegen. In Kombination mit den erstgenannten Faktoren war ihr Scheitern also folgerichtig.

Säuberungen

Die Verhaftungen von Schmidt, Hippe und anderen sind durchaus im Kontext der Mobilmachung vom Sommer 1948 zu sehen. Der Parteivorstand sonderte neben dem Beschluß zur Jugoslawienfrage auch den ersten Säuberungsbeschluß zum beschleunigten Parteiausschluß für partei- und sowjetfeindliche Mitglieder ab. Im August folgte die erste öffentliche Drohung unter anderem gegen die Trotzlisten und »KP-Null-Leute«, wie es im ND vom 22.8.1948 hieß. Als 1949 die systematischen Säuberungen in der SED begannen, verfügte die Parteiführung bereits über ein wirksameres Instrument, als es die Materialsammler der Abwehrreferate bei den Personalpolitischen Abteilungen sein konnten. Nach dem Beschluß zur Umformung der SED in eine »Partei neuen Typs« durch die 10. Tagung des Parteivorstands im Mai 1948 beschloß das gleiche Gremium im September die Bildung von Parteikontrollkommissionen auf allen Ebenen. Die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) begann mit ihren Gliederungen auf Landes- und Kreisebene nach deren personeller Konstituierung erst Anfang 1949 tatsächlich zu arbeiten. In der »Entschließung der Tagung der Parteikontrollorgane am 3. und 4. September 1949« hieß es über die Situation in der Partei bereits: »Wo trotzlistische und Ostbüroeinflüsse die Ursache [des Versagens oder einer falschen Politik – Th. K.] sind, muß die Parteikontrolle eingreifen und deren Träger vor der Mitgliedschaft entlarven, die Leitungen auf diese Zustände aufmerksam machen. So helfen wir der Partei, die Beschlüsse durchzuführen und erziehen sie zur Wachsamkeit gegenüber Abweichungen von der Generallinie der Partei und zum Kampf gegen feindliche Einflüsse und

gegen die Arbeit anglo-amerikanischer Agenturen.«²⁵ Hier wird schon ganz im Sinne des neuen KOMINFORM-Kurses²⁶ die ultimative Verbindung von Linienabweichungen mit Feind- und Agententätigkeit formuliert.

Doch was ab Oktober 1949 im großen Stil seitens der ZPKK zunächst gegen Westemigranten sowie ehemalige Kriegsgefangene der Westalliierten oder Jugoslawiens und dann (ab August 1950 im Kontext mit der Field-Sache) wieder verstärkt gegen die ehemaligen Splittergruppler in den Apparaten eingeleitet wurde, hatte schon nichts mehr mit nennenswerten Widerstands- oder Oppositionsaktivitäten zu tun. Dies gilt um so mehr für die Mitgliederüberprüfung des Jahres 1951. Die nun offen betriebene Stalinisierung der Partei sollte insbesondere mit dem Instrument der Zentralen Parteikontrollkommission sowohl die Verwandlung des SED-Apparats in den einer stalinistischen Kaderpartei als auch des Mitgliedskörpers in den einer disziplinierten Massenpartei bewirken. Der kaderpolitische und erziehungspolitische Zweck war dabei stets von einem »linienpolitischen« Aspekt, nämlich dem »Durchstellen« neuer Formierungsziele begleitet, welche die Kader- und Massenpartei in die Gesellschaft hinein vermitteln sollte.

25 Ebenda.

26 Mit der im Juni 1948 verabschiedeten »Anti-Tito-Resolution«, welcher sich das SED-Zentralsekretariat im Juli anschloß, verschärfte das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien (KOMINFORM) den rigiden Kurs einer durchgehenden Stalinisierung aller kommunistischen Parteien des unmittelbaren sowjetischen Einflussesbereichs.

HERBERT MAYER

Parteisäuberungen in der bundesdeutschen KPD – Ein westeuropäisches Fallbeispiel

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

1 Komintern und Partei. Auswahl von Dokumenten und Materialien, Berlin 1986, S. 83. In den »Thesen über die Bolschewisierung« 1925 wurde gewarnt, die KPD »kann nicht in allem ebenso handeln wie die KPR (B), z. B. in der Frage der Parteisäuberung und der Aufnahmebedingungen in die Partei« (ebenda, S. 2239).

2 Vgl. dazu und den folgenden Angaben zu den Parteisäuberungen in der SED u. a.: T. Klein: Parteisäuberungen und Widerstand in der SED, in: T. Klein/W. Otto/P. Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt 1996, S. 15 ff.; W. Otto: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: ebenda,

Zum Erbe, zur Vorgeschichte der PDS gehören sowohl die Geschichte der SED als auch – zumindest in Teilen – die der bundesdeutschen KPD. Parteisäuberungen entstammen ausschließlich dem kommunistischen Erbe der PDS-Vorgeschichte, waren für SED und KPD charakteristisch. Parteisäuberungen bzw. Parteidreinigungen sind von der kommunistischen Bewegung selbst geprägte Begriffe, praktisch durchgeführt wurden sie erstmals in der KPR (B) und in der Komintern. Wenn der Stalinismus historisch nicht unvermeidlich war, so gilt das auch für Parteisäuberungen. Selbst die Aufnahmebedingungen der Komintern boten noch Möglichkeiten für einen anderen Entwicklungsweg. Die entsprechenden Punkte bezogen sich auf die »gegenwärtige Epoche des verschärften Bürgerkrieges« und darauf, daß legale Parteien »von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Partei vornehmen (müssen), um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu reinigen.«¹ Parteisäuberungen schufen einerseits die Bedingungen für die Ausformung des kommunistischen Parteityps, andererseits bot dieser die Basis für regelmäßige Parteidreinigungen.

Im folgenden verstehe ich unter Parteisäuberungen in der KPD der BRD/Westzonen nicht auf einzelne Mitglieder der KPD beschränkte, sondern einen Komplex systematisch betriebener Disziplinierungsmaßnahmen wie: Parteistrafen, Funktionsenthebungen, Ausschlüsse, angeordnete Übersiedlungen in die DDR und staatliche Repressivmaßnahmen in der DDR. In der KPD waren die Parteisäuberungen geprägt durch die besonderen Existenzbedingungen dieser Partei: Sie wirkte als Oppositionspartei in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik und stand in enger Verbindung mit der SED, der machtausübenden Partei in der sowjetischen Besatzungszone/DDR. Entwicklungen in der SED schlugen zwangsläufig, wenn auch modifiziert, auf die KPD, die erst seit April 1948 einen eigenen Parteivorstand hatte, durch. Bis Januar 1949 verstand sie sich offiziell als Teil der SED, aber auch dann war ihre Eigenständigkeit eingeschränkt, die SED bestimmte weiter maßgeblich Politik und Kaderentscheidungen der KPD.

Zu den Säuberungen in der SED können nur einige Stichworte genannt werden. Vereinzelt Säuberungen 1946/47 folgte die erste größere Säuberungswelle 1948/49.² Unter der Flagge der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs bekämpfte sie vermeintliche Schumacherelemente, Trotzismus und Titoismus, Agenten

und Spione. Die seit Mai 1949 in Osteuropa inszenierten Schauprozesse gegen prominente Parteiführer und Staatsführer wie Kostoff und Rajk forcierten die Säuberungswelle in der SED, wobei Noel Field die zentrale Rolle einnahm. Ich erinnere an Paul Merker und damit verbundene Entwicklungen.³ In der Parteiüberprüfung von Januar bis 30.11.1951 verfügte die SED mehr als 150.000 Ausschlüsse und Streichungen. Nach ihren Beschlüssen zum Slansky-Prozeß wurde ein Schauprozeß vorbereitet. 1952/53 trat als neuer Aspekt der Säuberungsmanie der Antizionismus hinzu. Selbst nach Stalins Tod ging die Suche in der SED nach neuen Feinden weiter. Auch war bis 1954 eine rasante Kaderrotation durchgeführt. 1956 erfolgte nur halbherzig eine Verurteilung des Terrors gegen Parteimitglieder, die eigentlichen Ursachen und Mechanismen wurden nicht angesprochen, die Aufhebung der Strafen war keine echte Rehabilitierung.⁴

Die KPD bildete ein Scharnier zwischen osteuropäischen Parteien, die sich an der Macht befanden, und westlichen Parteien, die seit 1947 und dem Beginn des Kalten Kriegs durchweg in der Oppositionsrolle waren. Was durch die SED aus der Sowjetunion bzw. Osteuropa nach Deutschland importiert war, fand in der KPD seine westeuropäische Ausführung. Daß Parteisäuberungen in den kommunistischen Parteien auch nach Auflösung der Komintern weitergingen, zeigt ein nur flüchtiger Blick auf die Geschichte kommunistischer Parteien westlicher Länder: auf Frankreich, Griechenland, Japan, Norwegen oder Spanien.⁵ Als Vorwand für die Säuberungen diente zunächst die KP Jugoslawiens, aber in dieser gab es selbst über 60.000 Ausschlüsse und 30.000 Parteistrafen für Anhänger des Kominform und für Gegner Titos. In der FKP griff die Parteiführung gegen Tito-Sympathisanten schnell durch, 1950 wurde ein Großteil der Mitglieder und Kandidaten des ZK nicht wiedergewählt (vorwiegend bewährte Résistance-Kämpfer), die bekanntesten Beispiele für Funktionsenthebungen und Ausschlüsse sind die Politbüromitglieder André Marty und Charles Tillon. Die KP Österreichs stellte sich sofort hinter die Kominformbeschlüsse, ganze Organisationsteile wurden des Titoismus beschuldigt, Ausschlüsse betrafen z. B. besonders Kärnten, wo viele Slowenen Parteimitglied waren, die Steiermark und den kommunistischen Jugendverband, die FÖJ mit ihrem Vorsitzenden Otto Bricchacek und weiteren 37 Bundesvorstandsmitgliedern. In den Sog des Rajk-Prozesses geriet die illegale KP Spaniens, ZK-Mitglied Monzon wurde beschuldigt, Agent und Verbindungsmann zu Field gewesen zu sein, 1952 folgte der Ausschluß der Politbüro-Mitglieder Comorera und Antón, der bis 1948 Lebensgefährte von Dolores Ibarruri war. Die KP Japans spaltete sich nach Auseinandersetzungen über einen Kominform-Beschluß zu Japan 1950, das ZK wurde aufgelöst bzw. es wurden 7 Mitglieder ausgeschlossen.

Es zeigt sich: 1) Quelle und Ziel der Parteisäuberungen können nicht, wie oft erklärt, primär darin liegen, ihre Ursache vor allem darin zu haben, das stalinistische Herrschaftssystem nach innen absichern zu müssen. 2) Sie waren auch nicht primär ein Resultat des Kalten Kriegs, der aber Umfang und Art und Weise beeinflussen haben dürfte. 3) Vielmehr waren Säuberungen immanentes Struk-

S.152 ff.; H. Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, Opladen 1997; A. Klein: Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt 1951, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1993, S. 14 ff.

3 Vgl. dazu insbesondere die Arbeiten von Wolfgang Kießling, u. a.: W. Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Ders.: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, in: hefte zur ddr-geschichte 25, Berlin 1995.

4 Die Kommission zur »Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern und ehemaligen Parteimitgliedern« gestand zwar gewisse Fehler zu, insgesamt wurden aber die Tatsachen beschönigt, da in der DDR kein Rajk-Prozeß stattgefunden habe. Auch wurde behauptet, es habe keine Auswüchse des Personenkults gegeben. – Vgl. hierzu: Zur Entlassung werden vorgeschlagen. Wirken und Arbeitsweise der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, Berlin 1991; SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956, Berlin 1990. Siehe auch: W. Otto, a.a.O.

5 Die folgenden Darlegungen und Angaben stützen sich auf: Kommunisten verfolgen Kommunisten (Hrsg. von H. Weber/D. Staritz). Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 87 ff.; 454 f.; 488 f., 544 f.; »Ich habe den Tod verdient.«

(Hrsg. V. W. Maderthaler/
H. Schafranek/B. Unfried),
Wien 1991, S. 57 ff., 67 ff.,
160 ff.; 171 ff., 207 ff.;
Die Kommunistische Partei
Österreichs. Beiträge zu
ihrer Geschichte und Politik,
Wien 1987; P. Robrieux:
Histoire intérieure du Parti
communiste, Bd. 2, 1945-
1971, Paris 1981; Fifty
Years of the Japanese Com-
munist Party, Tokyo 1980,
S. 139 ff.; I. I. Kovalenko:
Kommunističeskaja parti-
ja Japonii, Moskau 1987,
S. 319 ff. In Norwegen wur-
de der frühere Parteiführer
Furobotn als Trotzkiist aus
seinen Funktionen gedrängt.
Die KP Griechenlands
schaltete 1948/49 kommuni-
stische Führer des Bürger-
krieges (Markos Vafiades,
J. Jannoulis, Nikos Ploumbi-
dis) aus.

tur- und Funktionselement marxistisch-leninistischer Parteien, resultierten aus dem kommunistischen Parteiverständnis und der Parteienpraxis, wurden (wo es die Möglichkeit gab) auf das Gesellschafts- und Staatssystem übertragen.

Ich kann hier nur einige Gemeinsamkeiten der Parteireinigungen nach 1945 erwähnen:

Zu diesen gehören der Inhalt der Anschuldigungen und ihre politisch-ideologische Motivierung (Trotzkismus, Titoismus usw.); die Disziplinierungsfunktion; die Funktion und das Ziel, die Macht und Kontrolle der Führung und des Apparats über die Partei zu sichern; die angewandten organisatorischen, disziplinarischen und politischen Mittel und Methoden; das aus Parteitreue resultierende Verhalten vieler Beschuldigten, ihr bis zur Selbstaufgabe reichendes Fehlerbekenntnis; die Reaktion (Distanzierung) gegenüber den Beschuldigten, die Hinnahme der Säuberungen durch die Mitgliedschaft, da sie als Abwehr von Angriffen, Verleumdungen und Feindarbeit verstanden wurden. Beschuldigte und Beschuldiger waren austauschbar, die Logik und Konsequenz der Säuberungen ließ einst Verantwortliche selbst in die Säuberungsmühlen geraten.

Die Säuberungen in den westlichen Parteien hatten zugleich gegenüber Osteuropa ihre Spezifika: Ein gravierendes Element – die Unterstützung und Vollstreckung der Parteireinigung durch staatliche, durch juristische oder Sicherheitsorgane, die Schulterpresung, Verurteilung und Haft durch staatliche Repressivmaßnahmen – entfiel. Die Säuberungsmaßnahmen reduzierten sich auf innerparteiliche Mittel. Die physische Vernichtung war nicht möglich, der politisch-moralische Druck, die politisch-moralische Diskreditierung der Beschuldigten blieb. Inhaltlich bestand keine völlige Identität, die Vorwürfe mußten entsprechend der jeweiligen Parteigeschichte und Situation modifiziert werden. Säuberungen konnten sich nicht gegen Westemigranten richten, ausgeschaltet wurden meist die Kader der antifaschistischen Widerstandsbewegung zugunsten der Emigration in der Sowjetunion. In den westlichen kommunistischen Parteien (Ausnahme Österreich) hatten sowjetische Organe keine Möglichkeit, unmittelbar einzugreifen. Offen bleibt, ob einzelne Parteien möglichen sowjetischen Vorgaben folgten (bzw. folgend mußten) oder aus eigener Initiative handelten. Auch konnte im zeitlichen Ablauf keine Identität bestehen, er war offenbar vom Informationsstand und davon abhängig, wieweit die jeweilige Parteiführung willens war, der »internationalen Generallinie« zu folgen, und wieweit sie fähig war, sie in der Partei und Mitgliedschaft durchzusetzen.

In den Parteisäuberungen der KPD Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre treten vier Phasen hervor:⁶ 1) Tito-Kampagne und Mitgliederkontrolle ab Herbst 1948; 2) die Zeit nach der Bundestagswahl August 1949 und der 14. Tagung des KPD-Parteivorstandes im Dezember 1949; 3) die Säuberungen seit Sommer 1950 bis zum KPD-Parteitag im März 1951, dem Höhepunkt der Säuberungen; 4) Die Zeit nach dem Parteitag 1951.

Zur Periode von 1948/49:

Systematische Parteisäuberungen der KPD begannen faktisch 1948

6 Ausführlicher vgl. zum folgenden H. Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD und der Mitwirkung der SED, hefte zur ddr-geschichte 29, Berlin 1995.

mit den Beschlüssen des Parteivorstands über die Mitgliederkontrolle vom August 1948 und zur »Tito«-Kampagne von September,⁷ obwohl es auch vorher Parteiverfahren und Ausschlüsse gab. Mit geringem zeitlichen Verzug folgte die KPD analogen Beschlüssen der SED. Die Titoismus-Kampagne ging maßgeblich von der SED aus,⁸ fiel aber in der KPD auf fruchtbaren Boden. Die KPD reagierte damit zugleich auf die Vorwürfe der SED, daß einem großen Teil der KPD ideologische Klarheit und das Bewußtsein von der Richtigkeit der Politik der Partei fehlten. Wilhelm Pieck erklärte zur Mitgliederkontrolle zwar, das Ziel sei »nicht Parteisäuberung, sondern Aktivierung«⁹, aber es erfolgten dennoch bereits mechanisch Ausschlüsse im Sinne einer Parteireinigung. Als die KPD im Mai 1949 die Mitgliederkontrolle abschloß, hatte sie trotz berücksichtigter Zugänge 64.532 Mitglieder gegenüber Juni 1948 verloren, das waren fast 23 Prozent. In dieser Parteireinigung hatten die meisten Landesverbände einen Mitgliederschwund zwischen 20 und 25 Prozent. Der stärkste Landesverband Nordrhein-Westfalen zählte nun 88.000 Mitglieder und hatte über 26.000 Mitglieder verloren.¹⁰

Funktionsenthebungen von Spitzenfunktionären, so von Karl Hauser (er war Mitglied des SED- und des KPD-Parteivorstandes), blieben die Ausnahme.¹¹ Der KPD-Vorstand warnte jedoch die Landesverbände am 24. Juni 1949 in einer nicht veröffentlichten Resolution über die innerparteiliche Lage in Hamburg: »Gegenüber den vom Klassenfeind in die Partei gesandten trotzkistischen Agenten oder sonstigen (im Gewande der Trotzki-Gruppen, KPO, SAP, Tito-Gruppen) feindlichen Nachrichten- und Zersetzung-Agenturen muß höchste Wachsamkeit entwickelt werden.«¹²

Zur Phase 1949/50:

Die SED-Führung forderte im August 1949 von der KPD, die Partei von »Agenten« zu säubern sowie eine »Überprüfung der Landesvorstände«, die »ideologische Ausrichtung« der KPD müsse »bis zu ihrer Säuberung und zu Ausschlüssen« gehen.¹³ Der KPD-Vorstand machte sich diese Position im September 1949 zu eigen. Herbert Müller und Georg Fischer mußten, als Tito-Agenten deklariert, aus den Landessekretariaten von Rheinland-Pfalz bzw. Bayern ausscheiden, ihrem Parteiausschluß kamen sie durch Austritt zuvor. Herbert Müller, der Fraktionsvorsitzender in Rheinland-Pfalz war, wurde u.a. vorgeworfen, sich offen mit Bucharin, Sinowjew, Tito und Rajk solidarisiert zu haben.¹⁴ Bis zum Jahresende 1949 erfolgten gravierende Eingriffe in alle Landesorganisationen. Die Begründungen unterschieden sich kaum. Verheerend wirkte sich die 14. Tagung des KPD-Parteivorstands im Dezember 1949 aus, vor allem die Resolution »Die ideologisch-politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus«.¹⁵ Der Vorstand beschloß des weiteren – ein Jahr nach der SED – die Bildung einer Kontrollkommission sowie eine »Überprüfung der Leitungen und des Funktionärkadens der Partei«.¹⁶ Deutlich nannte Reimann die anvisierten Ziele: »Alle Genossen aus der westlichen Emigration oder Kriegsgefangenschaft müssen überprüft werden, ob sie mit dem Apparat der imperialistischen Mächte in enger Ver-

7 Brief des Parteivorstandes der KPD an alle Leitungen der Grundeinheiten unserer Partei, Frankfurt am Main (1948); Entschließung der 6. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die KPD (o. O. o. J.).

8 Vgl. R. Steigerwald: Anlässlich Georg Fülberths KPD/DKP-Buch, in: Marxistische Blätter, 1/1991, S. 37.

9 Bundesarchiv Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), Berlin, ZPA, NL 36/643.

10 Die Angaben sind zusammengestellt nach: »Bericht über den Abschluß der Mitgliederkontrolle – Einige Lehren und Erfahrungen« und »Zusammenfassung der Ergebnisse der Mitgliederkontrolle der KPD« (Ms.)

11 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/2.1./256. Der Parteivorstand der KPD billigte den Beschluß des KPD-Sekretariats zum Ausschluß Hausers auf seiner Tagung am 3. Januar 1949.

12 Resolution der 12. Tagung des Parteivorstandes der KPD. Zur innerparteilichen Lage der Landesorganisation der KPD Hamburg.

13 SAPMO, ZPA, NL 36/642. Vgl. auch »Gedanken zur Einschätzung der Arbeit der Westkommission, die diese zur Vorbereitung der Wahlen getroffen und durchgeführt hat«, »Noch einige Gedanken für die Einschätzung des Wahlkampfes« und »Einschät-

zung der Bundestagswahlen in Westdeutschland am 14. August 1949«

14 Resolution der 14 PV-Tagung der KPD, in: KPD 1945 -1968. Dokumente, Neuss 1989, Bd. 1, S. 300.

15 Ebenda, S. 298 ff.

16 Als Aufgaben der neu gebildeten Parteikontrollkommission der KPD waren genannt: der »unerbitterliche Kampf gegen alle Abweichungen von der Linie der Partei«, »Ausschaltung aller feindlichen Einflüsse und Agenten aus der Partei« und »Sauberhaltung der Partei von korrupten und zersetzenden Elementen«. (Richtlinien für die Tätigkeit der Kontrollkommissionen der Partei, o. O. o. J., S. 3)

17 Schlußwort Max Reimanns, 30.12.49.

18 SAPMO, ZPA, J IV 2/3/60, 63. Vgl weiter zur SED W. Otto, a.a.O., S. 189 ff., T. Klein, .a.a.O., S. 26 ff., Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 439 f.

19 Kurt Müller hatte schon in der Weimarer Republik Spitzenpositionen in der KPD inne, war jedoch 1932 wegen seiner Verbindung zur Gruppe um Heinz Neumann abgesetzt worden. Er war in der Emigration in der Sowjetunion und wurde 1934 nach Deutschland beordert; dort von den Nazis verhaftet, war er bis 1945 im KZ Sachsenhausen. Nach 1945 stieg er nach M. Reimann zum »zweiten Mann« in der KPD-Führung auf und war Mitglied des ersten Bundestags. Nach der Rückkehr aus der sowjetischen Haft schrieb Kurt Müller 1956 einen Brief an den DDR-Ministerpräsi-

dent standen, auch die Genossen, die in den imperialistischen Ländern in ihrer Kriegsgefangenschaft auf Schulen waren. Es müssen alle Genossen überprüft werden, die in ihrem Prozeß oder im KZ schwache Punkte in ihrem Verhalten hatten. Dieses ist notwendig, weil sie besonders dem Druck der imperialistischen Geheimdienste unterliegen, die ja davon Kenntnis haben.«¹⁷ Die KPD zog damit einem ähnlichen SED-Beschluß nach, zudem hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß zur Überprüfung die KPD-Funktionäre für drei Monate nach Berlin kommen sollten.¹⁸ Bald folgten weitere Funktionsenthebungen: Josef Schappe, der abgesetzte Chefredakteur des »Freien Volks«, wurde aus der KPD wegen Titoismus ausgeschlossen, er gehörte vor 1933 zur SAP. Abgesetzt wurde der Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen Hugo Paul, der stellvertretende Landesvorsitzende Saar Fritz Bäseler, in Hamburg u. a. Harry Naujoks und Walter Möller. Bekannt ist heute, daß in Ostberlin am 22. März 1950 der stellvertretende KPD-Vorsitzende Kurt Müller, der bis dahin selbst die Parteisäuberungen durchgepeitscht hatte, verhaftet wurde. Der Vorstand der KPD schloß ihn daraufhin – die Verhaftung Müllers wurde ihm nicht mitgeteilt – aus der Partei aus. Müller war u. a. fünf Monate im Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen.¹⁹ Zur Zeit von 1950/51: Im Juli 1950 leitete der SED-Parteitag und die Konferenz der KPD-Gastdelegierten eine neue Säuberungswelle ein, die ihren Höhepunkt vor dem KPD-Parteitag im März 1951 erreichte.²⁰ Zuvor hatte das SED-Politbüro beschlossen, daß Hermann Nuding, Hugo Ehrlich und Walter Fisch aus dem Sekretariat des KPD-Parteivorstands ausscheiden.²¹ Nuding²² wurde wegen Opportunismus abgesetzt und mußte eine »Erklärung zu den von mir gemachten Fehlern« abgeben. In ihr bezichtigte er sich u. a., Beschlüssen der SED teilweise ablehnend gegenüberstanden zu haben und die Richtigkeit von Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bezweifelt zu haben. Als ihm Ulbricht den »guten Rat« gab, in die DDR zu kommen, hielt Nuding nicht viel von diesem Rat. Noch im Februar 1953 war geplant, eine Erklärung der KPD zu Slansky so abzufassen, daß er ausgeschlossen werden konnte. Typisch auch: Nuding verwahrte sich stets dagegen, mit »Agenten wie Müller in einen Topf geworfen zu werden«. Auf einer Vorstandstagung im Herbst 1950 pries Max Reimann den SED-Beschluß zur Noel-Field-Angelegenheit als »eine entscheidende Waffe zur Erhöhung der Wachsamkeit in unserer Partei«.²³ Die Säuberungen steuerten auf ihren Höhepunkt zu. Nach der Tagung des KPD-Vorstandes am 9. Februar 1951, die in der DDR stattfand, wurden der stellvertretende KPD-Vorsitzende Fritz Sperling und der Hamburger Landesvorsitzende Wilhelm Prinz verhaftet. Beide haben gemeinsam, daß sie, wie zuvor Kurt Müller, aktiv an den Parteisäuberungen mitgewirkt hatten, beide wurden in Hohenschönhausen stundenlang von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit und sowjetischen Offizieren verhört. Ein sowjetischer Offizier, so Sperling, soll ihm im Mai 1951 erklärt haben: »Ihre Sache ist von ganz großen Leuten in Moskau entschieden worden«, schließlich »gestand« er, in den Verhören unerträglichen Qualen ausgesetzt, »Verbrechen begangen zu haben«.²⁴ Als er 1956 freikam, bekundete er: »Ich habe mir

damals gesagt: Wenn Du noch tausend Bedenken hast, die Partei hat doch recht...«²⁵ Auf der KPD-Vorstandssitzung im Februar 1951 wurden abgelöst: Die Sekretariatsmitglieder Rudi Singer und Erich Jungmann wegen Verbindung mit Field in der Schweizer Emigration bzw. in Mexiko, Josef Schleifstein wegen Emigration in Großbritannien. Paradox, noch am 23. Januar 1951 war Schleifstein als Mitglied einer Kommission zum Kampf gegen die Parteifeinde vorgesehen. Zehn der zwölf Landesleitungen erhielten neue Vorsitzende, zu den Abgelösten zählten u. a. Herbert Crüger, Wilfried Acker, Oskar Müller, Robert Leibbrand, Ernst Buschmann, Fritz Nickolay und der kürzlich verstorbene Wilhelm Knigge. Der (Münchener) KPD-Parteitag vom 2. bis 4. März 1951 in Weimar sanktionierte in seiner Resolution, die unter Leitung von Anton Ackermann von der SED entstand, die Absetzungen. Mit der Annahme eines neuen Statuts, in dem die KPD die Prinzipien einer Partei neuen Typs verankerte, schuf er die Grundlage für weitere Überprüfungen und Ausschlüsse. Den entscheidenden Einfluß der SED auf die Kaderpolitik der KPD belegte, daß die Zusammensetzung der Leitungen und der Sekretariate zuvor in Berlin durch die ZPKK der SED bestätigt war, zum anderen ließ Ulbricht die Kadervorschläge durch den damaligen Chef der Staatssicherheit Wilhelm Zaisser überprüfen.²⁶ Die Verantwortung der SED tritt deutlich in Erscheinung, wo bekannte Funktionäre in die DDR »abberufen« wurden und übersiedelten, oder gar verhaftet wurden. Unter ihnen, die in der DDR verhaftet und verurteilt wurden, befanden sich der ehemalige Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat«, Alfred Drögemüller und Ewald Kaiser. Herbert Crüger wurde in der DDR sogar noch Ende der fünfziger Jahre verhaftet und in einem Geheimplatz verurteilt.²⁷ Die Mehrzahl der KPD-Funktionäre, die in die DDR übersiedeln mußten, kamen glimpflicher davon, sie verloren ihre Funktionen und erhielten einen »Karriereknick«. Genannt werden könnten Singer (später Chefredakteur des »Neuen Deutschland«), Schleifstein (zunächst wissenschaftlich in der DDR tätig, dann Politbüromitglied der illegalen KPD), Jungmann (er arbeitete im Apparat der SED) oder Leibbrand (u.a. Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus der SED). Zu 1951/52: Einer »Empfehlung« der SED-Führung folgend, sah die KPD nach ihrem Parteitag als ihre nächsten Kaderaufgaben an: ehemalige Schüler von Antifa-Schulen in der Sowjetunion verstärkt in Funktionen einzusetzen; die Überprüfung aller 1. und 2. Kreissekretäre, der Mitarbeiter der Landesleitungen und des zentralen Apparats; Überprüfung aller Emigranten, die in der Schweiz, in Frankreich und Mexiko waren, Entfernung derjenigen Funktionäre aus den Leitungen, die früher Verbindung zu den imperialistischen Besatzungsmächten hatten, zur KPO oder anderen Gruppierungen gehörten.²⁸ Es ging um eine umfassende Parteireinigung, fast parallel zur SED-Parteiüberprüfung. Von 770 überprüften 1. und 2. Kreissekretären war die Ablösung von fast einem Drittel vorgesehen. Der Mitgliederstand sank weiter, bis November 1951 auf 120.000. Im Sinne des Beschlusses des ZK der SED zum Slansky-Prozeß zog die KPD auf der 8. Parteivorstandstagung und auf ihrer Organisationskonferenz Anfang 1953 als »Lehre«, die

ten Otto Grotewohl, vgl. dazu K. Müller: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956, in: Das Parlament. Beilage Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, 9.3.1990, S. 16 ff.

20 Protokoll des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1951, Bd. 1, S. 47.

21 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/96.

22 Hermann Nuding gehörte ebenfalls zu den KPD-Funktionären, die bereits in der Weimarer Republik für die KPD in Funktionen waren. 1933 verhaftet, wirkte er nach seiner Entlassung in der Emigrationsleitung der KPD, war in den Interbrigaden in Spanien und in der französischen Résistance. Dem KPD-Parteivorstand gehörte Nuding seit seiner Bildung 1948 und dem Sekretariat seit Frühjahr 1949 an.

23 Im SED-Beschluß vom August 1950 waren mit Leo Bauer, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer und Erica Glaser auch ehemalige Mitarbeiter der KPD erwähnt, die nun verhaftet und verurteilt wurden.

24 Sperling, seit 1933 KPD und KJVD-Funktionär, war in französischer und Schweizer Emigration gewesen. 1947 wurde er Landesvorsitzender der KPD Bayern, 1948 nach Bildung des KPD-Parteivorstandes einer der damals fünf Sekretäre, im Mai 1950 löste er Kurt Müller als stellvertretenden Parteivorsitzenden ab. Sperling lag seit Januar 1951 in Ostberlin im Krankenhaus, wo ihm Max Reimann eröffnete, daß er nicht mehr Mitglied des KPD-Parteivor-

standes sei. Sperling unterzeichnete eine Erklärung, daß er einverstanden sei. Am 26. Februar 1951 wurde Sperling in Ostberlin festgenommen. Zu Sperling vgl. K.H. Jahnke, ...ich bin nie ein Parteifeind gewesen, Bonn 1993; H. Mayer, a.a.O., S.37 f..

25 SAPMO, ZPA, J IV 2/202/5, zit. Nach Otto, a.a.O., S. 204.

26 Vgl. z. B. SAPMO, ZPA IV 2/2/111; NL 182/900.

27 Vgl. die Autobiographie H. Crüger: Verschwiegene Zeiten, Berlin 1990, isb. S. 152 ff.

28 Vgl. SAPMO, ZPA, J IV 2/2/138, zum weiteren H. Mayer, a.a.O.

29 Von Sekretariatsmitgliedern betraf dies nur noch 1953 die Absetzung von Otto Kloock.

30 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/1003/27.

Blindheit gegenüber ›den Feinden der Partei‹ zu überwinden und wachsam zu sein, entsprechend folgten auch Ausschlüsse, Funktionsenthebungen und Parteistrafen.²⁹ Die Neuwahlen vor dem Parteitag 1954 waren verbunden mit einem Umtausch der Parteidokumente, in dieser Zeit, von September 1953 bis März 1954, verlor die KPD nochmals 8,3 Prozent ihrer Mitglieder. Natürlich hatten Mitgliederverluste und Funktionsablösungen auch noch andere Ursachen wie Austritte bzw. Nichtbewältigung der Arbeitsaufgaben oder Krankheit. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erfolgte in der KPD kaum oder halbherzig die Rehabilitierung von ausgeschlossenen, ihrer Funktion enthobenen oder gar in der DDR inhaftierten Mitgliedern und Funktionären. Auf der Parteivorstandssitzung im August 1956 gestand Reimann lediglich die schädliche Auswirkung des Personenkultes ein. Er gab an, das Sekretariat habe sich mit den »Fehlern aus der Periode 1950/51« befaßt, wo es »partei-getreue Genossen« gab, denen Unrecht geschehen war. Reimann führte aus, »im Ergebnis der Überprüfung zu Sperling, Singer, Jungmann seien die früheren Schlußfolgerungen gegenstandslos.« »Sie genießen das Vertrauen der Partei ... Die Genossen werden verstehen, daß wir diese Feststellung nicht im Dokument aufnehmen und auch nicht veröffentlichen.«³⁰ Die KPD-Spitze war zunächst nicht einmal bereit, dies zu veröffentlichen. Die Bilanz der Entwicklung der KPD für die Zeit der Parteisäuberung ist deutlich: Sie hatte seit 1948 in nur vier Jahren etwa 200 000 Mitglieder verloren. In dieser Zeit waren drei stellvertretende Parteivorsitzende abgesetzt, fast das gesamte Sekretariat des Parteivorstandes, die Chefredakteure des KPD-Zentralorgans »Freies Volk« und der theoretischen Zeitschrift »Wissen und Tat« abgelöst worden. Aus verschiedenen Gründen waren alle Landesvorsitzenden ausgewechselt worden. In allen Landessekretariaten der KPD sind zahlreiche, wohl die meisten Spitzenfunktionäre ausgewechselt worden. Die innerparteilichen Säuberungen in der KPD wurden durchgesetzt von den Parteikontrollkommissionen der KPD und SED, den Kaderabteilungen beider Parteien, ihren Führungszentralen sowie der für die KPD zuständigen Westkommission der SED, Einfluß nahmen auch die Staatssicherheit der DDR und offenbar auch sowjetische Instanzen. Die SED trug für die Säuberungen in der KPD eine große politische und moralische Verantwortung, wurden sie doch auf Grundlage ihrer politischen Linie, ihrer Beschlüsse und ihres Eingreifens durchgeführt. Zugleich beinhalteten die Parteisäuberungen auch einen aktiven Eigenanteil der KPD, wären – in einer in einem kapitalistischen Staat wirkenden Partei – sonst nicht möglich gewesen. Verwiesen sei noch darauf, daß die Parteisäuberungen in SED und KPD viel gemeinsames haben. Ausgenutzt, geschaffen und reproduziert wurde ein Klima des Mißtrauens und des Dogmatismus, in dem jede tatsächliche oder konstruierte Abweichung von der gültigen Linie und Politik als parteifeindlich oder parteischädigend, als titoistisch, trotzkistisch oder brandleristisch, als antikommunistisch und antisowjetisch, als sektiererisch oder opportunistisch deklariert werden konnte. Die Vorwürfe mündeten in der Beschuldigung als Verräter, Spion oder Agent. Betroffen waren von der Säuberungswelle in erster Linie

Funktionäre, die in der westlichen Emigration waren, vor allem, wenn sie Kontakt zu Noel Field hatten, die früher von der offiziellen Parteilinie abweichende Auffassungen vertreten hatten, oppositionellen Gruppen oder anderen Parteien angehört hatten. In der Regel handelte es sich bei den Beschuldigten um parteitreue Mitglieder und Funktionäre. Über die Wirkung von Verhaftungen und »Schuldgeständnissen« auf die KPD berichtete Josef Schleifstein, da sie sich in der KPD nicht vorstellen konnten, daß die Anschuldigungen bewußt konstruiert waren und ungerechte Urteile gefällt wurden, habe man alles geglaubt, was an Anschuldigungen publiziert wurde.³¹ Die Parteisäuberungen in der KPD führten faktisch zu einer Art »Selbstenthauptung« der Partei, zu sinkender Mitgliederzahl, schwindendem Masseneinfluß und fehlender Akzeptanz unter der Bevölkerung.

31 Vgl. M. Grieger u. a.: Stalins Schatten, Neuss 1989, S. 173.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Der geplante »deutsche Industrieprozeß«. Eine Fußnote

Aus einem Bericht über einen Lehrgang an der Schule der Sowjetischen Militäradministration für deutsche Kader in Königs Wusterhausen zwischen dem 12. Januar und dem 25. April 1948, verfaßt nach Informationen eines deutschen »Kursanten«: »Betr.: Major Patent (...) Auf die Frage des Genossen, aus welchen Gründen die Partei der Bolschewiki Sinowjew und Kamenew nicht früher aus der Partei entfernt habe, sondern sie trotz ihrer offensichtlich parteischädigenden Arbeit von 1917 bis 1935 in der Partei belassen habe, brachte Gen. Major Patent ein Beispiel aus der augenblicklichen politischen Situation. Er sagte: ›Wenn sich in Deutschland die Zustände in fortschrittlichem Sinne verändern würden, würden dann Personen wie Franz Neumann nicht auch bekennen, sich geirrt zu haben? Würden sie nicht versuchen, in die Partei des Proletariats einzudringen(,) und würden Sie ihnen nicht die Möglichkeit geben, in Ihrer Partei mitzuarbeiten, um zu beweisen, dass sie anderen Sinnes geworden sind? Noch ein anderes Beispiel: Der Vorsitzende Ihrer Partei, Gen. Grotewohl, war vor 1933(,) wie es Ihnen wohl bekannt ist, Polizeiminister in einem mitteldeutschen Land. Es hat sich dort, wie mir mitgeteilt wurde, nicht anders verhalten, als es andere sozialdemokratische Minister auch getan haben, nämlich er hat auf Arbeiterdemonstrationen schießen lassen. Trotzdem hat sich Genosse Grotewohl geändert(,) und Sie kennen ihn wohl alle als den bedeutendsten politischen Führer Ihrer Partei.«¹

Die Antwort dieses sowjetischen Offiziers war kaum mißzuverstehen, zumindest nicht für jemanden, der die Stalinsche Geschichtsschreibung zur KPdSU kannte. Nach deren Legenden hatten Sinowjew und Kamenew ihr »abweichlerisches« Verhalten erst aufgegeben, als sich die »Linie« Lenins durch den erfolgreichen Oktoberaufstand 1917 durchgesetzt hatte. Sinowjews und Kamenews folgendes Engagement für die Revolution sei jedoch nicht »ehrlich« gewesen, sondern in der Absicht erfolgt, die Revolution rückgängig zu machen. Das hätten sie bis 1935 verbergen können.

Auf die Frage, wie das hat möglich sein können, antwortete der Offizier nicht direkt, sondern verwies auf die deutsche Nachkriegssituation. So wie einst Sinowjew und Kamenew habe der sozialdemokratische »Arbeitermörder« Grotewohl eben frühzeitig erkannt, daß die erfolgreiche Arbeiterpartei in Deutschland die SED sein werde, und sich deshalb »geändert«. Werde die SED noch erfolgreicher, würde eines Tages auch Franz Neumann »versuchen,

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Historiker, Dr. phil., Mitglied
der Redaktion UTOPIE
kreativ.

1 Bundesarchiv Berlin,
Stiftung der Parteien und
Massenorganisationen der
DDR (SAPMO), FBS
123/16497, Bl. 79.

in die Partei des Proletariats einzudringen«. Zur Zeit sei Grotewohl der bedeutendste politische Führer der SED – so wie nach Lenins Tod Sinowjew und Kamenew neben Trotzki und Bucharin für kurze Zeit die bedeutendsten politischen Führer der KPdSU gewesen waren; von Stalin sprach damals noch kaum jemand.

Grotewohl kannte natürlich die »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang« und reagierte auf diesen Vergleich mit Sinowjew und Kamenew vehement. Der sowjetische Major mußte eine Stellungnahme abgeben, in der er alles zum Mißverständnis erklärte.² Sicher, dieser Major Patent erwartete nicht unmittelbar einen Schauprozeß in der SBZ, und sicher auch keinen gegen Grotewohl, wenngleich offensichtlich in der SMAD an einer Kriminalisierung Grotewohls gearbeitet wurde – war er bei der erwähnten Demonstration doch nicht nur nicht Polizei-, d.h. Innenminister gewesen, er hatte vielmehr zu den Demonstranten gehört, auf die die Polizei schoß. – Vielmehr wollte Patent seinen deutschen Schülern bedeuten, daß niemand sicher sei. Und das ist das eigentlich Interessante. Hier zeigt sich, wie schon Anfang 1948, also noch vor dem offiziellen Bruch mit Jugoslawien und vor der Berlin-Krise, ein hoher SMAD-Offizier über die Möglichkeit künftiger Schauprozesse dachte.

Und der Mann sollte Recht behalten: Ein Jahr später begannen in Bulgarien und Ungarn die Folterungen.³ Am 9. Juni 1949 erfolgte die erste Verhaftung in der SBZ: Berndt Steinberger, dessen Frau zuvor in Budapest verhaftet worden war, wurde vom sowjetischen MWD nach Hohenschönhausen gebracht – wo er, anders als es Georg Hermann Hodos dargestellt hat,⁴ jedoch nichts gestand. Der Selbstmord des ehemaligen KPD-Politbüro-Mitglieds und Leiters der Schweizer Emigration, Paul Bertz, sowie weitere Verhaftungen, Selbstmorde und, wie im Fall Kreikemeier, wohl auch Morde folgten. Alles, was mit dem immer wieder verschobenen sogenannten deutschen Prozeß im Dunstkreis von Noel H. Field in Zusammenhang steht, hat Wolfgang Kießling in jahrzehntelanger Arbeit eruiert und auch publiziert.⁵ Es sei an dieser Stelle deshalb nur darauf verwiesen.

Doch es gab nicht nur die – maßgeblich durch die sowjetischen Behörden betriebenen – Prozeßvorbereitungen gegen Paul Merker und andere. Ulbricht, der durch Hermann Matern und Hertha Geffke immer neue Opfer für einen solchen Prozeß ausfindig machen ließ, wurde auch selbst aktiv. Am 28. April 1952 erklärte er in Anwesenheit von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Heinrich Rau gegenüber zwei sowjetischen Metallurgie-Spezialisten: Die Wirtschaftspolitik der SED sei »an einem Wendepunkt angelangt. Das gilt nicht nur für die Metallurgie, das gilt für den Maschinenbau, und das gilt auch für andere Industrien bei uns, und das müssen wir jetzt ändern, die Partei mit der Regierung. Wir werden dazu übergehen müssen, in Fällen, wo die Betriebsleitungen die Anweisungen der Regierung nicht durchführen, eine Reihe öffentlicher Prozesse durchzuführen. Wir haben zum Beispiel im Steinkohlenbergbau die Lage untersucht, wo Jugendliche sich beim Zentralkomitee der Partei beschwert haben. Das ist ungefähr dasselbe, was bei Ihnen in der Sowjetunion im Industrieprozess war. Das ist dieselbe

2 Ebenda, Bl. 78.

3 Ausführlich dazu Georg Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-54, Berlin 1990, S. 36ff.

4 Ebenda, S. 182.

5 Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; ders.: In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED (hefte zur ddr-geschichte 36), Berlin 1996.

Sabotage. Bei uns geht das alles unter dem Thema Demokratie. Die Leute sind der Meinung, da wir eine demokratische Ordnung haben, können sie so sabotieren, wie es ihnen passe. Wir müssen also eine strengere Ordnung durchführen. Die Leute, die nicht liefern, die sabotieren, werden bei uns nicht bestraft! Wenn man nicht gerade beweisen kann, dass er ein Spion ist, wird er nicht bestraft. Aber das kann man meist erst sehr spät beweisen. Das erste, was man beweisen kann, ist, dass sie sabotieren. Wir müssen also auch in dieser Beziehung politische Konsequenzen ziehen, und man muss den Leuten zu verstehen geben, dass es eine Staatsmacht hier gibt, und dass sie so nicht weiterwirtschaften können, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob man in Westdeutschland schreit oder nicht schreit. Das ist ganz egal.«⁶

Der Moskauer »Industrieprozeß« gegen die angeblichen Führer der sog. Industriepartei war Ende November/Anfang Dezember 1930 durchgeführt worden. Durch diesen und zwei weitere Prozesse wurde, wie es in einer stalinistischen Rechtfertigungsschrift heißt, »die Torgprom-Intrige, die letzte ernst zu nehmende Anstrengung des englisch-französischen Imperialismus und der zaristischen Gegenrevolution aufgedeckt und vereitelt.«⁷ Angeklagt waren durchweg, wie es hieß, »bürgerliche Spezialisten«. Der Prozeß endete mit fünf Todesurteilen, die später in Haftstrafen umgewandelt wurden, sowie mit drei weiteren Haftstrafen.

Daß Ulbricht auf einer internen Beratung im April 1952 solche Prozesse nun auch für die DDR ankündigte, war kein spontaner Schritt, der sich etwa aus dem Gespräch mit den sowjetischen Spezialisten ergeben hätte. Im Gegenteil, beide hatten erklärt, daß im »Fall«, den sie zu untersuchen gehabt hatten – es ging um die Anlaufschwierigkeiten im Eisenhüttenkombinat Ost –, Sabotage keine Rolle spielte.⁸ Ulbrichts drohende Ankündigung hatte einen anderen Hintergrund: Die Ablehnung der Stalin-Note vom 10. März 1952 durch die Westmächte hatte von Ulbricht die Bedrohung, die für ihn und für die SED von einem vereinigten, neutralen und wiederbewaffneten Deutschland ausging, vorerst genommen. Nun drängte er auf einen schnellen Ausbau der Macht der SED und damit seiner eigenen sowie auf eine forcierte sozialstrukturelle Umgestaltung der DDR, mit der nicht zuletzt künftige Bedrohungen durch eine schnelle Wiedervereinigung minimiert werden sollten. Ulbricht, noch völlig auf das sowjetische Modell fixiert, folgte in dieser Zeit in fast allen Fragen dem Stalinschen Vorbild – nicht zuletzt, um sich nicht durch den Vorwurf einer »Abweichung« von der Politik des sowjetischen Herrschers angreifbar zu machen. Ins Stalinsche Szenario gehörte nicht nur die Ausschaltung aller potentieller Gegner, sondern ihre öffentliche Abstrafung durch Schauprozesse – das hatte die sowjetische Politik der Hexenprozesse in Bulgarien und Ungarn 1949 (der Prager Slansky-Prozeß wurde zu dieser Zeit gerade vorbereitet) unmißverständlich klargelegt.

Die Idee, neben dem auf sowjetischen Druck hin vorbereiteten deutschen Schauprozeß auch Industrieprozesse durchzuführen und so die Treue zum sowjetischen Vorbild zu unterstreichen, lag also in der Luft. Doch Ulbricht wollte mehr – es ging nicht nur um

6 SAPMO, DY 30 J IV
2/201/257, Bl. 23.

7 Michael Sayers, Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1948, S. 170.

8 Ausführlich dazu Jörg Roesler: Eisen für den Frieden, in: Rosemarie Beier de Hahn (Hg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt (im Druck).

9 Jörn Schütrumpf:
 »Besprechungen zwischen
 ehemaligen VVN-Kamera-
 den ... dürfen nicht mehr
 stattfinden.« – Antifaschis-
 mus in der DDR, in: Dieter
 Vorsteher (Hrsg.): Parteauf-
 trag: ein neues Deutsch-
 land. Bilder, Rituale und
 Symbole der frühen DDR,
 München/Berlin 1996,
 S. 142ff.

10 SAPMO, DY 30 J IV
 2/202/54 (unpag.).

11 Ebenda.

12 Ebenda.

eine Geste der Ergebenheit gegenüber Moskau, für die er bereit war, die Köpfe einiger – im stalinistischen Verständnis – minderwertiger sogenannter bürgerlicher Spezialisten zu opfern. Ulbricht wollte mit einem solchen Prozeß zugleich seine stärksten Konkurrenten, die Vertreter des inneren Widerstands, die ihre antifaschistische Überzeugung in Zuchthaus und KZ aufrechterhalten hatten und mit der VVN über eine eigene Organisation verfügten, treffen.⁹ Als Hauptangeklagten eines Industrieprozesses hatte er einen besonders prominenten Vertreter des inneren Widerstandes auserkoren: Fritz Selbmann. Selbmann (Jahrgang 1899), von Hause aus Bergmann, war in den zwanziger Jahren bis in die Führungsebene der KPD aufgestiegen; zuletzt war er Bezirksleiter in Sachsen und Reichstagsabgeordneter. Während der gesamten Nazi-Zeit wurde er zunächst im Zuchthaus, dann in verschiedenen Konzentrationslagern eingekerkert. Durch einen zehnmonatigen Dunkelarrest im KZ Flossenbürg verlor Selbmann 1944 einen Teil seiner Sehkraft. Nach 1945 stieg Selbmann dank seiner organisatorischen Fähigkeiten vom Präsidenten des sächsischen Landesarbeitsamtes zum sächsischen Wirtschaftsminister und dann zum DDR-Minister für Industrie (1949/1950) und damit zum erfolgreichsten Wirtschaftspolitiker der SED auf. Nachdem die Entscheidung gefallen war, die Roheisenindustrie auszubauen, wurde er beauftragt, ein eigenständiges Ministerium für Schwerindustrie zu bilden. Wichtigstes Projekt im ersten Fünfjahrplan war die Errichtung des Eisenhüttenkombinates Ost. Selbmann war quasi dessen Bauherr. Da in der DDR keine Fachleute für den Aufbau von Werken der Roheisenindustrie existierten, mußte bei der Errichtung des EKO sehr viel improvisiert werden, was zu erheblichen Anlaufschwierigkeiten bei der Produktion 1951 führte.

Am 18. Januar 1952 begab sich Ulbricht selbst ins EKO. Dort muß ihm die Idee sowohl für den Industrieprozeß als auch für die Anklage Selbmanns gekommen sein. Denn schon zwei Wochen später, am 3. Februar 1952, lagen die Beurteilungen der Anzuklagenden vor – neben Selbmann waren es die Verantwortlichen für den Aufbau des EKO, darunter der Hauptabteilungsleiter für Eisenindustrie aus dem Selbmann-Ministerium, Heinrich Kraemer, der Aufbauleiter des EKO, Nationalpreisträger Otto Ringel, der Chefkonstrukteur Rudolf Stoof und einige andere.¹⁰ Am Tag darauf wurde der sechzehnseitige maschinenschriftliche Bericht: »Verdacht der bewußten Störung bei der Projektierung und Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost in Fürstenberg« geliefert.¹¹ Die Namen der Anzuklagenden sind in diesem Szenario – denn um ein solches handelt es sich – freigelassen und mit Punkten markiert. Sie wurden nachträglich mit der Hand eingetragen, von wem, war bisher nicht eruierbar. Wunschgemäß kam der von einem VP-Rat und einem VP-Kommandeur gezeichnete Bericht zum Ergebnis: Es »verstärkt sich der Verdacht, daß die Saboteure unter den aufgeführten Funktionären gesucht werden müssen.« Zum Hauptverdächtigten avancierte der Chefkonstrukteur, während Selbmann der letzte Satz, also das Finale dieser konstruierten Anklage, vorbehalten blieb: Es »muß besonders das verantwortungslose Verhalten des Ministers Selbmann hervorgehoben werden.«¹²

Durch die Stalin-Note vier Wochen später mußte Ulbricht jedoch seine Aktivitäten vorläufig einstellen, das Material ging in die Ablage. Ende April 1952 erwog er, wie gezeigt, seine Aktivitäten wieder aufzunehmen. Doch die Konzentration bei den Prozeßvorbereitungen lag nun auf dem Prozeß gegen Paul Merker und, als der sich nicht brechen ließ, im Frühjahr 1953 auf einem Prozeß gegen Franz Dahlem. Ob der Prozeß gegen Selbmann weiter verfolgt wurde, müssen weitere Forschungen klären. Nach dem 17. Juni 1953 unterband Chruschtschow alle weiteren Prozeßvorbereitungen in der DDR. Selbmann selbst schien nun völlig unangreifbar, war er doch, während die restlichen Parteiführer einschließlich Ulbrichts sich im Keller versteckt gehalten hatten, am 17. Juni als einziger vor die Arbeiter getreten und hatte versucht, zu ihnen zu sprechen.

Ulbricht wartete über vier Jahre. Anfang 1958 endlich konnte er auch Selbmann stürzen. Neben Karl Schirdewan, der ebenfalls 1957 gestürzt wurde, war er der letzte ehemalige KZ-Häftling in einer führenden Stellung, der sich Ulbricht nicht vollständig unterworfen hatte.¹³

13 Ausführlicher dazu Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949 – 1989), Frankfurt/Oder 1996, S. 58ff., S. 321, Fußnote 432.

VOLKMAR SCHÖNEBURG

Gesetzlichkeit und Parteilichkeit: Herrschende Rechtsauffassung und Herrschaftssicherung in der DDR

Volkmar Schöneburg – Jg. 1958, Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1987 Promotion. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Zentrum meiner Ausführungen soll das Rechtsverständnis stehen, das auch die Vorbereitung und Durchführung von »Schauprozessen« in der DDR ermöglichte, aber ebenso zu Defiziten auf anderen Rechtsgebieten führte.

Rechtsdenken und Rechtspraxis wurden 1945 in der SBZ als völliger Bruch mit der Theorie und Praxis des nazifaschistischen Staates und in partieller Diskontinuität zur Rechtswissenschaft und Justiz der Weimarer Republik verstanden, in der u.a. der Boden für die Naziherrschaft mitgeebnet worden war. Dabei gingen die verschiedenen Parteien und Theoretiker von durchaus unterschiedlichen Ansätzen aus. Aber der gemeinsame Konsens kam u.a. in einem Postulat des Gründungsaufrufs des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945 zum Ausdruck: »Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.«¹ Der Verfassungsentwurf der SED von 1946 spiegelte beispielsweise noch unterschiedliche staats-theoretische und verfassungsrechtliche Auffassungen in der SED wider, die in der Debatte um diesen Entwurf deutlich wurden. Dabei ging es insbesondere um die Basiskategorien Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Menschenrechte. Einerseits postulierte Karl Polak, der gemeinsam mit Reinhold Schäfermeier die Abteilung Justiz beim Zentralsekretariat der SED leitete und Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses beim Zentralsekretariat war, die Gewalteneinheit als staatsorganisatorische Erfahrung aus dem Untergang der Weimarer Republik. Zugleich lehnte er den Rechtsstaatsbegriff als einen inhaltsleeren politischen Kampfbegriff ab. Verknüpft wurde die Ablehnung mit der Auffassung, daß nicht der Inhalt, sondern die revolutionäre Art ihrer Proklamierung und Realisierung die heutige Bedeutung der Menschenrechte des 18. Jahrhunderts ausmache.² Andererseits orientierte Karl Schultes (1909-1982), seines Zeichens Abteilungsleiter im Ministerium für Justiz Thüringen und früheres SAP-Mitglied, auf einen durch reale Demokratie geprägten materialen Rechtsstaat.³ Dabei bestand offensichtlich eine intellektuelle Nähe zu den Vorstellungen des sozialdemokratischen Staatsrechtlers Hermann Heller (1891-1933), auf den die Formel vom »sozialen« bzw. »sozialistischen« Rechtsstaat zurückgeht. Ebenso sah der aus dem Schweizer Exil kommende marxistische Rechtsphilosoph Arthur Baumgarten (1884-1966) im Verfassungsentwurf keinen Gegensatz zwischen Rechtsstaat und Demokratie und hob die Gewaltenteilung zwischen Legislative und

1 Abgedruckt in: Geschichte des Staates und des Rechts der DDR. Dokumente 1945-1949, Berlin 1984, S. 58f.

2 Vgl. Karl Polak: Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaat. Begriffsformalismus und Demokratie. Zur Kritik der Weimarer Verfassung, in: Einheit, Dezember 1946, S. 385 ff.

3 Vgl. Karl Schultes: Die süddeutschen Länderverfassungen, Berlin 1948.

Exekutive sowie die vorgesehene Verwaltungsgerichtsbarkeit hervor. Während Baumgarten in der Schweizer Emigration den Übergang vom Liberalismus zum Sozialismus vollzogen hatte, war Polak wesentlich durch die sowjetische Emigration geprägt worden.⁴

Ähnliche Differenzen und Gegensätze, die ebenso aus unterschiedlichen Erfahrungen herrühren, lassen sich in der SBZ auch auf anderen Rechtsgebieten nachweisen. Polak kennzeichnete zudem die formale Rechtsgleichheit als ein ausschließlich bürgerliches Prinzip. In dem von Max Fechner herausgegebenen Sammelband, der die Ergebnisse der 1. Juristenkonferenz der SED – auf der Walter Ulbricht und Karl Polak selbst die Referate hielten – propagieren sollte, stellt er fest, daß das Recht nichts anderes sein könne als die Staatsmacht, die es erläßt. Es habe neben dieser Macht kein selbständiges Wesen, sondern sei nur deren Mittel und Funktion. Niemals sei das Recht ein Maßstab, der an die Macht angelegt werden könne.⁵ Damit wurde aber das Recht in vulgärmaterialistischer Verkürzung des Marxschen Ansatzes auf seine Instrumentalität, auf die Eigenschaft, Medium und Ausdruck der Macht zu sein, reduziert.

Handelte es sich bei der Polakschen Position zunächst noch, wie angedeutet, um einen Ansatz, so kristallisierte sie sich von 1948 bis zum Beginn der fünfziger Jahre als vorherrschende, mit absolutem Wahrheitsanspruch ausgerüstete Meinung heraus. Diese Dogmatisierung einer fast jeder Kritik entzogenen Ansicht ist nicht zu trennen von der 1948 endgültig erfolgten Festlegung der SED-Politik auf das sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftsmodell sowie der Umwandlung der SED in eine »Partei neuen Typs«. Gleichzeitig verengte der eskalierende Kalte Krieg mögliche Spielräume und erwies sich als weiterer Nährboden für Fundamentalismen.

Die Auffassung, nach der das Recht auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft als Hebel des Fortschritts fungiere, sprach dem Recht jegliche Eigenständigkeit und überdies die Allgemeinheit ab, um die Normativität des Rechts in einer gegebenen Situation zugunsten der scheinbar entwicklungslogisch vorbestimmten gesellschaftlichen Dynamik zu relativieren.⁶ Nicht zufällig steht die Flexibilisierung des Rechtssystems in einem engen Zusammenhang mit der Rezeption des vom sowjetischen Generalstaatsanwalt Wyschinski (1883-1954) aus seinen Erfahrungen in den Moskauer Schauprozessen der dreißiger Jahre entwickelten Rechtsbegriffs sowie der Stalinschen Staatsbelebung.⁷ Wyschinskis Gerichtsreden wurden in der DDR 1951 veröffentlicht. 1953 wurde seine Rede, die er auf der ersten Unionskonferenz über Fragen der Wissenschaft des Sowjetrechts und des Sowjetstaates am 16. Juli 1938 hielt (und auf der er eine originär marxistische Rechtsphilosophie, wie sie Paschukanis vertreten hatte, als trotzkistisch-bucharinistische Schädlingstätigkeit denunzierte), publiziert. In dieser Rede enthalten war die Rechtsdefinition, die das Recht auf einen reinen Instrumentalcharakter zurückstutze: »Das Recht ist die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberische Weise festgelegt sind ... Die Anwendung dieser Regeln wird durch die Zwangsgewalt des Staates gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung

4 Vgl. Karl A. Mollnau: Schwund der Mitte. Über eine frühe Differenz zwischen Arthur Baumgarten und Karl Polak, in: Gerhard Haney u.a. (Hrsg.): Recht und Ideologie, Freiburg/Berlin 1996, S. 402-419.

5 Vgl. Karl Polak: Rechtsstaat und Demokratie, in: Beiträge zur Demokratisierung der Justiz, Berlin 1948, S. 78. Vgl. auch die stenographische Niederschrift dieser Konferenz, SAPMO Barch. IV 2/1.01/37.

6 Vgl. mit weiteren Quellen Hermann Klenner: Über Vorverständnisse von Recht in neuerer Zeit, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96, Stuttgart/Weimar 1996, S. 54f; Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt a.M. 1992, S. 97f.

7 Vgl. Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt a.M. 1985, S. 256.

8 A.J.Wyschinski: Die Hauptaufgaben der Wissenschaft vom sozialistischen Sowjetrecht, in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, Leipzig 1953, S. 76.

9 Staat und Recht, 1954, S. 691-694.

10 Vgl. mit weiteren Quellen zur Babelsberger Konferenz Ralf Dreier u.a. (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971. Dokumente zur politischen Steuerung im Grundlagenbereich, Baden-Baden 1996, S. 19f., 25, 139ff.

11 Vgl. SAPMO-Barch, IV 2/3/24.

der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind.«⁸ Entsprechend hieß es 1954 im Nachruf des Ministers der Justiz der DDR auf Wyschinski mit Bezug zu den »Gerichtsreden«: »Wir hatten die erste Bekanntschaft mit der sowjetischen Rechtswissenschaft, insbesondere mit dem sowjetischen Strafrecht gemacht ... und nun wurde dieses alles uns lebendig in der Fülle seiner Anwendung, wurde es lebendig an Beispielen, die denen unserer eigenen Periode ähnlich waren. Hier erlebten wir Gesetz und Recht in Aktion ... Vor allem lehrt Wyschinski hier besonders eindringlich die große Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit.«⁹

Gerechtfertigt wurde diese Rezeption wie in der Sowjetunion mit dem sich angeblich ständig verschärfenden Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus und der dauernden äußeren und inneren (durch die einheimischen Werkzeuge des Imperialismus) Bedrohung der DDR. Auf der »Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der SED« (Babelsberger Konferenz) vom 2./3. April 1958, deren Ergebnisse der V. Parteitag der SED als parteiverbindlich deklarierte, wurde dieses politikbürokratische instrumentelle Rechtsverständnis auch parteioffiziell als Rechtskonzeption der DDR verkündet. Gleichzeitig wurde dieses Verständnis mit der Behauptung, daß in der sozialistischen Gesellschaft Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum »eins« geworden seien, fortentwickelt.¹⁰ Da die »Identität«, die aber in Wirklichkeit eine Verringerung der Hegelschen Identität auf eine undialektische Unität ist, jedoch inhaltlich an die Bestimmung des »Wesens« des Staates angebunden wurde, der als Instrument der Arbeiterklasse und »ihrer« Partei das historisch-gesetzmäßige Ziel des Sozialismus verfolgte, lief diese These ebenfalls auf Apologie der Macht hinaus. Daneben wurde der letzte Vorrang der Partei und ihrer Beschlüsse gegenüber dem Recht fixiert. Die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen der SED für Mitarbeiter des Staatsapparates wurde dann ausdrücklich in einem Politbürobeschuß vom 12. Juli 1960 formuliert.¹¹

Bereits die Arbeitsordnung für das Ministerium der Justiz vom 25. Juni 1956 legte den jeweiligen Mitarbeiter auf die »Durchsetzung der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung in seinem Arbeitsgebiet« (§ 1) fest. Das Statut des Ministeriums vom Januar 1968 (GBl. II, S. 75) und die neue Arbeitsordnung vom 14. Mai 1969 nennen bei der Auflistung der rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung der gestellten Aufgaben zuerst die Beschlüsse der SED, danach erst die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer sowie die Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrats (§ 1). In ähnlicher Weise wiesen die Statuten der anderen Ministerien die Parteibeschlüsse als Rechtsquelle aus. Und im Staatsanwaltsgesetz von 1977 heißt es, daß die Staatsanwaltschaft »in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse tätig« wird (§ 1 Abs. 1).

Wobei ein solches instrumentelles Rechtsverständnis durchaus dem von der Sowjetunion übernommenen Gesellschaftskonzept mit der dominierenden, alle gesellschaftlichen Entwicklungen steuernden Stellung der »Partei neuen Typus« adäquat war. Natürlich war das Rechtsdenken in der SED kein monolithischer Block. Alternativen wurden in der Rechts-, Staats- und Demokratietheo-

rie, insbesondere im Rahmen des intellektuellen Tauwetters im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU in den sechziger Jahren, als ein regulatorisches das instrumentelle Rechtskonzept ablösen sollte, oder im Kontext der Ende der achtziger Jahre neu auflebenden Rechtsstaatsdiskussion entworfen.¹² Es wäre zudem auch allzu vereinfachend, die Rechtslehre der DDR, insbesondere der späten DDR, nur unter Instrumentalisierungsaspekten zu sehen. In den verschiedenen Rechtsbereichen, so Roggemann,¹³ wurden theoretische Ansätze und gesetzgeberische Lösungen im Recht der DDR entwickelt, die einer weitergehenden Diskussion wert wären. Aber die Linie der Rechtsgestaltung als ausschließliches Machtinstrument der Mächtigen blieb – zwar in einzelnen Elementen modifiziert – bis 1989 bestimmend und besaß einen dementsprechenden Einfluß auf die Qualität der Rechtsordnung und Justiz.

Gewährleistet wurde die Dominanz des machtpolitisch-instrumentellen Rechtsverständnisses der SED-Führung auch durch die politbürokratische Unterstellung und Steuerung der Rechtswissenschaft. Die Steuerung erfolgte vor allem über die Abteilung »Staatliche Verwaltung« (1955 »Staatliche Organe«, nach dem 32. Plenum des ZK der SED im Juli 1957 »Staats- und Rechtsfragen«) beim ZK der SED, in die auch die ZK-Abteilung Justiz 1949/50 integriert wurde. Daneben war die Rechtswissenschaft wie alle anderen Wissenschaftsdisziplinen der »Abteilung Propaganda« (später: »Abteilung Wissenschaften«) beim ZK der SED untergeordnet. Diese doppelte Unterordnung hatte bis 1989, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen und daraus resultierenden Kompetenzstreitigkeiten, Bestand.

Die gravierendsten Folgen besaß die geschilderte Rechtskonzeption der SED für das Verfassungsrecht sowie die Strafjustiz. Die 1948 vom Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates unter Vorsitz von Otto Grotewohl ausgearbeitete und mit der Gründung der DDR in Kraft getretene erste DDR-Verfassung ist durchaus von jenem entschiedenen demokratischen Impuls der ersten Nachkriegsjahre geprägt. Die Grundrechte waren in dieser Verfassung noch als Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt sowie als Gestaltungsrechte der Bürger konzipiert. Die Volkssouveränität wurde mit dem Bekenntnis zum Volkseigentum verknüpft und eine Verwaltungsgerichtsbarkeit geregelt.

Aber die Realität sah schon unmittelbar nach Inkrafttreten der Verfassung anders aus: Faktisch arbeiteten die bestehenden Verwaltungsgerichte schon seit 1948 nicht mehr.¹⁴ Entsprechend obiger Konzeption war die Verwaltungsgerichtsbarkeit eine für den Sozialismus systemwidrige Kontrolle der Justiz über die staatliche Verwaltung. Die Abschaffung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgte 1952 durch eine interne Anordnung des Innenministers. Sie wurde damit gerechtfertigt, daß mit dem auf der II. Parteikonferenz (Juli 1952) gefaßten Beschluß, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, eine Interesseneinheit von Staat und Bürger entstehe. Daher sei eine Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht verträglich mit der einheitlichen Staatsgewalt. Auf der Babelsberger Konferenz wurde dann auch das Verwaltungsrecht als Rechtszweig vorläufig liquidiert. Erst 1988 beriet das Politbüro im Kontext mit

12 Vgl. Sigrid Meuschel: a.a.O., S. 256ff.

13 Vgl. Herwig Roggemann: Fragen und Wege zur Rechtseinheit in Deutschland, Berlin 1995, S. 265f.

14 Vor allem Walter Ulbricht argumentierte schon frühzeitig gegen die Verwaltungsgerichte, vgl. SAPMO Barch IV 2/1/12.

15 Vgl. SAPMO Barch IV 2/2/22 73; vgl. umfassend auch Hubert Rottleuthner: Das Ende der Fassadenforschung: Recht in der DDR (Teil 2), in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, 16 (1995) 1, S. 44ff.

16 Vgl. Karl-Heinz Schöneburg: Gesellschaftliche Umbrüche und Verfassung, in: Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit, Jena 1994, S. 32.

17 Vgl. SAPMO Barch IV A 2/13/40-43; SAPMO Barch NL 82/11.05 und 11.06; SAPMO Barch IV 2/13/459.

18 Die genaue Auflistung der Verfahren mit Quellenangabe bei Hubert Rottleuthner: Politische Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, S. 40 ff.

der KSZE-Folgekonferenz in Wien über die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und faßte dementsprechende Beschlüsse,¹⁵ die in das im Dezember 1988 von der Volkskammer verabschiedete halbherzige Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsgerichtsentscheidungen mündeten.

Auf der II. Parteikonferenz erklärte Grotewohl auch, daß die Weimarer Staatsform im Stadium der sozialistischen Wirtschaftsplanner nicht mehr tauglich sei, was einer Absage an die Verfassung der DDR von 1949 gleichkam. Von daher ist es zutreffend, spätestens von diesem Zeitpunkt an von einer »verfassungsleeren« Zeit zu sprechen.¹⁶

Mit der angenommenen Identität von Staat, Bürger und Volk im Zusammenhang steht auch das Ungleichgewicht zwischen den politischen und sozialen Menschenrechten zuungunsten der politischen in der Rechtspraxis der DDR. Im Gegensatz zur Verfassung von 1949, der noch eine konstruktive offene und öffentliche Diskussion vorausging, dokumentieren das Zustandekommen und die Ausgestaltung der DDR-Verfassung von 1968/74, daß nun Parteibeschlüsse das oberste Prinzip für Rechtssetzung und Rechtsgestaltung sind. Die Ausarbeitung erfolgte im geheimen unter direkter Leitung Ulbrichts im Sommer 1967 durch eine handverlesene, kleine Kommission.¹⁷ Nach der öffentlichen Diskussion wurde am Entwurf, der nun zur Volksabstimmung gestellt wurde(!), nichts Substantielles mehr geändert. Die Verfassung normierte nun den in der Praxis vollzogenen Führungsanspruch der SED im Art 1. Das Prinzip der Volkssouveränität, in den Länderverfassungen und in der Verfassung von 1949 noch von zentraler Bedeutung, wurde durch Art. 47 II jetzt verfassungsrechtlich dem Prinzip des demokratischen Zentralismus subordiniert. Grundrechte waren in dieser Verfassung weder Abwehrrechte gegen den Staat noch einklagbar. Insofern verkörperte diese Verfassung nun die vorherrschende Staats-, Rechts- und Demokratiekonzeption.

Vor allem auf dem Gebiet der Strafjustiz mußte sich das instrumentelle Rechtsverständnis der SED-Führung negativ auswirken. Letztlich entsprach es aber der Logik der Rechtsgestaltung als Machtinstrument der Mächtigen, wenn die Initiativen für Strafverfahren, ihre Rahmenbedingungen, z.T. ihr Ausgang oder spätere Begnadigungen bis Anfang der sechziger Jahre bei als politisch wichtig eingestuften Vorgängen vom Politbüro der SED ausgingen bzw. von diesem festgelegt wurden. Dabei wurde gegen das Recht oder am Recht vorbei agiert. Bis 1962 standen direkte und indirekte Eingriffe in Strafverfahren fast einhundertmal auf der Tagesordnung von Politbürositzungen.¹⁸ Überwiegend ging es dabei um die Höhe des Strafmaßes, speziell um Todesstrafen und ihre Vollstreckung. Die justizlenkenden Entscheidungsvorlagen wurden von der sogenannten Justizkommission, der der jeweilige Generalstaatsanwalt, Justizministerin Hilde Benjamin, der Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen, der Sektorleiter Justiz dieser Abteilung sowie Erich Mielke angehörten, entworfen. Am 3. Dezember 1962 hat dann jedoch Hilde Benjamin in einem Schreiben an den Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen die Richtig-

keit dieser Vorgehensweise in Frage gestellt.¹⁹ Aus den Akten des Politbüros geht hervor, daß es sich seit 1963 nur noch einmal (1971) mit einem Strafverfahren beschäftigte.

Die erste und größte Außensteuerung der Justiz durch die SED-Führung fand bei den in den Monaten April bis Juli 1950 gegen die von der Sowjetischen Besatzungsmacht an die deutschen Organe übergebenen Nazi- und Kriegsverbrecher durchgeführten »Waldheimer Prozessen« statt. Sie endeten mit 3324 Verurteilungen, wobei alle wichtigen Entscheidungen über den Ablauf der Prozesse (beginnend mit der Auswahl der Richter) vom Zentralsekretariat der SED getroffen worden sind. Während der Verfahren nahm eine Kommission unter Leitung von Paul Hentschel von der Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED unmittelbar auf die Urteilsfindung Einfluß. Damit waren diese Prozesse durch einschneidende Rechtsverletzungen und die Aufhebung der (eigentlich verfassungsrechtlich garantierten) richterlichen Unabhängigkeit gekennzeichnet.²⁰ Das Politbüro der SED befaßte sich bis Anfang der sechziger Jahre auch weiterhin regelmäßig mit Strafverfahren gegen NS-Verbrecher. Dabei spielte auch die Systemauseinandersetzung mit der BRD und deren zum Teil skandalöse Haltung gegenüber NS-Verbrechern für bestimmte Prozesse eine Rolle. Verfahrenslenkende Eingriffe in der Qualität und Quantität wie bei den Waldheimer Prozessen erfolgten nach heutigem Erkenntnisstand nicht mehr. Vielmehr ist die Durchführung der Mehrzahl der Prozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher unanfechtbar.

Die Strafrechtspolitik der SED-Führung in den fünfziger Jahren war außerdem eingebunden in die Gestaltung interner Machtstrukturen innerhalb der SED. Die Profilierung der SED zur »Kaderpartei neuen Typs« ließ sich nicht ohne Widerspruch und Widerstand vollziehen. Vorgegangen wurde dabei nach dem Prinzip der Unterordnung durch exemplarische Unterdrückung. Das Strafrecht war hier eingeordnet in die hierarchischen innerparteilichen Disziplinierungsformen, zu denen u.a. die Tätigkeit von Kontrollkommissionen rechnete. Beispielhaft sind die Geheimverfahren vor dem 1. Strafsenat des OG gegen Fritz Sperling, Paul Baender, Paul Merker und Max Fechner, die eines der perfidesten Justizverbrechen in der DDR darstellen, zu nennen. Für diese Prozesse läßt ein Blick hinter die Fassade nur den Schluß zu, daß ein geregeltes juristisches Verfahren nur scheinbar gegeben war. Ebenso verhielt es sich mit den Verurteilungen von Wolfgang Harich, Walter Janka u.a. 1957, die lediglich an der Spitze derjenigen standen, die im Zuge des »Tauwetters« nach dem XX. Parteitag der KPdSU versuchten, die Politik in der DDR zu verändern, ohne jedoch die sozialistische Ausrichtung in Frage zu stellen. Gegen diese kritischen Anschauungen wurde der Revisionismusvorwurf erhoben und in mehreren Fällen das scharfe Instrument des Strafrechts eingesetzt. Die Prozeßunterlagen belegen jedoch eine staats- oder sozialismusfeindliche Einstellung der Genossen um Walter Janka nicht einmal andeutungsweise. Selbst der hohe Abstraktionsgrad des Art. 6 Abs. 2 der Verfassung (Boykotthetze), der hier in Anwendung kam, rechtfertigte nicht, die Angeklagten eines solchen Verbrechens zu bezichtigen oder sie gar dafür zu verurteilen.

19 Das Schreiben ist abgedruckt in: Andrea Feth: Hilde Benjamin – Eine Biographie, Berlin 1997, S. 154.

20 Vgl. Falco Werkenthin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 181ff; Horst Luther: Strafprozeßrecht, in: Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 348ff.

Die Analyse der Archivbestände des vormaligen Zentralen Parteiarchivs der SED fördert zutage, daß insbesondere in den fünfziger Jahren eine Inanspruchnahme des Strafrechts durch Fremdin-teressen auf vielen Gebieten stattfand. Beispielsweise ging es bei den am Obersten Gericht Anfang der fünfziger Jahre geführten großen Konzernprozessen nicht nur darum, die durch das Potsdamer Abkommen legitimierten Enteignungen und Überführungen von Konzernen und Betrieben in Volkseigentum strafrechtlich zu schützen. Ziel war es auch, wirtschaftliche Schwierigkeiten als ausschließliche Folge äußerer Angriffe erscheinen zu lassen und möglichen politischen Widerstand bürgerlicher Blockpolitiker gegen die herrschende Politik präventiv zu unterbinden. Zudem galt das Volkseigentum als eine der Säulen der Gesellschaftskonzeption des sozialistischen Aufbaus schon zu diesem Zeitpunkt als »heilig« und »unantastbar«. Wirtschaftsstraftaten wurden daher zunehmend als Angriffe auf den Staat und die Grundlagen der neuen Demokratie angesehen und sollten die volle Wucht des Strafrechts spüren. Um diese Wirkungen zu erzielen, wurden die Konzernprozesse als »Schauprozesse« (beispielsweise im Dessauer Theater!), deren Rahmen durch das Politbüro der SED vorgegeben wurde, inszeniert. Hohe Strafen waren ein zwangsläufiges Resultat.

Ähnlich verhielt es sich mit der Anwendung des ein unakzeptables Maß an Unbestimmtheit aufweisenden Art. 6 Abs. 2 der Verfassung von 1949 (Boykotthetze) als geltenden Straftatbestand auf politisch motivierte Handlungen. Gegenstand dieser »Schauprozesse« waren überwiegend strafrechtlich durchaus relevante Handlungen solcher Organisationen wie der »Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit« oder des »Untersuchungsausschusses freier Juristen«. Doch dehnte das OG die Strafbarkeit nach Art 6 (wie die entsprechenden Strafnormen bei den »Konzernprozessen«) bereits auf entfernteste Vorbereitungshandlungen aus, was wiederum eine Instrumentalisierung in der Systemauseinandersetzung und einen z.T. krassen Widerspruch zwischen den angeklagten Taten und ausgeworfenen hohen Strafen zur Folge hatte. Mit seiner uferlosen Auslegung schuf das Oberste Gericht der DDR eine Situation, die es erlaubte, weniger an konkrete Handlungen als an die jeweilige Gesinnung mit den Tatbeständen des politischen Strafrechts anzuknüpfen und die Rechtsanwendung aktuellen politischen Zwecken unterzuordnen. Wichtige Auslegungshilfe war dabei die »Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit«.²¹ Dieses Prinzip bedeutete für den Richter, die in Parteibeschlüssen und -verlautbarungen enthaltenen politischen Vorgaben in der Rechtsprechung zu beachten. In diesem Sinne wurde im Rechtssystem der DDR das Verhältnis Gesetz-Richter um die Bindungswirkung der Parteibeschlüsse erweitert. Die extremste Ausprägung des Prinzips führte – wie bereits angedeutet – bis zur Infragestellung der Geltungskraft des positiven Rechts vor allem in den fünfziger und ersten sechziger Jahren.

Später war mit jener »Einheit« weniger die Außerkraftsetzung von Gesetzesrecht verknüpft. Vielmehr wurde sie im Sinne einer Auslegungsregel bei der Rechtsanwendung verstanden. Es ging um die Reduktion oder auch Beseitigung des richterlichen Entschei-

21 Hilde Benjamin: Diskussionsrede auf dem IV. Parteitag der SED, in: Neue Justiz, 1954, S. 223; s. auch Andrea Feth: Hilde Benjamin, a.a.O., S. 136 ff.

dungsermessens, um den Beurteilungsspielraum der sozialistischen Rechtspraxis zwischen dem Willen des staatlichen Gesetzgebers und seinen gesetzten Normen und dem sich wandelnden Willen der politischen Führungsorganisation.²² In der Strafrechtspraxis wurden so die Generalklauseln der Tatbestände durch politische Normvorgaben der SED dominiert. Bei der erwähnten Anwendung des Art. 6 der Verfassung von 1949 war auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen worden, daß die nachgeordneten Gerichte bis 1957 in vielen Urteilen jegliche Kritik an der herrschenden Politik, die oft nur unter der Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung artikuliert wurde, bestrafen konnten.²³

Zur Ingebrauchnahme des Strafrechts durch eine fremde Logik zählt auch, daß in den fünfziger Jahren, insbesondere nach der II. Parteikonferenz 1952/53 und dann 1958/60, der Strafwang zielgerichtet zur Veränderung der sozialen Struktur, zur Nivellierung der Eigentumsordnung eingesetzt wurde. Vor dem Hintergrund von nicht selten konstruierten oder aufgebauchten Kriminalstraftaten dienten hier Strafverfahren vorrangig der Enteignung von Unternehmen oder der Forcierung der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die juristische Grundlage bildete die u.a. in der Wirtschaftsstrafverordnung von 1948 geregelte Sanktion der Vermögenseinziehung. Eines dieser Beispiele ist die »Aktion Rose«, die Anfang 1953 zur Enteignung von über 400 privaten Hotels und Pensionen an der Ostseeküste führte. Das »Gesetz zum Schutz des Volkseigentums« vom Oktober 1952 wiederum sollte mit seinen exorbitant hohen Strafandrohungen für Delikte gegen das Volkseigentum (Mindeststrafe 1 Jahr Zuchthaus!) das Bewußtsein seiner Unantastbarkeit sowie abschreckende Wirkungen nach sowjetischem Vorbild hervorrufen. Doch mußte die auf diesem Gesetz basierende Verurteilungspolitik schon im Mai (auch auf Initiative der SKK) als »untragbar« korrigiert werden.

Eine so krasse Instrumentalisierung des Strafrechts zur Herrschaftssicherung der SED-Führung hat es ab 1963 nicht mehr gegeben. Insbesondere die Verwerfung des Dogmas von der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes und das Abrücken von der Auffassung, daß jedes Verbrechen Ausdruck des Klassenkampfes sei, führten vor allem nach dem Rechtspflegeerlaß des Staatsrates vom 27.11.1962 zu einem Abbau des »Feindstrafrechts«. Trotzdem blieb diese strafrechtspolitische Linie bis 1989 bestehen und findet beispielsweise ihren Ausdruck in einem durch Unbestimmtheit der Tatbestände charakterisierten Staatsschutzstrafrecht, das auch weiterhin die strafrechtliche Verfolgung Andersdenkender legalisierte – so zum Beispiel in den Strafverfahren gegen Rudolf Bahro, Robert Havemann oder die Bürgerrechtler im Anschluß an die Liebknecht/Luxemburg-Demonstration 1988.

Verschiedene Untersuchungen gehen heute davon aus, daß die direkte Unterdrückungs- und Willkürstrafjustiz etwa 3 Prozent der gesamten Strafjustiz der DDR ausmachte.²⁴

Natürlich konnte im vorliegenden Beitrag kein Gesamtbild der Rechtspolitik der SED gezeichnet werden. Zu umfänglich sind die einzelnen Rechtsgebiete, zu unterschiedlich die einzelnen Facetten. Es sollte jedoch gezeigt werden, welche Rechtsauffassung die Po-

22 So Herwig Roggemann: a.a.O., S. 285. – Zu den Widersprüchen, die diese Formel bei den Richtern auslöste, vgl. Falco Werckenthin: Gelenkte Rechtsprechung - zur Strafjustiz in den frühen Jahren der DDR, in: Neue Justiz, 1991, S. 482.

23 Für 1954/55 nennt das Ministerium der Justiz in einem Bericht an die Abteilung Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED 1374 (1954) bzw. 1892 (1955) Verurteilungen nach Art. 6 Abs. 2. Vgl. SAPMO Barch, IV 2/13/411.

24 Insgesamt wird aus den erfolgreich gestellten Rehabilitationsanträgen auf 78.000 rein politisch motivierte strafrechtliche Verurteilungen in 40 Jahren DDR geschlossen. Vgl. Jörg Arnold: Die Normalität des Strafrechts der DDR, Freiburg i.B. 1995, S. 11.

litik der SED-Führung bis 1989 – unabhängig von verschiedenen Zäsuren und Brüchen, die an der Grundintention nichts änderten (wenn auch die Auswirkungen milder waren) – bestimmte und wie sich diese auf einzelnen Rechtsfeldern auswirkte. Nach dieser Auffassung konnten Rechtswissenschaft, Justiz und Recht zu jeder Zeit machtpolitisch zur Disposition gestellt werden. Im extremsten Fall geschah dies durch »Schau-« oder Geheimprozesse. Doch standen das Rechts- und Demokratieverständnis der SED-Spitze der rechtlichen Normierung ökonomischer und gesellschaftlicher Verkehrsformen nicht grundsätzlich entgegen. Auf vielen Gebieten waren diese Normierungen beachtliche Leistungen. Es geht an der Realität vorbei, wenn dem DDR-Recht auch in bezug auf die Staatsrichtung Geltungskraft schlechthin abgesprochen und positives Recht in seiner Wirkung damit völlig auf eine willkürliche Funktion von Politik reduziert wird. Eine derartige Beschreibung wäre zunächst schon ungeeignet, die Instrumentalfunktion vom Recht zu begründen. »Insbesondere wäre aber ein hochkomplexes Staatswesen wie das der DDR ... ohne ein hohes Maß freiwilliger Akzeptanz, damit Geltungskraft und Befolgung von Recht (in Form von Organisationsnormen, Kompetenzzuweisungen, Verfahrensrecht, aber auch bei der Durchsetzung materieller Rechtsansprüche auch in Staatsrichtung) über kurz oder lang vollständig funktionsunfähig geworden.«²⁵

25 Herwig Roggemann:
a.a.O., S. 274.

Aber die Rechtsnormen standen immer zur Verfügung einer revolutionär gedachten Staatsmacht unter Führung der SED, die dem Durchbruch höherer Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu dienen hatte. Wilhelm Pieck bezeichnete zwar die SED auf dem III. Parteitag als Partei der Gesetzlichkeit, aber immer dann, wenn wirkliche oder vermeintliche Staats- und Parteiinteressen es erforderten, wurde ohne oder gegen das Recht entschieden.

Zum Schluß: Es ist in den vorangegangenen Beiträgen viel darüber gesprochen worden, inwieweit »Schauprozesse« mit einem ganz bestimmten Gesellschafts- und Herrschaftsmodell, einer ganz bestimmten Vergesellschaftungsform zusammenhängen. Zugleich ist immer auf die Parallele zum Inquisitionsprozeß, vor allem hinsichtlich der Folter, aufmerksam gemacht worden. Ich möchte es aber nicht versäumen, auch auf einen übergreifenden Aspekt, der nicht nur die vergangenen staatssozialistischen Gesellschaften betrifft, hinzuweisen. »Schauprozesse«, wenn man sie nicht auf diejenigen Strafverfahren reduziert, die nur noch Scheinprozesse sind, hängen auch mit einem Paradigmenwechsel innerhalb der Strafrechtsgeschichte zusammen. Michel Foucault hat herausgearbeitet, daß bis zum Ende des 18. Jahrhunderts das Schwergewicht des Strafrechts auf einen grausamen Vollzug der Strafen gerichtet war. Die Strafriten waren Funktionen einer Macht, die verknüpft war mit der Souveränität des Herrschers, die am Körper des Verurteilten die offene Macht und die Asymmetrie der Kräfte demonstrierte. Die ritualisierte Strafe war Funktion einer Macht, die mangels lückenloser Überwachung ihre Bekräftigung in aufsehenerregenden Kundmachungen sucht. Im 19. Jahrhundert wird die Bestrafung immer mehr zum verborgenen Teil der Rechtssache. Ihre Wirksamkeit erlangt sie aus der abstrakten Annahme ihrer Unaus-

weichlichkeit, nicht von ihrer sichtbaren Intensität. Andere Räder werden in die Abschreckungsmechanik eingesetzt. Die Elemente der Schändlichkeit, schreibt Foucault, werden umverteilt. Jetzt hat die Verurteilung selbst den Delinquenten mit einem eindeutigen und negativen Zeichen zu versehen. Daraus resultieren die Öffentlichkeit der Debatten im Strafverfahren und des Urteils (im Gegensatz zum Inquisitionsprozeß). Die Vollstreckung der Strafe ist hingegen gleichsam eine zusätzliche Schande.²⁶ »Schauprozesse« könnten demnach auch die Hypertrophierung dieser Seite der Strafrechtsanwendung sein. Die stalinistischen »Schauprozesse« (vor allem in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion und Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre in den »Volksdemokratien«) weisen Elemente beider Entwicklungslinien auf. Zudem lag dem jeweiligen Urteil nur scheinbar ein geregeltes Verfahren zugrunde. Bei anderen Strafprozessen in der DDR, die ich aber auch als »Schauprozesse« charakterisieren würde, liegt die Gewichtung auf der Stigmatisierung in der Verhandlung. Außerdem erlaubt der Ansatz Foucaults zugleich einen kritischen Blick auf gegenwärtige Tendenzen.

26 Vgl. Michel Foucault: Überwachen und Strafen, Frankfurt a.M. 1989, S. 72ff.; ders.: Der Mensch ist ein Erfahrungstier, Frankfurt a.M. 1996, S. 80f.

JÜRGEN HOFMANN

Zur Auseinandersetzung mit der Hohenschönhausener Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin. Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete: Revolutionsgeschichte 1848/49, DDR- und SED-Geschichte, nationale Frage, empirische Forschungen zum Einigungs- und Transformationsprozeß.

In der Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen befand sich bis 1989 die zentrale Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Den Grundstock für diese Einrichtung übernahm das MfS 1951. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte unmittelbar nach dem Krieg auf diesem Gelände zunächst ein Internierungslager, das Speziallager Nr. 3 des NKWD, eingerichtet. Von 1946 bis 1950 befand sich an gleichem Ort das zentrale Untersuchungsgefängnis der Besatzungsmacht.

Es dürfte also kaum verwundern, daß nach der staatlichen Einheit gerade Hohenschönhausen für eine »Topographie des roten Terrors« und zur Illustration der These vom »Unrechtsstaat DDR« prädestiniert erschien. Die Enquêtékommision des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« schlug in ihrem Abschlußbericht folgerichtig vor: »Zu einer Stätte des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989, die von zentraler Bedeutung ist, sollte die frühere Zentrale Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen und der DDR-Geheimpolizei in Berlin Hohenschönhausen genutzt werden« (Drucksache des Deutschen Bundestages 12/7820, S. 233). Der Senat von Berlin und das Berliner Abgeordnetenhaus haben sich inzwischen dieses Auftrages angenommen, wie aus dem Beschluß vom 22. Juni 1995 und dem dazu erteilten Zwischenbericht vom Oktober des gleichen Jahres sichtbar wird. Eine Fachkommission von Historikern und Politologen lieferte die konzeptionelle Munition.

Nun verdiente eigentlich bereits die zentrale Idee dieser Fachkommission den Vorwurf des Plagiats. Doch die fragwürdige Anleihe an eine verdienstvolle Westberliner antifaschistische Initiative, mit einer »Topographie des Terrors« Orte des Schreckens und der Gewalt des NS-Regimes der Entsorgung durch Neubebauung zu entreißen, ist von den Fachkommissionsautoren bewußt gewählt worden, bedient sie doch das zentrale Deutungsmuster von den zwei Diktaturen, das weniger auf Diktaturenvergleich als vielmehr auf Diktaturengleichsetzung abzielt.

Schon die Ansätze, nach denen die Hohenschönhausener Gedenkstätte gestaltet und betrieben werden soll, führen uns zu zentralen konzeptionellen und methodologischen Fragestellungen der Auseinandersetzung um die Zeitgeschichte und um deren Deutung. Dem nachzugehen würde einen gesonderten Exkurs verlangen; unerwähnt bleiben darf es jedoch nicht. Zugleich muß m.E. bewußt

bleiben, daß die Tatsachen politischer Repression in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR auch dann nicht ungeschehen zu machen sind, wenn man den offiziellen Deutungsmustern vom »Unrechtsstaat DDR« oder der Gleichsetzung von »roter und brauner Diktatur« aus vielen guten Gründen nicht folgen kann und will. Die Bereitschaft zu kritischer Rückschau auf die DDR-Gesellschaft und zur Offenlegung von Deformationen und Konstruktionsmängeln muß konstitutives Element von PDS-Geschichtsverständnis bleiben.

In Berlin-Hohenschönhausen ist die Diskussion um die Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus längst über den Zirkel der Spezialisten hinausgewachsen. Obwohl die Zuständigkeit für die umstrittene Einrichtung beim Land Berlin liegt, sehen sich Kommunalpolitiker und Bezirksverordnete immer wieder in der Pflicht, Position zu beziehen. Dabei geht es u. a. auch um daraus abgeleitete praktische Fragen wie Straßennamen, Kranzniederlegungen, Gräberpflege. Für die Mitglieder und Sympathisanten der PDS gestaltet sich die kontroverse Debatte hin und wieder fast zur Zerreißprobe, wenn an der Be- oder besser Verurteilung der Gedenkstätte der politische Standort festgemacht wird.

Im öffentlichen Diskurs um Inhalt und Funktion der Gedenkstätte Hohenschönhausen lassen sich neben anderen zwei unvereinbare extreme Positionen ausmachen:

Zum einen ist es der Versuch, die Einrichtung im Sinne einer Pauschalverurteilung des DDR-Systems zu instrumentalisieren. Eine forschungsgestützte Gedenkstättenarbeit wird abgelehnt bzw. für entbehrlich erachtet. Hauptaufgabe sei es, die DDR und die SED an den Pranger zu stellen. Themenschwerpunkte und Gestaltung wären diesem Anliegen unterzuordnen. Wollte man manchen dieser Intentionen folgen, wäre die Gedenkstätte auf dem besten Wege zum »Gruselkabinett«.

Zum anderen verlangen prinzipielle Kritiker der Gedenkstätte, Hohenschönhausen als normale Untersuchungshaftanstalt wie jede andere auch zu behandeln, was streng genommen eine Gedenkstätte eigentlich überflüssig machen würde. Sie verweisen auf die politische Funktion der Gedenkstätte und auf die wissenschaftlichen Mängel, suggestiven Botschaften und zweifelhaften Fakten, die ihre gegenwärtige Präsentation kennzeichnen. Von der PDS wird faktisch eine Rehabilitierung bzw. Verteidigung der U-Haftanstalt und seiner Mitarbeiter erwartet.

Die allgemein vorherrschende Tendenz, Ereignisse und Vorgänge der Geschichte der DDR zu kriminalisieren und zur politischen Abrechnung zu benutzen, erschwert die Diskussion. Dennoch kann der Verzicht auf die eigene Kritik an der eigenen Geschichte kein gangbarer und vor allem kein erfolgversprechender Weg sein. Die Glaubwürdigkeit der PDS und ihres Erneuerungsprozesses wird sich nicht zuletzt am Umgang mit den schmerzhaften Fragen zu beweisen haben. Die Auseinandersetzung um die ehemalige U-Haftanstalt Hohenschönhausen ist eine dieser Fragen. Sicherlich läßt sich das System politischer Repression nicht auf Hohenschönhausen reduzieren, aber ein exemplarisches und exponiertes Fallbeispiel bleiben die ehemalige U-Haftanstalt und ihre sowjetischen Vorläufer trotzdem.

Wer sich in die Debatte zu Hohenschönhausen, Bautzen oder anderen Einrichtungen einläßt, muß sich deshalb zunächst die Frage beantworten, wie er zum System politischer Verfolgung und Repression steht. Für die PDS sollte die Rechtfertigung bzw. Verteidigung von politischer Repression inakzeptabel bleiben. Auch der Verweis auf den Kalten Krieg und ähnliche Akte politischer Verfolgung z.B. in der Bundesrepublik der Adenauer-Ära oder auf die etwas subtilere Form politischer Repression durch Berufsverbote sagt bestenfalls etwas zu den deutsch-deutschen Einflüssen und internationalen Rahmenbedingungen, rechtfertigt jedoch nicht rechtsstaatliche Defizite und Deformationen der sozialistischen Gesellschaft. Orientierungspunkte und Maßstäbe sollten auch im Nachhinein nicht aus gesellschaftlichen Verhältnissen entlehnt werden, die der Sozialismus erklärtermaßen überwinden wollte. Die entscheidende Meßlatte für alternative Gesellschaftsversuche bleiben wohl in erster Linie ihre Ideale.

Die Forderung nach internationaler Einordnung der Geschehnisse im Osten Deutschlands ist selbstverständlich völlig berechtigt. Dieses Herangehen gehört zum Standard zeitgeschichtlicher Forschung, Analyse und Darstellung. Dennoch ist an dieser Stelle eine Frage angebracht: Soll die internationale Einbettung Zusammenhänge, Rahmenbedingungen, tatsächliche oder vermutete Einflüsse ins Bewußtsein heben, oder soll sie die Entschuldigungen und Rechtfertigungen für eigenes Fehlverhalten und Versagen liefern? Natürlich kann und darf die jeweilige Situation des Kalten Krieges nicht im Nachhinein ausgeblendet werden; ein Generalpardon für Agentenhysterie und vorbeugende politische Repressionen gegen vermutete Feinde, Anpassungsunwillige und mißliebige Kampfgefährten läßt sich daraus jedoch nicht ableiten.

Die PDS kann und wird nichts einzuwenden haben gegen einen Ort der Erinnerung und des Nachdenkens, der all jenen Gerechtigkeit wiederfahren läßt, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zu Unrecht bzw. völlig unangemessen politischer Verdächtigung und Verfolgung ausgesetzt waren. Hier haben wir als Nachfolger und auch als Erben der SED eine Schuld abzutragen und die Verantwortung wahrzunehmen, die wir uns selbst mit dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 auferlegt haben. Damals verpflichtete sich die SED-PDS »zur Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgungen geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande.« Außerdem wollte sie sich dafür einsetzen, »daß den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird« (Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS. Dez. 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 55). Daß Opfer stalinistischer Verfolgungspraktiken eingeschlossen sind, darf als Konsens unterstellt werden. Die Gedenkstätte in Hohenschönhausen wird den Anspruch, Stätte der Erinnerung und des Nachdenkens zu sein, jedoch erst erfüllen können, wenn sie sich allzu einseitiger Instrumentalisierung und Indoktrination entzieht. Inwieweit dies möglich sein wird, muß die Zukunft zeigen. Die Begehrlichkeiten von Opferverbänden, antikommunistischen Kräften und ihnen nahestehenden Wissenschaftlern, die Deutungshoheit für die Hohenschönhausener Ge-

denkstätte zu erlangen, sind kaum zu übersehen. Dies führte auf der letzten Anhörung zum Gedenkstättenkonzept fast zum Eklat. Die gegenwärtige Anbindung der Hohenschönhausener Gedenkstätte an das Land Berlin gibt noch am ehesten die Möglichkeit, über parlamentarische und demokratische Mechanismen Einfluß auf Akzente und Entwicklungsrichtungen zu nehmen.

Entschieden entgegneten sollten wir der Versuchung, die Verantwortung für die Untersuchungshaftanstalt und für politische Repressionen ausschließlich oder vorrangig dem Ministerium für Staatssicherheit und seinen Mitarbeitern anzulasten und uns selbst aus politischer und moralischer Verantwortung fortzustehlen. Unsere kritische Sonde muß prinzipieller sein und tiefer gehen. Sie muß nach dem Platz der politischen Repression im praktizierten Gesellschaftssystem fragen. Das MfS war Teil dieses Systems, zu dessen führender Kraft sich die SED erklärt hatte. Die Mitarbeiter des MfS handelten auf der Grundlage von Gesetzen, die von der Gesellschaft vorgegeben waren. Allein ein Blick auf das Strafrecht der DDR, das 1968 in Kraft trat und in den siebziger Jahren mehrfache Veränderungen sowie Zuspitzungen erfuhr, macht deutlich, wie viele Paragraphen auf politische Straftatbestände zielten, obwohl es offiziell gar kein politisches Strafrecht gab (siehe z.B. die §§ 99, 107, 109, 212, 213, 214, 217, 219, 220, 225). Dieses Strafgesetzbuch war aber nicht im Ministerium für Staatssicherheit entstanden. Wenn Untersuchungsführer des MfS zu ermitteln hatten, dann nach diesen Gesetzesvorgaben, die z.T. eine völlig unangemessene Reaktion auf die tatsächliche innere und äußere Situation der DDR waren. Wie eine Analyse der Verurteilungen mit Freiheitsentzug zeigt, machten die wirklichen staatsgefährdenden Delikte nur ca. 10 bis 15 Prozent aus, während 60 bis 70 Prozent auf den Strafbestand des ungesetzlichen Grenzübertritts entfielen, dessen Vorbereitung ebenfalls schon strafbar war (Siehe Deutschland-Archiv 2/1997).

Ein Problem, das nicht nur auf Hohenschönhausen zutrifft, ist die pauschale Unterstellung, bei allen Verhafteten und Inhaftierten der Internierungslager, der Haftanstalten der Besatzungsmacht und der U-Haftanstalt des MfS habe es sich fast ausnahmslos um unschuldige Opfer politischer Verfolgung gehandelt. Wer die enormen Mitgliederzahlen der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie den Anteil faschistischer Funktionsträger an der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt, wird solch verharmlosenden Bewertungen kaum folgen können. Dies ändert jedoch nichts an der inzwischen durch Forschungen abgesicherten Tatsache, daß unverhältnismäßig viele kleine Mitläufer und Unschuldige in das Räderwerk der Internierungslager und sowjetischer Besatzungsjustiz gerieten. Auch in verschiedenen Etappen der DDR-Entwicklung war der Vorwurf, Feind der DDR und des Sozialismus zu sein, manchmal sehr schnell bei der Hand, wenn man beispielsweise den außerordentlich interpretationsfähigen Strafbestand der Staatsverleumdung bzw. der öffentlichen Herabwürdigung nimmt. Der Verweis auf die Konfliktsituation zwischen den beiden deutschen Staaten und die jahrzehntelange Diskriminierung der DDR rechtfertigt kaum die Strafverfolgung nichtkonformer oder auch

oppositioneller Meinungsäußerungen. Davon abzuheben wären Delikte, die auch in Demokratien westlichen Zuschnitts zur Verfolgung und Verurteilung geführt hätten, wie Spionage, Brandanschläge etc.

Größte Schwierigkeiten hat die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit der Tatsache, daß in Hohenschönhausen und anderswo auch Mitglieder und Funktionäre der SED sowie Funktionsträger der DDR-Gesellschaft inhaftiert waren. Diese Gruppe von Opfern der politischen Repression wird entweder gar nicht oder nur mit größtem Widerwillen zur Kenntnis genommen, da sie nicht in das bevorzugte Klischee von Opposition und Widerstand paßt. Paul Merker, Willi Kreikemeyer, Heinz Brandt sind nur einige wenige prominente Beispiele. Kaum im Bewußtsein sind hunderte Partei- und Staatsfunktionäre der mittleren und unteren Ebenen, die auf Grund fragwürdiger Vorwürfe bzw. nach Denunziationen von den Mechanismen politischer Repression erfaßt wurden. Für manchen Betriebsleiter reichte bereits das dringend benötigte und deshalb privat besorgte Ersatzteil aus dem Westen, um sich den Vorwurf des Wirtschaftsvergehens einzuhandeln.

Bei einer notwendig gewordenen Straßenbenennung in einem neuerrichteten Wohngebiet in Hohenschönhausen hatten Investoren sowie die CDU- und SPD-Politiker des Stadtbezirks größte Schwierigkeiten, den Kommunisten, Spanienkämpfer und Reichsbahnchef der DDR Willi Kreikemeyer, der nach seiner Verhaftung im August 1950 spurlos verschwand (siehe die Kreikemeyer-Biographie von Wolfgang Kießling in: Hefte zur ddr-geschichte; 42, Berlin 1997), als Namenspatron zu respektieren. Eine Bezirksverordnete machte deutlich, wo das eigentliche Problem liegt: Ein staatstragender Parteigänger der SED könne doch als Opfer nicht gleichermaßen gewürdigt werden wie die wirklichen Gegner des DDR-Systems. Nach solcher Logik gibt es eben Opfer erster und zweiter Klasse. Das Parteibuch scheidet über den Tod hinaus.

Einzufordern wäre für die Gedenkstätte in Hohenschönhausen eine Gedenkstättengestaltung, die den Mindeststandards wissenschaftlicher Aufbereitung und musealer Präsentation entspricht. Das ist gegenwärtig nicht gegeben. Die Ausstellung atmet noch ganz den Zeitgeist der unmittelbaren Nachwendejahre. Quellenkritik fand kaum statt. Für die in ehemaligen Abstellräumen nachgebauten Folterzellen gibt es lediglich einen einzigen Zeitzeugen. Die Veränderungen in den Haftbedingungen werden nicht erfaßt. Das sogenannte U-Boot wird als der repräsentative Zellenbau präsentiert, obwohl er Ende der fünfziger Jahre außer Betrieb genommen wurde. Weitgehend ausgeblendet bleiben die besatzungsrechtlichen Zusammenhänge sowie die internationalen und deutsch-deutschen Rahmenbedingungen. U-Haftanstalt und sowjetisches Speziallager werden unzulässig miteinander vermengt. Die Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen ist keine besondere Erwähnung wert. Die Mängelliste ließe sich problemlos noch weiter fortführen.

Dennoch: Wer sich über die tendenziöse und sachlich sowie wissenschaftlich anfechtbare Präsentation empört, sollte sich die Frage gefallen lassen, ob die nachgewiesenen zahlreichen Beispiele

politischer Willkür und Repression sowie die damit verbundenen menschlichen Schicksale nicht wenigstens Nachdenklichkeit und in manchen Fällen vielleicht auch das Gefühl von Scham dringend nahelegen. Die heute beklagte politische Instrumentalisierung der Gedenkstätte in Hohenschönhausen hatte eine Vorgeschichte, die von der DDR und ihrer Schutzmacht geschrieben wurde.

MICHAEL SCHUMANN

Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe

Michael Schumann – Jg. 1946,
Prof. Dr. phil., Mitglied des
Parteivorstandes der PDS,
Abgeordneter des Branden-
burgischen Landtages (PDS).

Es wäre eine doppelte Zumutung für das Auditorium, wollte ich eine Bilanz der Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe im Rahmen eines Schlußwortes versuchen. Vom abschließenden Vortrag eines langen und anspruchsvollen Tagungsprogrammes erwartet man in besonderer Weise Zurückhaltung – was den Umfang und den Grad der Problematisierung betrifft. Eine Bilanz aber müßte umfangreich ausfallen und wäre auch hier und heute nur sinnvoll, wenn wir die Möglichkeit hätten, sie auch zu debattieren. Ich werde mich deshalb auf zwei Bemerkungen beschränken.

Erstens: In der ideologischen Tradition der kommunistischen Bewegung sind die Exzesse der Gewalt, von denen heute die Rede war, in der Regel als im Grunde marginale Deformationen der sozialistischen Macht charakterisiert worden. Noch in den großen parteioffiziellen Darstellungen der allerneuesten Zeit wie etwa in der Anfang der achtziger Jahre in Moskau erschienenen siebenbändigen Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung findet man zu diesem Thema nicht mehr als einen winzigen Abschnitt mit den sattsam bekannten Formeln vom Personenkult um Stalin und von seiner fehlerhaften These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim sozialistischen Aufbau, die zu Verletzungen der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und zu Massenrepressalien geführt hätten (vgl. Ponomarjow u.a. 1985, Bd. 5, S. 64). Die die Sowjetwirklichkeit der Stalin-Zeit prägende Gewaltherrschaft wurde in solchen für die breite Öffentlichkeit bestimmten Darstellungen schlicht negiert. Schon ihre umfängliche Rechtfertigung aus historischen Umständen hätte ein Zugeständnis bedeutet, das Fragen nach den Dimensionen der Gewaltherrschaft und ihren Opfern provoziert und das zentrale Dogma der parteioffiziellen Geschichts-, Gesellschafts- und Staatsauffassung widerlegt hätte: das Dogma von der quasi naturgesetzlichen, ungebrochenen Kontinuität des sowjetischen Sozialismus als Ausdruck der wachsenden Selbstbestimmung des Volkes. Ponomarjow stellt daher in dem erwähnten Werk für die Sowjetunion der dreißiger Jahre die geradezu absurde These auf: »Die schöpferischen, organisatorischen und erzieherischen Funktionen des Staates drängten seine Zwangsfunktionen in den Hintergrund« (Ebenda, S. 8).

Das Gegenteil war der Fall. In der Auseinandersetzung um den Weg der Modernisierung der Sowjetunion – und um diese Auseinandersetzung ging es letztlich in den Prozessen – hatten jene ge-

siegt, die die nachholende Entwicklung, den wirtschaftlichen Aufschwung durch ein System der Despotie und des Terrors erzwingen wollten. Dieses System war gerade keine Deformation der realsozialistischen Macht. Es handelte sich vielmehr um das Ergebnis der bewußten Entscheidung, auf dem Wege der Modernisierung die konstitutiven Voraussetzungen des Staatssozialismus sowjetischer Prägung nicht in Frage stellen zu lassen. Unter diesen Bedingungen war eine nachholende Industrialisierung nur durch ein System der Zwangsarbeit und des Terrors möglich, das die fehlenden respektive durch die zentralistische Planwirtschaft und den zentralistischen Parteistaat blockierten gesellschaftlichen Entwicklungspotentiale substituieren sollte.

»Die Alternative wäre gewesen«, so schreibt Rainer Land, »diese Art Sozialismus aufzugeben und Anschluß an eine Entwicklung zu finden, die die Modernisierungspotentiale des Westens nutzt und partizipatorisch ausbaut. Der Weg hätte über Reformen zu Verselbständigung der Betriebe, Marktmechanismen, Aufwertung und Ausbau der Geldwirtschaft, zu gemischtem Eigentum und Gewinnorientierung, Rückführung zentralisierter Forschungs- und Entwicklungspotentiale in die Betriebe usw. geführt. Das war Teufelszeug – bis in die sechziger Jahre« (Land 1996, S. 193).

Wir kennen das Ende. Dem stalinistischen System wurde die terroristische Spitze zwar weitgehend genommen, aber der staatssozialistische Vergesellschaftungstyp, die trotz aller Reformbemühungen immer beibehaltene Unterordnung der Wirtschaft unter ein diktatorisches politisches Machtzentrum mit all den Folgen der Einschnürung politischer und geistiger Freiheit und damit sozialer Kreativität, wurde nicht überwunden. Das führte zu ökonomischer Ineffizienz, ökologischer Rückständigkeit und schließlich zum sozialen Konflikt, der den sowjetischen Staatssozialismus zusammenbrechen ließ.

Was uns Heutigen mehr oder weniger klar vor Augen steht, war mit Sicherheit für die zeitgenössischen Akteure so klar nicht. Die kommunistischen Oppositionellen, in denen die Überzeugung gereift war, daß Stalins Weg in die Niederlage führen konnte, waren sich alles andere als sicher, ob angesichts der historischen Rückständigkeit, der außenpolitischen Isolierung der Sowjetunion und der drohenden Kriegsgefahr ein anderer Modernisierungsweg ohne gleichzeitige Gefahr des Machtverlustes Chancen gehabt hätte. Denn eine Infragestellung der im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen grundsätzlichen Machtverhältnisse als Voraussetzung für das Beschreiten eines anderen Modernisierungspfades war für sie – die Revolutionäre von 1917 und späterhin für alle oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten – undenkbar. Die Weigerung, die Möglichkeit des Machtverlustes für die kommunistische Partei als Teil der Problemlösung zu akzeptieren, war für die Tragödie der oppositionellen Revolutionäre konstitutiv: Die Tragik der Revolution, so schreibt Maurice Merleau-Ponty in seinem berühmten Essay »Humanismus und Terror«, »verschärft sich noch, wenn es nicht nur darum geht, ob die Revolution über ihre Feinde den Sieg davon tragen wird, sondern auch darum, wer unter den Revolutionären die Geschichte am besten gelesen hat.

Ihren Höhepunkt erreicht sie schließlich beim Oppositionellen, der davon überzeugt ist, daß die revolutionäre Führung sich irre. Dann gibt es nicht nur Fatalität – eine äußere Macht, die einen Willen zerbricht – sondern wirkliche Tragödie – ein Mensch im Kampf mit den äußeren Mächten, deren geheimer Komplize er ist – weil der Oppositionelle weder für noch völlig gegen die Führung, die die Macht innehat, sein kann. Es ist nicht mehr die Spaltung zwischen dem Menschen und der Welt, sondern die zwischen dem Menschen und ihm selbst. Und das ist das ganze Geheimnis der Moskauer Geständnisse« (Merleau-Ponty 1966, Bd. 1, S. 110).

Das Nachdenken über die Problematik der Moskauer Prozesse verdeutlicht so das grundsätzliche Dilemma des oppositionellen bzw. reformerischen Kommunisten: Er versteht sein Wirken als Korrektiv der Macht seiner Partei, aber er bejaht letztlich eine Organisation der Macht, die diese absolut setzt und ihm damit die Möglichkeit nimmt, sie zu korrigieren.

Zweitens: Der demokratische Sozialismus stellt in diesem Sinne nicht nur einen Bruch mit der offiziellen staatssozialistischen Macht dar, sondern auch mit ihrem oppositionell-kommunistischen Widerpart. Denn der Reformkommunismus – wenn denn dieser Ausdruck eine spezifische Bedeutung im Unterschied zum demokratischen Sozialismus haben soll – teilt in seinem Widerstand gegen die staatssozialistische Macht deren Voraussetzung: ihre Absolutheit.

Damit steht auch der Reformkommunismus der staatssozialistischen Ära – nicht der Kommunismus schlechthin – noch im Banne jener Ideologie der totalen historischen Diskontinuität hinsichtlich der Organisationsprinzipien der Macht, namentlich der Staats- und Rechtsentwicklung, beim Übergang zu einer sozialistischen Neuordnung der Dinge. Die programmatische Plattform der PDS, die Position der Einheit von Sozialismus und Demokratie, bedeutet die Überwindung dieses Diskontinuitätspostulats, das nach Gerhard Haney seinen Ausdruck in einer »Abkehr von jeglicher normativ begriffener Kontinuität« fand; »das Historisch-Soziologische wurde beherrschend, die relative Selbständigkeit staatlicher und juristischer Formen wurde dabei kaum beachtet, höchstens kleingeschrieben« (Haney 1996, S. 318). Nicht zuletzt die kritische Analyse der geschichtlichen Erfahrungen hat die PDS zu einer programmatischen Neuorientierung in Richtung auf einen – wie ich es verstehe – modernen Sozialismus geführt, der die ambivalenten demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft – bei all ihren Mängeln und ihrer Reformbedürftigkeit – auch als Voraussetzungen und Formen für die Durchsetzung sozialistischer Ziele und unverzichtbare Entwicklungspotentiale der Gesellschaft begreift.

Diese programmatische Neuorientierung ist alles andere als eine opportunistische Anpassungsleistung, die wir mit einem Anerkennung erheischenden Blick unternommen haben. Sie ist auch keineswegs eine unkritische Heiligsprechung des institutionellen empirischen Status quo. Sie ist in erster Linie Resultat eines internen Selbstverständigungsprozesses, dessen Ergebnis – und nicht dessen Veranlassung – durch äußere politische Umstände in viel

geringerem Maße bestimmt worden ist als gemeinhin angenommen wird. Entscheidend war vielmehr – und das ist eine Bemerkung zum Thema »Ankommen«, das die Gemüter so erhitzt hat – die Wiederaneignung von Traditionsbeständen des westlichen Marxismus und des demokratischen Sozialismus unterschiedlicher Prägung. Ankommen wollten wir zuerst bei uns selbst, bei den vielfach verschütteten, schöpferischen Teilen unseres eigenen Erbes.

Wir sind in der »Wende« sehr unsanft, geradezu mit der Nase auf das unbedingte Erfordernis gestoßen worden, das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, von Sozialismus und Rechtsstaatlichkeit neu zu durchdenken und zu bestimmen. Und ich darf daran erinnern, daß noch unter Egon Krenz im Aktionsprogramm der SED vom November 1989 sozialistische Rechtsstaatlichkeit zu einer zentralen politischen Kategorie avancierte. Die subjektiven Rechte der Persönlichkeit, ohne welche Demokratie unmöglich ist, demokratisches Wahlrecht, Gewährleistung der Souveränität der Volksvertretungen, Verfassungsreform und Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit waren Stichworte dieses Aktionsprogramms (vgl. Behrend/Meier 1991, S. 190 ff.).

Die Bekräftigung und Weiterentwicklung des historisch notwendigen Charakters der vom Volk erkämpften Rechte und Freiheiten und damit des pluralistischen und gewaltenteiligen politischen Systems waren längst zu einer zentralen Frage sozialistischer Identität und Politik geworden. Und damit war auch ein Bemühen um die Neuaneignung von Traditionslinien des marxistischen Denkens verbunden, innerhalb welcher die besonderen staatlichen, rechtlichen und ideologischen Entwicklungsformen der kapitalistischen Gesellschaft als wesentliche Ermöglichungsbedingungen für die Durchsetzung des Sozialismus thematisiert wurden. Das betrifft vor allem Rosa Luxemburgs kritische Einforderungen demokratischer Errungenschaften der kapitalistischen Ära wie allgemeine Wahlen und ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit gegenüber den russischen Revolutionären sowie Antonio Gramscis Betonung der zivilgesellschaftlichen Struktur des westlichen Kapitalismus als einer Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Anknüpfung an diese und andere Traditionsbestände des westlichen Marxismus war und ist für die Entwicklung einer Programmatik der sozialistischen Erneuerung, die den Ausbau bzw. die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit sozialistischer bzw. kommunistischer Formationen gewährleisten soll, wesentlich. Diese Programmatik verkörpert einen spezifischen Antikapitalismus. Dieser reduziert die moderne Gesellschaft nicht auf ihre Eigenschaft, kapitalistisch zu sein, sondern erkennt im Eigensinn ihrer ausdifferenzierten Bereiche bzw. Praxen (und somit auch in Staat, Recht und Ideologie) Formen einer – der Potenz nach innovativen – »Übersetzung« existentieller Widersprüche und damit potentielle Gegenmächte zur Dominanz des Profits.

Ich betone: Potentielle Gegenmächte, Möglichkeiten, – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist keine Verabschiedung von Marx. Es geht vielmehr im Kern um die Frage, was es heute bedeutet, den Marxschen Ansatz, Demokratie und Recht mit den

Interessen von Menschen und Gesellschaftsklassen in Verbindung zu bringen – sowohl in unserer gegenwärtigen politischen Praxis als auch in bezug auf die Kritik des Realsozialismus. Und gerade wer diesen Marxschen Ansatz bewahren will, muß sich kritisch fragen, »ob die wesentlich durch den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts geprägte Marxsche Gesellschaftstheorie die Bedeutung der politischen Sphäre und der rechtlichen Institute als Feld geschichtlicher Entscheidungen und als Formen zivilisatorischen Fortschritts hinreichend gewürdigt hat. Und auszubauen ist der Marxsche Ansatz durch die Aufhellung der komplizierten und komplexeren Interessenstrukturen moderner Gesellschaften, deren innere und äußere Entwicklungsbedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts unmittelbar miteinander verwoben sind« (Heuer/Lieberam/Schumann 1991, S. 26).

Genau darum geht es: die politische, die rechtliche und ideologische Sphäre der heutigen Gesellschaft als Feld geschichtlicher Entscheidung zu begreifen, als Möglichkeiten anzunehmen, als Möglichkeiten, die als solche weder gut noch schlecht sind.

Freilich: Ob aus diesen Möglichkeiten Wirklichkeiten werden; ob es also gelingt, dem stummen Zwang des Kapitals die laute Stimme des politischen Kampfes entgegenzusetzen, ist und bleibt eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, die sich mit der Bereitschaft und Fähigkeit zum politischen Bündnis entscheidet. Und hier liegt die eigentliche Herausforderung, an der sich unsere Fähigkeit, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bewähren muß.

Literatur

- Behrend/Meier 1991: M. Behrend/H. Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Eine Dokumentation, Berlin.
- Haney 1996: G. Haney: Die Crux der nur einfachen Negation oder das doppelte Dilemma, in: Recht und Ideologie, Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag, hrsg. von G. Haney/W. Maihofer/G. Sprenger, Freiburg/Berlin.
- Heuer/Lieberam/Schumann 1991: U.-J. Heuer/E. Lieberam/M. Schumann: Die PDS und ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat, in: UTOPIE kreativ, 1991, H. 13.
- Land 1996: R. Land, Staatssozialismus und Stalinismus, in: Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, hrsg. von L. Bisky/J. Czerny/H. Mayer/M. Schumann, Berlin.
- Merleau-Ponty 1966, Bd. 1: M. Merleau-Ponty, Humanismus und Terror, 1, Frankfurt a. M.
- Ponomarjow u.a. 1985, Bd. 5: B. N. Ponomarjow (Vorsitzender der Hauptredaktionskommission), Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie, Bd. 5, Moskau/Berlin.

WOLFGANG HARTMANN

»Das Erbe Dzierzynskis« –
oder weshalb seine Nachdenklichkeit
abhanden kam.

Persönliche Reflexionen und
Fragen an Meinesgleichen

Erstens:

Mir sei ein Gedankenexperiment erlaubt: Wir stellen uns vor, zur DDR-Zeit, vielleicht 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU, sei ein verantwortlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gefragt worden, ob er es als hypothetisch ansähe, dieses Ministerium könnte in »irgendeine Art von »Ochrana« ausarten?

Welches wäre die Reaktion auf die Frage gewesen? Sehr wahrscheinlich hätte allein die bloße Erkundigung nach solcher Möglichkeit Entrüstung ausgelöst und die argwöhnische Vermutung, ob sie nicht einem »politisch-negativen« Denken entspringe. Wenn nicht gar einer »feindlich-negativen« Haltung!

Aber: Eben eine solche Frage stellte sich Feliks Dzierzynski, der Gründer der Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und Sabotage. Denn ahnungsvoll erwog er die Gefahr einer Entartung der Tscheka.

Darüber wird Erstaunliches erfahren, wer die Erinnerungen Zofia Dzierzynskas, seiner Frau, aufschlägt, obwohl die 1964 in der Sowjetunion erschienene Fassung gewiß gefiltert ist. Sie schreibt:

»Feliks war nach den Worten W. R. Menshinskis »der strengste Kritiker seiner Schöpfung (der Tscheka – Z.D.)«. Er fürchtete nichts mehr, als daß sich der Wurm in ihr einniste, sie ein sich selbst genügendes Organ werde, die Verbindung zur Partei verlöre, ihre Mitarbeiter schließlich auf Abwege gerieten und ihre immensen Rechte ausnutzten«¹

Zofia Dzierzynska berichtet, ihr Mann habe die Gefahr gesehen, seine Schöpfung könne »schädlich« werden und »in eine Ochrana oder in ein Organ der Konterrevolution (ausarten)«². Nämlich dann, wenn sie nicht ein »Organ des Zentralkomitees« bleibe, also dessen Kontrolle entzogen werde. Dieser Satz muß vor dem Hintergrund des Leninschen Parteiverständnisses und Lenins Verlangen nach Demokratismus und der damaligen Situation verstanden werden, in welcher die Frage »Wer – wen?« noch nicht entschieden war.

Mit wenigen Sätzen vermittelt Zofia Dzierzynska zudem, worin ihr Mann das eigene, ein kommunistisches Ethos dieses Machtorgans sah: Er verlangte nämlich nicht nur Konsequenz bei der Bekämpfung der im damaligen Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention gegenwärtigen Konterrevolution. In dieser angespannten Situation forderte er strikte Gesetzlichkeit sowie von den Mit-

Wolfgang Hartmann –
Jg. 1929, Chemielaborant,
Diplom-Jurist; war seit 1964
bei der Hauptverwaltung
Aufklärung (HVA) des MfS.

Die Ochrana war die gegen aufbegehrende Demokraten und gegen die Arbeiterbewegung Rußlands gerichtete brutale zaristische Geheimpolizei. Ihr Name wurde Synonym für Provokation, brutale Unterdrückung und Terror gegen das Volk.

W.R. Menshinski war Stellvertreter und später Nachfolger Dzierzynskis. Er starb nach langer Krankheit 1934. Daß seinem Nachfolger Jagoda angelastet wurde, er habe Menshinski durch Giftmord beseitigt, muß ebenso mit größter Skepsis gesehen werden, wie andere in den dreißiger Jahren erhobene Beschuldigungen über Morde und Mordpläne.

arbeitern, »sich um die Menschen zu kümmern und taktvoll (sic!) selbst gegenüber denen zu sein, die verdächtigt wurden, Verbrechen gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht begangen zu haben.«³ Zofia Dzierzynska zitiert Feliks D.:

»Wer von euch hart geworden ist gegenüber den Leiden der Inhaftierten, der sollte diese Institution verlassen. Hier muß man mehr als anderswo ein gutes mitfühlendes Herz haben.« Den Tschekisten als Repräsentanten dieser Macht gebot er: »Jeder Anschauzer, jede Grobheit, Unbescheidenheit und Unhöflichkeit ... ist ein Schandfleck, der auf diese Macht zurückfällt.«⁴

Dieses niederschreibend, bin ich versucht, als Kontrast einige Zitate des rüden Anklagegebrülls Wyschinskis in den Moskauer Prozessen dageganzusetzen, oder die widerspruchslos angehörten polternden Machtworte des Ministers E.M., oder – schlimmer! – Dokumente über die erniedrigende Behandlung, welche in MfS-Haft Kommunisten zuteil wurde, die später von erfundenen Anschuldigungen befreit und rehabilitiert werden mußten, wie z.B. die in Haft genommenen Kommunisten Leo Bauer, Alfred Drögemüller, Willi Kreikemeier, Paul Merker, Fritz Müller, Johannes Schellenberger, Hans Schrecker, Fritz Sperling, Bernhard Steinberger, Rudolf Zuckermann.

Zweitens:

Das MfS sah sich in der revolutionären Tradition der Tscheke. Minister Mielke liebte es, die Mitarbeiter mit Pathos Tschekisten zu nennen. Dzierzynskis Verlangen, die Mitarbeiter der Tscheke sollten einen »kühlen Kopf, ein heißes Herz und absolut saubere Hände« haben und persönlich bescheiden sein, war den meisten Mitarbeitern des MfS wohl nicht nur ein geläufiges Zitat – sondern ein persönlich ehrliches Ideal. Dieses nehme ich auch für mich in Anspruch.

Aber: War in unser Denken auch die Nachdenklichkeit Dzierzynskis eingegangen, mit der er die immanenten Gefahren der Entartung eines Apparates sah, welcher mit so großer Macht ausgestattet war? Und zwar schon zu einer Zeit, als die innere Entwicklung der Sowjetunion noch von Bürgerkrieg und ausländischer Intervention bestimmt war und noch nicht, wie in den dreißiger Jahren, vom »Sieg des Sozialismus« gesprochen wurde?

Wäre solche Nachdenklichkeit über immanente Gefahren des Machtapparates MfS nicht zwingend notwendig geworden? Nicht schon spätestestens,

– nachdem der XX. Parteitag der KPdSU 1956 die nach Dzierzynskis Tod in der Stalinzeit eingetretene Entartung der Tscheke enthüllt hatte,

– nachdem Beria entmachtet wurde und

– nachdem auch in der DDR viele Menschen, meist bewährte Kommunisten, rehabilitiert werden mußten – an deren Anschuldigungen, Verurteilungen und Haftbedingungen das MfS seinen praktischen Anteil hatte?

Diese Nachdenklichkeit kann sich natürlich nicht auf bloße konkrete »Einzel-Fälle«, namentlich von ungerechtfertigter strafrechtlicher Repression, begrenzen. Eine solche Beschränkung käme

ihrer Verniedlichung zu Justizirrtümern gleich. Besonders von heute her gesehen ist auch zu bedenken, mit welchem eigenen Zutun das MfS bis zum Ende der DDR die jeweiligen dogmatischen Züge der Kultur-, Wissenschafts- und Informations-Politik der SED, die öffentliche Selbsttäuschung über die ökonomische Situation und die Art der inneren Konfliktsachen unterstützte. Denn damit wurden für den Sozialismus große Potentiale von Kreativität zerstört; Intellektuellenfeindlichkeit und Mißtrauen gegen kritisches Denken wurden genährt. Nachzudenken ist über die Zusammenhänge aller dieser Elemente der Sicherheitspolitik und über ihre ideologischen Rechtfertigungen, d.h. also über das Herrschafts- und Demokratieverständnis.

In vielen Diskussionen nach dem Ende der DDR habe ich erfahren, wie schwierig selbst mit dem Abstand einiger Jahre solches kritische Nachdenken ist. Z. B. berufen sich manche der Jüngeren darauf, sie seien zu jung gewesen, um den XX. Parteitag der KPdSU bewußt wahrgenommen zu haben. In ihrer Ausbildung und »Erziehung« zu Tschekisten seien die dort aufgeworfenen Probleme niemals offiziell thematisiert worden. Die letzte Feststellung ist richtig und enthüllt die strikte Tabuisierung dieser Thematik durch die SED(-Führung): »Keine Fehlerdiskussion!«. Sie belegt, wie wenig konsequent oder gar nicht (nach Zaissers Absetzung⁵) die stalinistischen Denkmuster des Gesellschaftsverständnisses und der Herrschaftsausübung seitens der MfS-Leitung in Frage gestellt wurden. Die MfS-Leitung ging, nach den (oft nur halbherzigen) Rehabilitierungen, zur Tagesordnung über. Waren (sind) die verweigerte Benennung und die »Enthaltbarkeit« bei der kritischen Auseinandersetzung mit Irrtümern und Fehlern nicht auch Zeichen von Machtarroganz, eines Ausweichens vor eigener politischer Verantwortung – und einer Anspruchslosigkeit des theoretischen Denkens? Wer dennoch darüber sprechen wollte, bekam schnell den Stempel »politisch-negativ«, »revisionistisch« o.ä..

Zuweilen wird die gleichermaßen oberflächliche wie blockierende Erklärung angeboten, es sei eben Vorkrieg oder Krieg und Faschismus oder eben Kalter Krieg gewesen. Als ob infolgedessen das Gesetz des eigenen Handelns vollständig dem – tatsächlichen – Gegner abgetreten und nun von diesem bestimmt wurde, als ob die eigenen Ideale und Maßstäbe suspendiert seien!

Drittens:

Lassen wir für unsere Betrachtung an dieser Stelle beiseite, welches die spezifische Verantwortung der Verantwortlichen an der Spitze des Machtapparates war. Deren Verantwortung taugt nicht als Alibi: Es sei denn, wir wollten in das spießige Klischee des tumben Mitläufers schlittern, der selbst ohne gesellschaftliche Mitverantwortung für das Ganze eben nur mit den völlig legitimen Staatsschutzfunktionen, z.B. der Verfolgung von Spionage oder Terrorismus, zu tun gehabt hat?

Fragen wir also uns selbst: Darf man – erst recht von heute her gesehen! – den ersten Teil der oben zitierten Antwort hinnehmen, nämlich die Berufung auf »späte Geburt«? Oder die Berufung darauf, selbst an diesem oder jenem zweifelhaften Geschehen nicht

Konstantin Simonow:
 »Die Lebenden und die Toten«; »Man wird nicht als Soldat geboren«;
 »Der letzte Sommer«
 Tschingis Aitmatow:
 »Abschied von Gülsary«;
 »Der weiße Dampfer«,
 »Die Richtstatt«.

mitgewirkt, keinen eigenen (direkten) Einfluß gehabt zu haben? Zumal wir doch sonst und völlig richtig darauf beharren, daß geschichtliche Zusammenhänge, politische Inhalte und wichtige Tatsachen nicht ausgeblendet werden dürfen! Denn wenn auch nicht offiziell, nicht »von oben« gewünscht, war allein schon aus der viel gelesenen Literatur reichlich und erschütternd über Machtmißbrauch und tragische Menschenschicksale bekannt.

Wer von uns Mitarbeitern des MfS las nicht die Romane Konstantin Simonows? Öffnete er uns – am Beispiel von Serpilins Schicksal – nicht einen Blick in Abgründe?

Wer von den Mitarbeitern des MfS las nicht einen der Romane Tschingis Aitmatows? Erhielten wir aus ihnen nicht reichliche historische Kenntnis? Welche Gedanken löste das Gleichnis der an den »Mankurts« vollzogenen Menschenmanipulation in seinem Roman »Der Tag zieht den Jahrhundertweg« aus? Hatte er nur über eine vergangene Geschichte oder nicht auch über Gegenwart geschrieben?

Wer von den Mitarbeitern des MfS erhielt durch das Schicksal unseres Traditionshelden Richard Sorge nicht Anstoß für kritische Nachdenklichkeit?

Und welches waren unsere Gedanken beim Lesen der Memoiren Sandor Radós? Geben sie doch Einblick, wie die entartete Tscheka nach 1945 mit diesem großen Aufklärer umgegangen war.

Drang nichts über das tragische Schicksal des Grand chef der Roten Kapelle, Leopold Trepper, in unsere Sinne?

Und fragten wir uns nicht nach dem Schicksal Bersins, des legendären und erfolgreichen Chefs der sowjetischen Militär-Aufklärung?

Was dachten wir uns beim Lesen der Erinnerungen Erwin Geschonneks über seine faktische Auslieferung an die Nazis?

War dies alles etwa nur eine sowjetische Sache und fern von uns? Betraf es nur das sowjetische Vorbildorgan oder nur die frühen sowjetischen Besatzungseinflüsse? Hatten wir nicht vieles davon angenommen und als Eigenes verinnerlicht? Auch, als wir längst kritikfähig sein konnten?

Welchen Einfluß auf unser Problembewußtsein und auf unser Handeln im eigenen Spielraum gewannen Debatten und Auseinandersetzungen in der DDR?:

Wer las nicht Kuczynskis »Dialog mit meinem Urenkel« und darin über die dogmatischen Verirrungen unseres Gesellschaftsverständnisses: Im Sozialismus keine Widersprüche, schon gar keine antagonistischen?!

Was dachten wir uns über die von Hermann Kant in der »Aula« erzählte Geschichte einer fast klassischen Auseinandersetzung mit unserem Mißtrauen?: Die Freunde Iswall, Trullesand und Jakob Filter aus dem Zimmer »Roter Oktober« suchen im Gespräch mit dem Spanienkämpfer und SED-Kreissekretär Haiduck Rat wegen des vom doktrinären ABF-Parteisekretärs Angelhoff gegen »Quasi« Riecks Tbc-Arzt Gropjuhn erhobenen Mißtrauens, denn dieser plane einen »Angriff auf die ABF«. Sie erfahren: »Mißtrauen ist Munitionsvergeudung«. Löste es nicht unsere Nachdenklichkeit aus, wie Kant jenen hysterischen Typ von Kurzschluß-Argumen-

tationen Angelhoffs lächerlich macht, welcher doch auch in unseren Reihen nicht fremd war: Der Tbc-Arzt Gropjuhn sei nicht Mitglied der DSF, »folglich« kein Freund der Sowjetunion, »folglich« ein Feind der Sowjetunion, »folglich« gegen den Frieden, »folglich« ein Feind? War dies nicht eine »Folge«-Kette, die schnell und leicht zur Wertung »politisch-negativ« führte?

War es nicht so, daß – nach dem XX. Parteitag – diese und andere unübersehbare Anstöße zur Nachdenklichkeit nur noch mit Ignoranz übersehen werden konnten? Eine peinliche Frage, aber wir müssen sie uns selbst stellen.

Viertens:

All dieses hätte doch – »von unten« her! – Dzierzynskis Nachdenklichkeit über Entartungsgefahren, über deren Gründe und Erscheinungsformen in uns erwecken müssen. Und mehr als nur Nachdenklichkeit: auch Konsequenzen für das Verständnis der eigenen Arbeit, für das eigene Verhalten, zumindest im Spielraum der eigenen Verantwortlichkeit.

Wie sind wir damit umgegangen? Gab es etwa überhaupt keine Nachdenklichkeit? Doch, es gab sie, wenn auch selten im »offiziellen Raum«. Weshalb aber nicht im offiziellen Raum, z.B. in den Versammlungen der SED oder in Schulungen? Weshalb nur »inoffiziell«? Was setzte der Nachdenklichkeit Grenzen und dem Geltendmachen ihrer Ergebnisse enge Schranken, so daß dann am Ende wir die Zeichen nicht erkannten oder verdrängten?

Weshalb haben wir unsere »inoffiziellen« Erkenntnisse und Ansichten nicht so in unserem Handeln umgesetzt, daß von uns und rechtzeitig eine Reform des realen Sozialismus ausging?

Dazu gehört die (Teil-)Frage, weshalb sich unser Selbstbild von dem des Volkes entfernt hat. Bis sich dann das Volk erst allmählich, dann sprunghaft und massenweise von der DDR abwandte. Obwohl sie doch gegen die Barbarei des asozialen Kapitalismus mit seinen Kriegen, mit seinem Tanz um die Macht des Geldes, mit seiner sozialen Kälte, mit seiner Ausbeutung der Dritten Welt – und mit seinen faschistischen Ausgeburten! – dennoch ein kostbarer Ansatz für eine Alternative war? »Wir« müssen darauf Antworten suchen und sie unseren Erben, unseren »Urenkeln« hinterlassen.

Was hinderte uns? Wollen wir, die wir doch glaubten Marxisten zu sein, behaupten, wir wären nur bewußtlose und willenlose Rädchen eines Mechanismus gewesen und wir hätten uns nicht als Subjekt der Geschichte verstanden: Das System war alles, ich bin ein Nichts, also auch für nichts verantwortlich? Wie erklären wir uns das hier beschriebene Phänomen eines subjektiven Versagens? Ja, eines Versagens, denn – sehen wir vom Faktor des ökonomischen Kräfteverhältnisses ab – unser Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, ist auch durch unser Tun und Unterlassen gescheitert.

Fünftens:

Leider gibt es keine repräsentative soziologische Untersuchung dieses Phänomens. Deshalb bleibt nur der mühevollste Weg, subjektive Reflexionen über eigene Erfahrungen zusammenzutragen. In

Kurt Hagers Erinnerungen⁶ findet sich mehrfach die Selbstbeziehung, er sei in bestimmten Situationen feige gewesen. Mag sein. Aber er und viele andere haben im Kampf gegen den Faschismus großen persönlichen Mut bewiesen. Daher kann wohl kaum von charakterlicher Feigheit gesprochen werden. Was im Einzelfall als eine individuelle Feigheit oder – z.B. bei gewissen Geständnissen und selbstkritischen Bezeichnungen – als Kapitulation vor dem Druck der eigenen Genossen erscheinen mag, war es nicht ein soziales und ideologisches Phänomen, dessen Genese wir zu ergründen und aufzudecken verpflichtet sind? Nein, Feigheit und bloßer Opportunismus sind kein befriedigender Erklärungsansatz, obwohl natürlich nicht zu leugnen ist, daß es übersteigerten Ehrgeiz, charakterlichen Opportunismus und die korrumpierende Wirkung von Karriere-Denken gab. Das wäre bei einem so großen Apparat und bei den gering entwickelten Formen offener Diskussion eine zu naive Annahme. Wir wollen hier darauf nicht näher eingehen, denn es sind keine spezifischen Erscheinungen der DDR-Gesellschaft.

Von meinen Überlegungen glaube ich, daß sie trotz – oder vielleicht gerade wegen – einiger Besonderheiten meiner Biographie einen Pfad öffnen könnten, dieses Phänomen zu verstehen. Prozeßhaft vereinigen sich in ihm viele Komponenten: Unerfahrenheit und wachsende Erfahrung; unkritisches Vertrauen in tatsächliche oder angemessene Autoritäten und wachsende Unabhängigkeit des Denkens; naive Gläubigkeit und wachsendes kritisches Denken; Verdrängungen und treibende Zweifel; disziplinierte Selbstzensur mit der »Schere im Kopf« und Aufbegehren; Zaudern und Unsicherheiten; aufrichtige Loyalität; taktische Anpassungen. Die taktischen Anpassungen folgten oft aus der Bestimmung von Prioritäten. Auf diese werde ich noch zurückkommen.

Zu dem hier erörterten Phänomen gehören untrennbar begünstigende Umstände und »die Verhältnisse«, aus denen sich Kriterien und Prioritäten für die persönlichen Werte und das persönliche Verhalten ableiteten.

Ich sehe allerdings keinen Grund, jene Erwartung an linke Selbstkritik zu erfüllen, wonach ausgerechnet und allein von denjenigen abzuverlangen wäre, engelsrein und ohne Abweichung vom eigenen Ideal zu sein, die nach dem Faschismus, nach Deutschlands Okkupation Europas, nach industrialisiertem Menschenmord eine an die Wurzeln gehende grundlegende Alternative versuchten. Solche Erwartung ist entweder weltfremd oder heuchlerisch. Zumal gleichzeitig »auf der anderen Seite« die staatliche, die ökonomische und die gesellschaftliche Macht weitgehend von der personellen Kontinuität der alten Eliten getragen wurde. War deren Bekenntnis zur »Freiheitlich-demokratischen Grundordnung« nicht etwa eine perfekte »Wendehälsigkeit« (und ein taktisches Manöver zugleich)? Was wiegt das Bekenntnis der im Amt gebliebenen Nazirichter, die weiter die Kommunisten verfolgten, aber ihresgleichen schonten, zum Grundgesetz? Dieses etwa personifiziert am führenden Grundgesetzkommentator, Theodor Maunz, der bis zu seinem Tode den Neonazis verbunden war?

Nur: Die Welt ist nicht so beschaffen, daß Ideal-Wirklichkeits-Konflikte überhaupt vermeidbar wären.

Staatsverständnis faßbar, darin eingeschlossen das innere Sicherheitsdenken und das Verständnis von Zweck und Maß der Macht.

Die Fokussierung der Diskussion auf das MfS, wie sie vorherrschend in den Medien, von manchen Politikern, Politologen, Historikern, auch einer nur noch eifernden Fraktion der ehemaligen Bürgerrechtler und Herrn Gauck vorgenommen wird, provoziert schnell eine sterile Verteidigungs-Haltung, ebenso wirkend, wie die sogenannte juristische Aufarbeitung von Geschichte. Nähmen frühere MfS-Mitarbeiter diese Diskussionsbasis an, setzen sie sich dann nicht selbst Erkenntnisschranken? Durch eine Verteidigungs-Haltung und theoretische Anspruchslosigkeit, statt einer eigenen Lern-Haltung, die kritische Analyse will. Verzichteten sie dann nicht, zur heutigen Politikfähigkeit der Linken ihren Beitrag zu leisten?

Indem ich nach kritischer Analyse frage, behaupte ich nicht, ein kritisches Nachdenken habe es in der DDR, im MfS nicht und nie gegeben.

Z. B. waren die oben bezeichneten Ereignisse und literarischen Anlässe, aber auch Erfahrungen aus der eigenen Tätigkeit nicht nur für mich Anstöße und Gegenstand für Nachdenklichkeit. Letztlich aber kommt es auf die Folgerungen an.

Zu welchen Folgerungen hatte kritisches Denken geführt – oder auch nicht? Ich stelle uns diese Fragen vielleicht ob der geringen öffentlichen, also politisch wirksamen Reflexion früherer Mitarbeiter mit einer gewissen Ungeduld, aber nicht anklagend. Was sollten Anklagen oder eifertige Beteuerungen von »Schuld«? Wessen und welcher Schuld? Kollektiver, individueller, politischer, moralischer, strafrechtlicher – und nach welchen Kriterien? Statt Anklage und zerknüschtem »mea culpa, maxima culpa« ist ein linkes Lernen gefragt, welches der Weisheit der Gesellschaft verfügbar werden muß. Dafür werden Beschreibung und Analyse von politischen und gesellschaftlichen Inhalten, von Tatsachen und Prozessen und ein Verstehen gebraucht. Dann erst wird moralische Bewertung möglich. (Wer eine Entschuldigung erwarten darf, wird von Einsichten eher befriedigt sein können, als von oberflächlichen Reue-Floskeln.)

Siebtens:

Lenins berühmte Köchin kann den Staat nicht ohne Kenntnisse regieren. Durch vorenthaltenes Wissen wird sie entmachtet. Die Geheimsetzung von »Herrschaftswissen« – etwa über die realen Probleme, den Zustand, die Konflikte der Gesellschaft – ist Manipulation und Entmündigung. Ich zögere deshalb nicht, deutlich auf die Verantwortung jener hinzuweisen, die sich dieses undemokratischen Mittels bedienen, wobei sie gegen besseres Wissen mit Fälschungen, erfundenen Beschuldigungen, Schönfärberei sowie Unterdrückung von Kritik und Zweifel hantierten. Insoweit besaß die Repressionspraxis des MfS (als Institution) eine einschüchternde Funktion. Sie richtete sich – etwa mit dem unsinnigen Verbot des Westfernsehens – auch gegen die eigenen Mitarbeiter und erzog damit wahlweise zu Heuchelei oder Ignoranz. Es war mein Glück, Mitarbeiter der HVA zu sein. Wie grotesk: Hätte hier nicht

jeder wegen Dummheit und Unfähigkeit im »Operationsgebiet« eine Parteistrafe verdient, wenn er nicht möglichst viele der Westmedien verarbeitet?

Trotz der extremen Zentralisierung und der mit ihr verbundenen Disziplinierung in der SED waren niemals völlige Uninformiertheit und Uniformität entstanden, eigenes Denken und Emanzipation durch eigene Anstrengung unmöglich gemacht und Spielräume völlig aufgehoben worden. Wer mag, soll sich darauf zurückziehen, er sei nur ein willenloses, bewußtloses Rädchen eines Mechanismus gewesen. Zweifellos, Mechanismen – wo bestehen sie nicht?! – sind Handlungsrahmen. Menschen aber sind zu eigenem Denken begabt und verantwortungsfähig, jeder entscheidet letztlich dennoch selbst über sein Tun und sein Unterlassen. Walter Ulbricht betrachtete es als Tugend der Funktionäre, disziplinierte »Durchführer« von Beschlüssen und Weisungen zu sein. Aber gab nicht auch die »Durchführung« Spielräume? Und mußte der »Durchführer« seine Erfahrungen nicht bewerten? Müssen wir uns solchen Fragen nicht wenigstens heute stellen?

Gern zitierten wir Brechts »Fragen eines lesenden Arbeiters« – »Cäsar erschlug die Gallier./ Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?« – und wandten uns gegen ein Geschichtsverständnis, welches Geschichte nur als »Werk der Großen« ansah. Konsequenterweise sollten wir heute nicht nur nach Ulbricht, Honecker, Mittag, Mielke und Hermann fragen, sondern nach uns, den Köchen. Die Schärfe unserer Fragen an »die Großen« dürfte anschließend gerechter sein.

Achtens:

Kritische Reflexion erfordert Kritikfähigkeit. Der Unerfahrene, der Lehrling, gar wenn er auf seinen Meister und dessen Autorität fixiert ist, besitzt sie noch nicht. Nach der Befreiung vom Faschismus wollten wir Neues bauen – es sollte antifaschistisch sein, es sollte »Nie wieder Krieg« gewährleisten, es sollte die politisch und vor allem die ökonomisch und militärisch Verantwortlichen an Krieg, Faschismus und sozialem Elend entmachten. Daran ist kein Abstrich nötig.

Gewiß gab es die eigenen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Aber nach der Dezimierung der Kader – und den Toten des Krieges – waren sie nur noch in wenigen Älteren lebendig. Das Vorbild, das Modell des »ersten sozialistischen Staates«, des stalinschen Typs, konnte so übermächtig werden. Dies um so mehr, als wir Deutsche in einer tiefen Schuld standen. Wir waren in fremden Ländern umhergezogen, besonders in der Sowjetunion, und hatten auf »verbrannter Erde« Millionen Tote hinterlassen. Kritik an der Sowjetunion? Vorerst ein absurder Gedanke.

Neuntens:

Am eigenen Leibe erlebte ich die Sowjetunion nicht als eine dämonische stalinistische Macht. Im Gegenteil: In Gestalt eines ihrer Kulturoffiziere, des jüdischen Hauptmanns Edelberg aus Leningrad, lernte ich sie in meiner Heimatstadt Halle in einer Weise kennen, die nicht distanzierte Kritik, sondern Sympathie

begründete. Er war – wie auch seine Kollegen – eine kultivierte, hochgebildete und einfühlsame Persönlichkeit, hochgeachtet, ja verehrt ob seiner Verdienste um den Wiederaufbau des kulturellen Lebens in der Stadt. Während manche deutsche Genossen mir jungen und noch suchenden Mann mit Ungeduld und Mißtrauen begegneten, erlebte ich durch ihn (und andere Kulturoffiziere) das pure Gegenteil. Durch ihn lernte ich am eigenen Kopf, was Toleranz gegenüber einem »Andersdenkenden« ist. Toleranz nicht durch sprachlose Duldung, sondern durch das Ernstnehmen des Widerparts, durch einfühlendes Mitdenken seiner anderen Ansichten und achtungsvollen Streit. Heftigen Streit, stets mit Gründen, stets mit nachdenklichem Für und Wider, immer mit Aufeinandergehen und mit Argumenten, nicht zuletzt mittels Literatur und Kunst. Aber niemals mit der oben aus Hermann Kants »Aula« zitierten Angelhoff-Logik. Meine sowjetischen Streitpartner hatten ihre festen Überzeugungen, aber sie sahen sich nicht als unfehlbar, sondern sich selbst als lernende.

Jetzt setzt eine merkwürdige Dialektik ein: Die durch eine eigene Erfahrung begründete Sympathie (die sich durch weitere Momente, insbesondere die Literatur, vertiefte) wurde das Beherrschende. Ja, weshalb nicht? Mein Bild vom sozialistischen Humanismus und meine Maßstäbe wurden bleibend von einem sowjetischen Kommunisten geprägt, der Toleranz vorlebte. Und der nicht schlechthin als eine Privatperson zufälligen Charakters angesehen werden konnte. Von einem zweiten, ebenfalls jüdischen, sowjetischen Kulturoffizier, Hauptmann Kogan aus Odessa, erfuhr ich über antisemitische (nicht zu verwechseln mit antizionistischen) Tendenzen. Wie hätte ich auf einen anderen Gedanken kommen können als den, daß solche Tendenzen, nach deren spezifischen historischen Quellen ich mich erkundigte, mit Sozialismus nichts zu tun haben konnten? In diesen frühen Prägungen, an denen deutsche Kommunisten teilhatten, übrigens auch Victor Klemperer, liegt – für mich wenigstens – eine Hauptwurzel für ein Sozialismusverständnis, das sich aus Marx »kategorischem Imperativ für Kommunisten« herleitete: »Alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁹ Es wurde die unbeirrbar Grundlage meiner späteren Kritik an den Entartungen des realen Sozialismus, vor allem für mein eigenes, nach bestem Wissen und Gewissen erfolgreiches Handeln im eigenen Spielraum. So waren meine Prioritäten, deshalb wurde bei mir aus Kritik nicht Abwendung, schon gar nicht Abtrünnigkeit. Ich glaube, dies war nicht nur meine individuelle Position.

Im Verlaufe der Jahre habe ich besser verstehen gelernt, daß man sich über Menschen nicht spontan und allein nach ihren ideologischen Reflexen auf Lebensrealitäten ein Urteil erlauben darf, sondern erst unter Betracht der ihnen individuell bedeutsam gewordenen Realitäten ihres Lebens und ihrer Gründe. Als Beispiel für einen solchen Wertungskonflikt füge ich ein, daß die von einmarschierenden Rotarmisten begangenen Kriegsgrausamkeiten von mir immer und zuerst als eine böse Folge der staatlichen Grausamkeit des deutschen Aggressionskrieges und der deutschen Mord-

maschinerie gesehen wurden. Auch heute beharre ich darauf, daß sie historisch anders nicht gesehen und bewertet werden können. Aber war auch von den Betroffenen so ohne weiteres diese Sicht abzuverlangen – und im übrigen ihr Schweigen? Zur Toleranz gehört, anderes Erleben und andere Erfahrung wenigstens in ihren Zusammenhängen zur Kenntnis zu nehmen, mit Konstantin Simonows »Es gibt kein fremdes Leid«. Dennoch dürfen historische Ursachen nicht eliminiert werden.

Von stalinschen Repressionen hatte ich lange keine Ahnung. Auch nicht von Genossen meiner Umgebung, die selbst welche erlitten hatten¹⁰. Gelegentliche andersgeartete Nachrichten, meist aus westlichen Quellen, entsprachen nicht der eigenen Erfahrung und wurden als grundsätzlich unglaubwürdig, als Verleumdung abgetan. Als Stalin 1953 starb, erfaßte auch mich Trauer. Obwohl selbst vom politischen Kult um Stalin angesteckt, wollte mir nie in den Kopf, weshalb ein Mensch, der – wie Stalin – als Wissenschaftler bezeichnet wurde, ein für allemal das non plus ultra sein sollte. Das höchste meiner erst instinktiven und eher ästhetischen Kritik war damals ein Vergleich mit Albert Einstein: Mit diesem solche Vergötterung zu treiben, würde geschmacklos sein. Deshalb schien es mir schon fast ein eindeutiges Signal zu sein, als die FDJ-Zeitung »Forum« zu Stalins Tod Brechts »Teppichweber von Kujan-Bulak« auf ihre erste Seite setzte: Besinnt euch auf euch selbst!.

Der Leser wird sich denken, welche schockierende Wirkung der XX. Parteitag der KPdSU auf mich haben mußte. Es war aber nicht einfach nur ein Schock. Er war zugleich (!) das Erlebnis der Fähigkeit zu Wahrhaftigkeit und Selbstreinigungskraft.

Eine Episode zeigt typisch, wie viele Genossen die »Enthüllungen« der Verbrechen Stalins verarbeiteten. Mit Horst Grunert, damals noch junger Diplomat in der Warschauer DDR-Botschaft, reiste ich nach Krakow. Der XX. Parteitag war ein Hauptthema. Grunert erzählte von den Auswirkungen in Polen, welches in besonderem Maße von Stalins Willkür betroffen war. Wir waren beide erschüttert und entsetzt über die zutage gekommenen Dinge, aber Grunert fand einen treffenden Ausdruck für unser Verständnis: Daß der XX. Parteitag so rückhaltlos offen die Fehler und Verbrechen Stalins ausbreitete, sei ein Zeichen der Selbstheilungskräfte der Arbeiter- und insbesondere der kommunistischen Bewegung. Kein Gedanke, wegen der Enthüllungen und Ent-Täuschungen »abtrünnig« zu werden. Im Gegenteil: Enttäuschung wurde zur Hoffnung. Schlußfolgerungen sollten gezogen werden. Ich hatte den Gedanken, daß man, so schlimm die aufgedeckten Verbrechen Stalins auch seien, das Geschehen sowohl mit einer weltweiten Totale, als auch mit historischem Abstand betrachten und werten müsse: die Große Französische Revolution von 1789 werde heute nicht nach ihren Exzessen und Terrorhandlungen beurteilt, sondern nach ihren hauptsächlichen Ergebnissen, dem Sturz des Feudalabsolutismus und der freien Entwicklung des Bürgertums, nach der Bahnfreiheit für den Kapitalismus, nach ihrer viel weitertragenden Losung »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Das zeitgenössische Urteil über Größe und Elend der französischen Revolutionsjahre

dürfte zu Teilen wohl weniger freundlich gewesen sein, als das heutige.

Für mich bedeutsam wurde ein Erlebnis: Im Februar 1956, noch während des XX. Parteitages der KPdSU, nahm ich bei Kurt Hager, damals Sekretär des ZK, an einer Beratung teil. Sie diente der Information und Selbstverständigung. Einer Einführung Hagers folgte eine sehr offene Aussprache. In der Runde war ich der Jüngste und blieb nur aufmerksamer Zuhörer. Eine Einzelheit prägte sich tief ein, weil sie für mich eine bis heute wirkende Schlüsselbedeutung erhielt. Hager äußerte sich über die Geschichtsschreibung. »Jetzt endlich, Genossen«, sagte er mit unüberhörbarer Genugtuung, »können wir die Wahrheit schreiben«. Ich war elektrisiert, meine Ohren wuchsen, die Sinne schärfen sich. Bisher nämlich hatte ich (fast) unbeeinträchtigt und ziemlich naiv geglaubt, »wir«, also die Partei, würden die Wahrheit und nichts als die Wahrheit schreiben. Selbstverständlich immer nur eine Wahrheit der relativen Erkenntnis, aber nicht Tatsachen manipulierend und ohne tabuisierte »weißen Flecken«. Gewiß, politische Irrtümer, Fehleinschätzungen und Fehler sind immer möglich, in der Politik zumal. Das zuzugeben mag vielleicht peinlich sein – aber Geschichte ist auch ein Lernprozeß. Kritisches Lernen ist nicht ehrenrührig. Endlich also die Wahrheit, z.B., so Hager weiter, »über die hervorragende Rolle, die Radek und Sinowjew auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und USPD in Halle spielten« – das war 1920. »Hervorragende Rolle« Karl Radeks und Grigorij Sinowjews? Beide waren für mich – nach dem »Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)« – der Inbegriff von Parteifeinden. Ich hatte eines der Protokolle der Moskauer Prozesse gelesen. Zwar gingen mir die ordinäre Sprache des Chefanklägers Andreij Wyschinskij und das unwürdige Selbstzerfleischende in Äußerungen der Angeklagten gegen den Strich, aber die Vorwürfe gegen sie hatte ich nicht bezweifelt. Ein gewisses Unbehagen, daß sich da in den dreißiger Jahren viele der engen Kampfgefährten Lenins als Feinde entpuppt haben sollten, war noch schnell verdrängt. Daß Radek und Sinowjew auf dem Halleschen Parteitag überhaupt eine Rolle gespielt hatten, geschweige denn eine hervorragende, war mir unbekannt. Keinen Schimmer hatte ich von der überragenden Bedeutung Karl Radeks für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland und in Polen. Hager resümierte: »Geschichte ist so zu schreiben, wie sie tatsächlich war.« Er erklärte zur neuen Norm, was mir eigentlich schon bisher als Selbstverständlichkeit erschien.

Beide Episoden sind sehr individueller Natur. Dennoch bezeichnen sie eine neue allgemeine innere Situation, einen völlig neuen inneren Rahmen. Sie zeigen nicht nur einen neuen Ansatz. Sie markieren, daß die mittels selektiver Informationen, Verfälschungen, Repression und Disziplinierungen bewirkte Meinungsmanipulation von nun an aufgebrochen und die Tabus dem Zweifel ausgesetzt waren. In den sozialistischen Ländern war die Unantastbarkeit des Repressionsapparates jetzt durch Kritik angeschlagen.

Die weitere innere Entwicklung im realen Sozialismus ist ohne den Schlüssel des XX. Parteitages kaum zu verstehen. Auf der individuellen Ebene beschleunigt sich die Erosion unkritischer

Vgl. zu Karl Radek Stefan Heyms Roman »Radek«.

Gläubigkeit; Kritikfähigkeit und -bereitschaft (!) wachsen. Deshalb bleibe ich dabei, daß der XX. Parteitag der KPdSU und das ihm folgende »Tauwetter« eine Möglichkeit zur Erneuerung und zur Rückbesinnung auf Marx öffneten.

Aber – so wird heute deutlicher denn je – dieser erste Schritt »von oben« bekräftigte gleichzeitig die verheerende Fixierung auf die Illusion, daß die Veränderung »von oben« zu erfolgen habe. Deshalb – wie wir heute klar erkennen können, ist dies eine Schlüsselfrage – sind die völlige und befreiende Abkehr vom Stalinismus und eine wirkliche Reform des realen Sozialismus aus eigener Kraft nicht gelungen. Wir hatten uns, begünstigt, aber nicht verursacht von den erbarmungslosen Bedingungen der Systemauseinandersetzung, mit den verinnerlichten »ideologischen« Begründungen für den Zentralismus in der Partei und im Staat tief in einer Sackgasse verlaufen.

Zehntens:

Ich komme auf das zitierte Argument zurück, die Entartungen, die Verzerrungen und die eigene Härte seien mit der »Klassenkampf-Lage«, nämlich mit Vorkrieg oder Krieg und Faschismus oder eben Kaltem Krieg hinreichend erklärt, als habe es kein eigenes Gesetz des Handelns mehr gegeben. Selbstverständlich war die »Klassenkampf-Lage« immer von Belang. Banal die Einsicht, daß unter den Bedingungen des illegalen Kampfes gegen den Faschismus in der deutschen Kommunistischen Partei wenig Spielraum für innerparteiliche Demokratie sein konnte – und daß dies nachwirkte. Banal, daß im Kriege Befehle und Zentralisierung einen höheren Rang haben mußten, als Demokratie und in der Debatte geschaffener Konsens. Auch dies wirkte nach. Selbstverständlich wirkten der Kalte Krieg und die Konfrontation beider deutscher Staaten auf die individuelle Bestimmung von Prioritäten und Wertigkeiten für die nächstliegenden und für spätere Aufgaben.

Als Aufklärer der HVA war ich viele Jahre in der alten Bundesrepublik unterwegs. Um meine Aufgaben erfüllen zu können, mußte ich die bundesdeutsche Wirklichkeit, die Parteien, die staatliche Politik, Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die Gesellschaft und ihre Konflikte intensiv kennenlernen sowie differenziert und vorurteilslos beurteilen. Etwa hinsichtlich der von uns unterschätzten Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, der hoch differenzierten inneren Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse und der agierenden Kräfte in der BRD, der Parteien, der Bürgerbewegungen, des ökonomischen Kräfteverhältnisses, der Mehrwertigkeit z.B. der parlamentarischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung u.a.m. Meine westdeutschen Partner verlangten von mir befriedigende Antworten. Die aber waren vernünftiger oft nur bei Abweichen von der »offiziellen Linie« und von unseren vulgärmarxistischen Vereinfachungen zu geben. Etwas salopp und mit einer Metapher gesagt: Pol Pot ließ sich nicht verteidigen, obwohl er offiziell noch akzeptiert war. Oder: Enrico Berlinguers »Historischer Kompromiß« und der »Eurokommunismus« ließen sich nicht kritisieren, solange etwa die KPdSU und die SED nach dem Sieg der chilenischen Konterrevolution kein realistisches

Konzept für die »Öffnung des Weges zum Sozialismus« besaßen und stattdessen mit dem bequemen Verdikt des Revisionismus operierten. Mit anderen Worten: Es entstand unvermeidlich eine bestimmte Spannung zwischen eigenen Erkenntnissen, Erklärungs- und Handlungsbedarf und der offiziellen »Linie«. Damit entstand von selbst eine kritische Einstellung gegenüber bestimmten Momenten der Politik der Partei. Wie weit solche kritischen Erkenntnisse vom Punkt ins Allgemeine gehoben wurden, wirft andere und unangenehme Fragen auf. Nur zwei, auch das MfS betreffende, seien genannt: Weshalb war über derartige Probleme kein offener Diskurs möglich, allenfalls nur stille Wirkung? Oder: Wären in der DDR, wo wir die Macht besaßen, nicht die Offenheit, Werbungs-, Überzeugungs- und vor allem Bündnishaltung der Innen-Politik nicht nur adäquater, sondern auch unendlich leichter gewesen, als es uns erfolgreich im »fremden« Terrain möglich war?

Das sind Fragen, die sich um so mehr stellen, als Aufklärung und innere Abwehr sich im MfS unter einem Dach befanden. Wie konnten unter diesem gleichen Dach – beispielsweise – die einen Walter Jens als großen Humanisten und Friedenskämpfer (Menschenkette, Mutlangen-Blockade gegen die Nachrüstung mit atomaren Mittelstrecken-Raketen) sehen und deshalb als »objektiven Verbündeten«, indessen ihn die anderen als »besonders gefährlichen Konterrevolutionär« empfanden? Noch grotesker, da die DDR gerade begann, endlich seine Schriften zu verlegen?

Es gab Stoff zum Lernen und zu Nachdenklichkeit. Dieses Lernen führte – für mich – zur selbstkritischen Betrachtung unserer Verhältnisse und gleichzeitig (!), gerade wegen der intimeren Beschäftigung mit Teilbereichen altbundesdeutscher Verhältnisse und Politik, zur verstärkten Identifizierung mit der DDR. Meine Kenntnisse von der bundesdeutschen Wirklichkeit und ihren politischen Inneereien konnten mir den Kapitalismus keinesfalls als wünschbare Alternative zur DDR empfehlen. Sie konnten nur das Streben stimulieren, die DDR zu verändern, den realen Sozialismus zu verbessern.

Was ich hier als meine individuelle Auseinandersetzung aufgrund von intimerer Kenntnis realkapitalistischer Verhältnisse andeute, war gewiß so oder so ähnlich bei vielen Mitgliedern der SED und Mitarbeitern des MfS (und anderer staatlicher oder gesellschaftlicher Einrichtungen) von großem Gewicht für die Prioritäten ihrer Werte und Verhaltensmotive.

Was aber hielt von der Schlußfolgerung ab, die verkündete sozialistische Demokratie »handfest« einzuklagen?

Ich habe die Fixierung auf eine »Veränderung von oben« genannt, welche sich – angesichts der vergreisten Führung – bis zur völlig ratlosen Hoffnung auf die »biologische Lösung« steigerte.

Doch entscheidender war der Zusammenhang dieses Fixiertseins mit einer anderen ideologischen Selbstfesselung: Unser aller Verhältnis zur Demokratie, unser aller Vertrauen in die Möglichkeit wirklicher sozialistischer Demokratie war zutiefst gestört.

Es fiel uns schwer anzuerkennen, daß auch im Sozialismus ein Widerstreit objektiver gesellschaftlicher Widersprüche besteht. Daß dies normal ist und die eigentliche Triebkraft der Gesellschaft,

die Quelle gesellschaftlicher Kreativität. Wir wollten ungern anerkennen, daß es originäre, nicht von außen hereingetragene gesellschaftliche Konflikte gab – obwohl unsere Kenntnisse dies doch zweifelsfrei signalisierten. Weil – wie selbstverständlich doch! – die Gegner des Sozialismus und der DDR die inneren Widersprüche für sich zu nutzen trachteten, neigten wir dazu, ihr Auftreten, ihre Verlaufsformen und ihre personalen Träger a priori als feindlich zu sehen: »feindlich-negativ«. Wir mochten nicht anerkennen, daß es objektiv und also legitim Gruppeninteressen gab – und keinesfalls eine automatisch und konfliktlos gegebene »Übereinstimmung« von individuellen, Gruppen- und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Wir waren (ganz unmarxistisch) auf das Trugbild solcher Übereinstimmung fixiert und hatten uns damit von der Wirklichkeit gelöst. Wir waren beseelt von Voluntarismus und der mechanistischen Vorstellung, wir hätten gleichsam für jedwede aktuelle Entwicklung die »Gesetzmäßigkeiten der Geschichte« auf unserer Seite. Daraus folgte, wie unlängst ein früherer leitender Mitarbeiter des MfS bekannte, der Unglaube, wirkliche sozialistische Demokratie würde letztlich die DDR und den Sozialismus kräftigen. Das notwendige demokratische procedere für das Erkennen gesellschaftlicher Probleme, für die Vorbereitung und die Findung gesellschaftlicher Entscheidungen erschien so nicht als Quelle von Macht, sondern als Bedrohung von Macht. In dieser Logik blieb zur Erfüllung von Bechers Mahnung – »die Macht sei euch gegeben, / Daß ihr sie nie, nie mehr / Aus euren Händen gebt!« – nur noch die hilflose, die ratlose und erfolglose Repression. Was hat uns der Ersatz wirklicher Demokratie durch absolutistischen Zentralismus und Repression gebracht? Kapitalistische Restauration.

Es wird Zeit, den Urenkeln unseren Rapport aufzuschreiben.

- 1 Zofia Dzierzynska: »Jahre großer Kämpfe«, Berlin 1977, S.303.
- 2 Ebenda, Zofia Dzierzynski beruft sich hierzu auf eine Äußerung von Dzierzynskis Stellvertreter Menshinski.
- 3 Ebenda, S. 304.
- 4 Ebenda.
- 5 Ob und wie weit Zaissers tatsächlich eine Rückkehr zu Leninschen Normen anstrebte oder ob seine Entfernung nur ein Austausch von »Charaktermasken« war, ist in diesem Zusammenhang nicht von Belang. Seine Ablösung war gleichwohl ein Zeichen für die im Kern ungebrochene Kontinuität der stalinschen Herrschaftspraxis und ihrer Begründung, wonach sich trotz beteiligter ökonomischer Machtbasis der Ausbeuterklassen beim Aufbau des Sozialismus der Klassenkampf ständig verschärfte.
- 6 Kurt Hager: Erinnerungen, Leipzig 1996.
- 7 Bertolt Brecht: Stücke; Bd. IV, Berlin 1961, S. 265.
- 8 Brecht, Bertolt: Gedichte, Bd. IV, Berlin 1961, S. 148.
- 9 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; in: MEW,I, S. 385.
- 10 Eine betroffene Genossin antwortete auf die Frage nach den Gründen ihres Schweigens, sie habe nicht aus Disziplin geschwiegen, sondern aus Scham, daß »bei uns« solche Entartungen und Exzesse stattfanden.

MEINHARD STARK

Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR

Meinhard Stark – Jg. 1955, Diplomelehrer für Geschichte, pädagogischer Mitarbeiter in Berlin (Ost). 1994 Promotion an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Thema »Deutsche Frauen des GULag. Eine zeit- und lebensgeschichtliche Befragung« (wird z.Z. für den Druck vorbereitet). Forschungen und Veröffentlichungen sowie Rundfunkdokumentationen zu diesem Thema. Mitarbeiter an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

1 Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 29. Juli 1948, in: Dokumente der SED, Band II, Berlin 1952, S. 83 ff.

2 Ebenda, S. 97.

3 Aus den von der SED-Führung 1950 dekretierten Verhaltensweisen für Parteimitglieder: »3. Wenn etwas geschieht, was du nicht verstehst, wenn du einen Fehler gemacht hast, ein schlechtes Gefühl über eine deiner Handlungen hast – gehe zur Partei. Sie hat für vieles Verständnis, wenn sie weiß, du bist ehrlich und verschweigst ihr nichts. 4. Der verdient nicht den Namen eines Genossen, der vor der Partei etwas verbirgt, ihr die

Der Umgang mit deutschen Opfern des Massenterrors in der Sowjetunion war maßgebend bestimmt von der kommunistischen Parteitraktion, Andersdenkende zu diffamieren und zu verfolgen, einer Tradition, die mit Hilfe der Parteischulung und auf ihr gründender »Parteierziehung« in die Mitgliedschaft hineingetragen wurde und diese dann weitgehend prägte.

Die politische Tradition

Mit der Mitte 1948 initiierten Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« leitete die SED-Führung jene geschichtliche Periode ein, die wie keine andere von den sowjetischen Erfahrungen geprägt war. Ihre Politik basierte unverhüllt auf Inkriminierung und Verfolgung Andersdenkender, die, so ein Beschluß des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948, der »Ausmerzung von schädlichen und feindlichen Elementen«¹ dienten. Im gleichen Jahr wurde die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED etabliert, die sich mit den disziplinarischen Verstößen der SED-Mitglieder zu beschäftigten hatte und bald in allen Ländern bzw. Bezirken und Kreisen ein straff organisiertes Netz von Kommissionen hatte, deren Mitglieder aufgrund ihrer besonderen Parteitreu ausgewählt wurden.² Die gesamte Geschichte der SED und in besonderer Weise ihre frühen Jahre sind von der Stigmatisierung, Verfolgung, Verurteilung, ja Tötung wahrhaftiger oder mutmaßlicher Andersdenkender nicht zu trennen. Die Repressionen dienten der Machterhaltung der Parteidiktatur und einer sich konstituierenden Führungsschicht. Die Partei»säuberungen« waren, auch wenn sie unter den Gegebenheiten der Nachkriegszeit und der besonderen politischen Situation im geteilten Deutschland nicht die blutigen Ausmaße wie in der UdSSR erlangten, Mittel zum Ausschluß unbequemer Opponenten wie der Erziehung der gesamten Mitgliedschaft der SED.³ Andersdenkende wurden als Opportunisten und Revisionisten, Sozialdemokraten, Versöhner, Trotzkiten, Kosmopoliten, Kapitulant, Dogmatiker, Sektierer oder Agenten diffamiert, isoliert, aus der SED ausgeschlossen und zum Teil strafrechtlich verfolgt.

Zu den ersten Opfern der Sanktionen gehörten Sozialdemokraten. Von den im März 1946 in der SPD der SBZ organisierten und später der SED beigetretenen ca. 680 000 Mitgliedern wurden unter dem Vorwurf des Sozialdemokratismus viele Tausende verfolgt. Neben dem Sozialdemokratismus war, nicht erst seit den

Schauprozessen in Osteuropa, erneut der Trotzismus zum gefährlichsten Widersacher erklärt worden. Nach einem Protokoll des Sekretariats des ZK der SED vom 21. November 1949 wurden Vorfälle mit »trotzkistischen Gruppierungen« und »Schumacher-Agenten« in Leipzig zum Anlaß genommen, in der Presse gegen diese Stellung zu nehmen und sie einer permanenten Verfolgung auszusetzen.⁴ Die Schauprozesse gegen Rajk in Ungarn und Kostow in Bulgarien im September bzw. Dezember 1949 nahm die SED-Führung zum Anlaß für eine umfassende »Überprüfung« aller WestemigrantInnen, in deren Folge zahlreiche Personen aus der SED entfernt oder von ihrer Funktion entbunden wurden. Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 konstatierte W. Pieck: »In der Berichtsperiode führte unsere Partei den Kampf gegen die trotzkistische und titoistische Agentur des anglo-amerikanischen Imperialismus als Kampf gegen die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. ... Wir müssen jedoch sehen, daß im Kampf gegen die Trotzkisten und Titoisten bei uns keine genügende Aktivität entwickelt wurde, so daß die trotzkistische Agentur in unseren Reihen noch nicht vollständig aufgedeckt ist. ... Der Kampf für die Sauberkeit der Reihen unserer Partei und für die Vertreibung der maskierten Feinde der Arbeiterklasse aus unserer Partei ist eine unerläßliche Bedingung für unsere weitere Entwicklung zur Partei von neuem Typus.«⁵ Der Parteitag beschloß denn auch eine Überprüfung aller Mitglieder und Kandidaten der SED nach sowjetischem Vorbild. In deren Folge sind ca. 150.000 Mitglieder und Kandidaten aus der SED ausgeschlossen bzw. gestrichen worden.⁶ Diese Kampagne war mit einer politischen Propaganda verbunden, die sich gegen alle »Abweichler« in der Geschichte der KPD richtete und deren Protagonisten inkriminierte oder als nunmehr »bekehrte« Kommunisten präsentierte.⁷

Die Parteischulung

Neben der autoritären Parteidisziplin sah die SED-Führung in der politischen Schulung und Erziehung der Gesamtmitgliedschaft eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung ihrer Politik.⁸ Daß sich Disziplin und politische Erziehung im Verständnis der Herrschenden gegenseitig bedingten und förderten, wurde in einem Beschluß des Vorstandes der SED vom 3. Juni 1950 evident, wo es hieß: »Es ist eine der entscheidenden Lehren des Rajk-Prozesses in Ungarn und des Kostow-Prozesses in Bulgarien wie auch der verstärkten Sabotage- und Schädlingarbeit der anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihrer Handlanger gegen die Deutsche Demokratische Republik, daß die ideologische Sorglosigkeit und die mangelhafte politische Wachsamkeit nur durch eine systematische ideologische Erziehungsarbeit der Mitglieder und Funktionäre überwunden werden kann.«⁹ Dementsprechend ist ein flächendeckendes und differenziertes Parteischulungssystem errichtet worden, an dem alle Mitglieder und Kandidaten der SED teilzunehmen hatten. Kritik- und bedingungslos wurden die stalinistischen Weltbilder und Erklärungsmuster sowie ihre historiographischen Legitimierungsschriften – deren Hauptwerke gerade in der Zeit des offenen Terrors in der UdSSR entstanden waren – über-

Aufklärung verweigert, die Auffindung der schwachen und faulen Stellen erschwert. 5. ... Es darf nichts »Unerklärliches« geben, das wir auf sich beruhen lassen, statt es zu untersuchen. 6. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß sich der Feind in erster Linie auf schwankende, kleinbürgerliche Elemente konzentriert und sie auszunutzen versucht, auf Mitglieder, die schon einmal von der Parteilinie abgewichen sind oder parteifeindlichen Gruppen angehört haben, auf ehemalige Trotzkisten, Fraktionäre, rechte Opportunisten, linke Sektierer, besonders wenn sie längere Zeit in westlichen Ländern gelebt haben.« Das ZK der SED zur Verbindung von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten, in: Neues Deutschland, 1. September 1950, S. 5.

4 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, I 2/3/164. Zudem fanden sich in der Akte Denunziationen von SED-Mitgliedern gegenüber Paul Merker, Leo Bauer u.a. Ein Bericht wurde mit dem handschriftlichen Vermerk »Akte: Trotzkisten« versehen. Eine nachgetragene Notiz über die Sitzung der ZPKK vom 25.10.49 gibt Auskunft über die Geisteshaltung ihres Vorsitzenden Matern (seit 1941 in Moskau): »Lehren aus dem Kampf gegen feindliche Agenturen. ... Der Trotzismus – terroristische Gruppe zur Zersetzung des organisierten Vortrupps der Arbeiterklasse. Gekaufte – deklassierte Elemente – wurzellose Kleinbürger – Abschaum der untergehenden Welt.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 76/154.

5 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 81.

6 Otto Schön: Zum Ergebnis der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, in: Neues Deutschland, 7. Mai 1952, S. 2.

7 Exemplarisch dafür Erich Paterna: Lehren aus dem Kampf Ernst Thälmanns gegen parteifeindliche Gruppierungen. Unversöhnlichkeit gegen Opportunismus und Sektierertum – Voraussetzungen für die Entwicklung zur Partei neuen Typus, in: Neues Deutschland, 12. Januar 1951, S. 4, und Robert Siewert: Der Weg der KPO – von parteifeindlicher Gruppierung zum Verrat an der Arbeiterklasse, in: Neues Deutschland, 25. Januar 1951, S. 4.

8 Vgl. Ernst Richert: Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenführung in der Sowjetzone, in Zusammenarbeit mit Carola Stern und Peter Dietrich, Berlin/Frankfurt am Main 1958; Eckard Förtsch: Parteischulung als System der Kaderbildung in der SBZ (1946-1963), Dissertation, Erlangen-Nürnberg 1964.

9 Über die Verbesserung der Parteipropaganda. Beschluß des PV der SED vom 3. Juni 1950, in: Dokumente der SED: Band III, S. 46 f. Vgl. auch zahlreiche vorangegangene und nachfolgende Beschlüsse der SED-Führung zur Parteischulung, in: Dokumente der SED, Band II ff.

10 Wilhelm Pieck: Die welt-historische Bedeutung des Leninismus, in: Tägliche Rundschau, Berlin, 6. April 1949.

nommen und jeglicher politischer Schulung und Erziehung innerhalb der SED zugrundegelegt. Auf Dauer formierte sich so ein den Führern williges Funktionärskorps. Unter Stalins Losung »Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution« verwarf die SED-Führung weitgehend die Erkenntnisse anderer Marxisten bzw. instrumentalisierte diese rein propagandistisch. So konnte es für W. Pieck im 20. Jahrhundert »keinen Marxismus mehr geben außer den Leninismus«. ¹⁰ Entsprechend kreisten alle Formen und Inhalte der Parteischulung vom Ende der vierziger bis Mitte der fünfziger Jahre um das Studium der Geschichte der KPdSU und der Biographie Stalins. »Im kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU sind alle grundlegenden Leitsätze der marxistisch-leninistischen Lehre dargelegt und die großen Erfahrungen der Kommunistischen Partei verallgemeinert«, hieß es noch in einem ZK-Bericht vom 6. Februar 1956. ¹¹ Die Schrift »Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang« war offiziell unter der Redaktion einer Kommission des Zentralkomitees der KPdSU (B) entstanden, deren Fassung vom ZK der KPdSU 1938 gebilligt wurde. Tatsächlich ist sie unter maßgeblichem Diktat Stalins redigiert worden. ¹² Unmittelbar nach Kriegsende ist die Schrift vom KPD-Verlag Neuer Weg erstmals in Deutschland aufgelegt worden. ¹³ Ganz im Stil und der Terminologie der dreißiger Jahre ist hier der Kampf der Bolschewiki gegen Andersdenkende und Abtrünnige innerhalb der russischen und sowjetischen Arbeiter- und Parteibewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938 beschrieben und ihre politische und physische Vernichtung legitimiert worden. Dabei spielten die Vorgänge der »Säuberung« eine zentrale Rolle. Seitenweise wird die Liquidierung der »Volksfeinde« begründet, etwa unter den Überschriften: Die Entartung der Bucharinleute zu politischen Doppelzünglern; Die Entartung der trotzkistischen Doppelzüngler zu einer weißgardistischen Bande von Mördern und Spionen usw. Auffallend sind die Begriffe, mit denen die Verurteilten der Schauprozesse immer wieder versehen wurden, etwa: erbärmliche Überreste der Bucharin- und Trotzkileute; jämmerliche, vom Leben losgerissene und bis ins Mark verfaulte Fraktionsgruppe; verruchte Verbrecher, Abschäum der Menschheit, elendes Gewürm, nutzloses Gerümpel, nichtswürdige Lakaien der Faschisten u.a. ¹⁴ Neben dem »Kurzen Lehrgang« war besonders die Schrift »J. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung«, die ebenfalls nach 1945 in der SBZ verlegt wurde, Grundlage der Parteierziehung innerhalb der SED. Zentral erarbeitete Anleitungsmaterialien für Propagandisten des Parteilehrjahres gaben Themen und Inhalte vor. Eine 1950 von der Abteilung Propaganda der SED-Landesleitung Sachsen-Anhalt herausgegebene »Lektionsdisposition« stellte die Lektion VIII unter die Überschrift »Stalin, der Kampfgefährte Lenins im Kampf gegen Trotzkismus und andere parteifeindliche Elemente«. ¹⁵ Hauptinhalt der Unterweisung war ein Überblick über den Kampf der Bolschewiki gegen Sozialdemokratismus, Opportunismus und Trotzkismus. Im Abschnitt VII der Lektion wurde unter dem Titel »Der Trotzkismus – eine Clique ideenloser, prinzipienloser Karrieristen, Doppelzüngler, Mörder und Spione« nicht nur eine Rechtfertigung für deren

Verfolgung in den dreißiger Jahren gegeben, sondern die Notwendigkeit ihrer physischen Vernichtung begründet. Es heißt dort: »Trotzki, Bucharin, Sinowjew usw. schlossen sich zu einem Block von kriminellen Verschwörern, Spionen, Schädlingen, Mördern zusammen und nannten sich »Block der Rechten und Trotzlisten«. Sie organisierten planmäßige Spionearbeit, Schädlingsakte, Terrorakte und Morde (Mord an Kirow 1934, Mord an Gorki, Mordversuch an Molotow, Stalin usw.). Trotzki entwickelte unter dem Schutz der Imperialisten vom Ausland her eine Kampagne antisowjetischer Hetze. ... Die Trotzlisten nahmen Verbindung zu den deutschen Faschisten auf und halfen ihnen, den Krieg vorzubereiten (5. Kolonne, Henlein, de Gaulle, Quisling usw.).«¹⁶ Die resümierende Schlußfolgerung also: Die erfolgreiche Verwirklichung des Stalinschen Kampfplanes habe dazu geführt, daß der Trotzismus in der Sowjetunion ausgerottet und sein Wesen vor der ganzen Welt entlarvt worden sei.

Die SED-Schulung war in den fünfziger Jahren ein Ort kollektiver und organisierter Indoktrination, in der ausschließlich die verordneten »Leitsätze des Leninismus« thematisiert werden durften. Biographische Belege geben davon besonders anschaulich Zeugnis. Carola Stern berichtet über einen Lehrer, der von der Parteihochschule der SED relegiert wurde, »weil er in einer Lektion Zitate von Trotzki und Bucharin benutzt hatte, um ihre »partei-feindlichen Auffassungen« anschaulich zu machen.«¹⁷ Dem Versuch Valentin Sengers, die Behauptung eines Lehrers an einer Parteischule, nach der Stalin das größte Genie der bisherigen Menschheitsgeschichte schlechthin sei, in die Formulierung, Stalin sei das größte politische Genie unserer Epoche, zu modifizieren, begegnete die Parteiorganisation mit einem Parteiverfahren, das für Senger mit einer Rüge endete.¹⁸ Auch für den Intellektuellen Robert Havemann war bis zum XX. Parteitag der KPdSU Stalin der bedeutendste damals lebende Marxist: »Seine Worte«, resümierte er, »waren unwiderleglich. Ich konnte mich nur bemühen, ihn zu verstehen. Wenn es mir nicht gelang, lag es nicht an Stalin, sondern an mir. ... Damals war ich der Meinung, daß man einen guten Genossen daran erkennen kann, wie schnell er neue weise Einsichten der Partei verstehen und öffentlich für sie eintreten kann. Die schlechten, unsicheren Genossen andererseits waren daran zu erkennen, daß sie in unbescheidener Überheblichkeit Einwendungen machten und völlig abwegige Fragen stellten, die man am besten gar nicht beantwortete. Die schlechtesten Genossen aber, die schon mit einem Bein im Lager des Klassenfeindes standen, das waren jene Unglücklichen, die es wagten, Kritik an den führenden Genossen der Partei zu üben, gar Kritik an dem führenden Genossen.«¹⁹ Im Kontext der komplexen »Parteierziehung« der SED führte das System der politischen Schulung zu »Gewohnheitseffekten, Reflexen und Reaktionen«, so Eckard Förtsch, die es den »Parteimitgliedern und Funktionären ermöglichten, alle Erscheinungen automatisch in das kommunistische Alternativdenken einzuordnen.«²⁰

11 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/247.

12 Vgl. Vorwort zu J. W. Stalin: Werke, Band 1, Berlin 1953, S. IX, wo von »Stalins Werk »Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang.« die Rede ist.

13 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Berlin 1945. Frühere Ausgaben in deutscher Sprache sind in Moskau verlegt worden.

14 Ebenda, S. 393 ff., 419 f.

15 Zur Vorbereitung des 71. Geburtstages des Genossen Stalin. Für Propagandisten. Lektionsdispositionen, hrsg. von der Abteilung Propaganda der Landesleitung SED Sachsen-Anhalt, Manuskript, Halle 1950. Weitere Schulungsliteratur, die die Säuberungen in der UdSSR legitimierte: J. Stalin: Fragen des Leninismus; J. W. Stalin: Werke, Band 1-13, Berlin 1953-1955; Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Band I-II, Berlin 1951; Michael Sayers/Albert E. Kahn: Die große Verschwörung, Berlin 1949; A. J. Wyschinski: Gerichtsreden, Berlin 1951. Die Schriften sind in Millionenauflagen verbreitet worden.

16 Lektionsdispositionen, a. a. O., S. 68 f.

17 E. Richert: Agitation und Propaganda, a. a. O., S. 313.

18 Valentin Senger: Kurzer Frühling. Erinnerungen, Hamburg/Zürich 1992, S. 223 ff.

19 Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte

eines Unbequemen, hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990, S. 192 ff.

20 E. Förtsch: Parteischeidung..., a. a. O., S. 183 f.

21 M. Stark: Die Remigration aus der UdSSR 1945-1962, in: 1945. Jetzt wohin? Exil und Rückkehr, hrsg. Verein Aktives Museum, Berlin 1995, S. 250-260.

22 Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-Deutschland 1937-1941, Frankfurt am Main 1990.

23 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 36/640.

24 Bis 1952 erschienen u.a. Arthur Koestler: Darkness at Noon, London 1940; ders.: Sowjet-Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1947; Victor Kravchenko: Ich wählte die Freiheit. Das private und politische Leben eines Sowjetbeamten, Hamburg o.J.; Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Hitler und Stalin, München 1949; Elinor Lipper: Elf Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, Zürich 1950; Fritz Löwenthal: Ihr Schicksal in der Sowjetunion. Deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD, Berlin 1948; Rudolf Rocker: Der Leidensweg von Zensl Mühsam, Darmstadt 1949; J. Ernest Salter: Der Untergang deutscher Kommunisten in der UdSSR. Teil I bis VII, in: Die Neue Zeitung (Berliner Ausgabe), Nr. 117 ff., 21. Mai - 1. Juni 1950.

25 Nina Berberowa: Die Affäre Krawtschenko,

Zum Umgang mit den Opfern bis Mitte der fünfziger Jahre

Vor 1956 konnten nur einzelne langjährige GULag-Häftlinge, meist prominente Opfer wie Susanne Leonhard oder die Gebrüder Seydewitz, die UdSSR verlassen. Die SED-Führung hatte kein Interesse an den deutschen Überlebenden der blutigen »Säuberung« und betrieb eine überaus restriktive Remigrationspolitik.²¹ Bis Mitte der fünfziger Jahre befanden sich in der SBZ/DDR vornehmlich solche Opfer, die 1939/1940 nach Monaten aus der Untersuchungshaft des NKWD entlassen worden waren und als rehabilitiert galten, sowie Personen, die zwischen 1936 und 1941 von der sowjetischen Seite an Deutschland ausgeliefert wurden und dort nicht selten bis 1945 in KZ schmachteten.²² Obgleich es sich alles in allem um eine kleine Personengruppe handelte, reagierte die SED-Führung auf alle publizistischen und literarischen Versuche im Westen, das Schicksal von Opfern des Stalinschen Terrors zu thematisieren, äußerst sensibel und konsequent. Am 9. Juli 1947 sandte F. Dahlem ein Schreiben an W. Pieck mit der Aufschrift »Weitere Kampagne von seiten der Amerikaner gegen SU, Kommunisten, SED«; unter Punkt zwei konstatierte er: »Jetzt erfolgt ein weiterer Angriff im Zusammenhang mit den Verhaftungen ehemaliger kommunistischer Agenten in der Sowjetunion, die nach Deutschland ausgeliefert wurden. ... Es muß die Linie besprochen werden, wie wir diesen Angriffen begegnen.«²³ Ausgangspunkt war ein Vorabdruck aus den Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann über ihre Erfahrungen mit dem GULag und im Nazi-KZ in der New Yorker »Volkszeitung« vom 29. März 1947. Zunächst hüllte man sich in Schweigen, auch gegenüber allen anderen Veröffentlichungen über deutsche Opfer des Stalinschen Terrors in westlichen Medien.²⁴ Die Erinnerungen von Viktor Krawtschenko »Ich wählte die Freiheit« führten in Paris zum sogenannten Krawtschenko-Prozeß, in dem erstmals die Verbrechen des Stalinschen Terrorapparates vor einem demokratischen Gericht verhandelt wurden.²⁵ Während dieser Prozeß in seiner Wirkung eher die sowjetische Administration tangierte, so war die Wirkung eines Prozesses um die Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann, der 1951/1952 in der BRD stattfand, für die SED-Führung geradezu ein Alarmsignal.²⁶ Am 11. Januar 1951 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, eine spezielle Kampagne gegen den Buber-Neumann-Prozeß zu führen.²⁷ Beide Prozesse machten deutlich, daß nicht nur die Autoren der publizierten Erinnerungen, sondern auch andere Opfer des GULag bzw. an Nazi-Deutschland ausgelieferte gewillt waren, öffentlich Zeugnis von ihren Schicksalen abzulegen. Auf den Prozeß von Margarete Buber-Neumann gegen Emil Carlebach reagierte in der Manier der dreißiger Jahre ein redaktioneller Beitrag des »Neuen Deutschland« vom 13. Januar 1951 so: Zeugen, wie beispielsweise Willi Pawera, die nach ihrer Verhaftung durch das NKWD an Nazi-Deutschland ausgeliefert wurden, diffamiierte er als »faschistische Agenten« und erklärte ihre Verhaftung in der UdSSR als rechtens; Margarete Buber-Neumann wurde als »abgegriffene und ausgelaugte trotzkistische Agentin der Nazis« verunglimpft, und es hieß, daß sie, »als sie 1940 die Sowjetunion verließ und sich nach Deutschland überstellen ließ, ... kei-

neswegs dazu gezwungen (war), sondern ... aus freien Stücken einen entsprechenden Revers unterschrieben« habe; als »zeitweise Lebensgefährtin des trotzkistischen Gestapo-Agenten Neumann« sei »es ihr in der Sowjetunion nach den großen Prozessen gegen die Bande trotzkistischer Spione, Diversanten und Mörder Ende der dreißiger Jahre ungemütlich geworden«.²⁸

Dieser Umgang mit der Vergangenheit mußte zumindest für die Gruppe von EmigrantInnen, die schon aus der Sowjetunion in die DDR übersiedeln konnten und die ohne oder mit weniger schweren Verfolgungen davon gekommen waren, darüber aber Bescheid wußten und sich insgeheim eine kritische Reflexion bewahrt hatten, eine ernste Warnung und möglicherweise ein Anlaß sein, ihre Erlebnisse im sowjetischen Exil neu zu bewerten, besser noch: zu verdrängen, die Vergangenheit zu versiegeln oder zu mystifizieren. Denn hier wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die zahllosen Verhaftungen und Verfolgungen in der UdSSR rechtens waren; die Auslieferungen an Nazi-Deutschland wurden wider besseres Wissen als »freiwillige Rückkehr« etikettiert.

In das Blickfeld der Kontrollorgane der SED traten in dieser Zeit besonders Frauen und Männer mit einem Schicksal, ähnlich dem von Margarete Buber-Neumann. Mehrere Betroffene, die an Deutschland ausgeliefert wurden, fielen diesen Organen nachweislich zum Opfer: Heinz Blume ist 1950 aus der SED ausgeschlossen worden, »weil er die Haft in der UdSSR und die Auslieferung verschwiegen hatte«²⁹; Adolf Holz wurde 1953 wegen Äußerungen, »die das Ansehen des Genossen Pieck und die Person des Genossen Stalin herabsetzen«, aus der SED verbannt³⁰; Gerhard Schneider, 1936 in der Sowjetunion verhaftet und 1938 an Deutschland ausgeliefert, hat ein sowjetisches Militärtribunal am 24. Dezember 1949 erneut zu Freiheitsentzug verurteilt³¹; Charlotte Müller schloß die ZPKK während der Parteiüberprüfung 1951 als »trotzkistisch-partei-feindliches Element« aus der SED aus, weil sie die Verhaftung ihres Mannes in der Sowjetunion als ungerechtfertigt betrachtete³²; desgleichen wurde Charlotte Grünberg »wegen anti-sowjetischer Einstellung im Zusammenhang mit ihrer Verhaftung und Ausweisung durch die Sowjetunion in den Jahren 1937/1938« aus der Partei ausgeschlossen³³.

Eine andere Art permanenter Stigmatisierung, Diffamierung und Disziplinierung von Ausgelieferten bzw. redseligen oder unbequemen RemigrantInnen war die Weigerung, sie als Verfolgte des Naziregimes anzuerkennen, wie es das Beispiel von Martha Kühne zeigt³⁴.

Im Frühjahr 1953 erlangte die Verfolgungsmanie der SED-Führung in Auswertung des Prozesses gegen Rudolf Slansky, Generalsekretär der Tschechoslowakischen KP und bekannter Sowjetemigrant, sowie einer sich in der UdSSR abzeichnenden Repressionswelle einen neuen Höhepunkt.³⁵ Diesmal sollte nicht nur zum wiederholten Mal die gesamte »Westmigration«, sondern m. E. auch die »Ostemigration« einer Säuberung unterworfen werden. Der Leitartikel des Juni-Hefts der »Einheit« von 1953, der sich auf die 13. Tagung des ZK vom Mai 1953 berief und unter der Überschrift »Die Partei wird stärker, wenn sie ihre Reihen säu-

Düsseldorf 1991; Boris Nossik: Der seltsame Prozeß oder ein Moskauer Überläufer in Paris, Berlin 1992.

26 Zu den Hintergründen des Prozesses vgl. Schafra- nek: Zwischen NKWD und Gestapo, a. a. O., S. 110 ff.

27 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/3/166.

28 Neues Deutschland, 13. Juni 1951.

29 In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR, hrsg. Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, S. 39.

30 Ebenda, S. 101.

31 Ebenda, S. 206.

32 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/461.

33 Ebenda.

34 Martha Kühne: Am 6. März 1888 in Leipzig geboren, Textilarbeiterin, KPD-Funktionärin, 1932/33 Abgeordnete des Sächsischen Landtages, lebte nach 1945 in Leipzig.

35 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. Beschluß des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: Dokumenten der SED, Band IV, S. 199 ff.

bert!« erneut in eindringlicher Weise die Erfahrungen Stalins beschwor, verteidigte die »rechtzeitig erfolgte Liquidierung der Agentengruppen« in der Sowjetunion als »eine wichtige Voraussetzung für den grandiosen Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg«; der Artikel verwies darauf, daß auch im Exil in der Sowjetunion Agenten tätig gewesen seien, und behauptete: »Auch dort war es ihnen (den »feindlichen Agenturen« – M. S.) gelungen, über ihre trotzkistisch-bucharinsche Agentur in die revolutionäre Bewegung einzudringen. So hatten sie solche Verräter wie Remmele, Neumann, Schubert, Schulte und andere gewonnen. Aber mit der Zerschlagung der trotzkistischen und bucharinschen Agentur wurden auch die Verrätergruppen in den anderen kommunistischen Parteien zerschlagen und die Reihen der kommunistischen Emigration weitgehend gesäubert.«³⁶ Die sich im Zuge des Slansky-Beschlusses anbahnende Überprüfung der »Ostemigration« wird dadurch erhärtet, daß am 11. Februar 1953 die Akte des KPD-Archivs, die die Parteiausschlüsse während der Säuberung 1936/38 zum Inhalt hatte, aus dem Büro Pieck an die ZK-Abteilung Leitende Organe überwechselte. In dem Begleitschreiben hieß es: »Im Auftrag des Genossen Wilhelm Pieck überreichen wir Dir Materialien über Parteiausschlüsse...«; auf einem nachfolgenden Blatt war eine Numerierung der Ausschlußgründe aufgeführt.³⁷ Die Zusammenstellung der Ausschlußlisten konnte ebenso wie die Qualifizierung der angeblichen Vergehen gegen die Partei m.E. nur dazu dienen, Nachforschungen über das deutsche Exil in der UdSSR unter dem Paradigma des Slansky-Beschlusses zu beginnen. Die Untersuchungen hätten gerade solche SED-Funktionäre aus dem sowjetischen Exil zu fürchten gehabt, die in der Vergangenheit in die Nähe mutmaßlicher Verräter und Agenten geraten waren. Der Arbeiterprotest des 17. Juni 1953 verhinderte schließlich die großangelegte Parteiuntersuchung und rettete vielleicht damit manchem eine makellose Parteikarriere.

Die SED-Führung und die Opfer – nach dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956

Der XX. Parteitag der KPdSU bildete für die SED und besonders für deren Führung eine der größten politischen Erschütterungen zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Prager Frühling von 1968. Die Parteiführung reagierte auf die Diskussionen, vor allem unter Intellektuellen, mit taktierenden und inhaltlichen Debatten. Sie beendete diese schließlich mit der exemplarischen Verurteilung von Harich, Janka, Schirdewan und anderen Kritikern 1957/58. Selbst die in der DDR stark abgeschwächte Stalinkritik des XX. Parteitages (die Geheimrede Chruschtschows war in der DDR praktisch nur über westliche Medien zugänglich) traf die Masse der SED-Mitglieder völlig überraschend und fand in breiten Teilen der an Stalin politisch sozialisierten Kader keine Akzeptanz. Die anfangs diffusen Reaktionen der SED-Führung auf den XX. Parteitag führten in den folgenden Monaten zu einer für die SED unbekannt breiten und kontroversen Debatte, die Stalins »Verdienste und Fehler« thematisierte und zunehmend die Entwicklung der DDR, der SED und ihrer Führer einbezog. Zudem verwiesen

36 Einheit, Berlin, 8. Jg., H. 6, Juni 1953, S. 761 ff.

37 Solche waren: »1. trotzkistisch-sinowjewistische und andere konterrevolutionäre Verbrechen gegen die Arbeiterklasse (im Zusammenhang mit Verhaftung), Parteiverrat; 2. Verbindung mit partei- und klassenfeindlichen Elementen und Begünstigung ihrer Verbrechen infolge mangelnder politischer Wachsamkeit, politische Zersetzungsarbeit; 3. parteischädigendes Verhalten; 4. politische Unzuverlässigkeit; 5. Korruption.« In: SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/3/82.

SED-Mitglieder auf offene Fragen der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der SED, der KPdSU und des deutschen Exils in der Sowjetunion.

Die SED-Bezirksleitung Erfurt brachte beispielsweise dem Politbüro der SED im April 1956 eine ganze Reihe derartiger Fragen ihrer Parteimitglieder zur Kenntnis, so etwa: In den Jahren 1930-1940 habe es in der SU Korruptionserscheinungen gegeben; es seien viele Menschen ausgewiesen worden; die Reaktion habe zu jener Zeit geschrieben, Stalin entferne seine engsten Mitarbeiter – hatte sie damals rechtgehabt? Starb Max Hoelz eines natürlichen Todes? Warum traten das ZK und die alten Bolschewiki nicht gegen die Verletzung der Parteiprinzipien und die Terrorakte auf? Wenn Berija als Agent bezeichnet werde und als solcher überführt und abgeurteilt wurde, Stalin aber von seinen Schandtaten wußte und Berijas Terrorakte guthieß, ist er dann nicht ebenfalls als Agent des Imperialismus und als Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung anzusehen?³⁸ In anderen Berichten hieß es: Ein Genosse, der in der Emigration in der UdSSR war, fragte: »Was wird aus den Genossen, die dort in der Emigration waren und heute nicht mehr sind?«³⁹ Auch auf Piecks und Ulbrichts Rolle während dieser Zeit gingen SED-Mitglieder ein: »Ulbricht und Pieck haben ihre Köpfe nur durch Verrat von deutschen Genossen an den sowjetischen Geheimdienst retten können« und »Walter Ulbricht war doch selbst in der Emigration in der Sowjetunion, warum hat er damals Stalin nicht kritisiert, wenn es schon die anderen nicht getan haben?«⁴⁰

Diese unbequemen Fragen, vor allem aber die beginnende Entstalinisierung in der UdSSR, zwangen die SED-Führer, von ihrer Zweckbehauptung der »zurecht Verurteilten« intern abzugehen und sich gegenüber den Verfolgten neu zu positionieren. Nicht unbedeutend forciert wurde dieser Prozeß, als die Ausreisebedingungen aus der UdSSR liberalisiert wurden, und die Rückkehr derjenigen deutschen Emigranten einsetzte, die viele Jahre in Lagern und Verbannung hatten verbringen müssen. Allein in den Jahren 1954 bis 1957 remigrierten annähernd 400 Personen, Familienangehörige nicht mitgezählt.⁴¹

Im Umgang mit den Opfern verfolgte die SED-Führung von Anfang an eine Konzeption, die die biographischen Realitäten der Opfer und die wahre Rolle der Moskauer KPD-Führung in den dreißiger Jahren gleichermaßen versiegeln sollte. Die Rückkehrenden sollten innerhalb der SED-Strukturen aufgefangen, ihre Loyalität gegenüber »der Partei« aktiviert und somit effektiv kontrolliert werden. Die SED-Führung beauftragte damit die ZPKK, die sich bereits seit September 1955 vereinzelt dieser »Fälle« angenommen hatte.⁴² Das Verhalten aller Rückkehrenden im sowjetischen Exil wurde einer Prüfung durch die höchste Kontrollinstanz der SED unterzogen, und die Opfer von einst hatten gegenüber »der Partei« erneut Rechenschaft abzulegen.

Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU sorgte die SED-Führung konsequent dafür, das Problem der deutschen Opfer des Stalinschen Terrors aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Offiziell wurde die Parteimitgliedschaft von der 3. Parteikonferenz darüber

38 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/5/335.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Vgl. SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, 2/11/188; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bestand MfAA, Berlin B 3435 und C 520/76.

42 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/4/455.

43 Walter Ulbricht: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der DDR. Referat des Ersten Sekretärs des ZK auf der 3. Parteikonferenz der SED, Berlin, 24. bis 30. März 1956, Berlin 1956, S. 185.

44 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, J IV 2/2/473.

45 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, IV 2/1/81.

46 Vgl. Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die bisherige Durchführung der Beschlüsse der 3. Parteikonferenz. 28. Tagung des ZK der SED vom 27. bis 29. Juli 1956. Bericht des Politbüros, gegeben vom Ersten Sekretär des ZK, Genossen Walter Ulbricht. Beschluß, Berlin 1956.

informiert, daß das ZK beschlossen habe, »zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern, die bestraft wurden, sowie von ehemaligen Parteimitgliedern eine Kommission einzusetzen.«⁴³ Diese Kommission, die unter der Leitung Ulbrichts (!) stand, tagte erstmals am 19. April 1956. Im fünften Tagesordnungspunkt beschäftigte sich das Gremium mit »Angelegenheiten von KPD-Mitgliedern, die in der Sowjetunion verhaftet waren«, und es beschloß, über deren Rehabilitierung auf dem Wege der Einzelprüfung zu entscheiden.⁴⁴

Nachdem bis 1956 das Schicksal von Leidtragenden wie im Falle von Willi Pawera und Margarete Buber-Neumann als Hetze des Klassenfeindes diffamiert, renitente Opfer erneuter Verfolgung ausgesetzt und die Stalinsche Ideologie und Praxis gegenüber Andersdenkenden von der SED kontinuierlich fortgeschrieben wurden, war deren Führung nunmehr genötigt, ihre Politik gegenüber den Opfern zu modifizieren. Die neue Linie verkündete Ulbricht auf der 28. ZK-Tagung (27.-29. Juli 1956). In seinem Bericht hieß es dazu: »Die Kommission hat dem Politbüro vorgeschlagen, die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion. Bereits vor dem XX. Parteitag wurde begonnen, aus der Sowjetunion zurückkehrende ehemalige Mitglieder der KPD, die unschuldig in Prozesse verwickelt, respektive administrativ behandelt waren, voll zu rehabilitieren und ihre Mitgliedschaft in der Partei wiederherzustellen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder der KPD, die ebenfalls in solche Prozesse verwickelt waren, wiederherzustellen. ... Gegenüber den Genossen, die die Partei rehabilitiert hat, ist ein genossenschaftliches Verhalten an den Tag zu legen, ohne jede Voreingenommenheit.«⁴⁵ Das ist (nach meinem Überblick) die einzige offizielle Stellungnahme der SED-Führung, in der das Schicksal der deutschen Verhafteten im sowjetischen Exil in die Nähe eines – freilich vernebelten – Unrechts gerückt wurde. Schon in diesem kurzen Text legte Ulbricht die wesentlichen Züge des später praktizierten Umgangs mit den Opfern dar: Das offizielle Verschweigen der »Säuberung« sollte fortgesetzt werden. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß selbst diese wenigen Zeilen nur für die Ohren der Mitglieder des ZK der SED bestimmt waren und in der später veröffentlichten Tagungsbroschüre fehlten.⁴⁶ Unter Rehabilitierung verstand die SED-Führung die Prüfung jedes einzelnen und die endgültige Entscheidung über die Parteimitgliedschaft durch die ZPKK, mehr nicht! Und das bezeichnete Ulbricht als »Maßnahme von besonderer Bedeutung«. Mit keinem Wort ging Ulbricht auf den bisherigen Umgang mit den Opfern ein: weder mit der Stalinkritik des XX. Parteitages, noch mit seinem authentischen Wissen als Zeitzeuge des Geschehens, er griff lediglich auf »Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-

Bande« zurück. Allerdings stammten diese bereits aus dem Jahre 1953.⁴⁷ Seinerzeit waren sie für Ulbricht und die anderen Führer kein Anlaß gewesen, ihr Verhältnis zu den Opfern in irgendeiner Weise zu korrigieren. Auch danach blieben sie für die SED Unpersonen. Der Rückgriff auf die Berija-Version, um die Massenverfolgungen der dreißiger Jahre zu erklären, war eine entschiedene Absage Ulbrichts an die Stalinkritik Chruschtschows, der ja in seiner Geheimrede 1956 Stalin als Initiator des Terrors benannt hatte. Die tatsächlichen Verbrechen bagatellierte und verfälschte Ulbricht selbst im Führungszirkel der SED mit solchen Formulierungen wie »unschuldig in Prozesse verwickelt« oder »administrativ behandelt« – danach mußte es auch Personen gegeben haben, die schuldhaft in Prozesse verwickelt waren. Diese Terminologie zerstreute kaum das Mißtrauen gegenüber den Verfeimten und suggerierte dem Uneingeweihten, es würde sich lediglich um einzelne Fälle, um nur wenige betroffene Menschen handeln. Zudem war nur die Rede von KPD-Mitgliedern, nicht von Unorganisierten, die es unter den Opfern ebenfalls nicht wenige gab. Das Ausmaß der Verfolgung deutscher EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen war Ulbricht und Pieck allemal bekannt.

In Umkehrung bisheriger Praxis sprach Ulbricht nunmehr von der selbstverständlichen Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder wiederherzustellen. Gemeint war keineswegs die öffentliche Erörterung der biographischen und zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Opfer – wie es zeitweilig in der UdSSR geschah –, sondern einzig die Wiederherstellung der Parteimitgliedschaft, und das in einem parteiinternen Ritual der höchsten Geheimhaltungsstufe. Zur Verantwortung der damaligen KPD-Führung in Moskau und den eigenen biographischen Verstrickungen äußerte sich Ulbricht auch vor dem ZK der SED nicht, Worte der Trauer und Anteilnahme kamen nicht über seine Lippen. Wohl wissend, wie weit die »Parteierziehung« in der SED bis Mitte der fünfziger Jahre gediehen war, versagte Ulbricht vorsorglich den Kadern jede Voreingenommenheit gegenüber den Rehabilitierten und ordnete ein genossenschaftliches Verhalten – was immer das heißen mochte – an. Für den kleinen Kreis derjenigen SED-Funktionäre, die diese Worte Ulbrichts hörten oder lasen, zuvor aber politisch mit dem »Kurzen Lehrgang« geschult worden waren und meist wenig Interesse an dieser unbequemen Wahrheit hatten, waren diese dürftigen Zeilen wohl kaum Anlaß, ihr bisheriges Stalin-Bild zu verwerfen oder gar systemkritische Gedanken zu entwickeln, wenn überhaupt den Zuhörern dieser Passus im seitenlangen ZK-Bericht besonders aufgefallen war, kamen doch im Abschnitt über Kaderfragen die viel brisanteren Angelegenheiten der unmittelbaren Zeitgeschichte zur Sprache.⁴⁸

Schon auf der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 verteidigte Ulbricht erneut die Notwendigkeit der damaligen Verhaftungen in der Sowjetunion als »Sicherungsmaßnahmen im Innern und nach außen«.⁴⁹ Dieses aus den dreißiger Jahren übernommene Erklärungsmuster wurde von großen Teilen der Parteimitgliedschaft und mehr noch des Funktionärskorps als plausibles Argument verinner-

47 Vgl. Untersuchung gegen Verrätergruppe Berija abgeschlossen, in: Neues Deutschland, 18. Dezember 1953; Verräter Berija und Komplizen zum Tode verurteilt und hingerichtet, in: Neues Deutschland, 25. Dezember 1953. Danach waren es ausschließlich Berija und seine Komplizen (Ende 1953 als »Agenten des ausländischen Kapitals« hingerichtet), die mittels »Terrormethoden mit Personen abrechneten« und »eine Reihe schwerster Verbrechen begingen, um ehrliche, der Sache der Kommunistischen Partei und der Sowjetmacht ergebene Kader auszurotten«. Das entsprach genau dem stalinistischen Topos des XVIII. Parteitages der KPdSU von 1939.

48 Es ging dabei um die Aufhebung eines Teils früher verhängter Parteistrafen und Parteiausschlüsse (F. Dahlem, A. Ackermann, J. Walcher u.a.), die Aufhebung und Korrektur von Urteilen bzw. um Haftentlassungen von als »Agenten« verurteilten SED-Mitgliedern. Vgl. Mitteilung des Presseamtes beim Ministerrat und Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit, in: Neues Deutschland, 21. Juni 1956.

49 SAPMO im BArch, Berlin, Bestand SED, NL 182/517. In Abgrenzung zu Chruschtschows Geheimrede postulierte Ulbricht außerdem, daß »die damalige Politik des Zentralkomitees der KPdSU und die geschichtliche Rolle des Genossen Stalin ... noch einer zusammenhängenden geschichtlichen Würdigung« bedürften. Die »marxistischen Arbeiten des Genossen Stalin« sollten auch weiterhin

geachtet und aus ihnen gelernt werden, wenn auch »bestimmte Vereinfachungen und theoretisch falsche Anschauungen« korrigiert werden sollten.

50 Ebenda.

51 Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der SED, 15. bis 21. Januar 1963, Berlin 1963, S. 237. Vgl. auch Hermann Weber: Ulbricht als »Stalin-Gegner«. Eine groteske Legende, in: Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991, S. 59 ff. (Zuerst erschienen in: »Dritter Weg«. Diskussionsforum für modernen Sozialismus, 5. Jg., 1963, Nr. 2/3.)

52 Zu biographischen Erfahrungen vgl. in: Wenn Du willst Deine Ruhe haben, schweige. Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus, hrsg. von Meinhard Stark, Essen 1991.

licht und bewahrt. Ulbricht konstatierte zwar, »Genosse Stalin hätte »in einer bestimmten Zeit die Sowjetgesetze verletzt«, stellte aber unmißverständlich klar, daß »wir als Deutsche ... nicht das geringste Recht (haben), eine Diskussion über Fehler zu führen, die in der Sowjetunion geschehen sind in der Zeit, wo die Sowjetunion vom faschistischen Deutschland bedroht wurde.«⁵⁰ Eine öffentliche Thematisierung der Schicksale deutscher EmigrantInnen und SpezialistInnen sowie deren Angehöriger hat die Parteiführung unter Ulbricht auch in der Folgezeit verhindert. Mehr noch, wenn diese Zeit zur Sprache kam, wurde das Geschehene Unrecht bagatellisiert, als historisch erklärlich und notwendig beschrieben. Ja, Ulbricht stilisierte sich im nachhinein selbst zum Opfer, gar zum Kämpfer gegen den Stalinschen Terror, wie er es auf dem VI. Parteitag der SED (15.-21. Januar 1963) tat. Als Replik auf den XXII. Parteitag der KPdSU führte Ulbricht hier öffentlich aus: »Auch wir, die Mitglieder und die Führung der KPD, haben unter dem Stalinschen Personenkult und seinen Terrormethoden gelitten. Und wenn es einige Leute genau wissen wollen: Unser Politbüro hat sich gegen die Stalinschen Methoden gewandt und fand dabei Verständnis und Unterstützung bei sowjetischen Genossen und beim Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Genossen Georgi Dimitroff. ... Es war eine große Leistung, daß es gelang, auch unter den schweren Bedingungen des Hitlerkrieges und dazu noch der schädlichen Methoden Stalins die Kollektivität des Politbüros und die Einheit der Parteiführung außerhalb und innerhalb des Landes zu sichern. (Lebhafter Beifall).«⁵¹ Der Mißbrauch der Leiden ermordeter und überlebender GULag-Häftlinge für die Abrechnung mit dem »Stalinschen Personenkult« und die Verlogenheit des angeblichen Widerstandes der Moskauer KPD-Führung gegen Stalin machen die Skrupellosigkeit der SED-Führung deutlich. Ihr tatsächlicher Umgang mit allen Opfern stalinistischen Terrors blieb bis zum Schluß, bestärkt durch den Sturz Chruschtschows 1964, verachtend und restriktiv.

Die wenigen hundert Überlebenden verlebten nach ihrer Übersiedlung in die DDR zwar materiell gesehen ihre besten Jahre. Sie trafen Mitte der fünfziger Jahre jedoch auf eine Parteimitgliedschaft, die an Stalin, dem »Kurzen Lehrgang« und der »Partei neuen Typus« politisch sozialisiert war. Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU hatten die ehemaligen GULag-Häftlinge eher mit Argwohn und Mißtrauen, ja Feindseligkeit, als mit Nachdenklichkeit, Verständnis und Trauer über ihre erlebte Vergangenheit zu rechnen. Die RemigrantInnen trafen auf eine Einheitspartei, die weniger Erinnerungen an die alten deutschen Arbeiterparteien weckte als vielmehr an das bürokratische und restriktive Machtgebaren der KPdSU und ihrer Führung. Die Opfer stießen auf Funktionäre und Parteimitglieder, die kaum Wissen und noch weniger Verständnis für ihre Biographien haben konnten und wollten und die gewohnt waren, sich im Kampf gegen »Abweichungen« aller Art an den Erfahrungen der KPdSU zu orientieren.⁵² Die Männer und Frauen trafen überwiegend auf Funktionäre und Parteimitglieder, die mit den gleichen Mechanismen »gesäubert« wurden (oder auch »säuberten«), wie sie selbst einst im sowjetischen

Exil. Sie trafen auf eine Partei, die eine wahrhaftige Erörterung ihrer eigenen Geschichte verbot, diffamierte und verfolgte und statt dessen ein mystifiziertes Geschichtsbild konstruierte. In dieser Partei trafen sie auf ehemalige Bekannte und Freunde aus der Zeit des sowjetischen Exils, die wohl zumeist ihre Erinnerungen neu interpretiert und dem vorgegebenen Sowjetideal untergeordnet hatten. Sie trafen zudem auf Parteibürokraten und ehemalige Ostexilanten, für die sie nach wie vor Schuldige vor der Partei waren. Schließlich trafen die Verfolgten auf eine Parteiführung, die gewillt war, jegliche Diskreditierung ihrer offiziellen Geschichtsinterpretation zu verhindern und Übertritte zu ahnden. In der Öffentlichkeit der DDR blieb das Thema der Inhaftierung und Erschießung von deutschen EmigrantInnen bzw. SpezialistInnen in der UdSSR auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU unerwähnt. Offiziell war das Thema bis zum Schluß 1989 tabu.⁵³

53 Vgl. exemplarisch Gertraud Teschner: Zum 100. Geburtstag J. W. Stalins, in: Neues Deutschland, 21. Dezember 1979, S. 6; Hanna Wolf/Wolfgang Schneider: Zur Geschichte der Komintern, in: Neues Deutschland, 6./7. Mai 1989.

MARIO KESSLER

Antisemitismus in der SED 1952/53. Verdrängung der Geschichte bis ans Ende

Mario Keßler – Jg. 1955, Berlin. Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Studien Potsdam und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Veröffentlichte u.a.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (1994, 2. Auflage); Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 (1994); Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz (1995).

1 Henry Görschler: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Reihe der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539-551; Walter Mohrmann: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1953. Eine frühe Ausnahme: Siegbert Kahn: Antisemitismus und Rassenhetze. Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948.

2 Michael Wolffsohn: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden, München 1995; meine Rezension: Tatsachen oder Legenden? Die SED und die Juden, in: Deutschland Archiv, 1996, Nr. 3, S. 486-488.

Vom Neuanfang zu altbekannten Praktiken

Eines der schlimmsten, vielleicht das schlimmste Kapitel in der Geschichte der DDR ist das antisemitische Zwischenspiel der Jahre 1952/53 mitsamt seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen. Das Beschweigen dieser Vorgänge in der DDR über die gesamte Zeit ihrer Fortexistenz hemmte auch die notwendige Aufarbeitung der Diskussion über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu den Juden sowie zum Antisemitismus. Die wenigen in der DDR hierzu erschienenen Darstellungen sparten dieses heikle Thema aus, sprachen statt dessen von einer immerwährenden Gegnerschaft der kommunistischen Bewegungen zu jederart Antisemitismus.¹ Nach dem Sturz der SED-Führung und der Öffnung der Archive entstanden eine Reihe von Arbeiten über das Thema »Die SED und die Juden«, die zum Teil wissenschaftlich fragwürdig,² zum Teil solide Forschungsarbeiten sind.³ Auch in der Presse wurde und wird das Thema immer wieder diskutiert.⁴ Auch der Verfasser dieses Aufsatzes hat in die Debatte eingegriffen.⁵ Dafür gab es Schelte aus sehr verschiedenen politischen Lagern. Im »Neuen Deutschland« testierte der Wiener Reinhard Pitsch dem Verfasser »schlechtesten Willen« bei der Aufarbeitung der bedrückenden Geschehnisse; er »wollte die DDR fluchen«, statt sich an die Tatsachen zu halten.⁶ Mangelnde Objektivität bescheinigte ihm auch Peter Maser, als Historiker bislang eher eine Münsteraner Lokalgröße, nun aber, als wohl guter Parteiarbeiter, für die CDU in der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur tätig. Keßler liebe »die sanften und gerade deshalb irreführenden Töne«; sein »Buch vermittelt fortlaufend ... Halbwahrheiten, wie sie in PDS-Kreisen bis heute gängig sind«;⁷ Kreise, die Maser offensichtlich gut zu kennen scheint. Es genügt, hier an den marxistischen, von der SED totgeschwiegenen Historiker Arthur Rosenberg zu erinnern. Dieser hatte 1932 in seiner »Geschichte des Bolschewismus« klargelegt: »Die Aufgabe, die ich hier zu lösen suche, ist eine wissenschaftliche und keine parteipolitische ... Ich habe das Buch keiner Partei oder Gruppe zuliebe geschrieben, und ich habe auch kein Bedürfnis zu ›Enthüllungen‹ oder ›Abrechnungen‹.«⁸ Auch hier gilt es, seine Weg zu gehen und die Leute reden zu lassen.

Im Lande, von dem aus die Vernichtung der europäischen Juden in die Wege geleitet wurde, verdient der Umgang mit Juden und Judentum gerade der ersten Nachkriegsjahre eine wissenschaftlich

sorgsame Prüfung. Dabei springt für die Sowjetische Besatzungszone zunächst ins Auge, daß der Versuch eines Neuanfangs stärker betont wurde als im Westen. Deshalb wählten viele aus dem Exil zurückgekehrte oder in Deutschland illegal überlebt habende Juden die spätere DDR als Wohnort. Die Politik der sowjetischen Behörden und ihrer deutschen Verbündeten stand in der SBZ im Zeichen des Anknüpfens an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933, vor allem ihres kommunistischen Zweiges. Doch damit knüpfte die SED, die sich seit 1948 in einem folgenschweren Prozeß der Stalinisierung befand, auch an das Assimilationskonzept der Kommunistischen Internationale zur Lösung der jüdischen Frage und zur Überwindung des Antisemitismus an: Juden sollten sich, ungeachtet der jeweiligen sozio-kulturellen Umstände, durch Verzicht auf eine (wie auch immer begriffene) jüdische Identität in die kommunistische Bewegung einfügen. Innerhalb dieser Bewegung sollten sie für eine klassenlose Gesellschaft streiten. In einer solchen Gesellschaft würde auch dem Antisemitismus jede Grundlage (die in der Komintern im wesentlichen auf ökonomische Faktoren reduziert worden war) genommen werden. Der Zionismus wurde in all seinen Varianten strikt abgelehnt.⁹

Es ist notierendenswert, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit führende kommunistische Politiker verschiedentlich auf die Mitschuld großer Teile des deutschen Volkes an den nationalsozialistischen Verbrechen hinwiesen; ein Thema, das in den Kontroversen um Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« jüngst an Aktualität gewann. Ein Beispiel von mehreren: Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wurde betont, daß »in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen (muß), daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt. Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: ›Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!«¹⁰

Der Historiker Olaf Groehler schrieb, die Befreiung vom Hitler-Regime durch die Armeen der Antihitler-Koalition habe bei vielen deutschen Kommunisten zu einem »Bestätigungsglauben« von der Richtigkeit der eigenen Sache geführt. Dies und die Omnipräsenz der sowjetischen Administration bestimmten die Haltung der KPD/SED gegenüber den in Ostdeutschland lebenden Juden.¹¹

In den Erklärungen der KPD wurde der Völkermord an den Juden zwar nicht ausgeblendet, fand aber keine spezielle Hervorhebung. Dies entsprach der sowjetischen Linie, den Judenmord als ein nur sekundäres Merkmal der Nazi-Diktatur anzusehen. Dennoch gab es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – und nur damals – ernsthafte Überlegungen, den überlebenden Juden nicht nur Individual-, sondern auch Kollektiv«entschädigung« zuteil werden zu lassen. Dies war innerhalb der KPD nicht unumstritten. Bereits im Verlauf seiner ersten Sitzungen hatte der Berliner Hauptauschuß der OdF (Opfer des Faschismus) den Begriff des Kämpfers gegen den Faschismus eingegrenzt, also den Kreis der Personen, die besondere Zuwendungen materieller Art erhalten sollten.

3 Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997; Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Zirkel, Hildesheim/Zürich/New York 1997.

4 Besonders in den zahlreichen Artikeln, die Helmut Eschwege unmittelbar nach der politischen Öffnung schrieb, z. B.: Die erneute Vertreibung der Juden, in: Leipziger Volkszeitung, 21./22. Juli 1990.

5 Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995.

6 Reinhard Pitsch: Antisemitismus in der DDR – Fakten und Fiktionen, in: Neues Deutschland, 26. Mai 1995.

7 Peter Maser: Antisemitismus trotz Antifaschismus, in: Das Parlament, Nr. 52-53/1996, S. 21.

8 Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus, Neuausg. Frankfurt a. M. 1966, S. 46.

9 Vgl. hierzu die Bücher des Verfassers: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz 1994; Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994.

10 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin (Ost) 1959, S. 15f.

11 Olaf Groehler: Erblasten. Der Umgang mit dem Holo-

caust in der DDR, in: Hanno Loewy (Hg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek b. Hamburg 1992, S. 110f.

12 Deutsche Volkszeitung (DVZ), 3. Juli 1945. Die DVZ war das Zentralorgan der KPD.

13 Ebenda, 25. September 1945.

14 Vgl. Thomas Schüler: Das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt a. M./New York 1993, S. 118-138.

15 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/2027/30.

16 Ebenda, Bl. 3.

17 Vgl. Timm, S. 66.

18 Vgl. Schüler, S. 131ff.

19 Nora Goldenbogen: Antisemitismus und »Säuberungen« in Sachsen (1949-1953), in: Mario Keßler (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Köln 1993, S. 126.

»Opfer des Faschismus«, so der Bericht in der »Deutschen Volkszeitung«, »sind Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die »Arbeitsvertragssünder«. Aber soweit können wir den Begriff »Opfer des Faschismus« nicht ziehen. Sie alle haben geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft!«¹² Nach Auseinandersetzungen innerhalb der OdF und der KPD sollte dann dafür Sorge getragen werden, »die rassistisch Verfolgten in den Kreis der ... Opfer des Faschismus einzubeziehen.«¹³

Nach seiner im Juli 1946 erfolgten Rückkehr aus dem mexikanischen Exil engagierte sich Paul Merker besonders entschieden für die Belange der jüdischen Überlebenden des Völkermordes. Er mahnte gegenüber Walter Ulbricht verschiedentlich an, daß die SED noch immer keine verbindlichen Richtlinien zur Frage der Entschädigung jüdischer Opfer des Faschismus ausgearbeitet habe und hob hervor, daß – wie 1947 in Thüringen¹⁴ – die Liberal-Demokratische Partei die Initiative dazu ergriffen habe.¹⁵ Doch noch im August 1947 lehnte das Zentralsekretariat Merkers Forderung nach kollektiver »Entschädigung« der Juden ab, und zwar mit der Begründung, dies fördere den Antisemitismus.¹⁶ Nach einer Serie von Vorschlägen, Besprechungen und Rücksprachen innerhalb der SED-Gremien wurde am 5.10.1949, zwei Tage vor Gründung der DDR, eine Anordnung in die Wege geleitet, die sich auf individuelle Betreuung der in Frage kommenden Personen (d. h. der anerkannten Verfolgten des Nazi-Regimes) und auf beachtliche Sozialleistungen für sie konzentrierte, jedoch keine Stellung bezog zu Fragen der Restitution oder zu Entschädigungszahlungen.¹⁷ Ohnehin hatte die Sowjetische Militäradministration in ihren Befehlen Nr. 124 und 126 verfügt, daß ehemals jüdische Firmen, für die sich der nationalsozialistische Staat besonders interessiert hatte, als Nazi-Vermögen unter Sequester beziehungsweise Konfiskation gelangt waren. Diese fielen somit aus den Restitutionsverfahren heraus. Andere Schiedsverfahren verliefen äußerst schleppend oder wurden im April 1949 ausgesetzt. In Einzelfällen wurde den Restitutionsansprüchen jedoch Genüge getan.¹⁸

Einen Monat nach Gründung der DDR, am 7. November 1949, richtete Hermann Matern, Vorsitzender der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK), einen Brief an die Landesparteikontroll-Kommissionen. Darin waren der Plan und die Aufgaben zur Überprüfung aller Verantwortlichen in Staat, Partei und Wirtschaft auf Landesebene festgelegt. Nora Goldenbogen wies am sächsischen Beispiel nach, daß die dazu nachgelieferten Überprüfungshinweise innerhalb der Schweizer Emigration die Exilanten jüdischer Herkunft bereits als besonders zu beobachtende Gruppe nannten. Als Grund wurde die unterstellte Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur zionistischen Bewegung, zum US-Geheimdienst und zu einer angeblichen »trozkistisch-jüdischen« Bewegung festgehalten. Bei allen aufgelisteten Emigrantenorganisationen wurde auf den hohen Anteil von Juden verwiesen.

Materns Brief war der Auftakt zu einer Reihe von Überprüfungen, deren Angaben an die ZPKK sowie an eigens geschaffene Sonderkommissionen weitergeleitet und dort miteinander verglichen wurden.¹⁹

Diese Hinweise wurden jedoch für die Betroffenen erst in der zweiten Überprüfungswelle, die die Merkmale einer »Säuberungs«-Aktion annahm, zur Gefahr. Im Zusammenhang mit dem antisemitischen Slánsky-Prozeß in Prag ergriff die SED-Führung auch Maßnahmen gegen Juden als solche. Dies geschah auf Druck der Moskauer Administratoren, die in der DDR wie in anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion Schauprozesse nach berühmterbüchiger Lesart durchzuführen gedachten. Der antifaschistisch-demokratische Neuanfang in Ostdeutschland wurde durch altbekannte stalinistische Praktiken pervertiert.

Abusch und Merker als Zielscheibe »antizionistischer« Maßnahmen

In der ersten Welle der Partei-«Säuberungen«, die 1950/51 die Stalinisierung der SED vorantrieben, wurden auch jüdische Kommunisten von den Mühlsteinen des Apparats zermalmt: Rudolf Feistmann wurde in den Selbstmord getrieben,²⁰ Lex Ende ging an der Ächtung als aus der SED Ausgestoßener zugrunde.²¹ Unter den damals Verhafteten oder anderweitig Gemaßregelten befanden sich weitere Parteimitglieder jüdischer Herkunft. Doch spielte diese Herkunft in den Überprüfungen ersichtlich noch keine Rolle, entscheidend waren dagegen die Emigration im Westen während der NS-Zeit und das in der Emigration gezeigte oder unterstellte Verhalten. Eine Ausnahme bildeten die Vernehmungen Alexander Abuschs durch die ZPKK.

Dabei wurde versucht, Abusch solche Kontakte zu Noel Field, dem Bauernopfer im schmutzigen Spiel, anzulasten, durch die er als angeblicher »Verschwörer« hätte entlarvt werden können. Abusch schien alle Voraussetzungen zu erfüllen: Er war Westemigrant gewesen, als Jude ein Außenseiter, der dies durch Überangepaßtheit zu kompensieren suchte, und mußte Kontakte zu Erica Wallach, der Pflgetochter des Ehepaars Field, einräumen.

Diese Kontakte zwischen Abusch und Erica Wallach waren jedoch, wie die Befragungen – besser: Vernehmungen – zeigten, rein zufälliger Natur gewesen. Abusch hatte in Prag einen Brief Erica Wallachs entgegengenommen, um diesen an ihren früheren Freund Leo Bauer in Berlin zu übergeben. Bauer war jedoch kurz darauf, am 24. August 1950, als angeblicher »Parteifeind« festgenommen worden. Er wurde später in die Sowjetunion deportiert, zum Tode verurteilt, dann zu lebenslanger Haft begnadigt, schließlich 1956 entlassen und ging in den Westen.²²

In der ersten Befragung Abuschs am 10. Juli 1950 spielte der jüdische Aspekt noch keine Rolle.²³ Um so stärker war dies in der zweiten Anhörung am 10. November desselben Jahres der Fall.

Max Sens und Hertha Geffke von der ZPKK unterzogen Abusch einem wahren Verhör, in dem es unter anderem um Geldsammlungen »von jüdischen Wirtschaftsemigranten« in Abuschs mexikanischem Exil, um den Verkauf von Pässen, Abuschs Mitgliedschaft in der deutsch-jüdischen Kulturorganisation Menorah, um seine – nicht existierende – Mitgliedschaft in der Jüdischen Gemeinde ging; schließlich um Abuschs Beziehungen zu Leo Zuckermann und vor allem zu Paul Merker.²⁴ In einem nachgereichten Brief beteuerte Abusch noch einmal, was er schon während der Vernehmung

20 Vgl. Wolfgang Kießling: Partner im »Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994, S. 263.

21 Vgl. Kessler: Die SED und die Juden, S. 70ff., mit zahlreichen archivalischen Belegen.

22 Vgl. Leo Bauer: »Die Partei hat immer recht«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 27, 4. Juli 1956, S. 405-413.

23 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/4/11, Bl. 9ff.

24 Vgl. ebenda, Bl. 30ff.

25 Ebenda, Bl. 43.

26 Vgl. auch die unveröffentlichten Passagen aus Abuschs Lebenserinnerungen, erstmals publiziert bei Karin Hartwig: Das »Gedächtnis« der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv der SED in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv«, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 312-323, bes. S. 321.

27 Vgl. Erica Wallach: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfeimten, München 1969.

28 Zur Haltung ostdeutscher Politiker gegenüber dem entstehenden Staat Israel bis zu Stalins Kurswechsel vgl. Keßler, S. 47ff.; Timm, S. 81ff.

29 Zur sowjetischen Nahostpolitik und ihren antisemitischen Implikationen in den frühen fünfziger Jahren vgl. Robert S. Wistrich (Hg.): The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N. J. 1979, bes. die Beiträge von Peter Brod, Arnold Kramer und des Herausgebers.

30 Das Dokument ist abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 4, Berlin (Ost) 1954, S. 199-219.

unterstrichen hatte: Er habe sich seit seinem 18. Lebensjahr »nie wieder für jüdische Fragen interessiert, niemals darüber geschrieben, (er) besaß keine Erfahrung für politische Arbeit auf diesem Gebiet, und (war) außerdem noch nichtjüdisch verheiratet.«²⁵

Dabei waren nicht die von Abusch genannten Fakten bemerkenswert, wohl aber der Ton seiner Erklärungen und seines Briefes. Er sprach und schrieb beinahe im Duktus der Entschuldigung davon, daß er sich als Jugendlicher »unter schweren häuslichen Kämpfen vom Einfluß des Judentums freimachte«, um sich der Arbeiterbewegung zuzuwenden²⁶ – als sei es gewissermaßen ehrenrührig, sich als Kommunist nach Auschwitz noch für jüdische Belange zu interessieren. Mehr als alles andere gibt dies einen Hinweis darauf, wie drastisch sich die Atmosphäre innerhalb des SED-Apparates geändert hatte.

Abuschs Begegnung mit Erica Wallach – auch sie inzwischen verhaftet und in die Sowjetunion verschleppt²⁷ – war jedoch zu flüchtig, als daß sie die Basis für ein Konstrukt hätte abgeben können, das Abusch in die Prozeß- und Verfolgungswelle stärker hineingezogen hätte. Er wurde aus dem Politbüro ausgeschlossen, aber nicht verhaftet, und erlebte später wieder einen Aufstieg bis hin zum Kulturminister und Stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden. Zum inneren Kreis der Mächtigen, dem Politbüro, bekam er jedoch nie wieder Zutritt.

Paul Merker erwies sich als ein geeigneteres Opferlamm: Er war, ungleich Abusch, Nichtjude, so daß gegebenenfalls der Vorwurf des Antisemitismus propagandistisch leichter zurückzuweisen war. Er hatte sich im mexikanischen Exil aber sehr für eine künftige Entschädigung der jüdischen Verfolgten, soweit dies irgend möglich war, eingesetzt, auch, wenn diese Opfer nicht in Deutschland leben würden. Ebenso entschieden hatte er sich für die Existenz eines jüdischen Staates ausgesprochen; damit übrigens keineswegs im Widerspruch zur Haltung der Stalin-Führung und ihrer ostdeutschen Genossen gestanden.²⁸ Allerdings hatte ab 1949 die UdSSR ihre Position gegenüber dem neuen Staat Israel geändert und setzte nun auf einen Schulteranschlag mit angeblich »progressiven« Kräften im arabischen Raum.²⁹ Ein vorheriges Engagement für Israel konnte somit nunmehr leicht Bestandteil des Sündenregisters werden, das über die Kommunisten bei der ZPKK und ihren Untergliederungen geführt wurde.

Am 2. Dezember 1952, parallel zum antisemitischen Slánsky-Prozeß und der dadurch geschürten Pogromstimmung, wurde Paul Merker verhaftet. Die Begründung wurde in einer ZK-Entscheidung nachgeliefert, in der die »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum«, so der Titel, zu ziehen waren.³⁰ Dieses Dokument ordnete sich in die Bemühungen der osteuropäischen kommunistischen Parteien ein, durch die »Entlarvung« von Parteifeinden« Beweise für die Unterwürfigkeit unter Stalins Repressionsapparat zu liefern. Damit sollten alle nationalen Entwicklungswege – gar nach jugoslawischem Vorbild unter Tito – im Ansatz verhindert werden. Die Kampagne gegen »Kosmopolitismus« – also internationalistisches Verhalten – und »Zionismus« – gemeint war hier immer die jüdische Herkunft – bildete dabei eine wichtige, wenn-

gleich nicht die alleinige Dimension. Das war ein spezifisches Merkmal des stalinistischen Antisemitismus. Damit sollte auch die noch vorhandene internationalistische, um solidarisches Handeln bemühte Traditionslinie innerhalb der SED getroffen und möglichst abgeschnürt werden. Merker, so wurde ihm in der ZK-Entscheidung vorgeworfen, habe im Exil zionistische Auffassungen vertreten und die Entschädigung der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem US-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Dies wurde von der SED-Führung mit dem nazistischen Terminus der »Verschiebung deutschen Volksvermögens« – so zweimal im Entschließungstext – gebrandmarkt.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 und die einen Monat später erfolgte Rehabilitierung der in Moskau verhafteten jüdischen Ärzte verhinderten auch in den DDR weitere mögliche Repressalien, nicht aber die Verurteilung Merkers in einem Geheimplatz, in dem die Beschuldigungen antisemitischer Natur noch 1955 voll aufrechterhalten wurden.³¹

Nicht weniger bedrückend als die Verurteilung Merkers oder als die inzwischen bekanntgewordenen Fakten über seine Haft im MfS-Gefängnis Hohenschönhausen liest sich sein Kampf um eine vollständige Rehabilitierung durch die SED-Führung.³²

Am 21. Juli 1956 verkündete der Erste Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR lakonisch, daß »in der Strafsache gegen Merker, Paul Friedrich ... das Urteil des Obersten Gerichts vom 30. März 1955 aufgehoben (wird). Der Angeklagte wird freigesprochen.«³³ Damit gab sich Merker nicht zufrieden. Er verlangte eine vollständige, also politische wie juristische Rehabilitierung sowie eine Entschädigung. Nach einem Brief an das Oberste Gericht³⁴ entschied dieses, ihm eine Pauschalsumme von 50 000 DDR-Mark zu überweisen.³⁵ Auf Merkers Anfragen an die Parteiführung antwortete ihm Walter Ulbricht am 31. Juli 1956. Ulbricht berief sich auf die 28. ZK-Tagung vom Juli 1956, um daran anschließend an Merker lapidar zu schreiben: »Die unter Berücksichtigung neuer Gesichtspunkte durchgeführte Nachprüfung ergab, daß die Dir zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur sind, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigen. Das hatte bereits zu Beginn dieses Jahres zu Deiner Freilassung und zur Wiederaufnahme des Verfahrens geführt. Mit sozialistischem Gruß...«³⁶ Jede weitere Diskussion innerhalb der Partei pflegte man nach einem solchen Bescheid mit der Warnung »Keine Fehlerdiskussion!« abzubrechen. Doch Merker ließ nicht locker. Am 23. August 1956 schrieb er wiederum an Ulbricht und fragte ihn, wie der Satz auszulegen sei, daß die Merker zur Last gelegten Anschuldigungen in der Hauptsache politischer Natur seien, die eine strafrechtliche Verfolgung nicht rechtfertigten: »Hält das Zentralkomitee die gegen mich erhobenen und öffentlich verbreiteten Anschuldigungen weiter aufrecht und fühlt es sich nur zu dem Zugeständnis veranlaßt, festzustellen, daß diese Anschuldigungen eine strafrechtliche Verfolgung, die aber doch tatsächlich stattgefunden hat, nicht rechtfertigten?«, so Merker.³⁷

Merker verteidigte, wie er betonte, seine Würde als Kommunist

31 Das entsprechende Urteil des Obersten Gerichts der DDR in der Strafsache Merker vom 30. März 1955 ist abgedruckt bei Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 643-650.

32 Die entsprechenden Dokumente sind abgedruckt bei Kessler: Die SED und die Juden, S. 156-170.

33 SAPMO-BArch, DY 30, NL 102/27, Bl. 73.

34 Ebenda, Bl. 76.

35 Ebenda, Bl. 81.

36 Ebenda, Bl. 84.

37 Ebenda, Bl. 85.

38 Ebenda, Bl. 87.

39 Ebenda, Bl. 92.

40 Vgl., neben der bereits angeführten Literatur, vor allem Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), 2 Bde., Frankfurt/Oder 1996, bes. Bd. 1, S. 25ff., 219ff.

41 Zit. nach Mertens, S. 55, unter Bezugnahme auf einen Bericht der Schweriner Staatssicherheit vom 27. Januar 1953.

42 Vgl. den bei Keßler: Die SED und die Juden, S. 157-170, abgedruckten Brief Merkers an die ZPKK vom 1. Juli 1956, bes. S. 169-170. Das Dokument befindet sich im SAPMO-BArch und trägt die Signatur NL 102/27, B. 1-38.

43 Julius Meyer, nach einem Manuskript von Rainer Hildebrandt, dem Leiter der antikommunistischen »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« vom Frühjahr 1953, in dem dieser eine Gesprächsnotiz Meyers nach dessen Flucht nach Westberlin wiedergibt. Das Manuskript befindet sich in den Jewish Research Archives, New York (YIVO), und ist zit. bei Olaf Groehler: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Olaf Groehler/Mario Keßler: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR, Berlin 1995, S. 16.

im und nach dem Prozeß sowie auch »die Interessen der Partei und ihrer Führung gegen die Werkzeuge der Berijabande, die sich über die Partei und ihre Führung erhoben, die mich auf das würdeloseste behandelten und die mich verhöhnten, weil ich es nicht vorgezogen hatte, mich ihren Verfolgungen durch die Flucht nach Westdeutschland zu entziehen, sondern mich ihnen entgegenstellte.« Als Anerkennung dafür sei er in einem für die Justiz der DDR schmachvollen Verfahren verurteilt worden. »Und nun, nachdem mit diesen Schändlichkeiten endlich aufgeräumt werden mußte, werde ich von der Parteiführung immer noch wie ein Aussätziger gemieden.« Durch den Beschluß des 28. ZK-Plenums sei versucht worden, das Unrecht »nicht aus der Welt zu schaffen, sondern es zu beschönigen und es, wenn auch in stark abgeschwächter Form, weiter aufrecht zu erhalten.«³⁸

In seiner Antwort räumte Ulbricht ein, daß Merkers »Aufnahme in die Partei auf Grund der Beschlüsse des 28. Plenums unverzüglich hätte vollzogen werden müssen. Deine Freilassung«, so Ulbricht weiter, »wurde von der Partei und von den staatlichen Organen als Rehabilitierung betrachtet.«³⁹

Dies war alles, was Merker an Genugtuung erfuhr. Es sei denn, man betrachtet jenes Stück Blech, das er kurz vor seinem Tode 1969 überreicht bekam, den »Vaterländischen Verdienstorden«, als eine Kompensation für erlittenes Unrecht und für die Tatsache, daß Merkers Name jahrelang gleichsam für den eines »zionistischen Agenten« und Erzverrätters stand.

Verdrängung der Geschichte bis ans Ende

Die Welle an Parteiüberprüfungen, Verhaftungen, beruflichen Degradierungen und Parteiausschlüssen intensivierte sich während des gesamten Winters 1952/53.⁴⁰ Auch die Jüdischen Gemeinden, soeben noch mit staatlichen Zuwendungen bedacht, galten nun sozusagen als »Fünfte Kolonne« des Imperialismus. Zu Beginn des Jahres 1953 wurden die Büros der Gemeinden von MfS-Mitarbeitern durchsucht, Gemeindeglieder verhaftet und verhört und verschiedentlich den Gemeindegliedern vorgeworfen, sie seien als Zionisten »bereit und fähig, im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes zu arbeiten.«⁴¹ In diesem Zusammenhang wurde Paul Merker unterstellt, er habe jüdische SED-Mitglieder aufgefordert, den Gemeinden beizutreten. Merker wies dies zurück, aber der Vorwurf wurde wiederholt.⁴² In der Tat waren zahlreiche Juden in der DDR vom US-amerikanischen Joint Distribution Committee materiell unterstützt worden; eine Tatsache, die den Parteioberen seit langem bekannt und von ihnen toleriert worden war. Doch dies galt nunmehr als zutiefst suspekt. Nach einer Gesprächsnotiz des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Julius Meyer, waren bereits im Dezember 1951 führende Gemeindeglieder zur Sowjetischen Kontrollkommission bestellt und gefragt worden: »Woher bekommen Ihre Gemeinden ihre Anordnungen? Bekommen sie diese in der Weise wie die Kirche aus Rom? Haben sie Hirtenbriefe? ... Ist Ihnen denn nicht klar, aus welchen Gründen ›Joint‹ die Liebesgaben nach Deutschland bringt?«⁴³

Seit Ende 1952 wurden die Gemeindebüros von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes durchsucht und die Akten beschlagnahmt.⁴⁴ Dies löste große Ängste unter den Juden aus. Leo Zuckermann, der zeitweilig Wilhelm Piecks Kanzleichef war, suchte Zuflucht in der Westberliner Wohnung von Heinz Galinski. Allein im Januar 1953 flohen 400 Juden in den Westen, darunter Zuckermann und Meyer. Der amerikanische, in Berlin tätige Rabbiner Nathan Peter Levinson drängte Galinski, die Juden in der DDR aufzufordern, diese zu verlassen. Nach anfänglichem Zögern willigte Galinski ein und berief eine Pressekonferenz ein. Die Gemeindebibliothek wurde aus Ostberlin über die offene Grenze in den Westteil der Stadt gebracht.⁴⁵ Auch die Vorsteher der Jüdischen Gemeinden von Leipzig, Erfurt, Halle und Schwerin gingen in den Westen. Erst Stalins Tod beendete diese Phase des Drucks und des Leidens. Doch blieb, wie der Zeitzeuge Heinz Brandt berichtete, das Mißtrauen vieler Juden gegenüber der Staatsmacht noch längere Zeit unterschwellig, doch deutlich spürbar. Immerhin wurden jetzt die bislang sehr zögerlich bearbeiteten Rückkehrwünsche – es gab sie nach alldem tatsächlich noch! – jüdischer Emigranten schneller bearbeitet, wie Carl Jacob Danziger und Franz Loeser festhielten.⁴⁶ Es gibt nichts, was den Druck auf die Jüdischen Gemeinden, was die Verfolgung jüdischer Kommunisten auch nur irgendwie rechtfertigen oder relativieren könnte. Dennoch bleibt, so makaber dies klingen mag, festzuhalten, daß es in der DDR keine Exzesse wie in der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei gab. In der DDR wurden von offizieller Seite, entgegen mancher Befürchtungen unter den Juden, keine Pogrome angezettelt oder auch nur geduldet. Im Gegenteil: Das »Neue Deutschland« berichtete am 29. Januar 1953, daß die Bezirksgerichte von Magdeburg, Gera und Frankfurt/Oder mehrere Bürger, »die antisemitische Hetzparolen und Verleumdungen über jüdische Mitbürger verbreitet hatten«, zu Zuchthausstrafen von ein bis zwei Jahren verurteilte.⁴⁷ Schließlich traten während des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 keinerlei antisemitische Begleiterscheinungen zutage. Die alte nazistische Propagandafigur vom »jüdischen Bolschewismus« zeigte keine Folgen! Die demonstrierenden Arbeiter entsannen sich demokratischer und teilweise auch sozialistischer Traditionen und nahmen sie in ihren Forderungskatalog auf.⁴⁸ Lutz Niethammer betonte, die Juden in der DDR »sympathisierten in der Regel mit dem Drang nach einer Liberalisierung der Verhältnisse und mit einer Verdrängung des SED-Bonzentums, aber angesichts einer bewegten und undisziplinierten Masse von Deutschen, die acht Jahre nach Hitler die Macht der Straße erkämpften und unter denen es binnen weniger Stunden auch zu Gewalttätigkeiten kam, empfanden sie Angst und waren deshalb der Roten Armee für ihre weitgehend unblutige Intervention nicht undankbar.«⁴⁹ Dies deckt sich mit den Stellungnahmen beispielsweise von Hans Mayer, der unmittelbar nach der Beendigung der Revolte durch die sowjetischen Truppen schrieb: »Es ging bei uns am 17. Juni in Wahrheit um Faschismus oder Antifaschismus. Es ist sinnlos, sich in dieser Grundfrage irgend etwas vormachen zu wollen. Außerdem haben die Älteren unter uns noch gewisse Bilder in der Erin-

44 Hierzu mit Belegen der an dieser Stelle weit sachlicher argumentierende Peter Maser: Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR bis in das Jahr 1988, in: Shulamit Volkov/Frank Stern (Hg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 1991, Gerlingen 1991, S. 404.

45 Ebenda, sowie Mertens, S. 54ff.

46 Vgl. Heinz Brandt: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 192f.; Carl Jacob Danziger: Die Partei hat immer recht, Stuttgart 1976, S. 27; Franz Loeser: Antisemitismus in der DDR, in: Kontinent, 1989, Nr. 2, S. 50-54; vgl. auch ders.: Die ungläubwürdige Gesellschaft. Quo vadis, DDR? Köln 1984 (Loesers Memoiren).

47 Neues Deutschland, 29. Januar 1953.

48 Vgl. Thorsten Dietrich: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.

49 Lutz Niethammer: Zur Einführung. Der 17. Juni - vierzig Jahre danach, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hg.): Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994, S. 47.

50 SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/9.04/426; zit. nach Arnim Mitter/Stefan Wolle: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S. 112f.

51 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd. 2, (Taschenbuchausg.) Frankfurt am Main 1988, S. 50.

52 Alfred Kantorowicz: Deutsches Tagebuch, Bd. 2, Berlin (West) 1980, S. 365.

nerung, gewisse Klänge im Ohr. Klirrende Fensterscheiben, Verbrennungen von Büchern und Papieren, Brandstiftungen, Plünderungen, Jagd auf Menschen, Lynchjustiz ... Was wäre geschehen, wenn das da gesiegt hätte?«⁵⁰ Jahrzehnte später hielt Mayer im Rückblick fest, daß es »kaum aufregend« in Leipzig war. »Ziemlich viele Radfahrer auf feinen und unverkennbar westlichen Fahrrädern, die rasch davonzuflitzen schienen, fielen mir auf.«⁵¹

Die Auseinandersetzung um den 17. Juni schob das Problem des Antisemitismus in der SED ganz in den Hintergrund. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, daß gerade jüdische Kommunisten, die noch Monate zuvor die Staatsmacht, ihren Partei- und Sicherheitsapparat und vor allem den Willen des sowjetischen Diktators fürchten mußten, nun in der Präsenz ebendieser Staatsmacht eine Garantie für ihre – relativ – sichere Existenz sehen mußten. Dabei dachten durchaus nicht alle so, verdrängten nicht alle die bedrückende Wirklichkeit. Alfred Kantorowicz, der am 17. Juni im Krankenhaus lag, notierte wenig später in sein Tagebuch: »Warum haben wir Intellektuellen und alten Sozialisten uns nicht an die Spitze der Bewegung gestellt? Was außer passiver Resistenz, außer Raunzen, Klagen, äußerstenfalls geistiger Selbstbehauptung haben wir getan?«⁵² Ob die demonstrierenden Arbeiter freilich auf staatstragende Intellektuelle damals gehört hätten, muß indes wenigstens offen bleiben. Nach dem 17. Juni saßen Ulbricht und die Seinen fester denn je zuvor im Sattel. Diese neue Konstellation bewog die noch in der DDR verbleibenden Juden, sich oft notgedrungen enger an das Regime zu binden.

Die Aufarbeitung des Antisemitismus in der DDR hätte somit eine freie Diskussion über Grundfragen der ostdeutschen Geschichte notwendig gemacht. Dies war bis zum Herbst 1989 nicht möglich. Allerdings verschwand nach dem Tode Stalins der spezifisch stalinistische Antisemitismus, der zum einen als Waffe in Fraktionskämpfen eingesetzt wurde, zum anderen sich gegen ungeschützte Minoritäten – wie fast jede Spielart des Stalin-Terrors – richtete. Er feierte Anfang 1968 noch einmal in Polen eine traurige Wiederauferstehung, was – unter anderem – auch darauf verweist, wie wenig die nachstalinistischen Gesellschaften des bürokratischen Sozialismus ihr Erbteil wirklich abzustreifen vermochten.